

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

MÄRZ 1951

Inhalt

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im März 1951	1
Allgemeiner Überblick	1
Geld und Kredit	6
Öffentliche Finanzen	14
Produktion, Absatz und Beschäftigung	22
Preise und Löhne	29
Außenwirtschaft	35
Statistischer Teil	45

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im März 1951¹⁾

Allgemeiner Überblick

Die starken Spannungen, die sich im Verlauf des Winters sowohl an den Binnenmärkten als auch in den äußeren Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik herausgebildet hatten, so daß es schließlich angezeigt erschien, zu ihrer Bekämpfung eine fühlbare Verminderung des Kreditvolumens anzustreben, haben in den letzten Wochen etwas nachgelassen.

Eine gewisse Entspannung liegt zunächst insofern vor, als sich der im Dezember und Januar zu verzeichnende Produktionsrückgang in den beiden folgenden Monaten nicht fortgesetzt hat, sondern zumindest im Februar sogar einer recht bemerkenswerten Erholung gewichen ist. Die Ursachen dieser Wende sind, wie im Abschnitt „Produktion, Absatz und Beschäftigung“ näher ausgeführt wird, zum großen Teil saisonmäßiger Natur, aber zweifellos wäre eine so starke und breite Erholung kaum möglich gewesen, wenn es nicht auch gelungen wäre, die Eng-

pässe in der Versorgung mit einigen wichtigen Grundstoffen, die im Winter zumindest für einen Teil des Produktionsrückgangs verantwortlich gewesen waren, etwas zu erweitern. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die leichte Entlastung des Kohlenmarktes. In zäher Arbeit ist es hier nicht nur geglückt, durch technische Einsparungen oder durch ein Ausweichen in weniger kohleabhängige Fertigungen den Kohlenbedarf im Verhältnis zur Produktion weiter zu vermindern, sondern vor allem auch die Förderung nicht unbeträchtlich über das Niveau zu heben, das in den ursprünglichen Verteilungsbilanzen angenommen worden war; die von den Bergarbeitern bis Ende März geleisteten Sonderschichten verdienen hierbei besondere Erwähnung. So war es möglich, trotz der hohen Exportauflagen und trotz stärkerer Anforderungen für die Besatzungstruppen und für Berlin, namentlich die Kraftwerke mit höheren Kohlezuteilungen zu versehen und darüber hinaus wohl auch die Versorgung der übrigen Industrie, obschon in der Regel nur außerhalb der offiziellen Kontin-

¹⁾ Abgeschlossen am 14. April 1951.

gente, zu verbessern. Freilich hat diese Entlastung bisher nicht ausgereicht, um das allgemeine Produktionsniveau wieder auf den Höchststand vom Herbst vorigen Jahres oder gar darüber steigen zu lassen, aber auf der anderen Seite hat der Kohlenengpaß doch keine so starke allgemeine Produktionseinschränkung erforderlich gemacht, wie sie auf Grund der ursprünglichen Kohlenbilanz zunächst befürchtet werden mußte.

Ebenso hat sich die gesamtwirtschaftliche Marktlage von der Seite der Nachfrage her etwas entspannt. Die starke Kaufwelle, die namentlich um die Jahreswende fast alle Bereiche der Wirtschaft erfaßt und zu sehr beträchtlichen Preissteigerungen geführt hatte, da sie nur noch auf eine sehr begrenzte Angebotselastizität, ja stellenweise sogar bereits auf ein sinkendes Angebot gestoßen war, ist in den letzten Wochen, zumindest auf Teilgebieten, merklich abgeebbt. Am ehesten und stärksten wurde der Wandel im Einzelhandelsbereich fühlbar. Bereits im Februar war hier eine deutliche Abschwächung der Umsätze zu beobachten, und im März dürfte, wenn man gewisse Saisoneinflüsse ausschaltet, diese Entwicklung eher noch ausgeprägter geworden sein. Wie schon im letzten Bericht angedeutet, liegen die Ursachen hierfür einmal darin, daß gewisse Kaufkraftreserven der Letztverbraucher, wie vor allem Bargeldhorte und die recht beträchtlichen Weihnachtsgratifikationen, die für die Umsatzentwicklung im Dezember und Januar eine besonders große Rolle gespielt zu haben scheinen, nun erschöpft sind. In letzter Zeit kommt hinzu, daß die Preise teilweise so stark gestiegen sind, daß gewisse Einkommensschichten mit ihrer Nachfrage weniger zum Zuge kommen und sich infolgedessen zumindest mengenmäßig die Umsätze verringern. Ob sich darüber hinaus die Konsumenten auch freiwillig wieder stärker zurückhalten, ist schwer zu sagen. Soweit sich die Entwicklung der Spareinlagen übersehen läßt, bietet sie hierfür noch kein sicheres Indiz, da zumindest bis Ostern im laufenden Sparverkehr die Auszahlungen in der Regel etwas über den Einzahlungen lagen. Aber die Tatsache, daß das anhaltend reiche Sortiment des Einzelhandels die Befürchtungen vor einer baldigen Verknappung widerlegt und schon auf Grund der seit einiger Zeit eher zur Schwäche neigenden internationalen Rohstoffmärkte die künftige Preisentwicklung

ruhiger beurteilt wird, scheint doch allmählich auch die Kaufneigung des Publikums zu dämpfen.

Unter dem Einfluß dieses Wandels hat aber auch der Handel allmählich vorsichtiger zu disponieren begonnen. Er ist dazu umso mehr gezwungen, als sich nicht nur seine Umsätze wesentlich ungünstiger entwickelt haben als noch bei Jahresbeginn angenommen wurde, sondern auch die Verbrauchsgüterindustrien neuerdings möglichst schnell die ihr in den Vormonaten erteilten hohen Aufträge abzuwickeln suchen, da die Kreditrestriktion sie in wachsendem Maße zu einem möglichst raschen Umschlag zwingt. Aus den gleichen Gründen kann sich nun aber auch der Handel keine weitere Aufstockung seiner Lager leisten, so daß er, ganz anders als noch vor wenigen Wochen, nur noch sehr zögernd bestellt und damit den Rückgang der Endverbraucher-Nachfrage an die Produktionsstufe weiterleitet. Im Verbrauchsgütersektor der Wirtschaft ist daher gegenwärtig auf fast allen Stufen ein Abklingen der in den letzten Berichten wiederholt geschilderten Übernachfrage zu verzeichnen, das den noch vorhandenen Preisauftriebenden tendenzen spürbar entgegenwirkt und damit die Kaufneigung der Konsumenten weiter reduziert.

Als drittes Entspannungszeichen ist schließlich die Besserung der Zahlungsbilanz zu nennen. Zum ersten Male seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten schloß der Abrechnungsverkehr mit der Europäischen Zahlungsunion für den März nicht mit einem Defizit, sondern mit einem Überschuß ab, so daß es möglich war, die Inanspruchnahme des von der EZU im Herbst gewährten Sonderkredits in Höhe von 120 Mill. \$, mit dessen voller Ausnutzung teilweise bereits für den vergangenen Monat gerechnet worden war, sogar von 91,4 auf 80,1 Mill. \$ zu vermindern. Diese überraschende Entwicklung spiegelt nun freilich noch keinen vollen natürlichen Ausgleich von Einfuhr und Ausfuhr wider, sondern ihre Ursachen liegen, wie im Abschnitt „Außenwirtschaft“ näher dargelegt wird, trotz des erfreulichen Anstiegs der Exporte bisher zu einem großen Teil nur in den administrativen Maßnahmen, mit denen ein weiteres Ansteigen der Einfuhrmöglichkeiten verhindert und nicht zuletzt auch das Verhältnis zwischen den Zahlungsvorgängen auf der Ein- und Ausfuhrseite

verbessert wurde. Aber immerhin kann die Gefahr einer akuten Zahlungskrise nunmehr als abgewendet gelten, und zwar ohne daß bestehende Verträge suspendiert worden wären oder sich auch nur ein Eingriff in die in ihnen vereinbarten Zahlungsfristen als nötig erwiesen hätte. Der große, in der Zeit vor dem Lizenzstopp am 21. Februar entstandene Block an ausstehenden Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen hat sich jedenfalls inzwischen auf einen Betrag vermindert, der selbst bei Anlegung strenger Maßstäbe als ein durchaus normaler Bestand zu betrachten ist, und da die Ausgabe neuer Lizenzen im Einvernehmen mit der OEEC bis auf weiteres streng nach den jeweiligen Devisenverfügbarkeiten gesteuert werden wird, kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es gelungen ist, die künftigen Zahlungsverpflichtungen so in die Hand zu bekommen, daß ihre pünktliche Honorierung in jedem Fall gesichert ist.

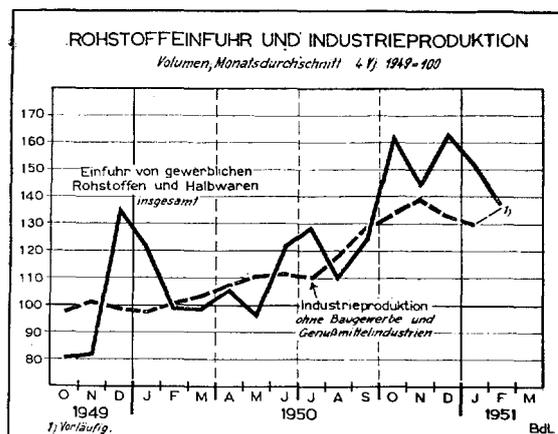
Trotz dieser verschiedenen Entspannungszzeichen hat sich jedoch die allgemeine Lage der westdeutschen Wirtschaft noch keineswegs so geändert, daß auf eine straffe Kontrolle der inneren Nachfrage verzichtet werden könnte.

Zunächst einmal wird die Entwicklung der Produktion nach wie vor durch eine Reihe spürbarer Engpässe in der heimischen Grundstoffproduktion gehemmt. Was den Kohlenengpaß anbelangt, so ist zwar oben ausgeführt worden, daß er keine so starke Einschränkung der allgemeinen Produktion erzwungen hat wie ursprünglich befürchtet wurde, aber daß er eines der entscheidenden Limite für eine weitere Produktionssteigerung bleiben wird, steht außer Zweifel, selbst wenn der Rückgang der Kohlenförderung in den Sommermonaten nicht ganz das saisonübliche Maß erreichen und die Vorratsbildung für den Hausbrand infolge der angespannten Kaufkraft der Verbraucher im Vergleich zu anderen Jahren gering bleiben sollte. Noch kritischer sind die Aussichten der Eisen- und Stahlversorgung. Ein großer Teil der verarbeitenden Industrie hat in den letzten Monaten seine laufenden Bezüge an Eisen- und Stahlprodukten durch den Einsatz von Vorräten er-

gänzt, so daß diese nun größtenteils aufgezehrt sind und z. B. in der Automobilindustrie im Hinblick auf die Blechversorgung bereits verschiedentlich Produktionseinschränkungen nötig wurden. Eine nennenswerte Ausdehnung der Eisen- und Stahlproduktion aber stößt auf den Mangel an Koks, Schrott, hochwertigen Eisenerzen und Legierungsmetallen, aber daneben auch vielfach auf unzureichende Fertigungskapazitäten, da deren rechtzeitige Erweiterung schon mit Rücksicht auf die erst kürzlich aufgehobenen alliierten Produktionsverbote bisher zum großen Teil unterblieben ist. Es wird beträchtlicher Investitionen bedürfen, ehe diese und ähnliche Engpässe der heimischen Grundstoffversorgung so erweitert werden können, daß sich die Fesseln lockern, die sie zur Zeit für die allgemeine Produktionsentwicklung bilden, und damit für eine weitere Nachfrageexpansion auch nur von der Inlandsproduktion her die erforderliche güterwirtschaftliche Deckung geschaffen werden kann. Immerhin ist es ein bedeutungsvoller Schritt in dieser Richtung, daß sich die Industrie bereit erklärt hat, durch eine gemeinsame Kapitalaufbringung zugunsten der Grundstoffindustrien wenigstens die dringlichsten Investitionen zu ermöglichen.

Aber auch die außenwirtschaftliche Lage stellt in entscheidender Hinsicht noch die gleichen Aufgaben wie bisher. Zwar ist es, wie oben erwähnt, geglückt, die Gefahr einer akuten Zahlungskrise auszuschalten und damit eine schwere Schädigung des deutschen Kredits im Ausland zu vermeiden. Aber das ist nur um den Preis einer erheblichen Einschränkung der künftigen Einfuhrmöglichkeiten erreicht worden, die aus den verschiedensten Gründen nur eine vorübergehende Notlösung bilden kann. Einmal hat sich nämlich die Bundesrepublik verpflichtet, so schnell wie möglich zur Liberalisierung, von deren grundsätzlicher Bedeutung für alle Beteiligten sie nach wie vor überzeugt ist, zurückzukehren und zu diesem Zweck durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen weiter mit aller Energie einen organischen Ausgleich von Einfuhr und Ausfuhr zu erstreben. Vor allem aber bildet eine so drastische Einfuhrreduktion wie sie vorläufig unvermeidlich geworden ist, eine schwere Gefahr für unser in hohem Grade von der Einfuhr von Auslandsrohstoffen abhängiges Produktions- und Beschäftigungsniveau.

Wie das folgende Schaubild zeigt, ist das Volumen der Rohstoffeinfuhr bereits in den beiden ersten Monaten des Jahres etwas gesunken, da der starke Preisanstieg trotz der damals noch voll wirksamen Liberalisierung nicht mehr die Aufrechterhaltung der gleichen mengenmäßigen Bezüge gestattet. Würde sich diese Entwicklung



unter dem Einfluß der administrativen Einfuhrbeschränkungen nur für längere Zeit noch verstärkt fortsetzen, so würden zweifellos eine Reihe von Industriezweigen in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, die leicht das gesamte Produktionsniveau in Mitleidenschaft ziehen und eventuell sogar die Ausfuhr gefährden könnten. Es muß daher gerade heute mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß der Importspielraum durch eine entsprechende Entwicklung der Ausfuhr so rasch wie möglich wieder erweitert und das Entstehen einer „verhängnisvollen Spirale“, in der sich Ein- und Ausfuhr gegenseitig herabschrauben, verhindert wird. Gewiß kann dies nur gelingen, wenn das Ausland dem westdeutschen Export keine Schwierigkeiten bereitet, sondern im Sinne der Empfehlungen der OEEC den bisher erreichten Liberalisierungsgrad gegenüber der Bundesrepublik voll aufrecht erhält und, soweit es sich um Länder mit hohen Aktivsaldo gegenüber Deutschland handelt, seine Einfuhrkontingente großzügig erhöht. Aber nicht minder wichtig ist es, daß gerade in den nächsten Wochen und Monaten durch eine Komprimierung der inneren Nachfrage die Ausfuhr so stimuliert wird, daß die Einfuhr wieder auf das zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion erforderliche Niveau gehoben werden kann, ehe die vorhandenen Rohstoffläger, deren weitgehen-

den Einsatz man in den kommenden Monaten wohl kaum vermeiden können, zur Neige gehen.

Daß die Lage heute noch immer labil ist, zeigen — drittens — aber auch die teilweise nach wie vor beträchtlichen Preisauftriebstendenzen. Sie gehen einmal davon aus, daß die bis vor einigen Wochen zu verzeichnende Erhöhung der internationalen Rohstoffpreise bisher nur zum Teil bis zu der Stufe der Endfertigung durchgedrungen ist und hier also trotz verschiedener Gegenwirkungen weiter ein Drang zu Preisheraufsetzungen besteht. Soweit dabei echte Kostensteigerungen die Ursache bilden und diese nicht in den Gewinnspannen aufgefangen werden können, werden diese Erhöhungen nun zwar hingenommen werden müssen. Offensichtlich besteht jedoch bei fast allen Abnehmern das Bestreben, jede derartige Preiserhöhung in vollem Umfang weiterzugeben, ja zum Teil sogar die anteiligen Preiselemente entsprechend höher zu berechnen, obwohl es klar ist, daß die Erhöhung der internationalen Rohstoffpreise eine Verschlechterung der Austauschbedingungen der deutschen Wirtschaft darstellt, die auf jeden Fall zu einer Verminderung der Realeinkommen führen muß und für die große Zahl der Wirtschaftenden daher unter keinen Umständen in den eigenen Preisen oder in den Löhnen wieder eingeholt werden kann. Die gegenwärtigen Nachfrageverhältnisse erleichtern jedoch noch vielfach derartige Abwälzungsversuche. Ein großer Teil der Industrie verfügt jedenfalls noch immer über so beträchtliche unerledigte Auftragsbestände, daß er eine — zu vorsichtigerer Kalkulation mahnende — Absatzschrumpfung vorläufig nicht zu befürchten braucht, wenn nicht ein fühlbarer Druck auf die Liquidität diesen Block an alten Aufträgen etwas zusammensinken läßt.

Eine nicht leicht zu nehmende Gefahr für die allmähliche Konsolidierung der Preise bilden gegenwärtig aber vor allem die weitgehenden neuen Lohnforderungen, die in letzter Zeit namentlich in einigen wichtigen Schlüsselindustrien gestellt wurden und zum Teil offensichtlich auf einer Eskomptierung künftiger Preissteigerungen beruhen. Würden sie sich durchsetzen, so würden sie sofort einen massiven Druck nach entsprechenden Preiserhöhungen auslösen, die ihrerseits wahrscheinlich bald zu neuen Lohn-

forderungen Anlaß geben würden. Die Widerstandsfähigkeit gegen eine solche, letzten Endes auch die überwiegende Mehrzahl der Lohnempfänger nur schädigende Lohn-Preisspirale ist natürlich umso schwächer, je weniger die allgemeine Liquiditätslage die Erfüllung von Lohnforderungen erschwert und je weniger die von den höheren Rohstoffkosten ausgehenden Sekundärwirkungen auf die nachgeordneten Preise durch eine Knapphaltung des Kreditgürtels bekämpft werden und damit der Anlaß zu Lohnbewegungen schwindet. Das Letztere ist gerade jetzt umso wichtiger, als, wie im Abschnitt „Preise und Löhne“ näher dargelegt wird, erst kürzlich eine neue Heraufsetzung der Preise bestimmter Grundnahrungsmittel unvermeidlich geworden ist, die die Lebenshaltungskosten zweifellos nicht unbeträchtlich beeinflussen würde, wenn sie nicht wenigstens in gewissem Umfang durch die — heute durchaus im Bereich des Möglichen liegende — Senkung anderer Preise kompensiert werden könnte.

Zieht man aus dieser Diagnose das Fazit für die Geldpolitik, so ergibt sich also klar, daß diese auch heute noch bestrebt sein muß, die innere Nachfrage eher zu verringern als auszuweiten. Nur so wird es nämlich möglich sein, die in den vorangegangenen Monaten entstandene Diskrepanz zwischen der Nachfrage und den nach wie vor beschränkten Möglichkeiten der Produktionssteigerung zu beseitigen, der Gefahr einer übertriebenen Lohnbewegung zu begegnen, die Sparneigung wieder zu beleben, den Export so zu fördern, daß schon in Kürze wieder ein angemessenes Einfuhrvolumen zugelassen werden kann, und in der Zwischenzeit zu gewährleisten, daß der Produktion nicht durch eine spekulative Vorratsbildung das sachliche Betriebskapital entzogen wird. Die Befürchtung, daß man dabei zu

weit gehen könnte, ja vielleicht sogar schon zu weit gegangen sei, findet in den Tatsachen vorläufig keine Begründung. Produktion und Beschäftigung sind, soweit dies die Versorgung mit kritischen Materialien zuläßt, im Steigen begriffen, die Auftragsbestände der meisten Industrien sind noch immer so hoch, daß zum großen Teil nur in ungewöhnlich langen Fristen geliefert werden kann, die Preise ziehen vielfach noch an, obwohl eine gewisse Rückbildung allgemein als notwendig empfunden wird, und das Verhältnis zwischen dem bisher erreichten Export und dem Importbedarf beweist, daß von der Produktion noch immer mehr vom Inlandsmarkt absorbiert wird als wir uns im Hinblick auf die — gerade im Interesse der Produktion unabdingbaren — Importbedürfnisse leisten können.

Allerdings ist klar, daß die Kreditrestriktion ihrem ganzen Wesen nach nur eine vorübergehende Maßnahme sein kann und daß sie ihre Aufgabe auch nur erfüllen wird, wenn sie möglichst rasch durch ein geschlossenes System der administrativen, steuerpolitischen und investitionspolitischen Maßnahmen ergänzt wird, mit denen allein die große Umstellung bewerkstelligt werden kann, der sich die westdeutsche Wirtschaft im Hinblick auf die wachsenden Verteidigungsanforderungen, den Zwang zu einer immer stärkeren Deckung ihrer Einfuhrbedürfnisse durch eigene Gegenleistungen und die Notwendigkeit einer systematischen Erweiterung der Produktionsengpässe unterziehen muß. Je eher mit dem Wirksamwerden dieser Maßnahmen zu rechnen ist, desto eher wird man auch an eine Auflockerung der gegenwärtigen Kreditrestriktion denken können, während diese jetzt noch unentbehrlich ist, wenn die sich eben anbahnenden Konsolidierungstendenzen nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Geld und Kredit

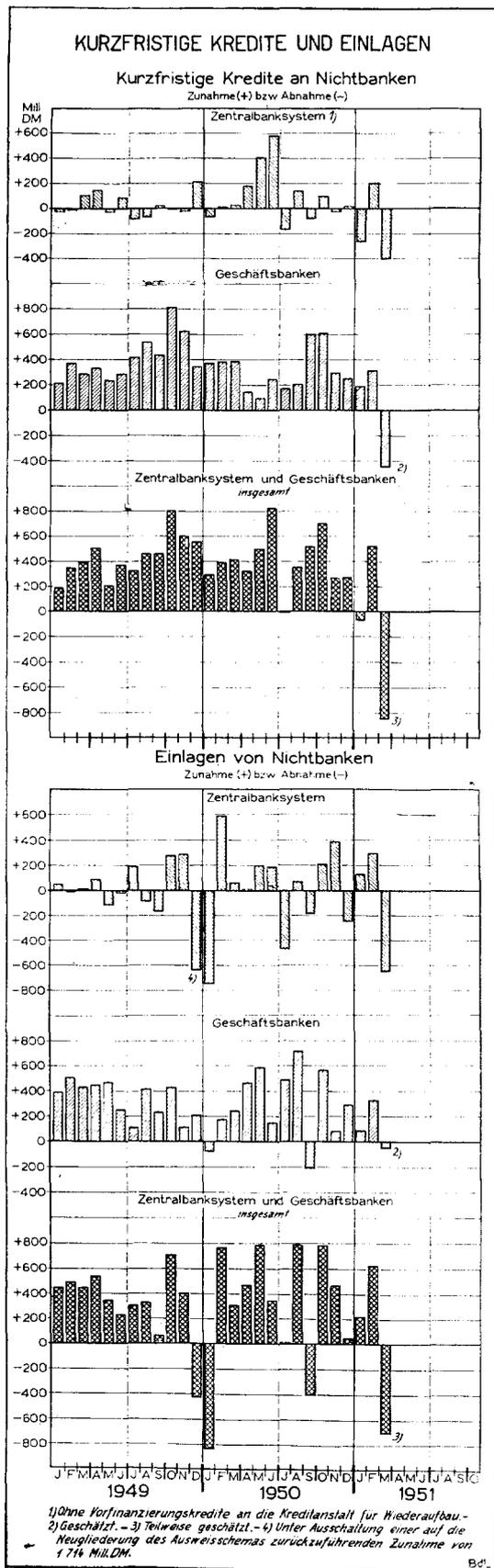
Kreditpolitik, Kreditentwicklung und Geldvolumen

Die vom Zentralbankrat der Bank deutscher Länder beschlossene Rückführung des Volumens der kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private hat im Verlaufe des Monats März ihre ersten Wirkungen zu zeigen begonnen. Allerdings zeigten sich diese Wirkungen bisher nur zum Teil in einem ziffernmäßigen Rückgang der Bankkredite, denn dafür war die seit der Beschlußfassung verstrichene Zeit noch zu kurz. Maßnahmen so weittragender Art bedürfen einer gewissen Anlaufzeit. Man muß bedenken, daß sich zunächst die Vorstände der Landeszentralbanken ein Bild von der Entwicklung der Kredite aller in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Geldinstitute zu machen hatten und daß sie sodann mit den einzelnen Instituten Fühlung aufnehmen mußten, um unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Instituts die Rückführungsbeträge für die einzelnen Banken festzulegen. Sodann hatten sich die Geldinstitute ihrerseits darüber schlüssig zu werden, auf welche Kunden sie die mit der Landeszentralbank vereinbarten Rückführungsbeträge aufteilen sollten. Trotz dieser unvermeidlichen Verzögerungen in der tatsächlichen Durchführung hat aber der Kreditrückführungsbeschluß die Dispositionen der Wirtschaft schon sehr bald spürbar zu beeinflussen begonnen. Bereits das Bekanntwerden so konkreter Restriktionsmaßnahmen begann nämlich sofort, sich auf die Zahlungsverhalten auszuwirken, da hierdurch den meisten Wirtschaftsunternehmen nahegelegt wurde, sich auf eine Beengung ihrer Liquiditätsverhältnisse einzustellen. Die Zahlungsziele wurden kürzer, bestellte Waren wurden schneller geliefert, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre, und in bezug auf die Lagerhaltung wurde vorsichtiger disponiert, als wenn man nicht mit einem Anziehen des Kreditgürtels hätte rechnen müssen. Nachrichten aus vielen Zweigen der Wirtschaft bestätigen jedenfalls, daß die Restriktionsmaßnahmen in dieser Weise wirkten, schon ehe stärkere Netto-Rückzahlungen von Bankkrediten einsetzten, ein Prozeß, der ja überdies auch schon mit Rücksicht auf die vereinbarten Kündigungs-

fristen oder die praktisch zum Teil nicht zu vermeidenden Schonfristen nicht sofort mit aller Schärfe in Gang kommen kann.

Immerhin zeigt die Bankenstatistik auch für März 1951 bereits einen nicht unbeträchtlichen Rückgang des Kreditvolumens. Allein bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken sind jedenfalls die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, die nach der Zielsetzung des Zentralbankrats in zwei bis drei Monaten um insgesamt etwa 1 Mrd. DM unter den Stand vom 31. Januar 1951 zurückgeführt werden sollen, im März um 473 Mill. DM gesunken. Da auf diese Banken nur ungefähr zwei Drittel des Kreditvolumens aller Geschäftsbanken entfallen, kann angenommen werden, daß im gesamten Bankenapparat der Rückgang noch stärker war. Allerdings ist dabei zu beachten, daß in der ersten Hälfte des Monats der Kreditabbau wesentlich durch die Abnahme des im Zusammenhang mit den Einfuhrbewilligungsanträgen bei den Landeszentralbanken hinterlegten Bardepots erleichtert wurde. In den ersten beiden Wochen des März nahm nämlich das Bardepot, das Mitte Februar bekanntlich noch einmal ruckartig angeschwollen war, dann aber teils auf Grund der erheblichen Überzeichnung gewisser Ausschreibungen im kontingentierten Einfuhrverfahren, teils auf Grund der allmählichen Abnahme der ausstehenden Lizenzen wieder stark rückläufig wurde, um nicht weniger als 260 Mill. DM ab, während der Kreditrückgang in dieser Zeit, zumindest bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken, nur ungefähr 165 Mill. DM betrug. Erst in der zweiten Hälfte des Monats trat hierin ein Wandel ein; denn in diesem Zeitraum gingen die kurzfristigen Wirtschaftskredite allein bei den 480 Repräsentativ-Banken um etwa 307 Mill. DM zurück, wohingegen sich das Bardepot in diesem Zeitraum nur noch um 65 Mill. DM verminderte.

In Betracht zu ziehen ist ferner, daß das Kreditvolumen im Vergleich zu Ende Januar erst um einen verhältnismäßig kleinen Teil des in Aussicht genommenen Rückführungsbetrages gesunken ist. Das liegt daran, daß im Februar noch eine ziemlich starke Kreditexpansion stattgefunden hatte, die nach der monatlichen — das Kre-



ditvolumen nahezu vollständig umfassenden — Bankenstatistik 350 Mill. DM betragen hatte, woran die 480 wöchentlich berichtenden Banken mit 245 Mill. DM beteiligt waren. In den nächsten Wochen wird also die Kreditrückführung mit verdoppelter Energie verfolgt werden müssen, um dem angestrebten Betrag nahezukommen.

Das dürfte um so eher möglich sein, als in den letzten Wochen gewisse Verfeinerungen der Kreditrestriktion vorgenommen worden sind, die eine Selektion der gewährten Kredite bezwecken.

Die teils verschärfend, teils mildernd wirkenden Modifikationen betreffen vor allem die Teilzahlungsfinanzierung, die Kredite der Vertriebenen-Bank AG, Bonn, und die Exportfinanzierung. Was die erstere anlangt, so wäre es zweifellos widerspruchsvoll, wenn das Zentralbanksystem durch seine Maßnahmen einerseits zwar die von der Bundesregierung erstrebte Verminderung des privaten Verbrauchs zu unterstützen suchte, andererseits aber nach wie vor durch Refinanzierungskredite auch da, wo ihre Endverwendung erkennbar ist, selbst die Hand dazu böte, die Nachfrage durch Förderung von Teilzahlungskrediten auszudehnen. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder hat daher am 14. März 1951 beschlossen, daß die Landeszentralbanken Wechsel, denen Teilzahlungsfinanzierungsgeschäfte irgendwelcher Art zugrunde liegen, nicht mehr hereinnehmen. Umgekehrt sind zugunsten der Vertriebenen und der Exportfinanzierung gewisse Erleichterungen geschaffen worden. Die Vergünstigungen für die Vertriebenen beziehen sich auf die Behandlung der von der Vertriebenen-Bank AG für die Kreditversorgung der Vertriebenen gewährten und in der Regel über die Geschäftsbanken weitergeleiteten Mittel. Kredite, die auf Grund solcher Mittel von den Banken gegeben werden, bleiben bei der Rückführungsaktion grundsätzlich außer Ansatz. Desgleichen bleiben diese Kredite bei der Feststellung, ob und inwieweit die Kreditgewährung einer Bank den vom Zentralbankrat festgelegten Richtsätzen entspricht, grundsätzlich unberücksichtigt. Bezüglich der Exportfinanzierung schließlich sind die Banken mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß es den Zielen der augenblicklichen Kredit-

Die kurzfristigen Kredite der Banken

in Mill. DM

Stand	Alle monatlich berichtenden Banken	darunter 480 wöchentlich berichtende Banken					
		insgesamt	davon an		Wechselkredite ¹⁾	Akzeptkredite	andere Kredite
			Wirtschaft und Private	Öffentliche Hand			
1950							
Ende Juli	11 639	7 942	7 414	528	2 879	1 527	3 536
„ August	11 846	8 100	7 601	499	2 880	1 551	3 669
„ September	12 446	8 576	8 105	471	2 950	1 745	3 881
„ Oktober	13 051	9 029	8 646	383	3 019	1 949	4 061
„ November	13 344	9 301	8 928	373	3 143	1 959	4 199
„ Dezember	13 594	9 546	9 274	272	3 595	1 910	4 041
1951							
Ende Januar	13 787	9 735	9 374	361	3 645	1 783	4 307
„ Februar	14 103	9 956	9 619	337	3 806	1 673	4 477
„ März		9 507	9 151	356	3 798	1 491	4 218
Zunahme (+) oder Abnahme (—)							
1951							
Januar	+ 193 ²⁾						
1. Woche		+ 76	+ 70	+ 6	— 77	— 40	+ 193
2. Woche		— 3	+ 15	— 18	— 72	— 21	+ 90
3. Woche		— 64	— 51	— 13	+ 51	— 21	— 94
4. Woche		+ 180	+ 66	+ 114	+ 148	— 45	+ 77
Februar	+ 316						
1. Woche		— 86	— 45	— 41	+ 7	— 34	— 59
2. Woche		+ 509	+ 519	— 10	— 32	— 30	+ 571
3. Woche		— 170	— 160	— 10	+ 127	— 15	— 282
4. Woche		— 32	— 69	+ 37	+ 59	— 30	— 61
März							
1. Woche		— 168	— 174	+ 6	— 0	— 38	— 130
2. Woche		+ 28	+ 9	+ 20	— 29	— 48	+ 105
3. Woche		— 75	— 63	— 12	+ 49	— 55	— 69
4. Woche		— 243 ³⁾	— 244 ³⁾	+ 1 ³⁾	— 27	— 42	— 174 ³⁾
April							
1. Woche		— 67	— 61	— 6	+ 9	— 22	— 54

¹⁾ Wechseldiskontkredite einschließlich Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ²⁾ Abweichung gegenüber früherer Veröffentlichung beruht auf Berichtigung. — ³⁾ Statistisch bereinigte Zahlen.

restriktion geradezu zuwiderlaufen würde, wenn im Rahmen des Kreditabbaus Exportkredite ebenso behandelt würden wie Kredite, die offensichtlich der Ausdehnung der Inlandsnachfrage dienen. Um darüber hinaus sicherzustellen, daß die Exportfinanzierung durch die allgemeine Kreditkürzung auch tatsächlich nicht beeinträchtigt wird, ist am 29. März 1951 eine Sonderregelung für Exporttratten und für von der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantierte Solawechsel aus mittel- und langfristigen Exportgeschäften getroffen worden, die den Banken jeden Vorwand dafür nimmt, die Kreditrestriktion auch auf derartige Wechsel auszudehnen.

Auch in den Bemühungen, die Struktur des kurzfristigen Kreditvolumens zu verbessern, sind in letzter Zeit weitere Fortschritte erzielt worden. Sowohl im Februar wie im März war jedenfalls zu beobachten, daß die Banken teilweise mit bemerkenswerter Energie fortfahren, ihre Kontokorrent- und Akzept-

kredite in Wechseldiskontkredite umzuschichten. Die Ende Januar zunächst für die Kreditbanken erlassenen Kreditrichtlinien, die inzwischen (mit Beschluß vom 14./15. März 1951) im Prinzip — wenn auch mit teilweise etwas anderen Richtsätzen — auch auf Sparkassen und Kreditgenossenschaften ausgedehnt wurden, dürften bei einer Reihe von Banken diese Verlagerung gefördert haben, denn sie sehen einerseits eine relative Begrenzung der Buchkredite vor, erlauben aber andererseits die Einrechnung der Wechselbestände in die geforderte Mindestliquidität. Für die Wirtschaft bedeutet der auch von dieser Seite her geförderte Zwang, vermehrt unter Akzept zu treten, eine weitere Tendenz zur Verkürzung der Kreditfristen und damit eine Erschwerung der Verwendung kurzfristigen Bankkredits für Zwecke der Investition.

Gegenüber dem beachtlichen Rückgang der kurzfristigen Kredite haben die mittel- und langfristigen Kredite der Banken

auch in der jüngsten Zeit anhaltend stark zugenommen. Da sie nicht annähernd in voller Höhe durch das Aufkommen langfristig gebundener Mittel gedeckt waren, haben sie auf die Geldversorgung in beträchtlichem Umfang expansiv gewirkt. Die Expansionswirkung betrug im Februar etwa 210 Mill. DM (gegen 110 Mill. DM im Januar und 60 Mill. DM im Dezember 1950), denn die Kredite nahmen im Februar um 387 Mill. DM zu, aber an langfristigen Mitteln kamen nur etwa 180 Mill. DM auf. Wie sich die Dinge im März entwickelt haben, läßt sich bei Abschluß des Berichts noch nicht übersehen, doch muß damit gerechnet werden, daß auch in diesem Monat die Gewährung mittel- und langfristiger Kredite noch beträchtlich über das Aufkommen an entsprechend terminierten Mitteln hinausgegangen ist. Verursacht ist diese die restriktive Kreditpolitik des Zentralbanksystems zweifellos störende Entwicklung dadurch, daß die Institute einerseits teilweise an Kreditzusagen gebunden sind, die sie entweder im Rahmen der Wohnungsbautätigkeit oder im Rahmen von Sonderprogrammen (vor allem Schiffbau) gegeben haben, und daß andererseits die Spartätigkeit nach wie vor enttäuschend ist. Was das letztere angeht, so ist auf den Sparkonten bei Geldinstituten seit Beginn dieses Jahres sogar ständig ein leichter Auszahlungsüberschuß zu verzeichnen¹⁾. Bei den 480 wöchentlich berichtenden Banken (für die allein bisher Angaben vorliegen) hielten die Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr auch im März noch an, so daß hier zum ersten Male seit den Herbstmonaten auch der Bestand an Spareinlagen abnahm, da der Auszahlungsüberschuß im laufenden Sparverkehr, anders als in den Monaten Dezember, Januar und Februar, im März nicht mehr durch Zinsgutschriften überkompensiert wurde.

Die in den langfristigen Krediten enthaltenen, an Kreditnehmer im Bundesgebiet weitergeleiteten Kredite aus Gegenwertfonds (deren entsprechende Passivposten in den Bankbilanzen dem Aufkommen an endgültigen Finanzierungsmitteln zugerechnet werden) betrugen im März rd. 143 Mill. DM (gegen 43 Mill. DM im Februar und 39 Mill. DM im Januar). Am 19. März 1951 wurden aus der III. ECA-

¹⁾ Vgl. die Statistik der Ein- und Auszahlungen im Sparverkehr bei Kreditinstituten auf S. 72

Tranche 350 Mill. DM freigegeben, wovon, wie üblich, 10 vH für West-Berlin bestimmt sind. Die Beträge wurden der Kreditanstalt für Wiederaufbau bzw. der Berliner Zentralbank auf deren ERP-Sonderkonten bei der Bank deutscher Länder gutgeschrieben. Der Bestand auf diesen Sonderkonten nahm infolgedessen abzüglich der im März erfolgten Weiterleitungen um 194 Mill. DM zu, während andererseits der Bestand auf den Gegenwertkonten der Bundesregierung um 275 Mill. DM sank.²⁾ Die nachfolgende Übersicht gibt über die Bildung und Verwendung der Gegenwertmittel im März im einzelnen Aufschluß.

Die Kreditbeanspruchung des Zentralbanksystems durch die Nichtbankenkundschaft, also vor allem durch die öffentliche Hand und hier wieder besonders durch Bund und Bundesbahn, ist im Laufe des Monats März beträchtlich zurückgegangen. Wenngleich die Abnahme — wie in dem Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher ausgeführt wird — nur zum geringen Teil auf Kassenüberschüssen der öffentlichen Körperschaften beruht, so bedeutet doch die Tatsache, daß gegenwärtig (wenn auch wohl nur vorübergehend) überhaupt Überschüsse erzielt und Kredite zurückgezahlt werden konnten, zweifellos eine sehr willkommene Unterstützung der Bemühungen des Zentralbanksystems, der bestehenden Übernachfrage entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite hat freilich die Bundesregierung auch im März wieder 31 Mill. DM Münzgewinngutschriften erhalten, was in der Wirkung einer entsprechenden Kreditgewährung gleichkommt. Das Volumen der Nichtbankenkredite des Zentralbanksystems, bei denen es sich fast ausschließlich um Kredite an die öffentliche Hand handelt, betrug am 31. März 1951 nur noch 1,1 Mrd. DM, während es sich Ende Februar auf 1,5 Mrd. DM (gegen 1,6 Mrd. DM Ende Dezember 1950 und ebenfalls 1,6 Mrd. DM Ende Juni 1950) belaufen hatte. Zurückgeführt wurden im März einesteils die Kassenkredite, insbesondere die der Bundesfinanzverwaltung (die zeitweise sogar überhaupt keine Kassenkredite mehr in Anspruch zu nehmen brauchte); vor allem aber konnte die Bank deutscher Länder ihren Bestand an Schatzwechseln und Schatzanweisungen (des Bundes und

²⁾ Vgl. die Tabelle „Die Bestimmungsfaktoren der Position der Geschäftsbanken . . .“ auf S. 13

Die Bildung der Gegenwertfonds und ihre Verwendung

in Mill. DM

Posten	1950	1951		
	4. Vj.	Januar	Februar	März
A. Geldeingänge auf den Gegenwertkonten				
1. GARIOA-Konten	245,6	49,6	30,4	32,3
2. ERP-Konten	326,5	105,8	108,8	134,3
3. STEG-Konten	—	0,4	—	2,0
A. insgesamt (1 + 2 + 3)	572,1	155,8	139,2	168,6
B. Geldausgänge auf den Gegenwertkonten¹⁾				
1. GARIOA-Konten				
für Berlin-Hilfe und sonstige Zahlungen nach Berlin	141,0	41,0	—	81,0
Restausfuhrzahlungen	—	—	—	—
DM-Bedarf der US-Hochkommission	—	35,0	—	—
Sonstige	16,0	8,0	8,7	—
zusammen	157,0	84,0	8,7	81,0
2. ERP-Konten				
Investitionskredite	340,5	4,0	0,4	352,0
Kreditanstalt für Wiederaufbau	(265,2)	—	—	(315,0)
Industriebank AG Berlin	(21,7)	—	—	(35,0)
Bundeshauptkasse wegen Zuschüsse f. Landwirtschaft u. Forschung	(53,6)	(4,0)	(0,4)	(2,0)
Care, Cralog	1,1	0,4	0,1	0,8
Bundesregierung	—	—	—	—
zusammen	341,6	4,4	0,5	352,8
3. STEG-Konten				
für Besatzungswohnungsbau	—	—	—	—
B. insgesamt (1 + 2 + 3)	498,6	88,4	9,2	433,8
B 1 Modifizierte Geldausgänge auf den Gegenwertkonten				
Tatsächlicher Abfluß der in B enthaltenen Investitionskredite aus dem Zentralbanksystem:				
Freigabe von Gegenwertmitteln für Investitionszwecke	340,5	4,0	0,4	352,0
Tatsächlicher Abruf dieser Mittel aus der Bank deutscher Länder	531,9	43,7	48,4	155,8
Überschuß der Freigaben (—)	—	—	—	—
Überschuß der Abrufe (+)	+ 191,4	+ 39,7	+ 48,0	— 196,2
Geldausgänge auf den Gegenwertkonten (B)				
zuzüglich des Überschusses der tatsächlichen Abrufe von Investitionskrediten über die laufenden Freigaben	690,0	128,1	57,2	237,6
bzw. abzüglich des Überschusses der laufenden Freigaben über die Abrufe	—	—	—	—
C. Saldo aus A und B 1				
Überschuß der Einzahlungen ins Zentralbanksystem	—	27,7	82,0	—
Überschuß der Auszahlungen aus dem Zentralbanksystem	117,9	—	—	69,0

¹⁾ Ohne Überträge für ECA-Verwaltungskosten gemäß Art. IV Ziff. 4 des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika.

der Bundesbahn) beträchtlich vermindern. Diese netto rd. 270 Mill. DM betragende Verminderung des Schatzwechselportefeuilles des Zentralbanksystems hat allerdings nur zu einem sehr geringen Teil geldpolitisch kontraktiv gewirkt, da die abgegebenen Posten nicht eingelöst, sondern nur anderweitig untergebracht wurden, wobei diese Unterbringung zum größten Teil zu einer Inanspruchnahme bisher stilliegender öffentlicher Einlagen im Zentralbanksystem führte, so daß die Abgabe insoweit weder den aktiven Teil des Geldvolumens noch die Liquidität des Bankenapparates beeinträchtigte.

Faßt man die Entwicklung der Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems zusammen, so ergibt sich, daß im März die kurzfristigen Bankkredite insgesamt um rd. 850 bis 950 Mill. DM abgenommen haben. Dies ist der erste namhafte Kreditrückgang seit der Währungsreform. Allerdings standen dieser kontraktiven Tendenz, global betrachtet, noch einige wichtige Expansionsvorgänge gegenüber. Erwähnt wurden unter diesen bereits der anhaltende Überschuß der mittel- und langfristigen Kredite der Geschäftsbanken über das Aufkom-

men an längerfristigen Mitteln, ferner der dem Bundesfinanzminister auf Grund des Münzgesetzes zustehende Münzgewinn, die Verminderung von bisher stillliegenden öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem und die Abnahme des Bardepots, die gleichfalls ein Wiederfreierwerden von zeitweilig stillgelegten Zentralbankdepositen bedeutet. Neben diesen Faktoren hat im März auf die innere Geldversorgung schließlich aber auch expansiv gewirkt, daß in diesem Monat zum ersten Mal seit geraumer Zeit wieder ein Zahlungsbilanzüberschuß auftrat, nachdem in den Vormonaten die Zahlungsbilanzentwicklung dem inneren Geldkreislauf in beträchtlichem Umfang Mittel entzogen hatte, was freilich in der Regel nur auf eine teilweise Kompensation der Kreditschöpfung hinausgelaufen war. Näheres über die Ursachen der neueren Zahlungsbilanzentwicklung enthält der Abschnitt „Außenwirtschaft“ des vorliegenden Berichts. Für das Maß, in dem auf Grund des Aktivsaldo's zusätzliches Geld in die Wirtschaft geflossen ist, bieten die bei der Bank deutscher Länder geführten „Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“¹⁾ einen Anhaltspunkt: Sie wiesen im März einen Auszahlungsüberschuß von 144 Mill. DM auf. Eliminiert man hieraus diejenigen Posten, die lediglich „Interbanktransaktionen“ darstellen, so ergeben sich als Auszahlungsüberschuß gegenüber der Wirtschaft sogar 175 Mill. DM. Wenn nun auch diesem Auszahlungsüberschuß bei der Bank deutscher Länder eine Abnahme der Auslandsguthaben privater Außenhandelsbanken (sogenannte „working balances“) gegenüberstand, so war diese doch erstens sehr viel geringer, und außerdem handelte es sich dabei nur um Inanspruchnahme von Akkreditiven, für die die entsprechenden DM-Beträge bereits früher aufgebracht worden sind.

Da auf Grund der im vorangegangenen geschilderten Faktoren der Kreditrückgang in seiner kontraktiven Wirkung auf die innere Geldversorgung — bei globaler Betrachtung, die allerdings den im Einzelfall eventuell vorhandenen Liquiditätsdruck ignoriert — weitgehend kompensiert wurde, ist das **Geldvolumen** im März 1951, wenn überhaupt, so höchstens geringfügig reduziert worden. Ende Februar

hat es sich auf rd. 29,5 Mrd. DM (gegen 29,4 Mrd. DM Ende Dezember 1950) belaufen, wobei allerdings zu beachten ist, daß die eigentlichen aktiven Teile des Geldvolumens (Bargeldumlauf und Sichtdepositen der Wirtschaft) nur 15,6 Mrd. DM (gegen 16,1 Mrd. DM Ende Dezember 1950) ausmachten. Im Februar hatte dabei das Geldvolumen (im erstgenannten weitesten Sinne) auf Grund der in diesem Monat noch recht beträchtlichen Kreditexpansion noch um reichlich $\frac{1}{2}$ Mrd. DM zugenommen, gewachsen waren jedoch hauptsächlich die Termineinlagen und Gegenwertkonten, während die Zahlungsdepositen nur geringfügig gestiegen waren. Die im Februar erstmals in Ansätzen erkennbar gewordene Verringerung der Ausgabeneigung kommt hierin zum Ausdruck. Über die Entwicklung der Termineinlagen im März liegt gegenwärtig noch kein Material vor. Wahrscheinlich ist, daß der Anteil der reinen Zahlungsdepositen am gesamten Geldvolumen weiter leicht rückläufig gewesen ist, wobei überdies in den Ende März noch als Sichtdepositen ausgewiesenen Kassenreserven Beträge enthalten sind, die im Zuge des Kreditabbaues demnächst zur Abdeckung von Krediten Verwendung finden, also ausgelöscht werden dürften. Statistisch würde das Geldvolumen auch im März trotz der beträchtlichen Kreditrückzahlungen noch weiter gewachsen sein, wenn nicht die erwähnten Schatzwechselabgaben der Bank deutscher Länder eine Reduzierung der im Geldvolumen enthaltenen Giroguthaben beim Zentralbanksystem, also hier eine echte Bilanzverkürzung, herbeigeführt hätten.

Die **Liquidität des Bankennapparats** hat sich im März wieder verbessert, nachdem sie im Februar erneut gesunken war. Deutlichstes Symptom hierfür ist die Entwicklung der „Nettoverschuldung der Geldinstitute beim Zentralbanksystem“ (Kredite minus Einlagen), die sich Ende März 1951 auf 3 001 Mill. DM gegen 3 193 Mill. DM am 28. Februar 1951 stellte. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, war für die Verbesserung vor allem die günstigere Devisenbilanz und der ziemlich starke Abzug von Zentralbankeinlagen von Nichtbankenseite maßgebend. Der letztere stand, wie erwähnt, zum Teil im Zusammenhang mit der geschilderten Umlagerung von Schatzwechselbeständen aus dem Bestand der Bank deutscher Länder auf an-

¹⁾ Folgende Ausweispositionen: Guthaben in ausländischer Währung Sorten, ausländische Wechsel und Schecks; Forderungen und Verpflichtungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts.

Bankmäßige Geldschöpfung und Geldvolumen

in Mill. DM

	1950		1951		
	3. Vj. ²⁾	4. Vj.	Januar	Februar	März ³⁾
A. Bankmäßige Geldschöpfung¹⁾ Zunahme (+) Abnahme (-)					
1. Kreditgewährung					
kurzfristig	+ 1 002	+ 1 368	- 171	+ 553	-850 bis -950
mittel- und langfristig	+ 1 235	+ 1 432	+ 291	+ 385	.
abzüglich					
Geldkapitalbildung	+ 835	+ 1 089	+ 180	+ 177	.
davon:					
Spareinlagen	(+ 68)	(+ 172)	(+ 4)	(+ 6)	(.)
Schuldverschreibungen ⁴⁾	(+ 114)	(+ 115)	(+ 31)	(+ 34)	(.)
Aufgenommene Darlehen, längerfristig aufgenommene Gelder, durchlaufende Kredite	(+ 653)	(+ 802)	(+ 145)	(+ 137)	(.)
Nettowirkung der mittel- und langfristigen Kredite	+ 400	+ 343	+ 111	+ 208	+ 200
2. Münzgewinnzuschriften	+ 142	+ 71	+ 47	+ 41	+ 31
Bankmäßige Geldschöpfung insgesamt	+ 1 544	+ 1 782	- 13	+ 802	-620 bis -720
B. Einzahlungsüberschuß (+) bzw. Auszahlungsüberschuß (-) in der Außenhandelsfinanzierung (darunter Veränderung der Bardepots)	+ 218 (-)	+ 859 ⁵⁾ (+ 421)	+ 280 (+ 138)	+ 214 (+ 74)	- 500 ⁶⁾ (- 325)
C. Veränderungen des Geldvolumens und seiner Zusammensetzung (ohne Spareinlagen)					
Zunahme (+) Abnahme (-)					
1. Bargeldumlauf außerhalb der Banken (mit „B“-Noten)	+ 187	+ 57	- 472	+ 23	+ 67
2. Sichtdepositen der Wirtschaft	+ 964	+ 310 ⁶⁾	- 102	+ 99	-100 bis
3. Termindespositen der Wirtschaft	+ 345	+ 331	+ 153	+ 170	-200
4. Depositen öffentlicher Körperschaften	- 7	+ 179	- 231	+ 186	+ 100
5. Depositen alliierter Dienststellen	- 158	- 131	+ 129	- 8	- 16
6. Gegenwertmittel	- 87	- 16 ⁶⁾	+ 21	+ 76	- 81
Veränderungen des Geldvolumens	+ 1 244	+ 730 ⁶⁾	- 502	+ 546	- 30 bis -130
D. Differenz zwischen A und (B + C)⁷⁾	+ 82	+ 193	+ 209	+ 42	.
Summe B + C + D	+ 1 544	+ 1 782	- 13	+ 802	.

¹⁾ Zentralbankensystem, monatlich berichtende Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG Speyer, Postscheck- und Postsparkassenämter. — ²⁾ Abweichungen gegenüber den im Dezemberheft 1950, S. 10 (Tabelle) angegebenen Zahlen erklären sich durch nachträgliche Berichtigungen. — ³⁾ Zahlen der monatlichen Bankenstatistik für März geschätzt. — ⁴⁾ Saldiert mit eigenen Schuldverschreibungen im Bestand der Banken. — ⁵⁾ Ohne Außenhandelsbanken. — ⁶⁾ S. hierzu Anm. 8) in Tabelle „Geldvolumen“, S. 86 — ⁷⁾ Enthält die Veränderungen aller übrigen Bilanzpositionen.

dere — zum großen Teil öffentliche — Anleger. Der damit verbundene Einsatz von Zentralbank-einlagen hätte für sich allein jedoch nicht ausgereicht, um die mit der Gesamtverminderung der Zentralbankkredite an Nichtbanken verbundene Liquiditätsbelastung zu kompensieren und überzukompensieren, wenn er nicht durch den Rückfluß eines erheblichen Betrages von den bei den Landeszentralbanken stehenden Asservatenkonten für Einfuhrbewilligungen (dem sogenannten Bardepot) ergänzt worden wäre. Die mit der erneuten Ausweitung des Zahlungsmittelumschlufs verbundene Liquiditätsanspannung des Bankenapparats war bisher noch gering. Von gewissen monatlichen Schwankungen, wie etwa den eben geschilderten, abgesehen, hat sich die Liquiditätslage der Banken nunmehr seit Okto-

ber 1950 relativ wenig geändert. Die „Nettoverschuldung“ der Banken beim Zentralbankensystem unterschied sich jedenfalls Ende März 1951 mit rd. 3 Mrd. DM weder von dem Jahresendstand 1950 noch von dem Stand von Ende Oktober 1950 wesentlich. Wenn trotzdem, stichtageweise gesehen, der Rückgriff der Banken auf das Zentralbankensystem von Ende Dezember 1950 bis Ende März d. J. um 230 Mill. DM (auf 4 675 Mill. DM) zurückging, so hat dies seinen Grund lediglich darin, daß zum Jahresultimo im Interesse der Ausweisung hoher Reserveguthaben besonders viel Kredit genommen worden war. Desgleichen bewegen sich die Überschussreserven seit dieser Zeit nur zwischen 2 und 5 vH des Reserve-Solls; im März stellten sie sich auf 2 vH. Obwohl dies und die hohe

„Nettoverschuldung“ beim Zentralbanksystem indizieren, daß im ganzen gesehen die Liquiditätslage der Geschäftsbanken anhaltend angespannt ist, muß aber doch unterstrichen werden, daß eine ganze Reihe von Banken, und zwar gerade auch solche, bei denen das Kreditvolumen in den letzten Monaten stark gewachsen ist, trotzdem noch außerordentlich liquide sind und im Gegensatz zur Gesamtheit der Banken bisher noch gar nicht oder nur zeitweilig die Liquiditätshilfe des Zentralbanksystems in Anspruch

Die Bestimmungsfaktoren der Position der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem nach dem Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
in Mill. DM

	1951		
	Jan. 1)	Febr.	März
Die Liquiditätsbestimmenden Faktoren (ohne die untenstehenden Änderungen des Reserve-Solls) <i>Die Vorzeichen geben die Wirkung der Veränderung der Faktoren auf die Bankenliquidität an</i>			
1. Noten- und Münzumsatz	+ 439	— 16	— 67
2. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken			
a) deutsche öffentliche Stellen (einschl. abgegebener Ausgleichsforderungen, ohne Gegenwertkonten des Bundes)	+ 150	— 79	+ 71
b) Gegenwertkonten des Bundes	— 65	— 124	+ 275
c) Hohe Kommissare und alliierte Dienststellen	— 129	+ 8	+ 16
d) Sonstige Einlagen (darunter: ERP-Sonderkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Zentralbank, Asservatenkonto Einfuhrbewilligungen)	(+ 44)	(+ 48)	(— 194)
3. Zentralbankkredite an Nichtbanken	(— 138)	(— 74)	(+ 325)
4. Kredite an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm	— 269	+ 206	— 403
5. Münzgewinngutschrift zugunsten des Bundes	+ 35	+ 33	— 49
6. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	+ 47	+ 41	+ 31
7. Sonstige Faktoren, netto	— 92	— 205	+ 144
Gesamtwirkung vorgenannter Faktoren	— 14	+ 15	+ 75
	+ 58	— 177	+ 193
Kreditnahme und Einlagen der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)			
Einlagen (Veränderung des im Monatsdurchschnitt berechneten Reserve-Solls)	— 469	+ 448	— 135
Kredite ²⁾	(+ 44)	(+ 18)	(+ 17)
	— 527	+ 625	— 328
Nettoverschuldung der Geschäftsbanken beim Zentralbanksystem	— 58	+ 177	— 193

1) Ab Januar 1951 wurde die Gliederung des BDL-Ausweises bei einigen Positionen geändert. Die vorstehend für Januar angegebenen Zahlen sind von den hierdurch bedingten statistischen Änderungen bereinigt. — 2) Einschl. der vom Zentralbanksystem angekauften Ausgleichsforderungen von Geldinstituten.

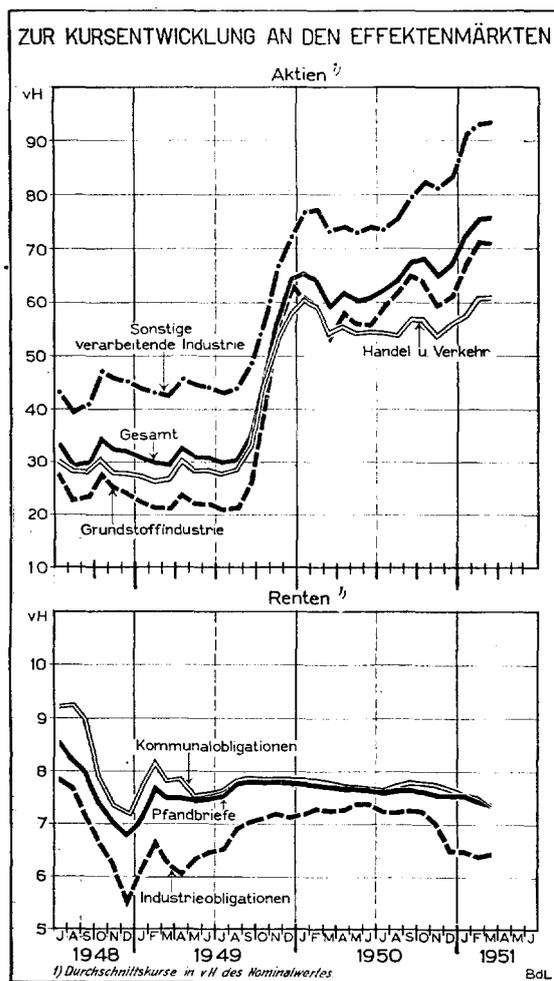
nehmen mußten. Daß diese unterschiedliche Liquiditätslage die Durchführung der Kreditrestriktion u. U. erschweren kann, weil die Vorenthaltung der Refinanzierungshilfe den liquiden Banken gegenüber keine Bremse bedeutet, liegt auf der Hand.

Börsen

Die Aufwärtsbewegung der Aktienkurse, die seit Mitte Dezember an den westdeutschen Börsen zu beobachten war, hat sich im März beträchtlich verlangsamt und gegen Ende des Monats einen vorläufigen Abschluß gefunden. Anfang April 1951 war die Tendenz sogar wieder deutlich abwärts gerichtet. Das Durchschnittsniveau der Aktienkurse lag im März bei 76 vH des Nominalwertes gegenüber einem Höchststand des Vorjahres (Januar 1950) von 66 vH.

Betrachtet man die Kursentwicklung seit der Währungsreform, so lassen sich etwa folgende Phasen unterscheiden: Von der Währungsreform bis September 1949 hatten sich zunächst nur geringfügige Änderungen ergeben, da in dieser Zeit wegen des Fehlens der Umstellungsrechnungen die finanzielle Lage der Unternehmungen noch kaum zu übersehen war. Im Herbst 1949, als die ersten DM-Eröffnungsbilanzen mit überraschend günstigen Umstellungsergebnissen veröffentlicht wurden, schnellten die Aktienkurse dann plötzlich in die Höhe. Auch die internationale Abwertungswelle mag diese Entwicklung beeinflußt haben. Der Höhepunkt dieser Hausse wurde im Januar 1950 erreicht. Von da bis Juli 1950 bröckelten die Kurse im allgemeinen wieder leicht ab. Der Ausbruch des Korea-Konflikts verstärkte zunächst diese Baisse, aber sobald die Befürchtungen einer Ausweitung des Konflikts auf Europa überwunden waren, setzte im Zusammenhang mit der allgemeinen starken Wirtschaftsbelebung eine neue Aufwärtsbewegung ein. Noch bevor der bisherige Höchststand des Kursniveaus von Januar 1950 erreicht wurde, nämlich im Oktober 1950, gewannen jedoch wieder Baissetendenzen die Oberhand, wobei die Zahlungsbilanzkrise und die sich damals schon deutlich abzeichnenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung die Hauptrolle gespielt haben dürften. Da sich jedoch die Wirtschaftslage günstiger entwickelte, als auf Grund der Zahlungsbilanz- und Rohstoffschwierigkeiten zunächst vielfach befürchtet worden war, kehrte

die Tendenz in der ersten Dezemberhälfte wieder um, und es setzte eine neue Aufwärtsbewegung bei den Aktienkursen ein, die erst jetzt wieder ins Stocken geraten ist.



Wie das Schaubild zeigt, wies die Bewegung der Aktienkurse dabei jedoch interessante Unterschiede zwischen den Unternehmungen der einzelnen großen Wirtschaftszweige auf. Die

Aktien der Grundstoffindustrien zeigten wesentlich stärkere Schwankungen als die der verarbeitenden Industrie, und die Aktien von Handels- und Verkehrsunternehmungen erreichten von Mitte 1950 bis März 1951 nicht die Hälfte der bei anderen Wirtschaftszweigen erzielten Kurssteigerungen.

Die Rentenmärkte neigen seit dem Herbst vorigen Jahres deutlich zur Schwäche. Neben der Preisentwicklung mag hierzu der Anstieg der Geldmarktsätze beigetragen haben, zumal seit dem vergangenen Herbst die Diskussion über die Zweckmäßigkeit einer Aufrechterhaltung des niedrigen offiziellen Kapitalmarktzinses stärker in Fluß gekommen ist. Die angebotenen Pfandbriefe und Kommunalobligationen wurden zwar weitgehend von kursstützenden Stellen aufgenommen, so daß deren Kurse vorerst nur wenig zurückgingen. Im März hat sich aber auch hier die Abwärtsbewegung teilweise, besonders bei Kommunalobligationen, verstärkt. Bei den Industrieobligationen, bei denen es im allgemeinen an derartigen Kursstützungen fehlte, gingen die Kurse bereits im letzten Vierteljahr 1950 beträchtlich zurück; in den Monaten November und Dezember sanken sie im Durchschnitt um nicht weniger als 10 vH ihres Oktober-Standes. Seitdem waren allerdings die Kursrückgänge nur noch gering; im März war hier sogar eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die Rendite, die im Juni 1950 bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen durchschnittlich 6,5 % und bei Industrieobligationen 7,5 % betragen hatte, belief sich im März 1951 bei Pfandbriefen auf etwa 6,9 %, bei Kommunalobligationen auf 7,0 % und bei Industrieobligationen auf 9,1 %.

Öffentliche Finanzen

Die bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu verzeichnende Besserung der wichtigsten öffentlichen Haushalte hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres verstärkt fortgesetzt und — bei allerdings sehr unterschiedlicher Entwicklung im einzelnen — zu nicht unbeträchtlichen Kassenüberschüssen geführt, die der bestehenden Übernachfrage wenigstens bis zu einem gewissen Grade entgegenwirkten. Maßgebend hierfür war vor allem der anhaltende An-

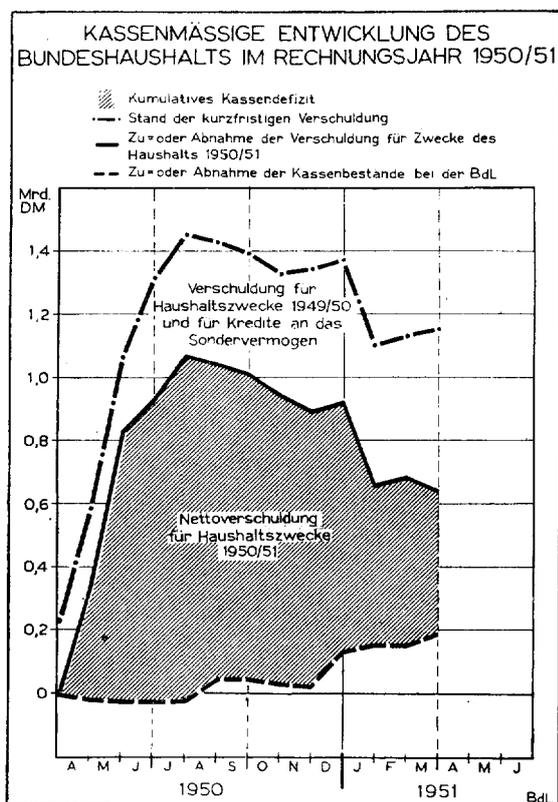
stieg der öffentlichen Einnahmen, der durch den Produktions- und Beschäftigungsrückgang im Dezember und Januar schon deshalb nicht beeinträchtigt wurde, weil dieser in seiner Wirkung auf das Steueraufkommen durch die saisonübliche Umsatzspitze im Dezember und die an die Arbeitnehmer gezahlten Weihnachtsgratifikationen bei weitem überkompensiert wurde. Das Steueraufkommen von Bund und Ländern war jedenfalls in den Monaten Dezember bis Februar (An-

gaben für den März liegen noch nicht vor) mit rd. 4 580 Mill. DM um etwa 13 vH höher als im vorangegangenen Drei-Monatsabschnitt. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben bisher noch kaum gestiegen, da die erwartete Zunahme der Besatzungskosten nur langsam einzusetzen beginnt und sich auch die Personal- und Sozialausgaben vorläufig nur wenig erhöht haben.

Der Bundeshaushalt

Besonders günstig war in den letzten Monaten wiederum die Entwicklung der Bundesfinanzen. Auf Grund des konjunkturellen und saisonalen Höchststandes der Steuereinnahmen und auf Grund hoher Eingänge aus den Interessenquoten der Länder konnte im Januar ein kassenmäßiger Überschuß in Höhe von 285 Mill. DM erzielt werden, der höher war als die in den fünf vorangegangenen Monaten erreichten Kassenüberschüsse zusammengenommen. Im Februar stellte sich infolge relativ hoher Ausgaben zwar wieder ein Fehlbetrag ein (33 Mill. DM), aber im März wurde wiederum ein Überschuß von 10 Mill. DM erzielt. Die gesamten im ersten Vierteljahr 1951 zu verzeichnenden kassenmäßigen Überschüsse beliefen sich also auf 262 Mill. DM. Zusammen mit den in den Monaten von August bis Dezember 1950 angefallenen Überschüssen ist damit das in den ersten Monaten des Finanzjahres entstandene Kassendefizit von nahezu 1,1 Mrd. DM bis zum Schluß des Rechnungsjahres auf rd. 550 Mill. DM vermindert worden. Diese Zahl, die lediglich die geldpolitischen Auswirkungen der Haushaltsführung des Bundes im vergangenen Finanzjahr zum Ausdruck bringt, läßt freilich noch keine Schlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Haushaltsrechnung für das abgelaufene Finanzjahr zu, das erst nach Ablauf der Auslaufperiode zu erwarten ist. Sie sagt also über die haushaltmäßige Entwicklung zunächst noch nichts aus.

Vergleicht man das kassenmäßige Defizit mit der Entwicklung der Bundesschuld, so ergibt sich allerdings, daß diese am 31. März 1951 noch um rd. 920 Mill. DM höher war als bei Beginn des Rechnungsjahres, also in ihrer Zunahme im abgeschlossenen Rechnungsjahr um rd. 370 Mill. DM über das laufende Kassendefizit hinausging. Das liegt vor allem daran, daß der Bund im letzten Haushaltsjahr mit erheblichen Kassenmitteln für haushaltsfremde Zwecke (Abdeckung von De-



fiziten auf den Gegenwertkonten und Bezahlung der Bundesgetreidereserve) einspringen mußte. Seine Forderung an das aus den DM-Gegenwerten für gestundete Einfuhren gebildete Sondervermögen belief sich Ende März 1951 auf nahezu 190 Mill. DM. Es kommt hinzu, daß der Bund im abgeschlossenen Rechnungsjahr seit einigen Monaten wieder gewisse Kassenbestände gebildet hat. Zum Teil sind diese allerdings für bestimmte Ausgaben, wie die Berlin-Hilfe aus den über den Bundeshaushalt laufenden GARIOA-Mitteln und die Restausfuhrzahlungen, zweckgebunden und deshalb für sonstige laufende Haushaltsausgaben oder auch für die Schuldentilgung nicht verwendbar. Sie werden ab Mitte März in Geldmarkttiteln angelegt.

Was die Form der Bundesschuld anbelangt, so haben sich im Verlauf des Finanzjahres 1950/51 geldpolitisch nicht uninteressante Veränderungen vollzogen. Während anfänglich die Kassendefizite des Bundes in großem Umfang mit Hilfe von Kassenvorschüssen der Bank deutscher Länder finanziert worden waren, ist diese Form der Kreditgewährung in den letzten Monaten immer stärker zurückgegangen. Im März 1951 wurden die Kassenvorschüsse vorübergehend sogar völlig abge-

deckt. Demgegenüber ist der Anteil der verbrieften Schuld (Schatzwechsel und seit Januar 1951 auch unverzinsliche Schatzanweisungen), der in den ersten Monaten des Rechnungsjahres stark zurückgegangen war, im letzten Vierteljahr wieder gestiegen. Dabei ist es gelungen, die betreffenden Schuldtitel hauptsächlich am offenen Markt zu placieren. Der Anteil der vom Zentralbanksystem gewährten Kredite (Kassenvorschüsse + Lombardkredite + vom Zentralbanksystem übernommene Schuldtitel) an der gesamten kurzfristigen Bundesschuld ist jedenfalls von seinem Höchststand Ende Mai 1950, als er rd. 63 vH betrug, auf rd. 25 vH Ende März 1951 gesunken. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Bund in den letzten Monaten in steigendem Maße auf vorübergehend disponible Reserven anderer Haushalte, wie vor allem der Soforthilfe und neuerdings auch der Post, zurückgreifen konnte. Da diese Mittel vor ihrer Inanspruchnahme im Zentralbanksystem stillgelegt waren, kommt ihr Einsatz, zumindest bei kurzfristiger Betrachtung, seiner geldpolitischen Auswirkung nach einer Kreditgewährung des Zentralbanksystems gleich. Unter Einbeziehung dieser Beträge betrug der durch direkte Zentralbankkredite oder aus im Zentralbanksystem unterhaltenen Depositen finanzierte Anteil der Bundesschuld Ende Juni 1950 mit gut 1 Mrd. DM mehr als drei Viertel der Gesamtverschuldung. Auch Ende März 1951, als

der absolute Betrag auf 694 Mill. DM abgesunken war, belief er sich noch auf 60 vH.

Während in den letzten Monaten die Entwicklung der Bundesfinanzen verhältnismäßig günstig war, ist für das am 1. April 1951 begonnene neue Rechnungsjahr mit einer wachsenden Anspannung zu rechnen, da gewisse Ausgaben sicher stark wachsen werden. Eine beträchtliche Mehrbelastung ist zunächst bei den Besatzungskosten zu erwarten. Von den Hohen Kommissaren sind für 1951/52 an eigentlichen Besatzungskosten 6,6 Mrd. DM angefordert worden. Demgegenüber belief sich im vergangenen Jahr der ursprüngliche Besatzungskostenansatz auf etwas über 4 Mrd. DM, wozu noch unausgenutzte Besatzungskostenanforderungen aus dem Haushaltsjahr 1949/50 in Höhe von rd. 400 Mill. DM und im Dezember 1950 noch eine nachträgliche alliierte Anforderung von 1,4 Mrd. DM kamen. Rein rechnerisch macht die Erhöhung also nur etwa 800 Mill. DM aus. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Ansätze und die Nachforderung für 1950/51 einschließlich der Übertragungen aus 1949/50 bis zum Schluß des Rechnungsjahres offenbar nur zum Teil ausgenutzt waren. In den ersten zehn Monaten, für die konkrete Nachweise vorliegen, stellten sich jedenfalls die tatsächlichen Besatzungskosten nur auf 3 329 Mill. DM. Wenn also die Aufwendungen in den Monaten Februar und März nicht wesentlich höher waren

Entwicklung und Zusammensetzung der kurzfristigen Bundesschuld im Rechnungsjahr 1950/51

Stand am Monatsende	Kassenvorschuß der Bank deutscher Länder und Lombardkredite der Landeszentralbanken ¹⁾	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Kredit vom Hauptamt für Soforthilfe	Gesamtverschuldung	davon					
					Unmittelbarer Zentralbankkredit ²⁾	Kredite aus im Zentralbanksystem unterhaltenen öffentlichen Mitteln ³⁾	Summe 5 + 7			
							Mill. DM	vH der Gesamtverschuldung	Mill. DM	vH der Gesamtverschuldung
1950 März	—	236,0	—	236,0	3,3	1,4	—	3,3	1,4	
April	204,2	285,5	100,0	589,7	212,2	36,0	100,0	312,2	53,0	
Mai	644,0	323,6	100,0	1 067,6	667,2	62,6	100,0	767,2	71,8	
Juni	779,2	336,4	200,0	1 315,6	806,1	61,3	200,0	1 006,1	76,4	
Juli	748,2	506,5	200,0	1 454,7	759,9	52,2	200,0	959,9	66,0	
August	799,8	431,3	200,0	1 431,1	816,8	57,1	200,0	1 016,8	71,1	
September	597,3	600,2	200,0	1 397,5	684,4	48,9	200,0	884,4	63,3	
Oktober	515,5	615,2	200,0	1 330,7	683,5	51,4	200,0	883,5	66,4	
November	550,5	598,5	200,0	1 349,0	672,1	50,0	200,0	872,1	64,6	
Dezember	578,4	498,7	300,0	1 377,1	638,8	46,3	300,0	938,8	68,2	
1951 Januar	255,4	550,1	300,0	1 105,5	370,0	33,6	350,0	720,0	65,1	
Februar	293,5	539,8	300,0	1 133,3	442,7	39,1	350,0	792,7	70,0	
März	202,6	654,0	300,0	1 156,6	293,4	25,4	400,0	693,4	60,0	

¹⁾ Davon Lombardkredit der Landeszentralbanken: Ende Juni 1950 147 Mill. DM. — ²⁾ Direktkredite der Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken + im Zentralbanksystem untergebrachte Schatzwechsel und Schatzanweisungen. — ³⁾ Kredite vom Hauptamt für Soforthilfe und von der Bundespost.

als im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Rechnungsjahres, so könnten etwa 1,9 Mrd. DM als unausgenutzte Anforderungen in das neue Rechnungsjahr übertragen werden, so daß in diesem theoretisch 8,5 Mrd. DM für (anerkannte) Besatzungszwecke in Anspruch genommen werden könnten. Einschließlich der nicht anerkannten Besatzungskosten, die im Rechnungsjahr 1950/51 mit etwa 150 Mill. DM angesetzt waren (sie sind in den oben angegebenen Ziffern nicht enthalten) und im neuen Rechnungsjahr vielleicht ebenfalls steigen werden, könnten sich die möglichen Ausgaben nach dem gegenwärtigen Stand der Anforderungen sogar beinahe auf 9 Mrd. DM stellen. Ob die tatsächlichen Ausgaben wirklich diesen Betrag erreichen werden, ist nun zwar fraglich, aber daß eine erhebliche Steigerung eintreten wird, kann als sicher gelten.

Mit wesentlich höheren Ausgaben ist ferner im Rahmen der Sozialaufwendungen zu rechnen. Im Zusammenhang mit der Anfang d. J. eingebrachten Steuervorlage¹⁾ wurde der zusätzliche Bedarf im Finanzjahr 1951/52 gegenüber 1950/51 mit rd. 1,3 Mrd. DM beziffert. Er wird vor allem aus erhöhten Zuschüssen an die Sozialversicherungen, erhöhter Kriegsfolgenfürsorge infolge des Lastenausgleichs und verbesserten Leistungen im Rahmen der Kriegsopferversorgung erwartet. Wenn auch zur Zeit noch nicht zu übersehen ist, ob alle Ausgaben dieser Gruppe tatsächlich in dem erwarteten Umfang steigen werden, so sind andererseits in dem Betrag von 1,3 Mrd. DM gewisse zusätzliche Aufwendungen, wie z. B. die am 1. April 1951 um 10 vH erhöhten Leistungen der Arbeitslosenfürsorge noch nicht berücksichtigt. Es kann daher sehr wohl sein, daß die Sozialausgaben über den vorgesehenen Steigerungssatz hinaus ansteigen werden, insbesondere dann, wenn im Verlauf des Finanzjahres auch noch die Altersrenten der Sozialversicherungen erhöht werden sollten. Schließlich werden auf Grund der jüngsten preispolitischen Entscheidungen voraussichtlich rd. 800 Mill. DM für die Subventionierung eingeführter Lebensmittel und die in Aussicht genommene Ausgabe von Verbilligungsscheinen für die sozial schwächeren Schichten benötigt. Es hat also den Anschein, als ob die zusätzlichen Bela-

stungen des Bundeshaushalts im laufenden Finanzjahr, die bei Einbringung der Steuervorlage mit rd. 3,6 Mrd. DM beziffert wurden, erheblich über diesen Betrag hinaus ansteigen werden.

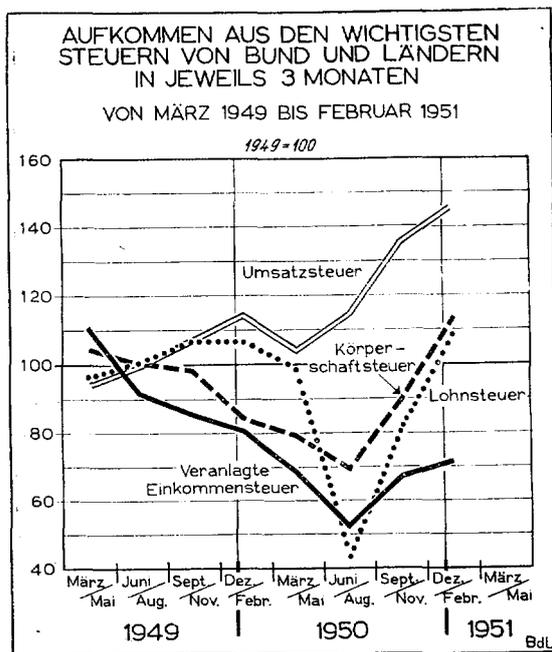
Für die Deckung der voraussichtlichen zusätzlichen Ausgaben werden zunächst die Mehrerträge zur Verfügung stehen, die sich bei einzelnen Bundessteuern auf Grund der konjunkturellen Entwicklung ergeben werden. Die offizielle Schätzung für diesen Mehreingang gegenüber dem Etatansatz des Jahres 1950/51 beläuft sich auf rd. 1,2 Mrd. DM. Darüber hinaus sieht das Anfang des Jahres von der Bundesregierung eingebrachte Steuerprogramm, das zur Zeit dem Bundestag zur Beschlußfassung vorliegt, aus der Erhöhung gewisser Bundessteuern, hauptsächlich aus der Erhöhung der Umsatzsteuer, einen Mehrertrag in Höhe von rd. 1,3 Mrd. DM vor. Ferner wird der Bund voraussichtlich einen festen Anteil (31,3 vH) am Aufkommen der Einkommensteuern und der Körperschaftsteuer erhalten, der sich schätzungsweise auf 2,1 bis 2,2 Mrd. DM belaufen wird. Dafür sollen zwar die Länder in Zukunft von den „Interessenquoten“ an bestimmten Bundesausgaben befreit werden, aber da diese im abgelaufenen Finanzjahr mit nur rd. 1,1 Mrd. DM etatisiert waren, würde sich immerhin eine zusätzliche Leistung der Länder von schätzungsweise 1 bis 1,1 Mrd. DM ergeben, ein Betrag, der etwa dem erwarteten Mehrertrag aus der vorgesehenen Erhöhung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer entspricht. Die gesamten Mehreinnahmen des Bundes aus diesen drei Quellen würden sich somit auf rd. 3,6 Mrd. DM belaufen. Da jedoch die zusätzlichen Ausgaben aller Voraussicht nach diesen Betrag übersteigen werden (vgl. oben), ist zur Vermeidung eines Fehlbeitrages im Finanzjahr 1951/52 die Erschließung weiterer Einnahmequellen notwendig. Der Bundesfinanzminister hat daher die Einführung einer differenzierten Steuer auf Güter des gehobenen Bedarfs vorgeschlagen, die ungefähr 800 Mill. DM erbringen soll. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen.

Die Länderhaushalte

Ebenso wie beim Bund hat sich auch in den Länderhaushalten in den vergangenen Monaten eine Erholung bemerkbar gemacht. Sie hat allerdings erst später eingesetzt und—anders als beim

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1950, Seite 17.

Bund — erst im letzten Quartal (Januar bis März 1951) und auch da allenfalls nur für die Gesamtheit der Länderhaushalte zu einem ungefähren Ausgleich der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben geführt. Das liegt hauptsächlich daran, daß die wichtigsten Steuern der Länder, nämlich die Einkommensteuern (Lohnsteuer, Veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) sehr viel langsamer auf einen Anstieg der Wirtschaftstätigkeit reagieren als beispielsweise die dem Bund zustehende Umsatzsteuer. Zum anderen aber hängt die wesentlich schwächere Erholung der Länderhaushalte mit den Steuerausfällen infolge der im April 1950 beschlossenen Einkommensteuerreform zusammen. Wie das Schaubild über die Entwicklung der Einkommensteuern im Vergleich zur Umsatzsteuer zeigt, erreichten die



Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer nach großen Rückgängen in den Sommer- und Herbstmonaten 1950 erst im Vierteljahr Dezember 1950 bis Februar 1951 — Angaben für den März liegen noch nicht vor — wieder ihren Stand vom Jahre 1949; die Veranlagte Einkommensteuer blieb sogar nach wie vor noch weit dahinter zurück. Im Vergleich dazu ist das Aufkommen aus der dem Bund zustehenden Umsatzsteuer beträchtlich über das im Jahre 1949 erreichte Niveau gestiegen.

Immerhin hat sich die Lage der Länderhaushalte im ganzen genommen seit dem vergangenen Sommer und Herbst wesentlich gebessert.

Die Gesamtverschuldung der Länder (einschließlich der im Januar und Februar vom Bund an einzelne Länder gewährten Kassenvorschüsse in Höhe von insgesamt rd. 33 Mill. DM) nahm im Vierteljahr Januar bis März 1951¹⁾ zwar noch um rd. 47 Mill. DM zu; gleichzeitig aber stiegen die im Zentralbanksystem unterhaltenen und von diesem angelegten Mittel der Länder um rd. 38 Mill. DM an. Unterstellt man, daß die bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Kassenreserven der Länder im gleichen Zeitraum unverändert geblieben sind, so belief sich im letzten Vierteljahr der kassenmäßige Fehlbetrag also nur mehr auf rd. 9 Mill. DM, verglichen mit rd. 144 Mill. DM im vorangegangenen Rechnungsvierteljahr Oktober bis Dezember 1950. Für das gesamte abgelaufene Finanzjahr ergibt sich aus der Entwicklung der Verschuldung und der im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw. von diesem angelegten Kassenmittel der Länder ein kassenmäßiger Fehlbetrag von nahezu 325 Mill. DM. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Guthaben der Länder nicht bekannt ist. Der hier ausgewiesene kassenmäßige Fehlbetrag kann daher — falls im abgelaufenen Finanzjahr die im Geschäftsbankensystem befindlichen Kassenreserven angereichert wurden — zu hoch bzw. — falls sie abgebaut wurden — zu niedrig sein.

Entwicklung der Verschuldung und der im Zentralbanksystem unterhaltenen bzw. von diesem angelegten Kassenmittel der Länder im Finanzjahr 1950/51 in Mill. DM

Zeit	Zunahme (+) bzw. Abnahme (−) der Verschuldung	Zunahme (+) bzw. Abnahme (−) der im Zentralbanksystem unterhaltenen Kassenmittel	Gesamtwirkung (kassenmäßiger Fehlbetrag)
1950 April bis Juni	− 43,0	− 111,3	− 68,3
Juli bis Sept.	+ 45,3	− 56,8	− 102,1
Okt. bis Dez.	+ 20,0	− 123,9	− 143,9
1951 Jan. bis März	+ 47,0	+ 37,7	− 9,3
gesamt	+ 69,3	− 254,3	− 323,6

Obwohl die Länderhaushalte, als Ganzes betrachtet, im vierten Viertel des Rechnungsjahres kassenmäßig wieder nahezu ausgeglichen waren, dürften in einigen Ländern dabei bis zum Schluß Fehlbeträge zu verzeichnen gewesen sein, da weder die Neuverteilung der Finanzmasse zwi-

¹⁾ Eine Drei-Monatsperiode wird der Betrachtung mit Rücksicht auf die vierteljährlichen Zahlungstermine und die dadurch bedingten Aufkommenschwankungen wichtiger Ländersteuern zugrunde gelegt.

schen Bund und Ländern ab Beginn des eben abgelaufenen Rechnungsjahres noch die inzwischen ergriffenen Finanzausgleichsmaßnahmen ausgereicht haben, um gewisse strukturelle Unterschiede im Einnahmen-Ausgabenverhältnis der einzelnen Länder gänzlich zu beseitigen. Namentlich in Schleswig-Holstein, Bayern, Baden, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ergaben sich weitere Kassenschwierigkeiten. Sie zu überwinden, begegnete um so größeren Hemmnissen, als gerade diese Länder die Kassenkreditfazilitäten bei den Landeszentralbanken — die für alle elf Länder zusammen Ende März 545 Mill. DM betragen, aber nur zu etwa 23 vH in Anspruch genommen waren — in der Regel voll oder doch fast voll ausgenutzt hatten, da ferner für die Rediskontierung von Schatzwechseln zum Teil bestimmte Obergrenzen festgesetzt sind und auch die Geschäftsbanken wegen der fehlenden Refinanzierungsmöglichkeiten nur sehr begrenzte Kredite an die Länder gewähren. Angesichts dieser Schwierigkeiten hat der Bund im Januar und Februar einzelnen Ländern (Schleswig-Holstein, Bayern, Rheinland-Pfalz) Kassenkredite in Höhe von insgesamt rd. 33 Mill. DM eingeräumt, und in einem Lande, nämlich in Bayern, sind darüber hinaus seit Januar 1951 die in Anspruch genommenen Sachleistungen zum Teil nur mit Steuergutscheinen, also durch Inanspruchnahme des Lieferantenkredits, bezahlt worden. Diese Scheine können sechs Monate nach Empfang bei der Entrichtung der Ländersteuern in Zahlung gegeben werden. Ende Februar 1951 waren rd. 35 Mill. DM im Umlauf. Sie sind nominell mit 8,3 % verzinslich, so daß dieser Kredit dem Staat verhältnismäßig teuer kommt. Zu erwähnen ist ferner noch, daß im Januar die erste langfristige Anleihe eines Landes nach der Währungsreform zur Zeichnung aufgelegt wurde, nämlich eine zur Finanzierung des außerordentlichen Etats vorgesehene 5%ige Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 57,5 Mill. DM. Bisher konnten allerdings nicht einmal Teilbeträge der Anleihe, die mit einem Kurs von 98 begeben werden soll, am Kapitalmarkt untergebracht werden.

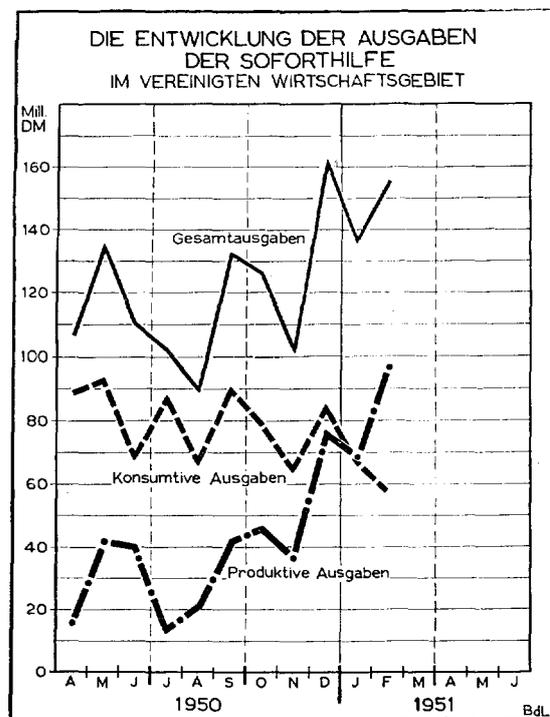
Im soeben begonnenen Finanzjahr 1951/52 werden die Länder zum Ausgleich ihrer Haushalte, der nach den im abgelaufenen Finanzjahr aufgetretenen kassenmäßigen Defiziten aus geldpolitischen Gründen dringend erwünscht ist, auf

den konjunkturellen Anstieg des Steueraufkommens, der mit gut 1 Mrd. DM veranschlagt wird, angewiesen sein, da sie durch erhöhte Leistungen an den Bund in Höhe von rd. 1 Mrd. DM (vgl. oben S. 17) praktisch den Mehrertrag aus der vorgesehenen Erhöhung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer wieder verlieren werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß auch die Länderausgaben aller Voraussicht nach steigen werden. So werden allein für die bevorstehenden Lohn- und Gehaltsaufbesserungen mehr als 200 Mill. DM und für die Belastungen, die sich aus der Einführung des Lastenausgleichsgesetzes ergeben werden, weitere 350 Mill. DM benötigt.

Die Finanzen der Soforthilfe

Im Gegensatz zu den in der Entwicklung der Bundes- und Länderfinanzen wirksamen Tendenzen, die in den letzten Monaten auf kassenmäßige Überschüsse oder doch wenigstens einen Ausgleich der kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben hinzielten, schloß die Finanzgebarung der Soforthilfebehörden in den letzten Monaten mit einem Ausgabenüberschuß ab. Er belief sich im Bereich des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets in der letzten Drei-Monatsperiode, für die Angaben vorliegen, nämlich von Dezember 1950 bis Februar 1951, rechnermäßig auf etwa 74 Mill. DM. Diese Ziffer ist durch die im Dezember erfolgte Verrechnung gewisser bereits früher ausgezahlter Mittel offenbar etwas überhöht, aber die gleichzeitige Abnahme der liquiden Mittel um rd. 44 Mill. DM zeigt, daß auch kassenmäßig die Ausgaben etwas größer waren als die Einnahmen. Im Vergleich hierzu hatten sich in der Zeit von September bis November 1950 die Einnahmen und Ausgaben annähernd die Waage gehalten, während sich in der Anlaufperiode der Soforthilfeaktion oder genauer in den Monaten Oktober 1949 bis März 1950 buchmäßig ein Überschuß von nicht weniger als 450 Mill. DM ergeben hatte. Dieser Wandel ist ausschließlich auf die Entwicklung der Ausgaben zurückzuführen. Die Einnahmen, die seit dem Beginn des Rechnungsjahres 1950/51 bekanntlich nur mehr aus einer Abgabe auf das Sachvermögen bestehen — im Jahr der Einführung der Soforthilfe, nämlich 1949/50, wurde darüber hinaus noch eine Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen erhoben —, sind nämlich infolge der gleich-

bleibenden Steuerbasis relativ konstant, und tatsächlich lagen sie auch in der erwähnten Drei-Monatsperiode von Dezember 1950 bis Februar 1951 mit rd. 381 Mill. DM nur um 8 Mill. DM unter den im vorangegangenen Drei-Monatsabschnitt September bis November 1950 erzielten Einnahmen. Die Ausgaben sind dagegen von rd. 360 Mill. DM in der Zeit von September bis November 1950 auf rd. 450 Mill. DM in der darauffolgenden Drei-Monatsperiode gestiegen. Diese



Entwicklung liegt durchaus im Sinne der ganzen Aktion. Wie an dieser Stelle wiederholt ausgeführt, war ein erheblicher Teil der Soforthilfe-einnahmen von Anfang an für produktive Aufwendungen zugunsten der Entschädigungsberechtigten bestimmt, deren Vorbereitung naturgemäß eine gewisse Zeit erforderte, so daß die Ausgaben nur mit einer gewissen Phasenverschiebung den Einnahmen folgen konnten. Tatsächlich hängt die geschilderte Ausgabenentwicklung, wie das Schaubild zeigt, im wesentlichen mit dem seit einiger Zeit in Gang befindlichen Anstieg der sogenannten produktiven Ausgaben zusammen. So wurden im Februar insgesamt weitere 400 Mill. DM für überwiegend produktive Vorhaben verplant: 300 Mill. DM für Wohnungsbau, 45 Mill. DM für Ausbildungs- und Existenzaufbauhilfe und 55 Mill. DM für Hausrathilfe und Flücht-

lingssiedlung. Wenn dieser Betrag auch nur langsam abgerufen werden wird, so ist doch weiterhin mit hohen Auszahlungen und daher einem weiteren Abbau der liquiden Reserven zu rechnen.

Mit dem Anwachsen der Ausgaben für produktive Zwecke geht in den beiden ersten Monaten des neuen Jahres ein Rückgang der konsumtiven Hilfeleistungen parallel, der bei nahezu konstant bleibenden Beträgen für die Unterhaltshilfe auf rückläufige Ausgaben für die Hausrathilfe zurückzuführen ist. Die Verwendungsstruktur der Soforthilfeausgaben hat sich daher im Laufe der letzten Monate stark verändert. Während im ersten Halbjahr der Soforthilfeaktion die Ausgaben für konsumtive Zwecke noch das Vierfache der produktiven Vorhaben ausmachten, verschob sich dieses Verhältnis mehr und mehr. Im Januar 1951 waren die Relationen nahezu ausgeglichen, und im Februar hatten bereits die nur für den Wohnungsbau ausgegebenen Summen die Höhe der Hausrat- und Unterhaltshilfe erreicht. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Soforthilfebehörden nur 15 vH der Zins- und Amortisationsbeträge aus den durch das

Aufkommen aus den Soforthilfeabgaben und Auszahlungen der Soforthilfebehörden
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Aufkommen		Auszahlungen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet				
	Bundesgebiet	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	insgesamt ¹⁾	davon			Wohnungsbau
				für konsumtive Zwecke ²⁾	für produktive Zwecke ³⁾	Ausbildungs- und Existenzaufbauhilfe	
Sept. 1949 bis März 1950	1 298,9	1 146,6	695,5	562,5	133,0	—	—
1950							
April	74,3	65,1	106,2	89,5	16,7	1,3	10,4
Mai	226,8	201,9	135,8	93,5	42,3	2,3	35,0
Juni	91,2	80,4	110,6	69,8	40,8	3,3	32,5
Juli	72,6	61,3	102,5	87,7	14,8	4,0	10,8
August	211,9	188,8	90,3	68,5	21,8	13,7	5,1
September	78,9	69,4	132,8	90,5	42,3	21,8	15,2
Oktober	69,0	61,3	126,2	79,9	46,3	28,3	14,0
November	291,2	258,3	103,2	66,0	37,2	25,6	6,4
Dezember	104,6	90,8	162,1	85,1	77,0	28,3	43,7
1951							
Januar	74,6	65,3	137,3	68,0	69,3	27,3	37,0
Februar	254,8	224,7	155,8	58,0	97,8	30,9	61,6

¹⁾ Die Unterschiede zu den Ausgabezahlen in früheren Tabellen (vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1950, S. 20) erklären sich durch die nunmehrige Einbeziehung der aus einem Teil der Einnahmen aus dem Gesetz zur Sicherung von Forderungen auf den Lastenausgleich (15 vH) finanzierten Ausgaben für den Wohnungsbau. — ²⁾ Unterhaltshilfe und Hausrathilfe. — ³⁾ Ausbildungshilfe, Existenzaufbauhilfe, Wohnungsbau und Flüchtlingssiedlung.

Gesetz zur Sicherung von Forderungen auf den Lastenausgleich geschaffenen Umstellungsgrundschulden verausgaben, während 85 vH der Einnahmen den Ländern zur Förderung des Wohnungsbaues zugunsten der Geschädigten verbleiben. Im Bereich des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets beliefen sich die Nettoeinnahmen der Länder aus Umstellungsgrundschulden im Monatsdurchschnitt des 4. Kalendervierteljahres 1950 auf 32,6 Mill. DM, im Januar 1951 auf 54,1 Mill. DM. Sie sind zum größten Teil in den Wohnungsbau geflossen. Würde man diese von den Ländern verausgabten Mittel in die oben mitgeteilten Ausgaben der Soforthilfe einbeziehen, so würde der Anteil der produktiven an den gesamten Ausgaben noch stärker in Erscheinung treten.

Die Finanzen

der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung

Die finanzielle Entwicklung der Sozialversicherungen (Kranken- und Rentenversicherung) ist weiterhin durch anhaltende Überschüsse gekennzeichnet. Die nunmehr für das 4. Kalendervierteljahr 1950 vorliegenden Zahlen zeigen, daß das Beitragsaufkommen wiederum stärker gestiegen ist als die Ausgaben. Allerdings

Beitragsaufkommen und gesamte Ausgaben der Sozialversicherungen im Jahre 1950

	Gesamter Kalenderjahr 1950	davon				Steigerung im 4. Vj. gegenüber dem 1. Vj. in vH
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Mill. DM						
I. Beitragsaufkommen						
a) Rentenversicherungen	3 496,1	823,6	827,1	900,9	944,5	+ 14,6
b) Krankenversicherung	2 119,1	482,0	515,2	548,2	573,7	+ 19,0
Sozialversicherungen insgesamt	5 615,2	1 305,6	1 342,3	1 449,1	1 518,2	+ 16,8
2. Gesamte Ausgaben						
a) Rentenversicherungen	3 786,5	899,4	927,0	972,1	988,0	+ 9,9
b) Krankenversicherung	2 271,0	536,1	542,9	570,7	621,3	+ 15,9
Sozialversicherungen insgesamt	6 057,5	1 435,5	1 469,9	1 542,8	1 609,3	+ 12,1

sind die Ausgaben nach wie vor größer als das Beitragsaufkommen, so daß der Ausgleich nur durch die gesetzlich vorgesehenen öffentlichen Zuschüsse zustande kommt. Deren Höhe wird in den Ausweisen der Rentenversicherungen nicht veröffentlicht, aber sie lassen sich schätzungs-

weise mit Hilfe der von der Bundesfinanzstatistik angegebenen Bundeszuschüsse an die Rentenversicherungen ermitteln. Diese umfassen in der Hauptsache feste Zuschläge zu den Altersrenten (sog. Grundbeträge), die durch das Mitte 1949 erlassene Sozialversicherungsanpassungsgesetz wieder eingeführt wurden. Sie beliefen sich im Vierteljahr Oktober bis Dezember 1950 auf 217,5 Mill. DM. Einschließlich der sonstigen Einnahmen in Höhe von schätzungsweise 9 bis 10 Mill. DM hätten danach die gesamten Einnahmen der Rentenversicherungen rd. 1 170 Mill. DM und der Überschuß rd. 180 Mill. DM betragen, verglichen mit einem Überschuß von rd. 150 Mill. DM im vorangegangenen Vierteljahr Juli bis September 1950. Für die Krankenversicherung, die über ihren Gesamtstatus berichtet¹⁾, wird im 4. Vierteljahr 1950 bei saisonal relativ hohen Ausgaben ein Überschuß von nahezu 32 Mill. DM und für das gesamte Kalenderjahr 1950 von 107 Mill. DM nachgewiesen.

Für die ersten Monate des Jahres 1951 liegen Angaben noch nicht vor. Da das Beitragsaufkommen im Januar auf Grund der im Dezember ausgezahlten, offenbar recht beträchtlichen Weihnachtsgatifikationen vermutlich sehr hoch war und im Februar und März infolge der relativ günstigen Beschäftigungslage kaum nennenswert unter den in den letzten Monaten des vergangenen Jahres erreichten Stand gefallen sein dürfte und die Ausgaben zumindest der Rentenversicherungen nur langsam ansteigen, ist der Überschuß im 1. Vierteljahr 1951 vermutlich nicht hinter dem des vorangegangenen Vierteljahres zurückgeblieben.

Die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung hat sich in den letzten Monaten infolge des winterlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit verschlechtert. Die Unterstützungsbeträge sind im Dezember um 12,3 und im Januar um 37,6 Mill. DM gestiegen. Mit 78,8 Mill. DM haben sie im Januar den bisher höchsten Stand des Rechnungsjahres erreicht. Trotzdem blieben die Ausgaben auch in diesen beiden Monaten geringer als die Einnahmen.²⁾ Im Januar hat sich das Beitragsaufkommen trotz der erhöhten Arbeitslosigkeit sogar noch um über 11 Mill. DM erhöht, da in der Dezember-Lohnsumme der

¹⁾ Vgl. hierzu die Übersicht im Statistischen Teil, VIII, 6

²⁾ Vgl. hierzu die Übersicht im Statistischen Teil, VIII, 5.

Rückgang der Beschäftigung offenbar durch die Weihnachtsgatifikationen überkompensiert wurde. Auf diese Weise konnte die Arbeitslosenversicherung auch in diesem Monat mit einem Überschuß von 11,4 Mill. DM, d. h. rd. 10 vH der Gesamteinnahmen, abschließen. Im Februar ist das Beitragsaufkommen allerdings um rd. 18 Mill. DM gesunken. Obwohl in diesem Winter die Kurve der Arbeitslosigkeit bereits Mitte Januar ihren Höhepunkt erreichte, und die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung schon im Februar wieder nachließ, stellte sich auf Grund der niedrigen Einnahmen erstmalig im Rechnungsjahr 1950/51 ein Fehlbetrag in Höhe von 4,6 Mill. DM ein. Trotzdem war es dem Arbeitsstock in den vergangenen Wintermonaten (November 1950 bis Februar 1951) nicht nur möglich, die aus der saisonalen Arbeitslosigkeit der Wintermonate entstandenen Verpflichtungen ohne Rückgriff auf die im Sommer angesammelten Reserven zu erfüllen, sondern er konnte darüber hinaus seine liquiden Mittel per Saldo noch um 85,5 Mill. DM erhöhen.

Mit den Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Unterstützungszahlungen allerdings noch nicht erschöpft. Hinzu kommen die vom Bund finanzierten Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge. In den letzten Monaten waren diese sogar höher als im vergangenen Winter und auch höher als die von der Arbeitslosenversicherung aufgewendeten Unterstützungsbeträge. Trotzdem lagen die gesamten Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und des Bundes zur Unterstützung der Arbeitslosen im Winter dieses Jahres (November 1950 bis Februar 1951) um rd. 20 Mill. DM (= 4 vH) unter denen der entsprechenden Monate des Vorjahrs. Dies gilt wegen des spät einsetzenden saisonalen Beschäftigungsrückgangs insbesondere für die Monate No-

vember und Dezember. Nur im Januar waren die Aufwendungen infolge des raschen im Dezember eingetretenen Anstiegs der Arbeitslosigkeit um 16 Mill. DM (= 11 vH) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Gleichwohl war die für die

Die Kosten der Arbeitslosigkeit
in den Wintermonaten 1949/50 und 1950/51

Stichtag: Monats- ende	Arbeitslosen- unterstützung		Arbeitslosen- fürsorge		Arbeitslosenhilfe insgesamt		
	Aus- zah- lungen in Mill. DM	Unter- stüt- zungs- emp- fänger in 1000	Auszah- lungen in Mill. DM	Fürsorge- empfän- ger in 1000	Auszah- lungen in Mill. DM	Unterstützungs- empfänger in 1000	in vH d. Gesamt- arbeitslo- senziffer
1949							
Nov.	46,1	423	56,4	607	102,5	1030	74,4
Dez.	55,7	514	71,3	689	127,0	1203	77,2
1950							
Jan.	71,0	664	70,3	781	141,3	1446	76,2
Febr.	83,2	766	74,2	856	157,4	1622	81,8
Nov. 49 bis Febr. 50	256,0	592 ¹⁾	272,2	733 ¹⁾	528,2	1325 ¹⁾	77,4
1950							
Nov.	28,9	307	62,5	727	91,4	1034	78,6
Dez.	41,2	485	69,1	810	110,3	1295	76,6
1951							
Jan.	78,8	684	78,5	858	157,3	1542	84,7
Febr.	74,3	587	75,0	861	149,3	1449	87,1
Nov. 50 bis Febr. 51	223,2	516 ¹⁾	285,1	814 ¹⁾	508,3	1330 ¹⁾	81,8

¹⁾ Monatsdurchschnitt.

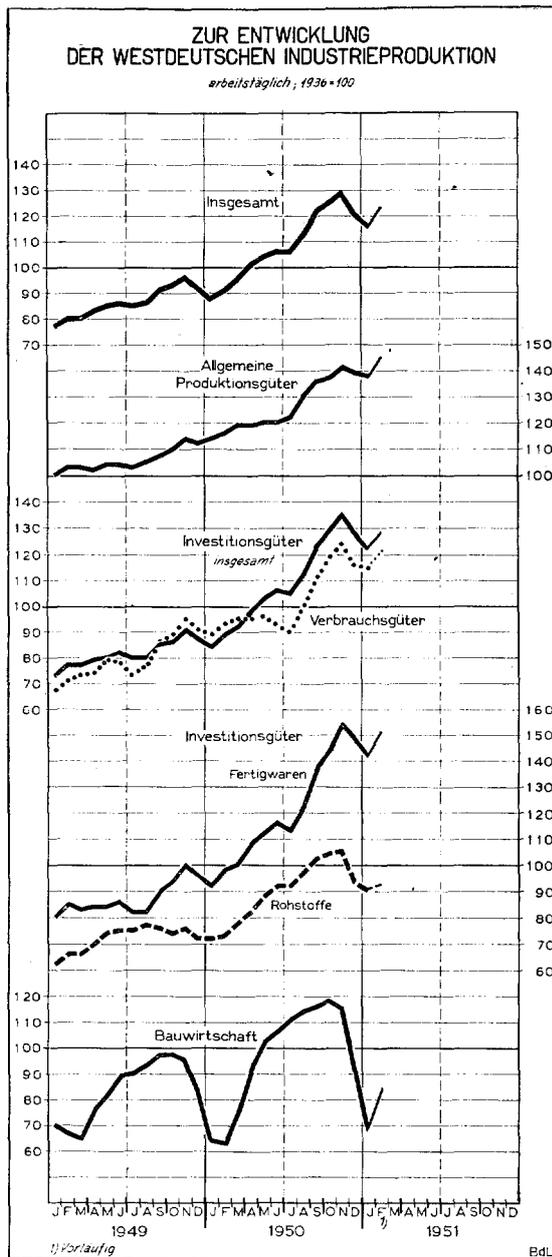
vier Monate festzustellende Entlastung gegenüber dem Vorjahr nicht so groß, wie es dem niedrigeren Stand der diesjährigen Arbeitslosigkeit entsprochen hätte. Das liegt daran, daß die Zahl der im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge unterstützten Personen weit höher war als im vergangenen Winter, so daß der Anteil der Unterstützungsempfänger an der Gesamtzahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr anstieg. Im Februar 1951 erreichte der Prozentsatz der Unterstützungsempfänger mit 87,1 vH aller Arbeitslosen sogar den höchsten bisher verzeichneten Stand.

Produktion, Absatz und Beschäftigung

Auf güterwirtschaftlichem Gebiet hat sich in den letzten Wochen insofern ein gewisser Wandel vollzogen, als sich der Produktionsrückgang von Dezember und Januar nicht fortgesetzt, sondern im Gegenteil einer neuen Erholung Platz gemacht hat. Im Februar 1951, dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Be-

richts Angaben vorliegen, war jedenfalls der Index der I n d u s t r i e p r o d u k t i o n mit 124 vH (1936 = 100) wieder um 7 Punkte höher als im Januar und nur noch um 6 Punkte niedriger als an seinem bisherigen Höhepunkt im November vorigen Jahres. Ob sich im März diese Entwicklung fortgesetzt hat, läßt sich im Augenblick

noch nicht übersehen. Manches, wie z. B. die weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit und der Anstieg der Kohlenförderung, spricht dafür; zumindest aber dürfte sich kaum ein nennenswerter neuer Rückschlag ergeben haben.



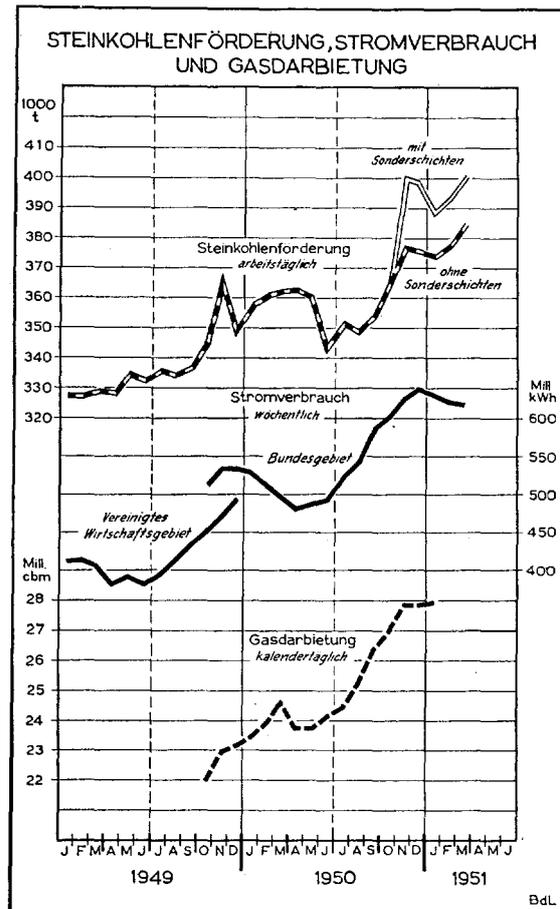
Die Gründe für den erneuten Produktionsanstieg sind einmal saisonmäßiger Natur. Das gilt besonders für die Bautätigkeit, die infolge des strengen Winterwetters um die Jahreswende weitgehend zum Stillstand gekommen war, sich mit dem Eintritt mildereren Wetters aber schon in der zweiten Januarhälfte wieder zu entfalten begonnen hatte und im Februar einen für

diese Jahreszeit recht beachtlichen Stand erreichte. Mit 85 vH des Standes von 1936 war der Index der Bauproduktion in diesem Monat jedenfalls bereits um fast ein Drittel höher als im Februar 1950. Neben den Witterungseinflüssen spielt in diesem Zusammenhang allerdings auch eine Rolle, daß der Überhang an unvollendeten Bauten in diesem Jahr allem Anschein nach noch größer ist als im vergangenen (allein die Zahl der in der letzten Bausaison nicht vollendeten Wohnungen wird auf 300- bis 350 000 geschätzt), so daß auf Seiten der Bauunternehmer ein starker Drang bestand, die Arbeiten baldmöglichst wieder aufzunehmen. Offenbar wurde die Bautätigkeit bisher auch nicht in nennenswertem Umfang durch den in letzter Zeit viel erörterten Baustoffmangel oder durch Finanzierungsschwierigkeiten behindert, da der größte Teil der im vergangenen Jahr in Angriff genommenen Projekte sowohl materialmäßig als auch in seiner Finanzierung gesichert zu sein scheint. Immerhin dürfte der verhältnismäßig frühe Anstieg der Bautätigkeit dazu beigetragen haben, daß die Baustoffindustrien in diesem Winter nicht wie sonst gewisse Vorräte für die Anforderungen der bevorstehenden Bausaison bilden konnten, zumal ihr Produktionsvolumen durch den Kohlenmangel teilweise stark beeinträchtigt wurde. Es bleibt abzuwarten, ob es möglich sein wird, mit der allmählichen Besserung der Kohlenversorgung dieses Defizit wieder auszugleichen. Auf jeden Fall ist es fraglich, ob der Wohnungsbau in diesem Jahr den vorjährigen Umfang erreichen wird, da zweifellos ein ungleich größerer Teil der Baukapazität durch die Bauten im Rahmen des Sicherheitsprogramms in Anspruch genommen wird. Aber auch vom Standpunkt der Finanzierung aus wird der Wohnungsbau in diesem Jahr vielleicht auf stärkere Schwierigkeiten stoßen, weil es nicht nur zweifelhaft ist, ob ähnlich hohe Beträge wie im Vorjahr für ihn zur Verfügung stehen werden, sondern auch der Anstieg der Baukosten — bereits nach dem Stande von Januar lag der Baukostenindex des Statistischen Bundesamtes mit 206 (1936 = 100) um 12 vH über dem im vorigen Sommer erreichten Niveau — eine geringere reale Bauleistung erwarten läßt.

Neben der Bautätigkeit hat sich seit dem Februar 1951 aber auch die übrige Industrieproduktion wieder recht beachtlich

entfaltet, und zwar mit Ausnahme der Eisen- und Stahlgewinnung in fast allen wichtigen Gruppen. Auch hier haben zum Teil saisonmäßige Einflüsse eine Rolle gespielt, aber ebenso wichtig dürfte gewesen sein, daß der Kohlen- und Energieengpaß in den letzten Monaten nicht mehr die gleiche limitierende Wirkung ausübte wie in den ersten Wintermonaten. Maßgebend dafür war vor allem die erfreuliche Entwicklung der Kohlenförderung, die in erster Linie den Sonderschichten zu danken ist, zu denen sich die Bergarbeiter mit Rücksicht auf die kritische Lage der Kohlenversorgung bis Ende März bereit fanden. In der zweiten März-Woche erreichte die Steinkohlenförderung einen arbeitstäglichen Durchschnitt von 412 500 t. Später sank die Förderung dann zwar wieder etwas ab, sie blieb aber immerhin noch hoch genug, um trotz der rückläufigen Saisontendenz die Förderziffer für den ganzen Monat März auf arbeitstäglich über 400 000 t (gegen 394 000 t im Februar und 390 000 t im Januar) zu halten. Hieran waren die Sonderschichten mit 16 200 t (gegen 16 100 t im Februar und 15 300 t im Januar) beteiligt. Bei der Aufstellung der Kohlenversorgungs- und -verteilungspläne für das erste Vierteljahr 1951 war man demgegenüber nur von einer Tagesförderung von durchschnittlich 380 000 t ausgegangen, und wenn auch ein Teil der Mehrförderung für die höheren Anforderungen der Besatzungstruppen und für Mehrlieferungen nach Berlin bereitgestellt werden mußte, war es trotzdem möglich, auch anderen Verbrauchern etwas höhere Zuteilungen als ursprünglich vorgesehen zu gewähren. Von besonderer Bedeutung war vor allem die erhöhte Versorgung der Elektrizitäts- und Gaswerke. Unterstützt durch die reichliche Wasserdarbietung der Flüsse, machte sie es möglich, die Elektrizitätserzeugung entgegen den um die Jahreswende vielfach bestehenden Befürchtungen auf einem beachtlichen Niveau zu halten, so daß die Industrie teilweise vom Kohlenverbrauch zum Elektrizitätsverbrauch übergehen konnte. Darüber hinaus haben die günstigeren Aussichten der Kohlenversorgung offenbar eine Reihe von Betrieben veranlaßt, eigene Kohlenbestände, die sonst wahrscheinlich als eiserne Reserve betrachtet worden wären, wenigstens in gewissem Umfang einzusetzen, so daß sich die Brennstoff- und Energiebasis schließ-

lich doch als etwas breiter erwies als ursprünglich angenommen worden war.



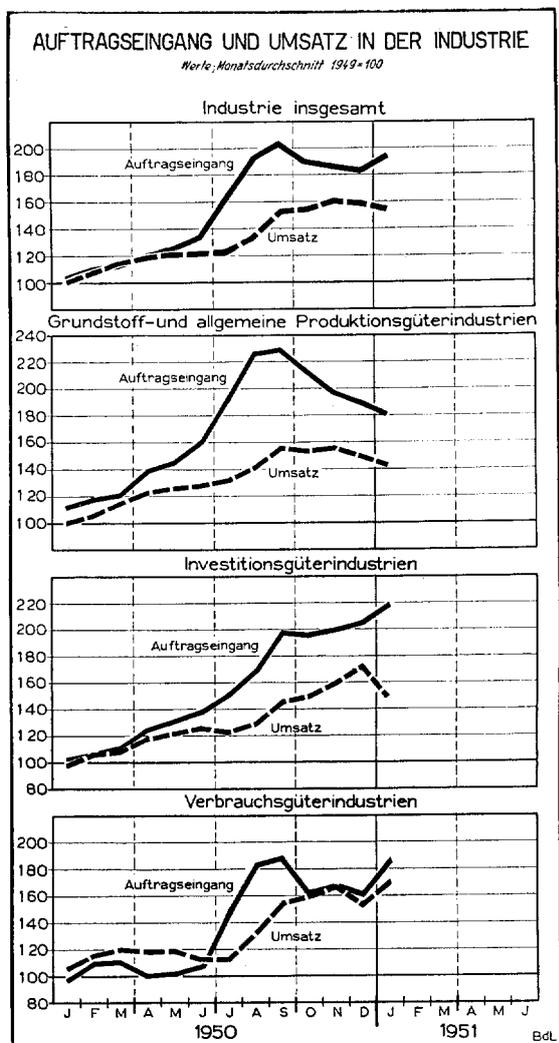
Was die künftige Kohlenversorgung angeht, so muß allerdings nunmehr mit einer gewissen Abnahme der Förderung gerechnet werden. Einmal kommen, wie bereits angedeutet, ab 1. April 1951 die von vornherein nur für einen bestimmten Zeitraum vereinbarten Sonderschichten in Fortfall. Sodann pflegt in den Frühjahrs- und Sommermonaten die Kohlenförderung schon aus Saisongründen zurückzugehen, weil in diese Zeit der größte Teil der tariflichen Urlaube fällt und die Fehlschichten auch infolge der stärkeren Beanspruchung eines Teils der Bergleute durch ihre kleinen gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Anwesen zunehmen. Immerhin wird damit gerechnet, daß die saisonmäßige Abnahme der Förderung nicht das übliche Ausmaß erreichen wird. Eine weitere Entlastung der Versorgungslage dürfte damit verbunden sein, daß der Heizbedarf der Industrie und der Hausbrandbedarf in den nächsten Monaten zurückgehen wird

(zumal es fraglich ist, ob die Liquiditätslage eine starke „Sommerbevorratung“ zustande kommen lassen wird) und daß vielleicht auch die Rationalisierung der Kohlenverwendung weitere Fortschritte machen wird. Ob die Kohlenversorgung aufhören wird, den entscheidenden Engpaß der gesamten Produktionsentwicklung zu bilden, bleibt freilich abzuwarten, zumal in nächster Zeit mit einer zusätzlichen Belastung der Brennstoffbilanz aus dem Grunde zu rechnen ist, weil für die Wiederaufnahme der bisher verbotenen oder beschränkten Produktionen, soweit sie Anfang April durch die Alliierte Hohe Kommission zugestanden worden ist, recht bedeutende Mengen an Kohle und Energie erforderlich sind.

Was die übrigen, großenteils sekundären, d. h. durch den Kohlenmangel bedingten Versorgungsengpässe anbelangt, so hat sich in den letzten Wochen vor allem das unzureichende Eisen- und Stahlangebot weiterhin hemmend bemerkbar gemacht. Entgegen der allgemeinen Tendenz ist die arbeitstäglige Eisen- und Stahlgewinnung im Februar noch leicht gesunken, und im März hat sie sich kaum erholt, da erst kürzlich einige der vorher stillgelegten Hochöfen auf Grund von Kohlenimporten aus Amerika wieder angeblasen werden konnten. Besonders starke Versorgungsschwierigkeiten bestehen z. Zt. bei Blechen, zumal sich hierbei auch der Mangel an Walzwerken bemerkbar macht. Die bedeutendste Kraftfahrzeugfabrik Westdeutschlands mußte Ende März infolge ihrer geringen Bestände an Stahlblechen die Produktion drosseln. Die Kraftfahrzeugproduktion dürfte daher im März eher wieder geringer gewesen sein als im Februar, wo sie ihren bisherigen Höchststand vom Oktober vorigen Jahres wieder erreicht hatte.

Daß sich die Produktion, wo es die Kohlen- und Energieversorgung sowie die Rohstofflage nur irgend gestatteten, in den letzten Wochen zum Teil recht beträchtlich wieder ausweitete, zeigt im übrigen, daß für sie abatzmäßig nach wie vor keine Schwierigkeiten bestehen. Tatsächlich verfügen die meisten Industrien weiter über Auftragsbestände, die, wie schon aus den Lieferfristen hervorgeht, den laufenden Umsatz teilweise um ein Vielfaches übersteigen. Im Januar ist die Indexziffer des Auftragseingangs sogar erneut gestiegen, nachdem

sie in den vorangegangenen Monaten offenbar unter dem Einfluß der wachsenden Zurückhaltung bei der Hereinnahme neuer Aufträge etwas zurückgegangen war. Der Anstieg wäre dabei sicher noch stärker gewesen, wenn nicht insbesondere ein Teil der Investitionsgüterindustrien mit Rücksicht auf die ohnehin schon weitgehend unübersichtlichen Lieferfristen auch weiterhin keine neuen Aufträge angenommen hätte. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, in denen die unerledigten Auftragsbestände besonders hoch sind, ist infolgedessen der Auftragseingang sogar erneut zurückgegangen. Gleich-



wohl war nach einer kürzlichen Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin der „Auftragsüberhang“ hier noch immer höher denn je und auch höher als in jeder anderen Industriegruppe:

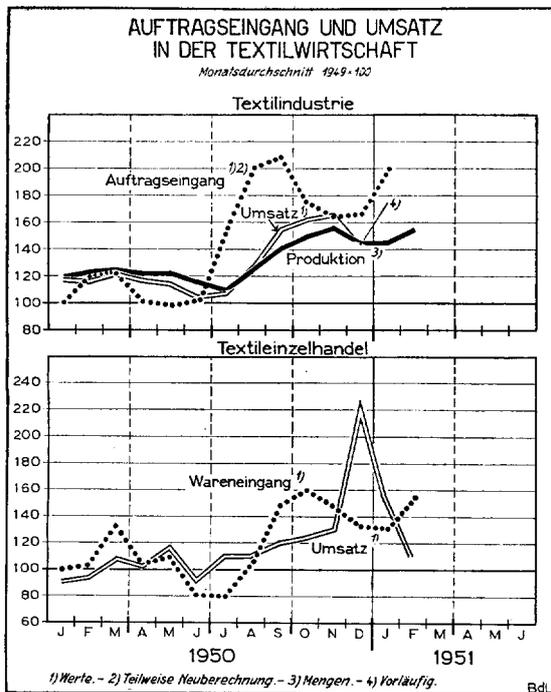
Der Stand des „Auftragsüberhangs“ in der Industrie
im Januar 1951

Industriegruppe	Auftrags- eingang	Umsatz	„Auftrags- überhang“ ¹⁾ in vH des durchschnitt- lichen Monats- umsatzes von 1949
	1949 = 100		
Gesamte Industrie	196	156	207
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	182	144	493
Investitionsgüter- industrien	220	150	342
Verbrauchsgüter- industrien	188	172	80

¹⁾ Errechnet aus der Kumulation der Differenzen zwischen dem Anstieg der Indexziffer des Auftragsengangs und dem Index der Umsätze gegenüber dem M.-D. 1949. Es wird dabei angenommen, daß 1949 Auftragsengang und Umsätze einander die Waage hielten.

Ein gewisser Wandel der Absatzlage hat sich in den letzten Wochen jedoch im Bereich der Verbrauchsgüterwirtschaft angebahnt. Der Januar hatte hier bekanntlich noch im Zeichen einer außerordentlich regen Nachfrage von Seiten der Endverbraucher gestanden, die von den verschiedenen Stufen des Handels trotz ziemlich beträchtlicher Lagerbestände prompt an die Industrie weitergeleitet wurde, zumal damals noch allgemein eher eine Erhöhung der Lagervorräte angestrebt wurde. Seit Februar ist jedoch das Einzelhandelsgeschäft wesentlich ruhiger geworden. Das liegt einmal daran, daß einige der

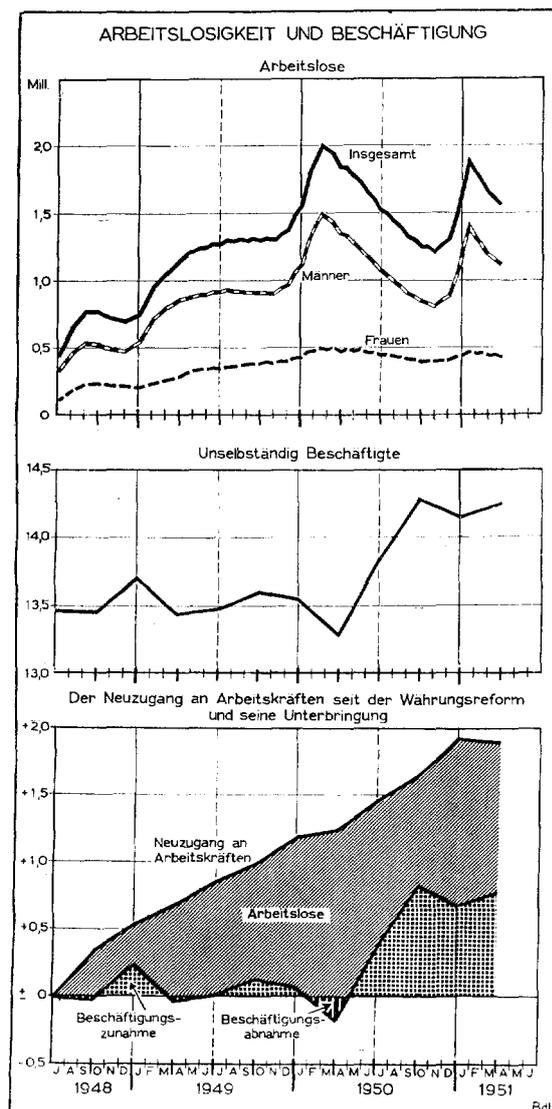
Kräfte, auf denen die „zweite große Kaufwelle nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts“ beruhte, nämlich die vom Dezember bis Januar 1950/51, von vornherein nur vorübergehender Natur waren und nun im wesentlichen als erschöpft gelten können. Das gilt insbesondere von dem Einsatz von Bargeldhorten, der, wie der neuerliche Wiederanstieg des Zahlungsmittelumschlags zeigt, nunmehr zum Abschluß gekommen zu sein scheint, nachdem durch ihn mindestens 400 Mill. DM. allein dem Einzelhandel zugeflossen sein dürften, sowie von den Weihnachtsgratifikationen an Arbeiter und Angestellte, die nach Abzug der Steuern die Massenkauflkraft in den beiden kritischen Monaten um ebenfalls mindestens 400 Mill. DM. erhöht haben dürften. Hinzu kommt, daß die Preise seit der Jahreswende teilweise so stark gestiegen sind, daß bestimmte Einkommensschichten mit gewissen Käufen einfach nicht mehr zum Zuge kommen. Teilweise soll auch eine ausgesprochene Zurückhaltung der Käufer zu beobachten sein, weil angesichts der Preisentwicklung an den Weltmärkten, des anhaltend reichen Sortiments und der energischen Maßnahmen zur Kreditrückführung offenbar nicht mehr im gleichen Maße wie bisher Preiserhöhungen und Verknappungserscheinungen befürchtet werden, ja teilweise sogar mit Preisrückschlägen gerechnet wird. In der Entwicklung der Spareinlagen kommt das bisher zwar noch nicht zum Ausdruck. Soweit man aus der wöchentlichen Repräsentativ-Statistik Schlüsse ziehen kann, waren die Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr im März 1951 mindestens ebenso hoch wie im Februar. Aber die Berichte aus dem Einzelhandel stimmen durchweg darin überein, daß die Umsätze auch im März relativ ruhig waren. Diese Entwicklung hat nun allmählich auch die Dispositionen im Handel zu beeinflussen begonnen. Im Januar waren unter dem Eindruck der außerordentlich hohen Umsätze teilweise noch recht beträchtliche Orders an die Industrie erteilt worden. Diese Ware kommt nun vielfach mit überraschender Schnelligkeit auf den Handel zu, während andererseits die Umsatzentwicklung bisher hinter den Erwartungen zurückbleibt und die Erhöhung der Läger durch Kreditkündigungen von Seiten der Banken allmählich erschwert wird, ja in Anbetracht der zumindest zeitweiligen Beruhigung an den internationalen Rohstoff-



märkten teilweise nicht einmal mehr so lukrativ erscheint wie in der Zeit der anhaltenden Hausse. Der Handel ist deshalb auch in seiner eigenen Nachfrage wesentlich zurückhaltender geworden, so daß die Inlandsaufträge bei der Industrie in letzter Zeit nicht mehr in gleichem Umfange eingegangen sein dürften wie in den ersten Wochen des Jahres. Zweifellos hat das mit dazu beigetragen, daß von den in den vergangenen beiden Monaten abgehaltenen Messen übereinstimmend berichtet wird, daß von den Ausstellern der — offenbar in erfreulichem Maße laut gewordenen — A u s l a n d s n a c h f r a g e erhöhtes Interesse entgegengebracht wurde. Schon im Hinblick hierauf, aber auch im Interesse der bisher bestehenden Übernachfrage mit ihren Rückwirkungen auf die Preisentwicklung und die Sparneigung ist der gekennzeichnete innere Absatzwandel natürlich nur erwünscht.

Unter dem Einfluß des erneuten Produktionsanstiegs und der Wiederaufnahme der Außenarbeiten ist die A r b e i t s l o s i g k e i t in den letzten Wochen weiter zurückgegangen. Mit insgesamt 95 800 war die Abnahme im März allerdings geringer als im Februar mit 158 800. Das verhältnismäßig ungünstige Wetter im März — teilweise traten neue Schneefälle auf — mag dabei eine Rolle gespielt haben. Immerhin war Ende März 1951 die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit knapp 1,57 Millionen bereits um nahezu 350 000 geringer als Mitte Januar, dem diesjährigen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, während im vergangenen Jahr die Arbeitslosenkurve Ende März ihren (damals Mitte Februar erreichten) Höhepunkt erst um 166 000 unterschritten hatte. Etwas mehr als die Hälfte des in diesem Winter erfolgten Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist damit wieder rückgängig gemacht. Die Hauptentlastung ging weiterhin von den typischen Saisonberufen aus. Damit hängt es zusammen, daß die Arbeitslosigkeit unter den Männern nach wie vor viel stärker gesunken ist als unter den Frauen: Während nämlich die Zahl der als arbeitslos registrierten Männer von Mitte Januar bis Ende März um 310 000 abgenommen hat, ist die der Frauen nur um 34 400 zurückgegangen. Allerdings war die Frauenarbeitslosigkeit damit Ende März nicht höher als Ende Juli vorigen Jahres, während die der Männer etwa auf dem Stande von Mitte Juni 1950 liegt, was, verglichen mit der Entwicklung

des Vorjahres, ebenfalls darauf hindeutet, daß sich der Arbeitsmarkt gegenwärtig in einer wesentlich günstigeren Verfassung befindet.



Was die regionale Struktur der Arbeitslosigkeit anbelangt, so hat sich freilich im Vergleich zum Vorjahr noch keine entscheidende Änderung vollzogen. Neben den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen ist die Arbeitslosigkeit, bezogen auf die Bevölkerung und die Zahl der Beschäftigten, in den Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern noch immer am höchsten, und in Nordrhein-Westfalen, dem wichtigsten Industriegebiet, mit am niedrigsten. Eine stärkere Entlastung hat unter den Flüchtlingsländern nur Bayern erfahren, wo eine überaus rege Bautätigkeit herrscht. Allerdings ist auch

in den Flüchtlingsländern die Arbeitslosigkeit teilweise nur eine scheinbare, weil insbesondere in den ländlichen Bezirken mancher als arbeitslos Registrierte in Wirklichkeit doch einer Beschäftigung, wenn auch in der Regel nur einer Gelegenheitsarbeit, nachgeht.

Stand der Arbeitslosigkeit
in den Ländern des Bundesgebiets

Land	Arbeitslose					
	am 31. März 1951			am 31. März 1950		
	in 1000	in vH der Beschäftigten	Bevölkerung	in 1000	in vH der Beschäftigten	Bevölkerung
Schleswig-Holstein	207,0	34,4	8,0	235,2	39,3	9,1
Niedersachsen	373,7	21,0	5,5	421,5	24,8	6,2
Bayern	407,3	16,7	4,5	479,3	20,8	5,3
Hamburg	94,0	15,9	5,9	90,1	16,1	5,6
Bremen	26,2	13,6	4,7	22,6	12,3	4,0
Hessen	123,9	9,8	2,9	163,7	13,8	3,8
Württemberg-Baden	56,3	4,3	1,4	79,7	6,6	2,1
Rheinland-Pfalz	74,7	9,7	2,5	73,4	10,5	2,5
Nordrhein-Westfalen	180,4	4,0	1,4	257,2	6,2	2,0
Baden	13,8	3,5	1,0	15,9	4,4	1,2
Württemberg-Hohenzoll.	9,4	2,5	0,8	13,3	3,9	1,1
Bundesgebiet	1 566,7	11,0	3,3	1 851,9	13,9	3,9

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern als beschäftigt gemeldeten Arbeiter, Angestellten und Beamten (die Meldungen erfolgen nur vierteljährlich) war Ende März 1951 mit 14 245 600 um 82 500 höher als Ende Dezember 1950. Diese Zunahme bleibt nicht unerheblich hinter der ausgewiesenen Abnahme der Arbeitslosigkeit zwischen den beiden Daten (123 300) zurück. Die Diskrepanz dürfte sich hauptsächlich daraus erklären, daß zwischen den beiden Zählungen keine strenge zeitliche Koinzidenz besteht; denn an sich hätte infolge des ständigen Neuzugangs an Arbeitskräften der Rückgang der Arbeitslosigkeit eher geringer sein müssen als die Zunahme an Beschäftigten. Im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres war jedenfalls die Zahl der Beschäftigten Ende März um rd. 940 000 höher, während die Zahl der Arbeitslosen nur um 285 000 niedriger lag. Was die weiteren Perspek-

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet
in 1000

Zeit	Stand am Ende des Zeitabschnitts		Veränderungen im Zeitabschnitt		
	Unselbständig Beschäftigte	Arbeitslose	Zugang an neuen Arbeitskräften ¹⁾	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der unselbständig Beschäftigten	Arbeitslosen
1948 3. Vj.	13 463,1	784,1	+ 328,0	- 5,0	+ 333,0
4. "	13 702,8	759,6	+ 215,2	+ 239,7	- 24,5
insgesamt	—	—	+ 543,2	+ 234,7	+ 308,5
1949 1. Vj.	13 447,3	1 168,1	+ 153,0	- 255,5	+ 408,5
2. "	13 488,7	1 283,3	+ 156,6	+ 41,4	+ 115,2
3. "	13 604,4	1 313,7	+ 146,1	+ 115,7	+ 30,4
4. "	13 556,2	1 558,5	+ 196,6	- 48,2	+ 244,8
insgesamt	—	—	+ 652,3	- 146,6	+ 798,9
1950 1. Vj.	13 307,3	1 851,9	+ 44,5	- 248,9	+ 293,4
2. "	13 845,6	1 538,1	+ 224,5	+ 538,3	- 313,8
3. "	14 295,6	1 271,8	+ 183,7	+ 450,0	- 266,3
4. "	14 163,1	1 690,0	+ 285,7	- 132,5	+ 418,2
insgesamt	—	—	+ 738,4	+ 606,9	+ 131,5
1951 1. Vj.	14 245,6	1 566,7	- 40,8	+ 82,5	- 123,3
Juni 1948 bis März 1951	—	—	+ 1 893,1	+ 777,5	+ 1 115,6

¹⁾ Unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose.

tiven der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit anbelangt, so wird Entscheidendes von den Steigerungsmöglichkeiten der Industrieproduktion (einschließlich der Bauwirtschaft und des Handwerks) abhängen, da aus Gründen, die in diesen Berichten mehrfach dargelegt wurden, im wesentlichen nur die Beschäftigung in dieser Gruppe gesteigert und daher in der Hauptsache auch nur von hier aus die Arbeitslosigkeit absorbiert werden kann. Sollten daher gewisse Versorgungsgpässe in den kommenden Monaten eine stärkere Ausweitung der gewerblichen Produktion verhindern, so würde das aller Wahrscheinlichkeit nach die weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit unterbrechen oder doch verzögern, zumal nicht nur auf Grund des natürlichen Bevölkerungszugangs, sondern auch auf Grund der anhaltenden Zuwanderung in das Bundesgebiet und der fortdauernden Steigerung der Erwerbsquote mit einer ständigen Erhöhung des Arbeitsangebots zu rechnen ist.

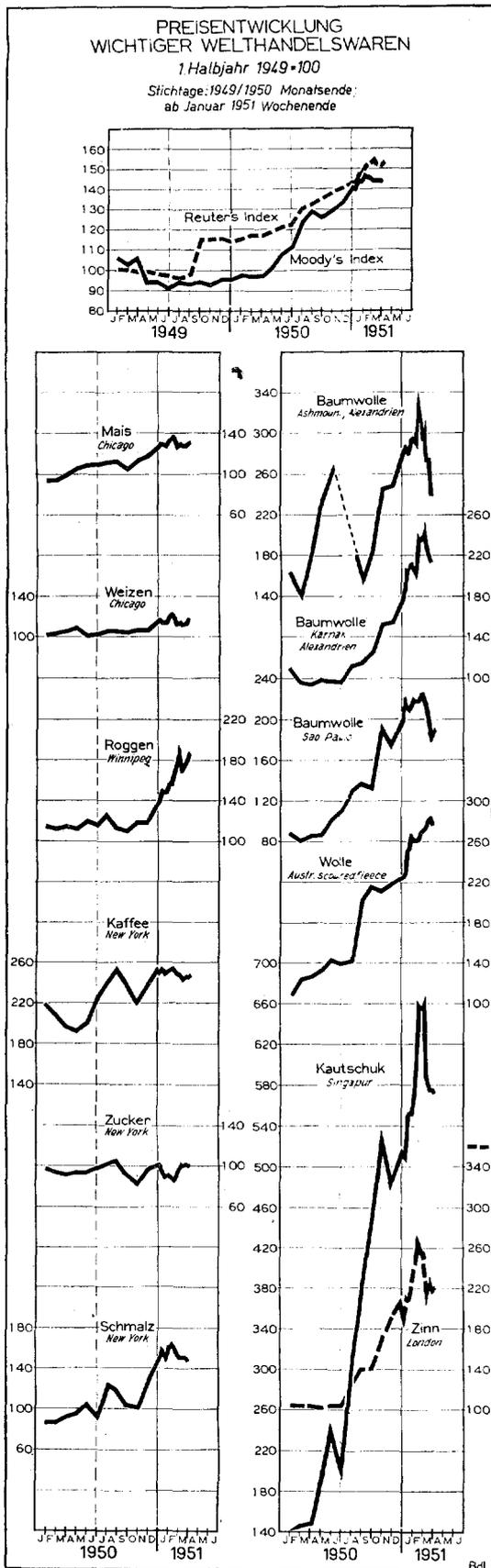
Preise und Löhne

Das allgemeine Preisniveau Westdeutschlands ist bis in die letzte Zeit hinein gestiegen, wenn sich auch das Tempo des Anstiegs im Februar und besonders im März 1951 gegenüber dem der Monate November 1950 bis Januar 1951 allen vorhandenen Anhaltspunkten nach beträchtlich verlangsamt hat. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß bei den volkswirtschaftlich wichtigsten Preisspiegeln — dem der Rohstoffe, der Fertigwaren, der Einzelhandels-güter einerseits, dem der industriellen und der landwirtschaftlichen Güter andererseits — stark divergierende Tendenzen und Bewegungen bestehen, die die Preissituation gegenwärtig insofern in einem etwas günstigeren Licht erscheinen lassen, als sie auf eine gewisse Milderung der Auftriebendenzen hindeuten.

Zunächst ist festzustellen, daß die Hausse der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten, durch die die Preiswelle in Westdeutschland ursprünglich in Bewegung gebracht worden war, seit Mitte Februar vorläufig zu einem Stillstand gekommen ist. So sank Moody's Index für Rohstoffpreisnotierungen an den USA-Märkten, der seit der Jahreswende von 510,5 auf einen Höchststand von 533,8 in der 2. Februarwoche gestiegen war, von diesem Zeitraum bis zur 2. Märzwoche auf 523,3 und weiter auf 522,7 in der 1. Aprilwoche. Von besonderem Gewicht für die Beurteilung der Tragweite der jüngsten Weltmarktpreistendenzen ist der Umstand, daß die von den USA-Märkten ausgehende Dämpfung der Preiserwartungen auch auf außeramerikanische Börsen übergreifen hat. So ist Reuter's Index der Warenpreise an den Sterling-Märkten von seinem Höchststand von 626,7 am 2. und 3. März bis zum 31. März 1951 auf 616,1 zurückgegangen, während diese Indexreihe im monatlichen Durchschnitt — im Gegensatz zu Moody's Index — seit Anfang 1950 noch in keinem Zeitpunkt einen Rückgang erfahren hatte. Zu dieser Abschwächung, von der neben den meisten industriellen Rohstoffen, wie NE-Metalle, Kautschuk, Baumwolle, seit Anfang April auch Wolle, ferner die Stapellebensmittel Weizen, Mais, Kakao und Kaffee erfaßt wurden, haben zwar stimmungsmäßige Ursachen beigetragen, wie ja auch die Haussebewegung durch

politisch-stimmungsmäßige und rein spekulative Faktoren übersteigert war. Einen nicht unerheblichen Beitrag zur Dämpfung der Preiserwartungen haben jedoch einige Anzeichen einer entschiedenen anti-inflationistischen Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika geleistet, wie sie beispielshalber in der vorläufigen Einstellung der Vorratskäufe bei einer Anzahl von Stapelgütern, aber auch in der zur Unterstützung der Preiskontrollen eingeleiteten restriktiveren Kreditpolitik zum Ausdruck kommt. Allerdings ist das Bevorratungsprogramm der amerikanischen Regierung erst zum kleineren Teil realisiert worden, so daß mit einer Fortdauer der Nachfrage für die Bildung strategischer Reserven auf längere Sicht auch weiterhin zu rechnen ist. Immerhin wird man versuchen, neue Hausselemente dabei nach Möglichkeit einzudämmen, wie überhaupt die künftige Preisentwicklung stärker durch regelnde Eingriffe in Produktion und Verteilung bestimmt sein dürfte. Fünf der hierfür vorgesehenen internationalen Rohstoffausschüsse sind bereits im März zusammengetreten, der sechste — für Wolle — soll am 2. April 1951 seine Beratungen beginnen.

Westdeutschland hatte, wie in diesen Berichten bereits mehrfach betont worden ist, den vom Weltmarkt, d. h. zunächst in erster Linie von den Vereinigten Staaten, ausgehenden Preisauftrieb bis zuletzt nur in einem gewissen zeitlichen Abstand mitgemacht. Einesteils blieb hier ein nicht unbeträchtlicher Sektor besonders der Grundstoffwirtschaft der freien Preisbildung entzogen; anderenteils war Westdeutschland nur in schwächerem Umfange als andere Länder Quelle einer primären inflatorischen Nachfragesteigerung, und es verfügte zudem noch in gewissem Umfange über unausgenutzte Produktionskapazitäten. Eine gewisse Beschleunigung und Verbreiterung hatte der Preisanstieg allerdings auch hier erfahren, als gegen Ende 1950 die gebundenen Preise wichtiger inländischer Grundstoffe (wie Kohle, Eisen und Stahl, Benzin) erhöht werden mußten und gleichzeitig die „importierten“ Preissteigerungen sich erneut verstärkten. Schon im Februar jedoch, in dem sich die schwächere Haltung der Welt-



märkte noch kaum in den Indexziffern ausgewirkt haben konnte, ließ das Tempo des Preisanstiegs im Bereich der industriellen Grundstoffpreise wieder merklich nach: der Teilindex „Industriestoffe“ der Indexziffer der Grundstoffpreise zog nur noch um 2,5 vH an gegen 5,3 vH im Januar 1951 und 3,5 vH im Dezember 1950. Es ist anzunehmen, daß die Veränderungen der Indexziffer für den Monat März, die bei Abschluß dieses Berichts noch nicht vorliegt, nicht erheblich sein werden, da in der Zwischenzeit auch bei den gebundenen Inlandspreisen — abgesehen von der geplanten Kohlenpreiserhöhung um 1 DM je t — keine ins Gewicht fallenden Heraufsetzungen vorgenommen worden sind.

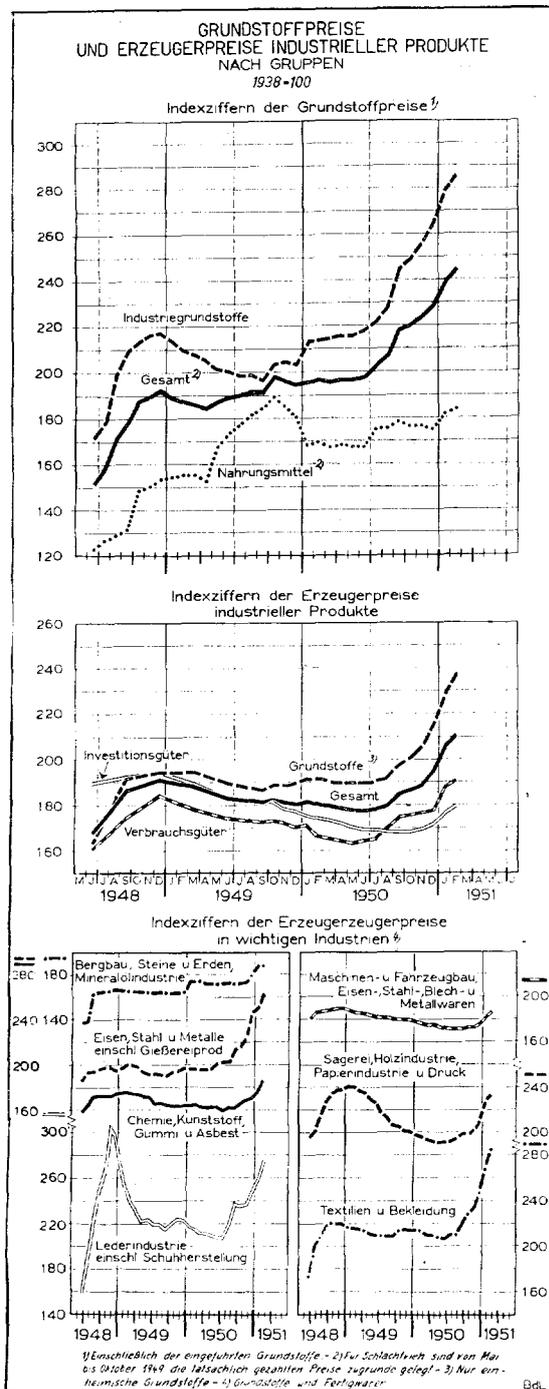
Allerdings würde eine annähernde Stabilität des Niveaus der industriellen Grundstoffpreise, wie sie beim Fortdauern der seit Mitte Februar vorherrschenden Abschwächungstendenzen an den Weltmärkten und bei dem vorläufigen Verzicht auf weitere „Preiszerrungsmaßnahmen“ im Inland in Kürze erwartet werden kann, noch nicht bedeuten, daß der Preisauftrieb auf allen Stufen der Fertigung und der Verteilung, besonders auf der Einzelhandelsstufe, schon völlig erschöpft ist. Zwei Gründe vor allem stehen dem entgegen: erstens gehen in der Sphäre des Letztverkäufers die noch billig erworbenen — weil vor Monaten mit billigeren Rohstoffen erzeugten — Waren zur Neige und müssen laufend durch solche ergänzt werden, die bereits mit dem vollen Gewicht der erhöhten Gestehungskosten belastet sind; zweitens stehen auch heute noch zahlreiche Marktgebiete unter den Bedingungen einer Übernachfrage, die bis vor kurzem für die gesamte Wirtschaft kennzeichnend war. Zwar könnte es als ein günstiges Anzeichen gedeutet werden, daß die vom Statistischen Bundesamt errechnete „Indexziffer der Erzeugerpreise industrieller Produkte“ im Februar nur um 2,4 vH gestiegen ist gegen 5,6 vH im Januar und 3,2 vH im Dezember und daß im Rahmen dieser Indexberechnung speziell die Erzeugerpreise der „überwiegend Verbrauchsgüter erzeugenden Industrien“ im Durchschnitt nur um 1,6 vH anzogen gegen 5,6 vH im Januar 1951. Indessen kann den Bewegungen dieser Indexreihe für die hier zur Erörterung stehende Frage der durchschnittlichen Preisbewegung in den letzten Stufen der

Verarbeitung und Verteilung keine allzu große Beweiskraft zugebilligt werden. Denn einmal sind in ihr auch inlanderzeugte Grundstoffe sowie die sonstigen Vorprodukte, Halbwaren und Zwischenerzeugnisse mit einem nicht unbeträchtlichen Gewicht enthalten; sie spiegelt also keineswegs die Preisbewegung industrieller Fertigwaren auf der Erzeugerstufe rein wider. Sodann scheint bei der Bewegung der Verbrauchsgüter-

Preisentwicklung im Bundesgebiet
in den letzten Monaten des Jahres 1950

	Jeweiliger Tiefpunkt im Jahr 1950	Anstieg bis Februar 1951		
		Monate	1938=100	seit dem Tiefpunkt 1950
		in vH		
Indeziffer der Lebenshaltungskosten:				
mit Obst und Gemüse	August/September	148	5	3
ohne	Mai bis August	150	5	3
Erzeugerpreise industrieller Produkte, gesamt	Mai/Juni	178	10	8
Grundstoffe ¹⁾	April bis Juni	190	25	10
Investitionsgüter	Aug. bis Oktober	169	7	5
Verbrauchsgüter	Mai	164	16	7
Grundstoffpreise ²⁾ , gesamt	Januar und März	196	25	7
industrielle Grundstoffpreise	Januar/Februar	214	34	8
landwirtschaftliche Grundstoffpreise	März, Mai/Juni	168	10	5

¹⁾ Nur inländische. ²⁾ Inländische und eingeführte.



preise von Januar auf Februar eine auch im Vorjahr festzustellende saisonmäßige Abschwächungstendenz mitgewirkt zu haben. Die einzigen Indezahlen, die für eine globale Beurteilung der Preisbewegung industrieller Erzeugnisse auf der Einzelhandelsstufe zur Verfügung stehen, nämlich die Teilindizes „Bekleidung“ und „Hausrat“ im Rahmen der amtlichen Indeziffer der Lebenshaltungskosten, sind jedenfalls von Januar auf Februar 1951 fast genau im gleichen Umfange gestiegen, wie es von Dezember v. J. auf den Januar der Fall gewesen war, nämlich um je 2,6 bis 3,5 vH. Zum mindesten auch bis Mitte März hat sich der Anstieg der Einzelhandelspreise gewerblicher Erzeugnisse annähernd in dem bisherigen Tempo, nämlich um monatlich etwa 3 vH fortgesetzt; seitdem scheint er sich jedoch — nach Einzelbeobachtungen zu urteilen — etwas verlangsamt zu haben.

Es kann nicht verkannt werden, daß die Preisgestaltung in der gewerblichen Wirtschaft in letzter Zeit stark belastet war durch die Rückwirkungen einer weitgehend ungeklärten preispolitischen Situation. In einer Zeit, in der bestimmte Preisspiegel die Tendenz haben, sich infolge einer exceptionellen Marktkonstellation von der Kostenbasis zu entfernen, kann psychologischen und stimmungsmäßigen Faktoren, autoritativen

Äußerungen und preisadministrativen Maßnahmen selbst im Rahmen einer grundsätzlich nicht-interventionistischen Gesamtkonzeption ein erhebliches Gewicht zukommen, da in solchen Lagen die Preisfixierung bis zu einem gewissen Grade auch eine Ermessenfrage ist. Es bedeutet somit eine höchst begrüßenswerte Klärung, wenn in der Rede des Bundeswirtschaftsministers vom 14. März 1951 zum Ausdruck kommt,

„daß es (der Bundesregierung) heute vor allem darauf ankommt, die Stabilität der Preise zu gewährleisten . . . Stabile Preise sind die Grundlage einer sozialen Befriedung, sind die Grundlage einer organischen Spartätigkeit und die Grundlage der politischen Ordnung. . . . Es muß alles getan werden . . . um im Sinne einer stärkeren Aufklärung und einer Offenlegung der Kalkulation die Gewißheit zu geben, daß sowohl in der deutschen Industrie als auch im Handel im Preise nur die Rohstoffverteuerung zur Anrechnung kommt, die effektiv vom Weltmarkt her uns aufgelastet oder aufgezwungen ist. . . . Die Tendenz muß . . . in Richtung eines Preisdrucks gehen.“

In diesem Rahmen wird eine Aktivierung der Preisüberwachung und die Festlegung von Kalkulationsnormen und gegebenenfalls von Richtpreisen in Aussicht gestellt. Die Erfolgchancen dieser Politik können umso günstiger beurteilt werden, als sie von einer gleichgerichteten Kreditpolitik des Zentralbanksystems, die auf eine wirksame Beschränkung des Liquiditätsspielraums und damit der effektiven Nachfrage hinzielt, unterstützt wird. Ferner hat, wie im vorhergehenden Abschnitt im einzelnen ausgeführt wird, die Erschöpfung der Reserven einerseits, der bisherige Preisanstieg andererseits, eine gewisse Komprimierung der Realkaufkraft herbeigeführt, der noch ein relativ reichliches Warenangebot gegenübersteht, so daß auf wichtigen Marktgebieten bereits eine merkliche Beruhigung eingetreten ist.

Bevor sich jedoch die gekennzeichneten Entwicklungen und Entscheidungen voll auf die Höhe der Konsumentenpreise gewerblicher Erzeugnisse auswirken können, wird das westdeutsche Preisgefüge noch aus einem weiteren Grunde einer starken Belastungsprobe ausgesetzt sein. Neuerdings sind nämlich die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die nach den unzureichenden Anpassungsmaßnahmen zu Beginn des Erntejahres 1950/51 mit Hilfe von Preissubven-

tionen und anderen Aushilfsmaßnahmen leidlich gehalten worden waren — der Index der Nahrungsmittelpreise im Rahmen des Grundstoffpreisindex stieg erstmalig merklich vom Dezember 1950 auf Januar 1951 um insgesamt 3,4 vH und im Februar um weitere 1,1 vH —, stark in Bewegung gekommen. Und zwar betreffen die Preiserhöhungsmaßnahmen die Getreidepreise, den Zuckerrübenpreis und voraussichtlich den Margarinepreis, so daß Rückwirkungen nahezu auf dem gesamten Bereich der Grundernährungskosten eingetreten sind oder doch erwartet werden müssen. Im einzelnen wurden, nachdem in Erwartung von Preiserhöhungsmaßnahmen die Börsenpreise z. B. für Weizen Anfang März bis an 500 DM je t gestiegen waren, am 16. März 1951 die inländischen Erzeugerpreise für Weizen von 320 DM auf 420 DM je t und für Roggen von 280 DM auf 380 DM je t heraufgesetzt; diese Maßnahme wurde durch eine entsprechende Erhöhung der Abgabepreise für ausländisches Futtergetreide ergänzt. Die Erhöhung der Brotgetreidepreise soll in erster Linie dazu beitragen, die Bereitschaft der heimischen Landwirtschaft zur Ablieferung von Brotgetreide, die infolge des Mißverhältnisses der bisherigen Brotgetreidepreise zu den effektiv zu zahlenden Futtergetreidepreisen stark beeinträchtigt worden war, nachhaltig zu steigern und gleichzeitig die Verwertung der süddeutschen Kartoffelüberschüsse, die bisher nur in unzureichendem Umfange mobilisiert worden waren, rentabilitätsmäßig zu erleichtern. Wenn sich trotz der Heraufsetzung der Brotgetreidepreise die Ablieferungen der Landwirtschaft im März noch nicht belebten, so daß weitere Maßnahmen zur Sicherung der Brotgetreideversorgung erwogen werden mußten, so hing dies zum Teil damit zusammen, daß die Landwirtschaft angesichts der knappen Marktbelieferung infolge der Verzögerung der Einfuhren mit einer Fortdauer der überhöhten Preise rechnete. Die Nachricht, daß die Vereinigten Staaten die seit Mitte Februar eingestellten Ausfuhren im Rahmen des Internationalen Weizenabkommens wieder aufnehmen und dabei Westdeutschland mit rd. 800 000 t berücksichtigen werden, hat jedoch die übertriebenen Preiserwartungen beträchtlich gedämpft, wenn auch die Börsennotierungen wegen der zögernden Marktbeschickung infolge Verschiffungsschwierigkeiten

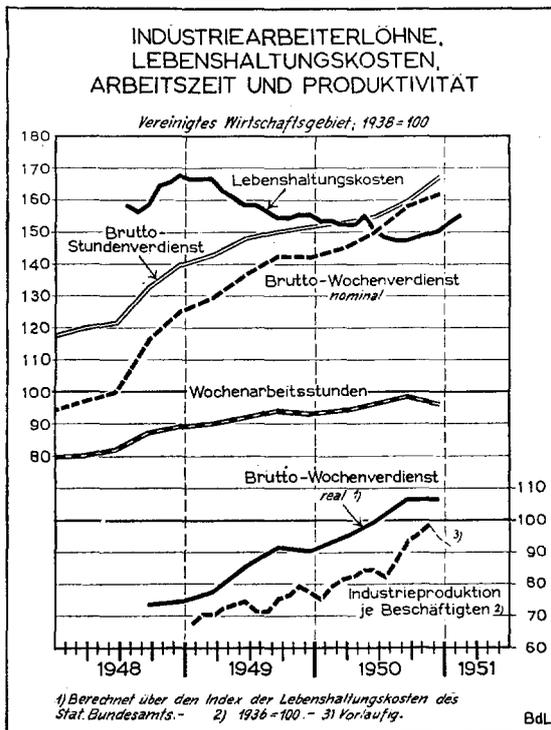
noch immer über den amtlichen Preisen liegen. Die Notwendigkeit, weiterhin beträchtliche Haushaltsmittel zur Herabschleusung des eingeführten Getreides auf den heimischen Preisstand bereitzustellen, wird allerdings durch die vorgenommenen Preisheraufsetzungen nicht beseitigt. Immerhin wird der Gesamtbedarf für diesen Zweck unter Berücksichtigung der Möglichkeit, weiterhin einen Teil der benötigten Einfuhren zu den Preisen des Internationalen Weizenabkommens beziehen zu können, für das Wirtschaftsjahr 1951/52 auf etwa 500 bis 600 Mill. DM, d. h. auf die Hälfte des Betrages reduziert, der andernfalls aufzubringen gewesen wäre. Dieser Betrag würde sich um den Finanzbedarf erhöhen, den die Ausgabe der von der Bundesregierung beabsichtigten Verbilligungsscheine erfordert.

Um der Landwirtschaft einen Anreiz zur weiteren Ausdehnung der Zuckerrübenanbaufläche zu geben, um den Einfuhrbedarf an Zucker möglichst niedrig zu halten und um die andernfalls erforderlich werdenden Preissubventionen einzusparen, hat die Bundesregierung ferner beschlossen, den Zuckerrübenpreis für die Ernte 1951 von 50 DM auf 60 DM je t zu erhöhen. Der Bundesrat hat diesem Beschluß am 6. April 1951 zugestimmt, gleichzeitig aber gefordert, daß eine Erhöhung des Preises für Haushaltszucker durch eine Senkung der Zuckersteuer oder eine Rationalisierung der Verarbeitung vermieden werden soll. Zwecks Einsparung von Subventionsmitteln soll ferner der Einzelhandelshöchstpreis für Margarine von bisher 2,44 DM auf 2,80 DM je kg erhöht werden. Die von der Landwirtschaft geforderte Heraufsetzung der Erzeugerpreise für Milch und damit für Butter, die zudem durch die gegenwärtige, eher durch ein gewisses Überangebot gekennzeichnete Marktlage kaum zu rechtfertigen wäre, soll lediglich in der Form vorgenommen werden, daß zum Ausgleich einer Qualitätsverbesserung der Milch ein Zuschlag je nach Fettgehalt, höchstens jedoch von 3 Dpf je l, erhoben wird.

Nach den besprochenen Preiserhöhungsmaßnahmen war ein empfindliches Ansteigen der bis dahin noch relativ wenig erhöhten Ernährungskosten unausbleiblich. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Teilindex „Ernährung“ im Rahmen des Index der Lebenshaltungskosten von Mitte Februar bis

Mitte März um etwa 5 bis 6 vH, d. h. etwa auf den Stand von Ende 1948 erhöht; es ist anzunehmen, daß damit die Rückwirkung der auf der Erzeugerpreisebene vorgenommenen Maßnahmen noch nicht voll erschöpft ist. Infolge des Zusammenwirkens der noch fortdauernden, wenn auch in der zweiten Märzhälfte allmählich abklingenden Preissteigerungen bei den gewerblich erzeugten Konsumgütern mit der Verteuerung der Grundnahrungsmittel übertrifft die Erhöhung des Gesamtindex der Lebenshaltung im März mit etwa 3 vH die der Vormonate (Februar rd. 1 vH, Januar rd. 2 vH), so daß nunmehr die Indexzahl erstmals wieder beachtlich (um etwa 5 vH) über dem entsprechenden Vorjahresstand liegt. Immerhin läßt die vorstehende Analyse erkennen, daß unter den preiserhöhenden Faktoren diejenigen, die entweder einmaliger Natur sind oder deren Wirksamkeit entweder bereits erschöpft ist oder sich doch in absehbarer Zeit erschöpfen kann, von nicht unerheblichem Gewicht sind, und daß vor allem eine preispolitische Linie festgelegt wurde, die der baldigen Wiedererreichung eines stabileren und ausgeglicheneren Preisgefüges förderlich sein könnte.

Was die L ö h n e anbelangt, so haben sich die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste der Industriearbeiter, die bis Herbst 1950 dem Index der Lebenshaltungskosten vorausgeeilt waren, im letzten Vierteljahr, für das Zahlenangaben vorliegen, nämlich in der Zeit von Ende September bis Ende Dezember 1950, annähernd im Gleichschritt mit jener Indexzahl bewegt. Der durch den Vergleich der beiden Reihen ermittelte Realwert der Brutto-Wochenverdienste war Ende Dezember 1950 mit 107 vH des Standes von 1938 um etwa 18 vH höher als Ende 1949 und um rd. 7 vH höher als beim Ausbruch des Korea-Konflikts. Die Erhöhung der durchschnittlichen Wochenverdienste im letzten Vierteljahr 1950 um rd. 2 vH wäre noch größer gewesen, wenn nicht eine relativ starke Verminderung der durchschnittlichen Arbeitszeit von 49,1 auf 48,0 Wochenstunden, also um mehr als 2 vH, eingetreten wäre, die, abgesehen von den saisonüblichen Faktoren, vermutlich mit den gegen Jahresende wegen Kohlenmangels vorgenommenen Betriebseinschränkungen zusammenhängt. Die obigen Angaben über die Wochenverdienste können zudem ergänzt



werden durch die Feststellung, daß — nach der Statistik der Wirtschaftsrechnungen von Arbeitnehmerhaushaltungen — die durchschnittlichen Arbeitseinkommen infolge von Gratifikationen und anderen Sondereinnahmen im Dezember 1950 um fast 25 vH über dem Durchschnitt der vorhergehenden drei Monate lagen, so daß die in die Repräsentativerhebung einbezogenen Arbeitseinkommen im 4. Vierteljahr 1950 um etwa 9 vH größer waren als im Vorvierteljahr.

Für die Beurteilung der Löhne als Kostenfaktor ist besonders die Entwicklung der Stundenverdienste von Bedeutung. In dieser Hinsicht ergibt die Statistik, daß sich der Anstieg im letzten Vierteljahr 1950 erheblich beschleunigt hat. Er betrug 4,8 vH gegen 2,7 vH im 3. Vierteljahr; Ende 1950 lagen die durchschnittlichen Stundenverdienste der Industriearbeiter (ausschließlich der Bergarbeiter) um nicht weniger als 10 vH über dem Stand von Ende 1949. Zudem haben sich die Lohnerhöhungen und Lohnbewegungen seit Jahresbeginn fortgesetzt. In einer Reihe von Industriezweigen, so vor allem in der Metallindustrie, der Lederwaren- und Gummiindustrie, dem graphischen Gewerbe und der Ernährungsindustrie sind zum Teil auf Länder-, zum Teil aber auch auf Bundesbasis neue Tarifabkommen abgeschlossen worden, die nicht unbeträchtliche

*Industriearbeiterlöhne und Arbeitszeit¹⁾
im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet*

	1948		1949		1950		
	Juni	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez. ²⁾	
Industriearbeiterlöhne							
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste	Dpf						
Alle Arbeiter	98,5	121,6	122,9	124,4	127,7	133,9	
Männer	106,5	132,8	134,0	135,5	139,8	146,9	
Frauen	63,5	84,8	86,1	86,5	88,9	94,1	
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste	DM						
Alle Arbeiter	40,51	56,97	58,13	59,91	62,75	64,28	
Männer	44,31	63,37	64,64	66,51	69,87	71,81	
Frauen	24,80	37,55	38,27	39,18	41,45	42,79	
Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit	Stunden						
Alle Arbeiter	41,1	46,9	47,3	48,2	49,1	48,0	
Männer	41,6	47,7	48,2	49,1	50,0	48,9	
Frauen	39,0	44,3	44,4	45,3	46,6	45,5	

¹⁾ Ohne Bergbau. — ²⁾ Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

Lohnerhöhungen vorsehen. Auch die Löhne der Hafendarbeiter in den Nord- und Ostseehäfen sowie die Gehälter im privaten Bank- und Versicherungsgewerbe wurden mit Wirkung vom 1. März bzw. vom 1. Januar 1951 erhöht. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst ist ab 1. April 1951 eine Gehalts- und Lohnerhöhung um 15 vH vorgesehen, deren Modalitäten zwar noch nicht endgültig feststehen, die aber zum Teil schon in Kürze bevorzucht werden wird. Tarifikündigungen zum Zwecke der Durchsetzung neuer Lohnforderungen wurden in der Binnenschifffahrt sowie in verschiedenen Industriezweigen (holzverarbeitende Industrie, Sägeindustrie, Sperrholzgewerbe, Druck und Papierindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) vorgenommen. Zu den wichtigsten Schritten in dieser Richtung zählt die zum 30. April 1951 erfolgte Kündigung des durch den Remagener Schiedsspruch vom 9. September 1950 zustande gekommenen Abkommens für die Bauarbeiter durch die Gewerkschaft Bau, Steine und Erden, die für ihre Mitglieder nunmehr eine Lohnerhöhung um 30 vH verlangt. Selbst dieser Vorgang, so groß seine Tragweite im Hinblick auf die bereits sehr gespannten Verhältnisse in der Bauwirtschaft sind, wird jedoch in den Schatten gestellt durch die seitens der Industriergewerkschaft Bergbau ausgesprochene Kündigung des Lohn- und Gehaltsabkommens für den Steinkohlenbergbau, wobei beträchtliche Lohnerhö-

hungen gefordert worden sein sollen. Die letzten Lohnerhöhungen im Kohlenbergbau waren erst zum 1. November 1950 vorgenommen worden; sie hatten gegen Jahresende beträchtliche Heraufsetzungen des Kohlen- und Eisenpreises nach sich gezogen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Lohnerhöhungen solchen Ausmaßes, die offensichtlich in der Erwartung eines starken weiteren Preisanstiegs gefordert wurden, die jetzt sich deutlicher abzeichnende Möglichkeit

einer allmählichen Stabilisierung des Preisniveaus erheblich verringern würden, da sie sehr leicht die Gefahr eines Wettlaufs von Preisen und Löhnen heraufbeschwören könnten. Unter diesen Umständen wird der Arbeit des vom Bundeskanzler berufenen paritätischen Ausschusses von Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, der auch zu den Fragen der Lohn- und Preispolitik Stellung nehmen soll, eine besondere Bedeutung zukommen.

Außenwirtschaft

Die Handelsentwicklung

Die Außenhandelsentwicklung bot im Februar und März 1951 im Vergleich zu der vorangegangenen insofern wieder ein etwas günstigeres Bild als sich die Einfuhr im ganzen nicht weiter erhöht hat, während die Ausfuhr den Rückschlag vom Januar nicht nur wieder überwunden, sondern im März sogar einen neuen Höchststand erreicht hat. In DM gerechnet, belief sich die **Ausfuhr** im Februar auf 972 Millionen (gegenüber 913 Millionen im Januar), und im März erreichte sie mit 1 090 Millionen ein Niveau, das um gut 80 Mill. DM über ihrem bisherigen — zum Teil sicher nur statistisch bedingten — Höchststand vom Dezember 1950 lag. Die Hauptrolle in diesem Anstieg spielte zweifellos die Fertigungsausfuhr, obwohl auch die Kohlen- und Koksausfuhr infolge der Nachlieferung gewisser schon in den Vormonaten fälligen Kontingente besonders im März höher gewesen zu sein scheint.

Die **Einfuhr** hat sich dagegen mit 1 222 Mill. DM im Februar und 1 255 Mill. DM im März im Vergleich zu Januar (1 242 Mill. DM) nur wenig geändert. Sie war damit im Durchschnitt der genannten drei Monate um etwa 40 Mill. DM niedriger als im Durchschnitt des 4. Vierteljahres 1950, der seinerseits um rd. 340 Mill. DM über dem Durchschnitt des vorangegangenen Vierteljahres gelegen hatte.

Daß sich die Ausfuhr in den letzten Monaten wesentlich günstiger entwickelt hat als die Einfuhr ist in erster Linie sicher das Resultat der energischen Bemühungen um eine Verbesserung der Handelsbilanz. Bis zu einem gewissen Grade scheinen diese Anstrengungen in den letzten Monaten jedoch auch dadurch begünstigt worden zu sein, daß die **Steigerung der Preise**

nicht mehr so gut wie ausschließlich nur die Einfuhrseite berührt hat, sondern sich allmählich auch in den Ausfuhrwerten auszuwirken beginnt.

Der Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾

in Mill. DM

Warengruppen	1950		1951	
	M.-D. 3. Vj.	M.-D. 4. Vj.	Jan.	Febr.
I. Ausfuhr, gesamt	725,2	963,5	912,8	971,7
davon:				
Ernährungswirtschaft	10,7	33,5	59,8	31,3
GewerblicheWirtsch.	714,5	930,0	853,0	940,4
davon:				
Rohstoffe	107,1	105,6	96,3	92,8
Halbwaren	145,5	154,3	144,5	153,1
Fertigwaren	461,9	670,1	612,2	694,5
II. Einfuhr, gesamt	939,7	1 280,5	1 241,7	1 221,9
davon:				
Ernährungswirtschaft	433,1	517,3	472,4	485,8
GewerblicheWirtsch.	506,6	763,2	769,3	736,1
davon:				
Rohstoffe	266,1	385,8	438,9	424,5
Halbwaren	126,4	202,5	172,8	156,1
Fertigwaren	114,1	174,9	157,6	155,5
III. Saldo, gesamt ²⁾	- 214,5	- 317,0	- 328,9	- 250,2
IV. Einfuhr auf Grund von Auslandshilfe	167,8	178,9	157,8	155,7
V. Einfuhr gegen Devisen	771,9	1 101,6	1 083,9	1 066,2
VI. Saldo des „kommerziellen“ Außenhandels ²⁾	- 46,7	- 138,1	- 171,1	- 94,5

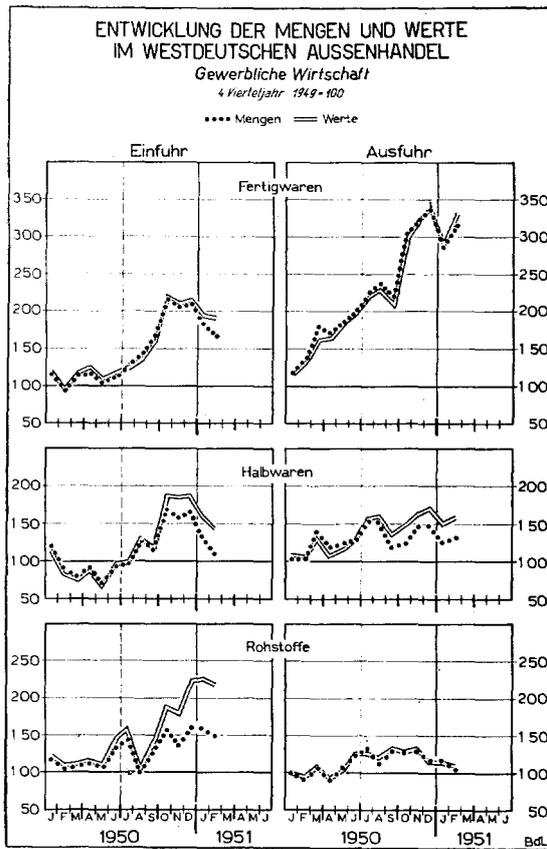
¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einfuhrüberschuß = —

³⁾ Überschuß der Einfuhr gegen Devisen über die Ausfuhr.

Zumindest in den Monaten Januar und Februar (für März liegen noch keine Angaben vor) haben sich im Gegenteil die „terms of trade“ oder genauer: das Verhältnis zwischen Werten und Mengen auf der Ein- und Ausfuhrseite für Westdeutschland anscheinend etwas gebessert. Während nämlich — wie aus dem Schaubild ersehen werden kann — bis zum Dezember v. J. im we-

sentlichen nur bei der Einfuhr die Werte stärker als die Mengen gestiegen sind, ist dies nunmehr auch bei der Ausfuhr der Fall, und zwar insbesondere bei der Ausfuhr von gewerblichen Fertigwaren, auf die im Februar 72 vH der Gesamteinfuhr entfielen. Offenbar kommen also nun auch hier

gestiegen als die der Einfuhr, so daß der Vergleich zwischen der Mengen- und Wertentwicklung bei Ein- und Ausfuhr zum ersten Male zugunsten Westdeutschlands ausfällt. Gegenüber dem Stande von Dezember 1950 beliefen sich jedenfalls die in den beiden Monaten zu verzeichnenden Einfuhrmehrkosten auf Grund von Preissteigerungen auf 34 Mill. DM, während sich die Ausfuhrmehrerlöse infolge von Preisaufbesserungen auf 61 Mill. DM stellten.



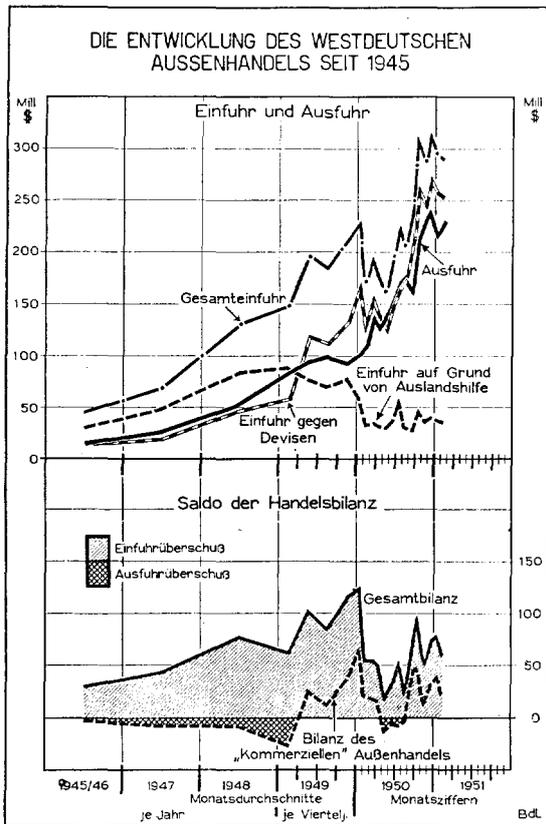
allmählich die bereits zu höheren Preisen abgeschlossenen Kontrakte zum Zuge. Im Januar und Februar sind sogar zum ersten Male seit geraumer Zeit die Durchschnittspreise der Ausfuhr stärker

Allerdings fällt diese — möglicherweise auch nur vorübergehende — Besserung in den „terms of trade“ nur gering ins Gewicht gegenüber der einseitigen Verteuerung der Einfuhr, die Westdeutschland in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hinnehmen mußte. Betrachtet man die Periode Juli 1950 bis Februar 1951 als Ganzes, so ergibt sich nämlich, daß die seit dem 4. Vierteljahr 1949 eingetretene Preissteigerung die westdeutsche Einfuhr in diesem Zeitabschnitt um nicht weniger als 816 Mill. DM verteuert hat, während die den Preiserhöhungen zu verdankenden Mehrerlöse aus der Ausfuhr nur 91 Mill. DM ausmachen. Die Nettobelastung Westdeutschlands durch die Verschlechterung der „terms of trade“ beläuft sich also für die statistisch überschaubaren acht Monate nach dem Ausbruch des Korea-Konflikts auf insgesamt etwa 725 Mill. DM, was ungefähr 60 vH der Gesamteinfuhr von Februar 1951 entspricht.

Der Anteil der durch die Auslandshilfe finanzierten Einfuhr an der Gesamteinfuhr stellte sich im Durchschnitt der Monate Januar bis März nur noch auf rd. 13 vH. Er ist, wie das Schaubild zeigt, in den letzten Jahren sehr scharf

Auswirkungen der Preisänderungen im Außenhandel gegenüber dem Preisstand vom 4. Vierteljahr 1949
in Mill. DM

Zeit	Einfuhr Mehr- (—) bzw. Minder- (+) kosten					Ausfuhr Mehr- (+) bzw. Minder- (—) erlöse					Saldo Mehrkosten (—) bzw. Mehrerlöse (+)				
	Ernäh- rungs- wirt- schaft	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertig- waren	Zusam- men	Ernäh- rungs- wirt- schaft	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertig- waren	Zusam- men	Ernäh- rungs- wirt- schaft	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertig- waren	Zusam- men
1950															
3. Vj.	+ 12,0	— 75,5	— 9,6	+ 15,2	— 57,9	— 14,4	+ 4,6	+ 29,6	— 57,4	— 37,6	— 2,4	— 70,9	+ 20,0	— 42,2	— 95,5
4. Vj.	— 59,3	— 271,8	— 71,9	— 10,1	— 413,1	— 5,5	+ 1,8	+ 64,0	— 21,7	+ 38,6	— 64,8	— 270,0	— 7,9	— 31,8	— 374,5
1951															
Jan.	— 3,0	— 127,3	— 28,0	— 9,3	— 167,6	+ 0,1	— 1,9	+ 22,7	+ 9,3	+ 30,2	— 2,9	— 129,2	— 5,3	—	— 137,4
Febr.	+ 10,9	— 133,1	— 37,3	— 18,1	— 177,6	— 9,1	+ 4,0	+ 26,7	+ 37,7	+ 59,3	+ 1,8	— 129,1	— 10,6	+ 19,6	— 118,5
Insgesamt	— 39,4	— 607,7	— 146,8	— 22,3	— 816,2	— 28,9	+ 8,5	+ 143,0	— 32,1	+ 90,5	— 68,3	— 599,2	+ 3,8	— 54,4	— 725,7



zurückgegangen. Während nämlich im Jahre 1947 nicht weniger als 71 vH und auch im Jahre 1948 noch 65 vH der Gesamteinfuhren aus Mitteln der Auslandshilfe finanziert worden waren, stellte sich dieser Prozentsatz im Jahre 1949 nur noch auf 43 vH und im Jahre 1950 sogar nur noch auf 18 vH. Absolut genommen handelte es sich dabei im Jahre 1948 um 1 026 Mill. \$, im Jahre 1949 um 956 Mill. \$, im Jahre 1950 dagegen nur noch um 480 Mill. \$. Der Gesamtbetrag der bisher — d. h. von August 1945 bis zum Februar 1951 — empfangenen Hilfslieferungen macht 3 668 Mill. \$ aus. Davon entfallen auf die (im Vorjahr bis auf nur noch geringe Rückstände aus alten Zuteilungen eingestellten) GARIOA-Lieferungen (einschließlich der U. K.-Contributions) nicht weniger als 2 737 Mill. \$ und auf Lieferungen aus Mitteln des Marshallplans (ECA oder ERP-Einfuhren) 931 Mill. \$¹⁾. Darüber hinaus waren Ende Februar für Importe auf Grund des Marshallplans 243 Mill. \$ bereits fest zugeteilt, wenn auch noch nicht geliefert, und schließlich standen im gleichen Zeitpunkt aus der ursprünglich vorgesehenen Jahreshilfe für das dritte

¹⁾ Vgl. Tabelle „Die Marshallplanhilfe Westdeutschlands“

Marshallplanjahr (Juli 1950 bis Juni 1951) in Höhe von rd. 350 Mill. \$ noch etwas über 90 Mill. \$ offen. Von dem letzteren Betrag sind inzwischen 23 Mill. \$ zugeteilt worden.

Die Marshallplanhilfe Westdeutschlands

in Mill. \$
(Stand 28. Februar 1951)

	1. Marshallplan-Jahr	2. Marshallplan-Jahr	3. Marshallplan-Jahr	1. bis 3. Marshallplan-Jahr
Gesamtzuteilungen	613,5	296,0	258,8	1 168,3
davon:				
geliefert	613,5	228,7	82,7	924,9 ¹⁾
noch nicht geliefert	—	67,3	176,1	243,4
davon:				
kontrahiert	—	24,9	110,6	135,5
noch nicht kontrahiert	—	42,4	65,5	107,9

¹⁾ Nach der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes betragen die ERP-Lieferungen bis zum 28. 2. 1951 insgesamt 931,1 Mill. \$. — Quelle: Bundesministerium für den Marshallplan.

Der starke Rückgang der GARIOA- und ERP-Einfuhren ist neben der Liberalisierung einer der Hauptgründe dafür, daß ein wachsender Anteil der westdeutschen Einfuhr in den letzten Jahren vom Dollar-Raum in den europäischen Raum, besonders in die Länder der Europäischen Zahlungsunion, aber in gewissem Umfang auch in die osteuropäischen Länder verlagert wurde. Während z. B. im Jahre 1949 etwa 45 vH der Einfuhr aus der westlichen Hemisphäre und ebenfalls nur etwa 45 vH aus den heutigen EZU-Ländern stammten, war im Januar und Februar 1951 die westliche Hemisphäre nur für etwa 20 vH unserer Einfuhr Lieferant, während aus den EZU-Ländern über 70 vH der Gesamteinfuhr bezogen wurden. Es ist klar, daß sich aus einer so raschen Umlagerung Anpassungsschwierigkeiten ergeben mußten. Ein ähnliches — wenn auch seinem Umfang nach weit geringeres — Problem ergibt sich neuerdings übrigens auch aus der Notwendigkeit einer erneuten Änderung unserer Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Im Hinblick auf die rasche Abnahme der Dollarhilfe war 1949 und zum Teil auch noch 1950, wie oben erwähnt, verstärkt versucht worden, den Handel mit den osteuropäischen Ländern, die vor dem Kriege im deutschen Handel wachsende Bedeutung erlangt hatten, wieder aufzunehmen. Die Zuspitzung der internationalen Lage hat inzwischen jedoch zu einer Unterbindung gewisser Lieferungen an einen Teil dieser Länder gezwungen, die auf längere Sicht natür-

lich auch auf die Möglichkeiten der Einfuhr aus diesen Ländern nicht ohne Einfluß bleiben kann und Westdeutschland eine Umlagerung gewisser Importe aus Ländern, denen gegenüber es bisher passiv war, erschwert. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse ist Westdeutschland naturgemäß doppelt daran interessiert, daß es der Marshallplan-Hilfe nicht abrupt verlustig geht, sondern die ursprünglich in Aussicht genommene Frist für die erforderlichen Anpassungen seines Außenhandels wahrnehmen kann.

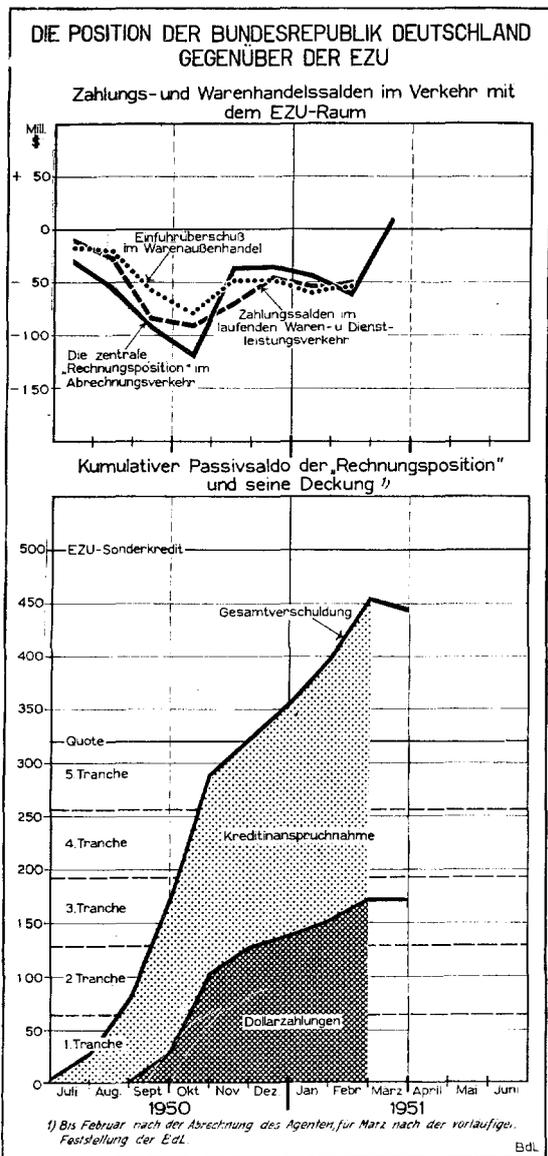
Da die Ausfuhr im Februar und März gestiegen und die Einfuhr sich im ganzen kaum verändert hat, ist der Passivsaldo der Handelsbilanz in den beiden letzten Monaten beträchtlich zurückgegangen. Im März stellte er sich nur noch auf etwa 165 Mill. DM gegen 250 Mill. DM im Februar und 329 Mill. DM im Januar. Erfreulicherweise entfällt diese Besserung so gut wie ausschließlich auf die Bilanz des sogenannten „kommerziellen“, d. h. des gegen Devisen abgewickelten Außenhandels, da sich die auf Auslandshilfe beruhende Einfuhr im Februar und März mit je etwa 155 Mill. DM nahezu auf der Höhe des Januar (158 Mill. DM) hielt. Der Passivsaldo der „kommerziellen“ Handelsbilanz allein betrug also im Februar nur noch 95 Mill. DM gegen 171 Mill. DM im Januar und 138 Mill. DM im Durchschnitt des 4. Vierteljahres 1950, während im März die Bilanz des kommerziellen Außenhandels nach den vorläufigen Ergebnissen sogar beinahe ausgeglichen gewesen sein dürfte. Eine nähere Aufgliederung der Entwicklung nach Ländern liegt bisher allerdings nur bis Februar vor, so daß sich leider noch nicht sagen läßt, in welchem Umfang auch der eigentliche Passivbereich der westdeutschen Handelsbilanz, nämlich die Handelsbilanz mit den EZU-Ländern, an dieser Verbesserung beteiligt war. Im Februar war das nur in verhältnismäßig geringem Maße der Fall. Zwar konzentrierte sich die im Februar zu verzeichnende Steigerung der Ausfuhr im wesentlichen auf die EZU-Länder, aber gleichzeitig nahm auch die Einfuhr aus den EZU-Ländern, im Gegensatz zur Entwicklung der sonstigen Einfuhr, noch zu, so daß sich der Passivsaldo im Handel mit dem EZU-Raum nur von 246 Mill. DM im Januar auf 196 Mill. DM im Februar, d. h. nur um etwa 50 Mill. DM, verminderte. Daß die Passivität des gesam-

ten kommerziellen Außenhandels in der gleichen Zeit um fast 77 Mill. DM zurückging, hing also zu einem erheblichen Teil nur mit der erneuten Zunahme des Aktivsaldos im Verkehr mit dem Dollar-Raum und den außerhalb der EZU stehenden Dollarländern zusammen.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz

So gut wie vollständig, und zwar auch nach Währungsräumen, läßt sich jedoch auch für März schon die Entwicklung der Zahlungsbilanz übersehen. Das Ergebnis ist, obwohl eine Verbesserung auf Grund der im Februar getroffenen Maßnahmen erwartet werden konnte, überraschend günstig: Zum ersten Male seit der Entstehung der Zahlungsschwierigkeiten der letzten Monate, d. h. also zum ersten Male seit Mitte vorigen Jahres, schloß nämlich die Devisenbilanz im März 1951 mit einem alle wichtigen Bereiche umfassenden Überschuß ab, nachdem noch im Februar im ganzen ein beträchtliches Defizit bestanden hatte, dessen Verminderungsmöglichkeiten trotz des nahezu vollständigen Stops der Lizenzausgabe am 21. bzw. 27. Februar 1951 mit einiger Sorge betrachtet worden ist. Auf den zentralen, bei der Bank deutscher Länder geführten Devisenkonten betrug der Überschuß nicht weniger als 35,9 Mill. \$ gegenüber einem Defizit von 47,9 Mill. \$ im Februar. Gleichzeitig haben zwar die Devisenbestände der Außenhandelsbanken, die lediglich als „working balances“, d. h. als im Grunde genommen bereits gebundene Bestände, zu betrachten sind, im März wiederum abgenommen; aber die Abnahme stellte sich nur auf 19,9 Mill. \$, so daß, selbst wenn man die Devisenbestände der Bank deutscher Länder und die der Außenhandelsbanken zusammenfaßt, sich per Saldo in den laufenden Veränderungen ein Überschuß von 16,0 Mill. \$ ergab.

Dieses Resultat konnte sich selbstverständlich nur deshalb einstellen, weil der bisherige Passivsaldo im Zahlungsverkehr mit der EZU, der bisher immer weit über die mit anderen Währungsräumen teilweise und zeitweilig erzielten Überschüsse hinausgegangen war, plötzlich ebenfalls von einem Aktivsaldo abgelöst wurde, obwohl auf Grund verschiedener Indizien eher mit dem Fortbestand eines gewissen Defizits



zu rechnen gewesen wäre. Die sogenannte „Rechnungsposition“ gegenüber der EZU, die die Veränderung aller bei der Basler Monatsabrechnung erfaßten zentralen Devisenkonto zum Ausdruck bringt, verschlechterte sich in der ersten Märzwoche zwar weiter in einem zu ernstern Befürchtungen Anlaß bietenden Maße, aber dann schlug mit einem Male die Entwicklung um, und das Verhältnis von Deviseneingängen und -ausgängen besserte sich so rasch, daß der der Basler Abrechnung zugrunde liegende Monatssaldo selbst unter Einrechnung der Amortisation der im intereuropäischen Zahlungsverkehr bis zur Gründung der EZU aufgelaufenen Handelsschulden für den gesamten März mit 11,3 Mill. \$ aktiv wurde. Statt den Sonderkredit der EZU in

Höhe von 120 Mill. \$ weiter in Anspruch nehmen zu müssen, wird die Bundesrepublik daher bei der am 15. April 1951 stattfindenden Abrechnung über den März ihre Ausnutzung des Sonderkredits von bisher 91,4 auf 80,1 Mill. \$ vermindern können.

Welche Faktoren diese überraschende Wendung herbeigeführt haben, läßt sich noch nicht völlig übersehen, da in dem Augenblick, in dem dieser Bericht abgeschlossen wird, die ländermäßige Aufgliederung der Außenhandelsstatistik für März noch nicht vorliegt und infolgedessen nicht bekannt ist, in welchem Umfang die Entwicklung des Warenverkehrs mit den EZU-Ländern zu ihr beigetragen hat. Auf Grund der Zahlungsentwicklung — die im übrigen stets mehr oder weniger von der Entwicklung der Außenhandelsumsätze abweicht — kann jedoch gesagt werden, daß die Besserung in erster Linie auf einen ziemlich starken Rückgang der Inanspruchnahme von Devisen, aber daneben auch auf ein fühlbares Ansteigen der Ausfuhrerlöse zurückzuführen ist; im Hinblick auf die künftigen Einfuhrmöglichkeiten ist das letztere natürlich besonders bemerkenswert.

Der Rückgang der Devisenausgänge für die Einfuhr dürfte im wesentlichen — wenn auch aller Wahrscheinlichkeit nach keineswegs ganz — mit den Ende Februar ergriffenen energischen Maßnahmen zur Sicherung unserer Zahlungsfähigkeit zusammenhängen, so daß man schon aus diesem Grunde aus der überraschenden Besserung der Zahlungsbilanz im März nicht etwa den Schluß ziehen kann, daß die im Februar unternommenen Schritte voreilig waren und unter Umständen vielleicht gar hätten unterbleiben können. Einer der wichtigsten jener Schritte war der bereits im letzten Monatsbericht behandelte Stop der Lizenzausgabe. Er verhinderte, daß die bereits bestehenden Devisenzahlungsverpflichtungen um neue, unter Umständen sogar kurzfristig fällig werdende vermehrt wurden. Zwar sind laut den statistischen Erhebungen auch im März 1951 noch für insgesamt 54,4 Mill. \$ neue Lizenzen ausgegeben worden (gegenüber 254,8 Mill. \$ im Februar); aber dabei handelt es sich im wesentlichen nur noch um statistische Nachmeldungen für bereits früher von den Außenhandelsbanken erteilte Lizenzen und um die Umwandlung von am 27. Februar 1951 bereits ausge-

Zur Entwicklung der Devisenposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem EZU-Raum
seit Juli 1950

in Mill. \$

Zahlungssalden und ihre Abdeckung	1950						1951			Juli 1950 bis März 1951
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
A. Die Entwicklung der Zahlungssalden										
1. Rechnungsposition gegen- über der EZU	- 28,6	- 53,3	- 91,5	-116,1	- 34,7	- 32,5	- 42,1	- 58,3	+ 11,3	-445,8
davon:										
a) Monatliche Nettodefizite aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr ¹⁾	- 29,9	- 52,7	-103,6	-114,2	- 42,5	- 25,5	- 39,2	- 55,3	+ 17,6 ⁵⁾	-445,3 ⁵⁾
b) Ausgleich alter Forde- rungen und Schulden (netto)	+ 1,3 ²⁾	- 0,6	+ 0,1	- 1,9	+ 9,4 ³⁾	- 8,0 ²⁾	- 2,6	- 3,0	- 6,3 ³⁾	- 11,6 ³⁾
c) Verwendung von existing resources	-	-	+ 12,0	-	- 1,6	+ 1,9	- 0,3	-	-	+ 12,0
d) Zinsen auf Kredit- inanspruchnahme im Rahmen der Quote	-	-	-	-	-	- 0,9	-	-	-	- 0,9
2. Veränderungen der bei den Baseler Abrechnungen nicht be- rücksichtigten Konten der BdL und der Außenhandelsbanken darunter:	+ 21,5	+ 27,4	+ 18,0	+ 28,7	- 35,8 ⁴⁾	- 18,2	- 12,4	+ 3,3	- 12,1	+ 20,4 ⁴⁾
Konten der Außenhandelsbanken	+ 14,5	+ 21,3	+ 14,2	+ 22,3	- 16,7	- 17,6	- 7,0	+ 5,7	- 17,8	+ 18,9
Veränderung der gesamten Zah- lungsposition gegenüber dem EZU-Raum (1+2)	- 7,1	- 25,9	- 73,5	- 87,4	- 70,5	- 50,7	- 54,5	- 55,0	- 0,8	-425,4
davon: Zahlungssalden aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr	- 8,4	- 25,3	- 85,6	- 85,5	- 68,9	- 43,7	- 51,6	- 52,0	+ 5,5	-415,5
B. Die Abdeckung der Rechnungsposition gegenüber der EZU										
1. Kumulatives Rechnungsdefizit seit Anfang Juli 1950	- 28,6	- 81,9	-173,4	-289,5	-324,2	-356,7	-398,8	-457,1	-445,8	-
2. Deckung (kumulativ)										
a) Kreditinanspruchnahme im Rahmen der Quote	.	.	142,4	185,9	192,0	192,0	192,0	192,0	192,0	-
b) Kreditinanspruchnahme im Rahmen des Sonder- kredits	24,5	52,5	91,4	80,1	-
c) Dollarzahlungen im Rahmen der Quote	.	.	31,0	103,6	128,0	128,0	128,0	128,0	128,0	-
d) Dollarzahlungen im Rahmen des Sonder- kredits	4,2	12,2	26,3	45,7	45,7	-

¹⁾ Bis Oktober 1950 ausschließlich der Schweiz. — ²⁾ Einschließlich einer Sonderforderung gegen Norwegen, die aus dem Jahre 1949 stammt und in halbjährlichen Raten von 1,3 Mill. \$ zurückgezahlt wird. — ³⁾ Darunter Verrechnung der seit 1. Juli 1950 aufgelaufenen Forderungen gegen die Schweiz in Höhe von 9,4 Mill. \$. — ⁴⁾ Darin enthalten 9,4 Mill. \$ für Monat November, die keine Verschuldung, sondern die Verrechnung der unter ³⁾ genannten Forderungen gegen die Schweiz darstellen. — ⁵⁾ Einschließlich eines in der September-Abrechnung nicht berücksichtigten Debetbetrages gegenüber Schweden in Höhe von 3,3 Mill. \$, der erst bei der März-Abrechnung ausgeglichen wurde. Im Zusammenhang damit sind einige der in früheren Monatsberichten für September und Oktober angegebenen Zahlungssalden geändert worden.

gebenen Devisenzuteilungsbestätigungen in Lizenzen sowie — zu einem geringen Teil — um automatische Zusatzlizenzen, Lizenzen für Devisenbonuseinfuhren u. ä.

Im großen und ganzen konnten an die Bank also nur Devisenzahlungsverpflichtungen aus dem Block der Ende Februar 1951 ausstehenden Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen (512 bzw. 119 Mill. \$) herankommen. Nach der von

den Außenhandelsbanken gemeldeten „Fälligkeits“-Gliederung dieses Blockes hätten sich nun zwar auch hieraus Devisenansprüche bis hart an die Grenze der Verfügbarkeiten ergeben können, da allein von den ausstehenden Lizenzen nicht weniger als 243 Mill. \$ als bereits ab März 1951 fällig angezeigt worden waren. In Wirklichkeit jedoch blieben die effektiven Zahlungsverpflichtungen erheblich geringer. Das dürfte einmal

damit zusammen gegangen haben, daß es offenbar nicht in allen Fällen möglich war, die Ware zum vorgesehenen Zeitpunkt hereinzubekommen, so daß also schon die Entwicklung der tatsächlichen Einfuhr zur Entlastung der Zahlungsseite beigetragen haben mag. Genaueres hierüber wird sich freilich erst sagen lassen, wenn die ländermäßige Aufgliederung der Außenhandelsstatistik für März vorliegt und sich damit feststellen läßt, ob und in welchem Umfang die Einfuhr aus dem EZU-Raum in diesem Monat wirklich gesunken ist. Eine weitere, zumindest vorläufige Verminderung der Devisenbeanspruchung ist aber zweifellos auch durch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen herbeigeführt worden, die nach der Verhängung des Lizenzstops zur Sicherung unserer Zahlungsfähigkeit ergriffen worden sind. Wie schon bei den früher getroffenen Maßnahmen, wurde auch bei diesen Schritten von dem Grundsatz ausgegangen, nicht nur die einmal ausgegebenen Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen an sich, sondern auch die auf Grund der Lizenzen geschlossenen Kontrakte und die dabei vereinbarte Zahlungsfrist voll zu respektieren, aber gleichzeitig auch zu verhindern, daß Zahlungen früher geleistet wurden, als auf Grund der bestehenden Vereinbarungen erforderlich war, und auf diese Weise in den unmittelbar bevorstehenden Wochen, die an Hand verschiedener Indizien als besonders kritisch betrachtet werden mußten, Luft zu gewinnen. Zu diesem Zweck sind folgende Anordnungen getroffen worden:

1) Devisenzuteilungsbestätigungen dürfen laut Anweisung des Einfuhrausschusses vom 26. Februar 1951 nur dann ohne weiteres in Einfuhrlizenzen umgewandelt werden, wenn die Zahlungen erst nach dem 1. Mai 1951 fällig werden. Bei Fälligkeit im März und April ist eine besondere Genehmigung des Einfuhrausschusses erforderlich.

2) Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen, die vor dem 1. März 1951 ausgegeben wurden und bis zum 7. März noch nicht mit einem Kontrakt belegt waren, berechtigen laut Anordnung des Einfuhrausschusses vom 7. März 1951 nur zu solchen Vertragsabschlüssen, bei denen Zahlung erst nach dem 1. Juni 1951 vereinbart wird.

3) Um die Vorverlegung von Zahlungen zu verhindern, sind schließlich von der Bank deutscher Länder gewisse Kontrollen eingerichtet worden, die sicherstellen, daß die Zahlung nicht vor den vertraglich vereinbarten Terminen erfolgt, wie es teilweise vorgekommen war.

Während so auf der einen Seite die Vorauszahlung von Importen erschwert wurde, kam Westdeutschland andererseits in den letzten Wochen in den uneingeschränkten Genuß der bereits früher geleisteten Vorauszahlungen, für die nun die entsprechenden Lieferungen fällig wurden. Solche Vorauszahlungen scheinen namentlich im Februar wieder in gewissem Umfang getätigt worden zu sein, da in diesem Monat mehr Zahlungen verbucht wurden als auf Grund der Warenbewegung zu erwarten gewesen wäre. Ein Teil der im März hereingekommenen Einfuhren dürfte daher schon vorher bezahlt worden sein.

Alle diese im vorangegangenen geschilderten Maßnahmen und Entwicklungen machen es jedenfalls begreiflich, daß im März die Devisenzahlungen (bzw. Akkreditivgestellungen) für Einfuhrlieferungen aus dem EZU-Raum nur noch 162 Mill. \$ gegen 208 Mill. \$ im Februar betrugen und damit erheblich hinter dem Umfang der Wareneinfuhr zurückblieben.

Zweifellos liegen aber — wie bereits oben angedeutet — die Ursachen für die Verbesserung der Zahlungsbilanz im März keineswegs allein in einer Verminderung der Devisen *a u s z a h l u n g e n*, sondern auch in einer — wahrscheinlich sogar ziemlich beträchtlichen Erhöhung der *D e v i s e n e i n g ä n g e*. Exakte Ziffern hierfür zu geben, ist im Augenblick allerdings noch nicht möglich. Aber es kann als sicher unterstellt werden, daß das Aufkommen an EZU-Devisen im März erheblich höher war als 150 Mill. \$, von welcher Ziffer bei der Aufstellung der Einfuhrpläne für die nächsten Monate auf Grund der Verhältnisse von Januar und Februar zunächst einmal ausgegangen werden mußte. Bei der Beurteilung dieser Verbesserung ist nun freilich zu berücksichtigen, daß sie kaum allein auf einem weiteren Anstieg des Exports beruhen dürfte (genauen Aufschluß hierüber wird erst die Außenhandelsstatistik für März liefern), sondern daß daneben offenbar auch noch eine Reihe einmaliger Faktoren eine Rolle spielte. So scheinen einmal im Zusammenhang mit den Ab-

schlüssen auf den Ende Februar und im März abgehaltenen Messen verhältnismäßig hohe Vorauszahlungen auf künftige Exporte eingegangen zu sein, sodann kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Deviseneingänge im März bis zu einem gewissen Grade bereits den verstärkten Druck auf die Hereinholung von ausstehenden Ausfuhrforderungen sowie vielleicht auch die Verkürzung der gewährten Zahlungsfristen infolge der wachsenden inneren Liquiditätsanspannung widerspiegeln. Was die beiden letzteren Einflüsse anbelangt, so ist es zwar durchaus möglich, daß sie sich auch in den nächsten Monaten noch auswirken werden, ja es muß sogar alles daran gesetzt werden, besonders durch schärfste Handhabung der Exporterlöskontrolle die in den ausstehenden Exportforderungen liegenden Devisenreserven so vollständig wie nur irgend möglich zu erfassen. Aber welche Möglichkeiten hier noch bestehen, läßt sich schwer voraussagen, so daß realistischerweise damit gerechnet werden muß, daß sich die Deviseneingänge in nächster Zeit im großen und ganzen doch nur ungefähr im Rahmen der Exportentwicklung halten werden. Trifft dies zu, so wird also eine weitere Entlastung der Devisenbilanz von der Seite der Devisenerlöse her praktisch ganz von den Möglichkeiten einer weiteren Exportausdehnung abhängen.

Ausblick

Wie immer aber auch die Dauer der einzelnen Einflüsse, auf denen die Verbesserung der Zahlungsbilanz im März beruhte, zu beurteilen sein mag, so ist doch klar, daß sie die im Februar bestehende Situation wesentlich entspannt haben. Der gefährliche Überhang an ausstehenden Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen ist von 630 Mill. \$ am 28. Februar 1951 auf 472 Mill. \$ am 31. März, also bereits auf eine wesentlich normalere Proportion zur Einfuhr zurückgegangen, da die Neuausgabe von Lizenzen rechtzeitig gestoppt wurde, um erst einmal dafür sorgen zu können, daß die möglicherweise auftretenden Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der vorhandenen Devisenverfügbarkeiten bleiben. In der gleichen Zeit ist es aber auch gelungen, die Devisenreserven nicht nur zu schonen, sondern sie sogar etwas anzureichern. Zweifellos haben also die getroffenen Maßnahmen insofern

Erfolg gehabt, als die Gefahr einer akuten Zahlungskrise nunmehr als abgewendet gelten kann.

Um so mehr tritt nun aber das Problem der künftigen Einfuhrhöhe in den Vordergrund. Weder im Hinblick auf die bestehenden handelspolitischen Verpflichtungen noch mit Rücksicht auf die innere Versorgungslage wird es möglich sein, noch lange auf neue Ausschreibungen zu verzichten. Tatsächlich sollen sie auch noch im April wieder aufgenommen werden. Hierfür ist im Einvernehmen mit dem Rat der OEEC ein Betrag von 30 Mill. \$ für noch im April fällig werdende Zahlungen vorgesehen. Die Aufteilung dieses Betrages ist allerdings an die Zustimmung eines „Vermittlungsausschusses“ der OEEC gebunden, der die sich vielfach widersprechenden Interessen unserer Handelspartner und die deutschen Versorgungsinteressen miteinander in Einklang bringen soll. Die Handelsvertragspartner Westdeutschlands werden ihrerseits die Liberalisierung gegenüber der Bundesrepublik aufrechterhalten. Überdies haben die „Überschußländer“ der EZU ihre Bereitschaft erklärt, bei der Gewährung von handelsvertraglichen Einfuhrkontingenten gegenüber der Bundesrepublik großzügig zu sein und gleichzeitig ihre eigenen Kontingentswünsche gegenüber Westdeutschland herabzusetzen. Für Ausschreibungen mit Zahlungsfälligkeiten im Mai ist mit einer ähnlichen Zwischenlösung im Einvernehmen mit der OEEC wie im April zu rechnen.

Noch nicht völlig geklärt ist die zukünftige Einfuhrregelung für die Zeit nach dem 1. Juni 1951. Das seinerzeitige — in dem am 13. März 1951 der EZU zugeleiteten Memorandum der Bundesregierung dargelegte — deutsche Programm geht dahin, die Aufteilung des Imports in bisher liberalisierte und in kontingentierte Einfuhren auch in Zukunft beizubehalten, aber von vornherein für jede dieser beiden Gruppen unbedingt einzuhaltende Globalplafonds festzusetzen, um das Gleichgewicht zwischen Deviseneingängen und -ausgängen zu wahren. Dabei sollten aus dem Kreis der bisher liberalisierten Güter lediglich einige Warengruppen von besonderer Wichtigkeit nicht in gleichem Maße wie die übrigen gekürzt werden, während sonst aber die Aufteilung des zur Verfügung stehenden Devisenbetrages der Zusammensetzung der Einfuhr von 1950 entsprechen und im übrigen auch

durchweg die Multilateralität der Ausschreibungen aufrechterhalten werden sollte. Hinsichtlich der Höhe der zukünftigen Ausschreibungen für die Zeit ab 1. Juni ist vom EZU-Direktorium und vom Rat der OEEC empfohlen worden, die Ausschreibungen so zu steuern, daß der jeweils ausstehende Bewegungsbestand an noch nicht eingelösten Lizenzen und Devisenzuteilungsbestätigungen eine bestimmte Relation zum laufenden Einfuhrvolumen einhält. Als vorläufige Richtschnur ist für diesen Bewegungsbestand eine $2\frac{1}{2}$ -Monatseinfuhr, d. h. beim gegenwärtigen Zahlenbild ein Betrag von etwa 350 Mill. \$ empfohlen worden. Durch entsprechend gesteuerte Ausschreibungen im April und Mai mit Fälligkeiten für die Zeit ab 1. Juni 1951 soll einerseits die notwendige Kontinuität der Einfuhr sichergestellt, andererseits jedes neue Risiko für die EZU-Bilanz vermieden werden. Die künftige Aufteilung des Globalplafonds für den handelsvertraglich gebundenen Einfuhrsektor wird in der Hauptsache von den bilateralen Handelsbesprechungen abhängen, die noch in der 2. Aprilhälfte mit den OEEC-Mitgliedsländern beginnen sollen, um die in den Verträgen festgelegten deutschen Ausschreibungsverpflichtungen der deutschen Zahlungslage in der EZU anzupassen. Im Vordergrund dürfte auch hier das Problem stehen, wie die neuen Ausschreibungsverpflichtungen einmal stärker auf die vordringlichsten Versorgungsbedürfnisse Westdeutschlands konzentriert, aber daneben auch den Wünschen der verschiedenen Handelsvertragspartner Westdeutschlands, besonders derer, die Deutschland gegenüber bisher keine Überschüsse erzielten, sondern sogar Defizite aufwiesen, Rechnung tragen können.

Solange der zur Verfügung stehende Devisenplafond verhältnismäßig niedrig ist, wird es freilich schwer fallen, diese zum Teil recht verschiedenartigen Bedürfnisse miteinander in Einklang zu bringen. Es ist daher zu hoffen, daß der in der letzten Zeit verstärkt fortgesetzte Ausbau der westdeutschen Exportförderung durch steuerliche Maßnahmen, Rohstoffprioritäten, Kreditbegünstigung und Zurückdämmung der inneren Nachfrage alsbald einen merklichen Anstieg des Exports bewirkt. Dabei wird es aber entscheidend darauf ankommen, die Exporte vor allem in die Länder zu lenken, denen gegenüber die Bundesrepublik bisher ein hohes Defizit aufwies. Das sind vor allem die Sterlingländer und Frankreich, mit denen Westdeutschland auch im März noch selbst im Zahlungsverkehr stark passiv war (nämlich mit 14,0 bzw. 5,1 Mill. \$). Hier Abhilfe zu schaffen, ist um so dringlicher, als die Zahlungslage einiger Länder, denen gegenüber Deutschland bisher Überschüsse erzielen konnte, ihnen die Hinnahme solcher Salden allmählich schwieriger machen dürfte, so daß es nicht sicher ist, ob der Bundesrepublik im Rahmen der EZU in Zukunft auch nur diese bescheidenen Kompensationsmöglichkeiten für die Defizite im Verkehr mit dem Sterling-Raum und Frankreich zur Verfügung stehen werden. Freilich wird Westdeutschland die Lösung dieser Aufgabe nur gelingen, wenn es auch in den betreffenden Ländern selbst das erforderliche Entgegenkommen findet, wie überhaupt die expansive Lösung des westdeutschen Zahlungsbilanzproblems heute stärker denn je davon abhängt, daß dem deutschen Export nicht Schwierigkeiten bereitet werden, die auf die Dauer nicht nur die Bundesrepublik, sondern alle an der EZU beteiligten Länder treffen müßten.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Zentralbankausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	46
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	48
3. Zahlungsmittelumlauf	49
4. Monatsausweise der Landeszentralbanken (Stand vom 28. Februar und 31. März 1951)	50
II. Mindestreservenstatistik	
1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen	54
2. Mindestreservesätze	54
III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)	
Kreditvolumen und Einlagen	55
IV. Monatliche Bankenstatistik (Bilanzstatistik)	
1. Geschäftsbanken	56
a) Zwischenausweise, zusammengefaßt nach:	56
Bundesgebiet	56
Länder	58
Bankengruppen	66
b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach Fristigkeit	70
c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr	72
2. Postscheckämter und Postsparkasse	73
a) Einlagen und Vermögenswerte	73
b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern	73
3. Bausparkassen	74
Einlagen, aufgenommene Gelder und Vermögenswerte	74
4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet	74
V. Kreditvolumen	
1. Kurzfristige Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	75
2. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite der Geschäftsbanken, zusammengefaßt nach:	76
a) Bundesgebiet	76
b) Länder	78
c) Bankengruppen	82
3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG.	84
4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen (Geschäftsbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau und Finanzierungs-AG.)	84
5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds	85
VI. Geldvolumen	
1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	86
2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken	87
VII. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	
1. Zinskonditionen	88
2. Festverzinsliche Wertpapiere (Durchschnittskurse und Indizes)	92
3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	92
4. Wechselproteste	93
VIII. Öffentliche Finanzen	
1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern, Monopolabgaben und Zöllen	94
2. Verschuldung von Bund und Ländern	94
3. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes	95
4. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes	96
5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet	96
6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet	97
7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet	97
IX. Außenhandel	
1. Außenhandel des Bundesgebiets nach Warengruppen	98
2. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	100
X. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	102
2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	103
3. Eisen- und Stahlerzeugung	103
4. Arbeitsmarkt	103
5. Verkehr	104
6. Indexziffer der Grundstoffpreise	105
7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten	105
XI. Internationale Übersichten	
Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	106
a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$	106
b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder	106
c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwährungen zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM	107

I. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher

in

Stand	Aktiva									
	Guthaben in aus- ländischer Währung ³⁾	Sorten, ausländ. Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslands- geschäfts	Postscheck- guthaben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel und unverzins- liche Schatzan- weisungen	Deutsche Scheide- münzen	Lombardforderungen		
								insgesamt	darunter gegen Ausgleichs- forderungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas										
1949										
31. Dezember	833,9	(11,7)	(755,2)	33,4	(3 225,7)	233,7	Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbank- systems be- findlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert.	357,6	302,3	
1950										
31. Januar	724,6	(13,1)	(913,3)	32,3	(3 246,3)	235,1		305,3	275,5	
28. Februar	642,5	(14,4)	(528,5)	29,1	(3 231,0)	246,6		384,2	354,1	
31. März	657,6	(16,0)	(519,5)	28,5	(3 310,0)	228,3		258,8	241,4	
30. April	803,4	(17,6)	(482,9)	25,1	(3 171,9)	214,7		254,8	224,9	
31. Mai	892,7	(19,6)	(417,6)	30,9	(3 007,5)	198,5		286,4	257,2	
30. Juni	1 161,5	55,7	20,9	28,7	2 874,2	218,3		431,3	252,5	
31. Juli	1 317,8	53,7	19,6	27,8	2 776,1	179,7		240,9	231,2	
31. August	1 321,4	55,1	26,2	19,8	2 590,7	226,7		261,2	239,0	
30. September	1 461,2	58,0	50,3	27,1	3 235,3	297,7		312,0	287,3	
31. Oktober	1 262,5	57,8	24,9	30,3	3 900,3	420,3		300,4	273,7	
30. November	1 119,7	67,1	35,2	33,9	3 972,7	346,6		310,7	292,4	
31. Dezember	1 046,8	68,8	43,0	51,8	4 209,1	330,3		374,3	342,3	
1951										
31. Januar	936,2	71,8	40,8	23,6	3 747,6	405,6		342,8	333,2	
28. Februar	932,0	75,5	31,5	34,4	4 357,8	509,8		478,2	466,5	
31. März	1 087,7	78,7	18,5	135,7	4 024,8	238,7		435,2	421,9	
Passiva										
Stand	Banknoten- umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf	Einlagen						von Spalte 22 entfallen		
		insgesamt (Spalte 23, 24, 29 und 30)	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postsparkassen- ämter)	öffentlich-rechtlichen Körperschaften				insgesamt	Gemeinden und Gemeinde- verbände	sonstige öffentl. Körpers- schaften
				davon						
				alliierte Dienststellen ⁶⁾	Bund und Länder					
21	22	23	24	25	26	27	28			
Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas										
1949										
31. Dezember	(7 737,5)	(2 480,2)	1 268,5	(1 000,5)	(462,2)	(173,0)		11,4	353,9	
1950										
31. Januar	(7 609,7)	(2 695,9)	1 013,0	(1 142,5)	(466,1)	(291,1)		12,3	373,0	
28. Februar	(7 689,8)	(2 682,6)	956,9	(1 293,4)	(468,6)	(386,2)		12,0	426,6	
31. März	(7 828,3)	(2 347,0)	866,8	(1 140,8)	(438,3)	(246,9)		14,2	441,4	
30. April	(7 981,1)	(2 575,2)	961,8	(1 199,0)	(447,5)	(343,7)		17,9	389,9	
31. Mai	(7 936,4)	(2 719,1)	1 087,0	(1 169,3)	(445,3)	(220,2)		12,4	491,4	
30. Juni	(8 160,0)	(+ 248,6)	1 014,3	(2 854,8)	1 194,3	(1 294,9)		13,7	351,9	
31. Juli	8 100,8	(+ 076,7)	1 036,4	(2 502,0)	964,9	(1 119,7)		9,9	407,5	
31. August	8 026,3	(+ 035,9)	1 052,2	(2 583,0)	1 011,7	(1 221,2)		10,8	339,3	
30. September	8 213,1	(+ 072,7)	1 055,4	(2 380,0)	1 036,0	(1 000,0)		14,2	329,8	
31. Oktober	8 122,8	(4 613,7)	1 436,1	(2 563,8)	1 039,9	(1 152,1)		10,2	361,6	
30. November	8 099,4	(4 912,3)	1 501,2	(2 741,4)	940,4	(1 361,8)		11,3	427,9	
31. Dezember	8 232,3	(5 178,8)	1 840,9	(2 523,1)	904,0	(1 240,2)		9,4	369,5	
1951										
31. Januar	7 761,0	4 992,9	1 361,9	2 686,8	1 032,6	1 386,2		8,5	259,5	
28. Februar	7 744,8	5 733,0	1 851,8	2 880,9	1 024,9	1 531,0		13,2	311,8	
31. März	7 781,0	4 959,6	1 678,4	2 380,9	1 008,8	1 115,8		14,1	242,2	

*) Differenzen in der Kommastrichstelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — ²⁾ Bei landswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 mittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (vgl. Spalte 26) waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 31 enthalten. — Einbeziehung der Rücklagen und Rückstellungen der Bank deutscher Länder „sonstigen Passiven“ einbezogen.) — Am 7. 1. 1951 wurden einige Unterpositionen der Spalte 31, die im Zusammenhang mit den Ländern“ (vgl. Spalte 26) und „Guthaben sonstiger inländischer Einleger“ (vgl. Spalte 29) überführt. — ³⁾ Unter Kontrolle der — ⁵⁾ Darin enthalten 18,0 Mill. DM „Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems“. — ⁶⁾ Bis zum 31. 12. fuhrbewilligungen“ bei den Landeszentralbanken.

Ausweise

Länder und der Landeszentralbanken *) 1) 2)

Mill. DM

Aktiva										
insgesamt	Vorschüsse und kurzfristige Kredite				Wertpapiere		Beteiligung an der BdL	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Vermögenswerte
	davon an				insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichsforderungen		insgesamt	darunter Ausgleichsforderungen	
	Bund und Bundesverwaltungen	Länder	sonstige öffentliche Stellen	Besatzungsmächte						
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen										
148,3	—	86,5	61,5	0,3	228,4	228,1	100,0	8 129,7	7 490,5	230,8
84,9	—	80,5	4,1	0,3	266,4	266,0	100,0	7 995,8	7 356,6	182,5
81,5	—	77,7	3,5	0,3	286,8	285,4	100,0	8 060,8	7 421,6	190,2
129,3	—	101,9	27,1	0,3	325,2	323,5	100,0	7 920,1	7 280,9	206,7
301,8	(274,0)		27,8	—	346,4	344,6	100,0	8 050,4	7 411,2	208,7
738,6	(692,7)		45,9	—	364,3	361,4	100,0	7 978,6	7 339,4	224,1
841,5	632,2	87,4	121,9	—	745,8	382,2	100,0	8 003,4	7 364,2	279,4
945,7	748,2	81,4	116,1	—	658,3	394,9	100,0	8 137,2	7 498,0	264,9
1 122,5	799,8	115,5	207,2	—	675,9	412,0	100,0	8 139,7	7 500,5	268,4
946,7	597,3	85,8	263,6	—	772,2	430,1	100,0	8 165,4	7 526,2	274,9
983,6	515,5	144,7	323,4	—	789,0	445,6	100,0	8 234,6	7 595,4	335,3
1 136,8	599,9 ⁴⁾	161,8	375,1 ⁴⁾	—	819,8	475,5	100,0	8 233,4	7 594,2	347,0
1 149,1	637,5	141,9	369,7	—	866,5	516,8	100,0	8 438,5	7 799,3	391,9
840,3	255,4	178,9	406,0	—	854,3	502,1	100,0	8 489,3	7 850,1	267,1 ⁵⁾
978,4	374,1	164,4	439,9	—	860,5	507,3	100,0	8 488,0	7 848,8	215,5
798,0	282,1	124,6	391,3	—	870,3	516,1	100,0	8 350,2	7 711,0	227,4

Passiva							
Einlagen		Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Grundkapital der BdL und der Landeszentralbanken	Rücklagen und Rückstellungen	Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	sonstige Verbindlichkeiten	Bilanzsumme
auf Einlagen der	sonstigen inländischen Einleger ⁷⁾						
29	30	31	32	33	34	35	36
am 7. 6. 1950 und 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen							
(204,3)	6,9	(2 975,9)	385,0	(35,0)	208,7	(466,1)	14 288,4
(534,8)	5,6	(2 861,5)	385,0	(45,3)	89,4	(412,8)	14 099,6
(426,8)	5,5	(2 476,5)	385,0	(49,2)	74,9	(437,6)	13 795,6
(334,0)	5,4	(2 485,2)	385,0	(51,9)	142,9	(459,7)	13 700,0
(409,9)	4,5	(2 510,3)	385,0	(54,7)	—	(471,4)	13 977,7
(458,5)	4,3	(2 657,8)	385,0	(64,7)	1,9	(493,9)	14 258,8
(375,6)	3,9	(1 231,6)	385,0	289,1	86,3	360,1	14 760,7
(534,3)	4,0	(1 392,3)	385,0	312,7	65,1	410,8	14 743,4
(389,8)	10,9	(1 559,2)	385,0	313,8	99,3	415,3	14 834,8
(632,0)	5,3	(2 247,3)	385,0	369,7	47,2	395,5	15 730,5
(608,2)	5,6	(2 403,1)	385,0	381,9	156,7	415,9	16 479,1
(664,1)	5,6	(2 342,0)	385,0	381,9	24,8	433,1	16 578,5
(804,7)	10,1	(2 287,9)	385,0	393,1	110,5	544,4	17 132,0
936,5	7,7	2 114,6	385,0	386,0	—	556,4	16 195,9
997,4	2,9	2 309,3	385,0	385,8	35,4	553,6	17 146,9
895,9	4,4	2 311,7	385,0	347,7	74,2	591,0	16 450,2

— Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — ¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Ausenthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 15). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwert-Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 25). Beide Positionen in Spalte 33 (bisher in den „sonstigen Verbindlichkeiten“ — Spalte 35 — erfasst. Im BdL-Ausweis sind die Rückstellungen in die ERP/GARIOA-Sonderkonten stehen bzw. reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „Einlagen von Bund und Hohen Kommission. — ⁴⁾ Nachträglich berichtet durch Überführung eines Kredits (49,5 Mill. DM) von Spalte 13 in Spalte 11. 1950 „Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen“. — ⁷⁾ Ab 31. 10. 1950 einschließlich des „Asservatenkontos Ein-

2. Ausweis der Bank deutscher Länder *) 1) 2)

in Mill. DM

Stand	Aktiva												
	Guthaben in ausländischer Währung ³⁾	Sorten, ausländische Wechsel und Schecks ³⁾	Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Post-scheckguthaben ⁴⁾	Inlandswechsel	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesverwaltungen	Deutsche Scheidemünzen ⁵⁾	Lombardforderungen	Vorschüsse und kurzfristige Kredite	Wertpapiere	Forderungen gegen die öffentliche Hand		sonstige Aktiva ⁴⁾
											Ausgleichsfor-derungen	unverzinsl. Schuldverschreibungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen												
31. 12. 1949	833,9	(11,7)	(755,2)	31,7	(2 820,5)	—	5)	1 463,9	61,0	—	5 236,5	639,2	112,5
31. 5. 1950	892,7	(19,6)	(417,6)	28,9	(2 850,1)	29,8	.	1 098,6	686,5	0,3	5 165,4	639,2	79,5
30. 6. 1950	1 161,5	55,7	20,9	26,2	2 739,1	56,9	.	1 533,0	753,8	360,7	5 137,3	639,2	156,8
31. 7. 1950	1 317,8	53,7	19,6	26,0	2 667,8	0,7	21,7	1 417,2	863,9	260,0	5 272,4	639,2	118,8
31. 8. 1950	1 321,4	55,1	26,2	17,7	2 480,2	40,0	27,2	1 376,6	1 006,8	260,0	5 254,6	639,2	119,6
30. 9. 1950	1 461,2	58,0	50,3	25,3	3 084,3	162,8	29,7	1 349,4	860,7	335,0	5 215,6	639,2	120,4
31. 10. 1950	1 262,5	57,8	24,9	28,2	3 664,6	298,2	40,1	1 153,1	838,7	335,0	5 253,7	639,2	140,8
30. 11. 1950	1 119,7	67,1	35,2	32,4	3 820,9	184,8	55,6	1 113,4	974,4	335,0	5 188,9	639,2	143,1
31. 12. 1950	1 046,8	68,8	43,0	49,2	3 652,4	171,7	61,9	1 097,6	1 006,2	335,0	5 328,3	639,2	196,5
1951													
31. 1. 1951	936,2	71,8	40,8	21,9	3 514,5	249,0	76,5	1 153,6	659,4	335,0	5 373,5	639,2	89,2
28. 2. 1951	932,0	75,5	31,5	32,9	3 815,4	327,0	85,3	1 104,3	811,1	335,0	5 377,4	639,2	91,1
7. 3. 1951	959,8	78,0	22,2	45,3	3 896,4	374,9	86,3	958,5	679,4	335,0	5 332,3	639,2	91,5
15. 3. 1951	957,0	76,1	19,0	51,7	3 665,2	335,5	84,9	1 017,6	570,7	335,0	5 300,8	639,2	89,3
23. 3. 1951	1 026,4	78,3	30,5	44,2	3 595,7	82,1	89,9	902,4	403,8	335,0	5 204,7	639,2	89,8
31. 3. 1951	1 087,7	78,7	18,5	133,4	3 782,6	78,4	85,0	1 010,8	670,2	335,0	5 289,2	639,2	91,3

Stand	Passiva												
	Banknoten- umlauf bis 30. 6. 50 Zahlungsmittelumlauf	Einlagen						Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts	sonstige Passiva	Grundkapital	gesetzliche und sonstige Rücklagen	Bilanzsumme	
		insgesamt (Spalte 16 bis 20)	der Landes-zentral-banken	aufgegliedert in Einlagen der Dienststellen des Bundes		alliiert Dienst- stellen ⁷⁾	sonstige						
				Gegenwert- konten des Bundes ⁶⁾	sonstige Gut- haben								
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25		
1949	Die Vergleichbarkeit der Zahlenreihen wurde durch Änderungen des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 und am 7. 1. 1951 unterbrochen. Siehe Anmerkungen												
31. 12. 1949	(7 737,5)	(860,0)	426,3	—	(75,3)	(323,3)	(35,1)	(2 975,9)	(292,7)	100,0	—	11 966,1	
31. 5. 1950	(7 936,4)	(949,4)	193,5	—	(170,9)	(301,3)	(283,7)	(2 657,8)	(264,6)	100,0	—	11 908,2	
30. 6. 1950	(8 160,0)	(2 791,7)	342,9	(1 097,8)	(173,6)	996,6	(180,8)	(1 231,6)	287,8	100,0	70,0	12 641,1	
31. 7. 1950	8 100,8	(2 674,3)	355,6	(951,1)	(196,1)	817,8	(353,7)	(1 392,3)	341,4	100,0	70,0	12 678,8	
31. 8. 1950	8 026,3	(2 535,0)	313,1	(1 002,2)	(178,0)	839,1	(202,6)	(1 559,2)	334,1	100,0	70,0	12 624,6	
30. 9. 1950	8 213,1	(2 426,0)	186,4	(759,3)	(211,6)	840,7	(428,0)	(2 247,3)	335,5	100,0	70,0	13 391,9	
31. 10. 1950	8 122,8	(2 691,3)	328,9	(955,0)	(262,4)	846,0	(299,0)	(2 403,1)	349,6	100,0	70,0	13 736,8	
30. 11. 1950	8 099,4	(2 742,2)	395,9	(1 179,0)	(262,5)	759,9	(144,9)	(2 342,0)	356,1	100,0	70,0	13 709,7	
31. 12. 1950	8 232,3	(2 554,2)	372,2	(930,3)	(309,9)	750,5	(191,3)	(2 287,9)	452,2	100,0	70,0	13 696,6	
1951													
31. 1. 1951	7 761,0	2 657,0	330,3	1 052,7	233,1	847,2	193,7	2 114,6	458,0	100,0	70,0	13 160,6	
28. 2. 1951	7 744,8	2 977,0	440,1	1 176,7	337,1	838,3	184,8	2 309,3	456,6	100,0	70,0	13 657,7	
7. 3. 1951	7 511,3	3 015,2	581,4	1 169,5	287,1	838,0	139,2	2 354,7	447,6	100,0	70,0	13 498,8	
15. 3. 1951	7 279,8	3 025,2	524,4	1 221,6	292,7	843,6	142,9	2 250,4	416,6	100,0	70,0	13 142,0	
23. 3. 1951	7 153,7	2 506,5	338,9	889,1	61,9	847,4	369,2	2 281,7	410,1	100,0	70,0	12 522,0	
31. 3. 1951	7 781,0	2 610,2	360,5	901,6	142,5	844,8	360,8	2 311,7	427,1	100,0	70,0	13 300,0	

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. — Nicht mehr vergleichbare Zahlenreihen sind durch () gekennzeichnet. — 1) Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1949. — 2) Bei der Neugliederung des Ausweis-Schemas am 7. 6. 1950 ergaben sich folgende Veränderungen: Aktiva: Erfassung der Auslandswechsel und Schecks in Spalte 2 (bis 31. 5. 1950 in Spalte 5). Ablösung des ERP-Vorlagekontos (bis 31. 5. 1950 in Spalte 3 enthalten) durch Übernahme von Wertpapieren (vgl. Spalte 10). — Passiva: Übernahme der ERP/GARIOA-Gegenwertmittel auf Grund des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA als Einlagen des Bundes (Sonderkonten des Bundes, vgl. Spalte 17). Umbuchung der Konten der JEIA, STEG und ERP-Verwaltung als Einlagen alliierter Dienststellen (Spalte 19). Beide Positionen waren bis 31. 5. 1950 in Spalte 21 enthalten. — Herausnahme der gesetzlichen und sonstigen Rücklagen (Spalte 24) aus den „sonstigen Passiven“. — Am 7. 1. 1951 wurde die Position „Sonderkonten des Bundes“ durch die den ERP/GARIOA-Sonderkonten vorgeschalteten Sammelkonten (bisher in Spalte 21 erfaßt) zur Position „Gegenwertkonten des Bundes“ erweitert. — Ferner wurden einige Unterpositionen der Spalte 21, die reine Inlandsverbindlichkeiten darstellen, in die Positionen „sonstige Guthaben der Dienststellen des Bundes“ (vgl. Spalte 18) und „sonstige Einlagen“ (vgl. Spalte 20) überführt. — 3) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 4) Die Postscheckguthaben, die bis zum 31. 5. 1950 unter „Sonstige Aktiva“ erfaßt waren, wurden rückwirkend ausgegliedert. — 5) Infolge des Übergangs der Münzhoheit auf den Bund wurden die im Bestand des Zentralbanksystems befindlichen Scheidemünzen ab 31. 7. 1950 aktiviert. — 6) Bis zum 31. 12. 1950 „Sonderkonten des Bundes“. — 7) Bis zum 31. 5. 1950 „Einlagen der Besatzungsmächte“.

3. Zahlungsmittelumlauf

in Mill. DM

I. Zentralbank-
Ausweise

Stand	im Bundesgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	im Bundesgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel	
1950			
7. 1.	7 169	7 570	
15. 1.	6 972	7 365	
23. 1.	6 643	7 038	
31. 1.	7 199	7 609	
7. 2.	7 066	7 472	
15. 2.	6 860	7 260	
23. 2.	6 684	7 080	
28. 2.	7 290	7 690	
7. 3.	7 210	7 607	
15. 3.	7 012	7 405	
23. 3.	6 727	7 116	
31. 3.	7 420	7 828	
7. 4.	7 429	7 834	
15. 4.	7 043	7 445	
23. 4.	6 761	7 158	
30. 4.	7 560	7 981	
7. 5.	7 399	7 817	
15. 5.	7 141	7 544	
23. 5.	6 802	7 206	
31. 5.	7 509	7 937	
7. 6.	7 342	7 767	
15. 6.	7 168	7 575	
23. 6.	6 940	7 338	
30. 6.	7 728	8 160	
7. 7.	7 620	8 049	
15. 7.	7 418	7 844	
23. 7.	7 107	7 518	
	Banknoten und Kleingeld- zeichen *)	Scheide- münzen des Bundes	
31. 7.	7 681	137	8 238
7. 8.	7 433	139	7 992
15. 8.	7 174	140	7 721
23. 8.	6 797	139	7 346
31. 8.	7 603	140	8 166
7. 9.	7 465	141	8 018
15. 9.	7 279	142	7 827
23. 9.	6 938	141	7 478
30. 9.	7 781	143	8 356
7. 10.	7 559	143	8 114
15. 10.	7 370	144	7 918
23. 10.	6 974	143	7 520
31. 10.	7 694	145	8 268
7. 11.	7 455	145	8 010
15. 11.	7 202	146	7 748
23. 11.	6 886	146	7 435
30. 11.	7 672	147	8 246
7. 12.	7 606	148	8 173
15. 12.	7 467	150	8 056
21. 12.	7 251	170	7 875
31. 12.	7 797	182	8 414
1951			
7. 1.	7 538	187	8 149
15. 1.	7 127	193	7 738
23. 1.	6 658	199	7 255
31. 1.	7 325	214	7 975
7. 2.	7 072	223	7 724
15. 2.	6 820	231	7 478
23. 2.	6 599	237	7 255
28. 2.	7 298	246	7 991
7. 3.	7 075	255	7 766
15. 3.	6 851	262	7 542
23. 3.	6 707	268	7 422
31. 3.	7 320	277	8 058
7. 4.	7 043	282	7 770

*) Mit Ablauf des 31. 1. 1951 Anspruch aus allen Kleingeldzeichen erloschen.

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	12,3	43,7	17,7	44,6	40,4
Postscheckguthaben	0,1	1,2	0,0	0,1	0,0
Wechsel und Schecks	8,2	39,7	94,9	133,6	4,4
Schatzwechsel	2,8	31,7	—	16,0	35,2
Wertpapiere	0,6	2,0	0,8	—	—
Ausgleichsforderungen	92,5	569,9	68,6	213,8	267,2
davon: aus der eigenen Umstellung	(76,9)	(449,5)	(59,9)	(183,7)	(228,5)
angekaufte	(15,6)	(120,4)	(8,7)	(30,1)	(38,7)
Lombardforderungen	7,2	87,4	4,2	10,6	60,0
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(7,2)	(84,7)	(4,2)	(4,6)	(60,0)
Kassenkredite	15,6	43,4	—	—	39,7
davon: an Landesregierung	(15,6)	(43,4)	(—)	(—)	(39,7)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(0,0)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	5,6	12,1	1,2	4,9	27,3
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	147,4	848,6	190,4	431,6	482,7
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	5,3	30,4	3,8	19,8	13,8
Einlagen	102,8	363,9	167,9	369,6	338,4
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(54,1)	(260,3)	(66,5)	(108,4)	(178,7)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(1,1)	(0,3)	(1,4)	(1,9)	(0,3)
öffentliche Verwaltungen	(3,1)	(39,7)	(30,2)	(12,3)	(21,3)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(32,0)	(5,3)	(4,1)	(23,0)	(60,9)
sonstige inländische Einleger	(11,1)	(60,6)	(65,5)	(222,3)	(78,1)
ausländische Einleger	(0,1)	(0,0)	(—)	(1,7)	(1,0)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(1,3)	(/2,3)	(0,2)	(—)	(/1,9)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	22,8	367,4	—	0,4	76,9
Sonstige Verbindlichkeiten	6,5	36,9	8,7	31,8	23,6
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	147,4	848,6	190,4	431,6	482,7
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	73,2	743,1	106,6	617,6	319,4
darunter Auslandswechsel	(0,8)	(10,1)	(0,9)	(6,6)	(5,5)
+) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.					

a) nach dem Stand vom 28. Februar 1951[†])I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						1951		1950
						28. Februar	31. Januar	31. Dezember
21,6	156,4	21,3	6,6	27,7	6,1	398,4	342,8	250,5
0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	1,5	1,6	2,5
22,7	217,4	5,0	5,7	5,2	5,7	542,5	233,1	556,9
15,6	60,0	7,5	11,4	—	2,5	182,7	156,6	158,6
2,6	0,4	1,1	5,0	5,2	0,5	18,2	17,2	14,8
364,3	715,1	138,2	167,9	320,4	61,0	2 978,9	2 978,6	2 987,8
(306,1)	(631,2)	(107,5)	(125,6)	(250,1)	(52,5)	(2 471,5)	(2 476,7)	(2 470,9)
(58,2)	(83,9)	(30,7)	(42,3)	(70,3)	(8,5)	(507,4)	(501,9)	(516,9)
44,8	52,9	61,2	37,3	40,5	21,4	427,5	328,5	374,3
(44,3)	(52,8)	(61,1)	(36,7)	(39,0)	(21,4)	(416,0)	(318,9)	(342,5)
39,0	—	19,5	8,0	2,1	—	167,3	180,9	143,0
(39,0)	(—)	(18,7)	(8,0)	(—)	(—)	(164,4)	(178,9)	(141,9)
(—)	(—)	(0,8)	(—)	(2,1)	(—)	(2,9)	(2,0)	(1,1)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
11,5	38,4	4,9	10,5	4,9	3,0	124,3	160,0	195,3
—	—	0,0	0,0	—	—	0,0	—	—
533,6	1 268,6	264,3	256,9	415,0	102,2	4 941,3	4 499,3	4 783,7
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
23,3	33,4	5,6	13,7	16,4	4,0	169,5	169,7	169,4
180,2	1 110,5	180,1	54,8	268,4	53,2	3 189,8	2 660,5	2 985,7
(134,4)	(683,5)	(67,2)	(36,8)	(167,4)	(40,2)	(1 797,5)	(1 347,0)	(1 808,5)
(1,6)	(0,1)	(1,0)	(3,3)	(1,2)	(0,1)	(12,3)	(13,6)	(16,1)
(16,1)	(146,2)	(39,2)	(5,8)	(25,5)	(2,7)	(342,1)	(368,3)	(378,8)
(0,7)	(11,8)	(45,0)	(0,1)	(2,6)	(1,0)	(186,5)	(185,4)	(153,5)
(30,1)	(273,1)	(27,4)	(7,7)	(70,7)	(8,4)	(855,0)	(744,2)	(629,8)
(0,0)	(0,1)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(2,9)	(7,7)	(10,1)
(/. 2,7)	(/. 4,3)	(0,3)	(1,1)	(1,0)	(0,8)	(/. 6,5)	(/. 5,7)	(/. 11,1)
271,9	—	42,2	159,9	83,5	28,7	1 053,7	1 139,3	1 097,7
18,2	59,7	16,4	18,5	16,7	6,3	243,3	244,8	245,9
—	—	—	—	—	—	—	0,0	—
533,6	1 268,6	264,3	256,9	415,0	102,2	4 941,3	4 499,3	4 783,7
301,0	784,9	226,4	211,5	400,7	76,8	3 861,2	3 591,8	3 744,8
(4,4)	(40,7)	(3,1)	(1,7)	(8,1)	(1,4)	(83,9)	(56,0)	(36,3)

	Baden	Bayern	Bremen	Hamburg	Hessen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	10,9	36,8	12,7	37,0	13,1
Postscheckguthaben	0,0	2,0	0,0	0,1	0,0
Wechsel und Schecks	2,2	23,9	68,1	76,8	4,7
Schatzwechsel	2,5	1,2	—	16,0	42,5
Wertpapiere	0,6	2,1	0,9	—	—
Ausgleichsforderungen	92,2	571,9	55,2	199,2	269,3
davon: aus der eigenen Umstellung	(76,8)	(449,5)	(46,9)	(169,1)	(228,5)
angekaufte	(15,4)	(122,4)	(8,3)	(30,1)	(40,8)
Lombardforderungen	12,9	71,1	7,2	13,2	64,6
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(12,9)	(68,5)	(7,2)	(9,8)	(64,4)
Kassenkredite	16,0	45,5	—	—	30,7
davon: an Landesregierung	(16,0)	(45,5)	(—)	(—)	(30,7)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	2,5	17,5	3,0	8,0	8,5
Sonstige Vermögenswerte	5,4	15,9	2,2	5,7	29,1
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	145,2	787,9	149,3	356,0	462,5
Passiva:					
Grundkapital	10,0	50,0	10,0	10,0	30,0
Rücklagen und Rückstellungen	5,3	30,4	3,9	19,8	15,8
Einlagen	90,6	307,3	125,2	292,0	308,6
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes					
(einschl. Postscheck- u. Postsparkassenämter)	(51,2)	(247,2)	(38,9)	(121,1)	(172,2)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(0,6)	(0,2)	(1,3)	(1,6)	(0,3)
öffentliche Verwaltungen	(3,5)	(21,9)	(26,7)	(26,6)	(31,3)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(26,7)	(1,7)	(4,0)	(23,7)	(40,6)
sonstige inländische Einleger	(7,7)	(31,9)	(53,9)	(117,3)	(49,4)
ausländische Einleger	(0,1)	(0,0)	(—)	(1,7)	(2,5)
zwischen den Niederlassungen der LZB unter-					
wegs befindliche Giroübertragungen	(0,8)	(4,4)	(0,4)	(—)	(12,3)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	33,4	358,9	—	—	84,2
Sonstige Verbindlichkeiten	5,9	41,3	10,2	34,2	23,9
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	145,2	787,9	149,3	356,0	462,5
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	68,8	749,9	110,2	591,4	276,2
darunter Auslandswechsel	(1,3)	(13,4)	(0,9)	(9,3)	(7,0)
†) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.					

b) nach dem Stand vom 31. März 1951 +)

I. Zentralbank-
Ausweise

Mill. DM

Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Württem- berg- Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						31. März	28. Februar	31. Januar
23,2	105,7	16,5	6,8	30,4	6,9	300,0	398,4	342,8
0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	2,3	1,5	1,6
17,2	30,8	5,1	2,6	5,7	5,3	242,4	542,5	233,1
10,6	74,3	1,6	11,7	—	—	160,4	182,7	156,6
2,6	0,3	1,2	5,3	5,2	0,9	19,1	18,2	17,2
365,1	716,2	119,0	170,1	321,6	58,1	2 937,9	2 978,9	2 978,6
(306,1)	(631,2)	(88,3)	(125,6)	(250,1)	(49,6)	(2 421,7)	(2 471,5)	(2 476,7)
(59,0)	(85,0)	(30,7)	(44,5)	(71,5)	(8,5)	(516,2)	(507,4)	(501,9)
44,1	52,9	67,0	22,5	46,4	22,7	424,6	427,5	328,5
(43,2)	(52,3)	(66,9)	(22,0)	(41,5)	(22,7)	(411,4)	(416,0)	(318,9)
10,4	—	13,1	9,0	3,0	—	127,7	167,3	180,9
(10,4)	(—)	(13,0)	(9,0)	(—)	(—)	(124,6)	(164,4)	(178,9)
(—)	(—)	(0,1)	(—)	(3,0)	(—)	(3,1)	(2,9)	(2,0)
11,5	28,0	5,5	4,5	9,0	2,0	100,0	100,0	100,0
11,5	41,4	5,5	11,0	5,0	3,3	136,0	124,3	160,0
—	—	0,0	0,0	—	—	0,0	0,0	—
496,2	1 049,7	234,6	243,5	426,3	99,2	4 450,4	4 941,3	4 499,3
40,0	65,0	20,0	10,0	30,0	10,0	285,0	285,0	285,0
23,3	33,4	5,7	13,6	16,4	4,0	171,6	169,5	169,7
193,0	880,1	171,0	57,0	246,5	52,2	2 723,5	3 189,8	2 660,5
(156,9)	(562,3)	(73,0)	(39,2)	(165,3)	(37,4)	(1 664,7)	(1 797,5)	(1 347,0)
(0,8)	(0,1)	(1,7)	(1,1)	(1,3)	(0,1)	(9,1)	(12,3)	(13,6)
(9,4)	(121,4)	(29,1)	(10,2)	(45,4)	(2,5)	(328,0)	(342,1)	(368,3)
(0,9)	(9,9)	(53,8)	(0,1)	(1,6)	(1,0)	(164,0)	(186,5)	(185,4)
(21,4)	(196,2)	(12,7)	(5,3)	(33,7)	(10,2)	(539,7)	(855,0)	(744,2)
(0,0)	(0,1)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(0,0)	(4,4)	(2,9)	(7,7)
(3,6)	(/. 9,9)	(0,7)	(1,1)	(/. 0,8)	(1,0)	(13,6)	(/. 6,5)	(/. 5,7)
219,0	3,2	19,5	142,0	114,0	26,1	1 000,3	1 053,7	1 139,3
20,9	68,0	18,4	20,9	19,4	6,9	270,0	243,3	244,8
—	—	—	—	—	—	—	—	0,0
496,2	1 049,7	234,6	243,5	426,3	99,2	4 450,4	4 941,3	4 499,3
284,5	860,4	213,4	218,1	392,6	72,8	3 838,3	3 861,2	3 591,8
(6,1)	(54,9)	(4,1)	(2,8)	(14,4)	(3,0)	(117,2)	(83,9)	(56,0)

II. Mindestreservenstatistik

1. Reserveguthaben der Geldinstitute des Bundesgebietes, aufgegliedert nach Bankengruppen *)

Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken

Bankengruppen	1950		1951		1950		1951		1950		1951	
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Summe der Überschußreserven (brutto) in Mill. DM				Summe der Reservefehlbeträge (brutto) in Mill. DM			
1. Kreditbanken	788,3	774,4	806,7	826,7	25,8	45,2	29,1	47,3	3,1	2,4	2,0	1,0
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(485,5)	(472,8)	(488,5)	(505,1)	(13,0)	(20,6)	(17,9)	(24,1)	(0,1)	(—)	(—)	(—)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(231,9)	(230,7)	(242,6)	(245,6)	(8,0)	(17,5)	(7,2)	(12,5)	(1,0)	(0,1)	(0,1)	(0,1)
c) Privatbanken	(70,9)	(70,9)	(75,6)	(76,0)	(4,8)	(7,1)	(4,0)	(10,7)	(2,0)	(2,3)	(1,9)	(0,9)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	2,3	2,1	2,8	2,7	1,4	1,4	1,2	0,7	0,0	0,1	—	0,0
3. Girozentralen	121,2	133,4	144,4	141,6	8,3	34,3	12,5	31,7	—	—	—	0,0
4. Sparkassen	512,4	508,5	505,3	512,5	9,2	11,1	9,4	8,6	2,9	5,7	2,5	4,5
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	102,0	99,2	98,4	97,9	1,9	1,9	2,1	1,8	3,2	6,1	1,4	3,4
6. Gewerbliche Zentralkassen	2,4	2,4	2,8	2,8	0,2	0,5	0,4	0,2	0,0	0,0	—	—
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	94,5	93,9	94,6	94,3	3,7	4,3	4,1	4,2	5,7	5,7	3,4	2,9
8. Sonstige Geldinstitute	132,9	138,6	141,8	135,7	4,2	5,7	4,3	4,8	0,3	0,3	0,1	0,0
Bankengruppen insgesamt	1 756,0	1 752,5	1 796,8	1 814,2	54,7	104,4	63,1	99,3	15,2	20,3	9,4	11,8
	Überschußreserven netto (Reservefehlbeträge netto —) in Mill. DM				Anteil der Überschußreserven (netto) in vH der gesetzlichen Mindest- reserven (Reserve-Soll)							
									in vH der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
1. Kreditbanken	22,7	42,8	27,1	46,3	2,9	5,5	3,4	5,6	57,5	50,9	50,5	52,9
a) Nachfolgeinstitute ehem. Großbankfilialen	(12,9)	(20,6)	(17,9)	(24,1)	(2,7)	(4,4)	(3,7)	(4,8)	(32,7)	(24,5)	(33,4)	(27,5)
b) Staats-, Regional- und Lokalbanken	(7,0)	(17,4)	(7,1)	(12,4)	(3,0)	(7,5)	(2,9)	(5,0)	(17,7)	(20,7)	(13,2)	(14,2)
c) Privatbanken	(2,8)	(4,8)	(2,1)	(9,8)	(3,9)	(6,8)	(2,8)	(12,9)	(7,1)	(5,7)	(3,9)	(11,2)
2. Hypothekenbanken und öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten	1,4	1,3	1,2	0,7	60,9	61,9	42,9	25,9	3,6	1,5	2,2	0,8
3. Girozentralen	8,3	34,3	12,5	31,7	6,8	25,7	8,7	22,4	21,0	40,8	23,3	36,2
4. Sparkassen	6,3	5,4	6,9	4,1	1,2	1,1	1,4	0,8	15,9	6,5	12,9	4,7
5. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kredit- genossenschaften	— 1,3	— 4,2	0,7	— 1,6	— 1,3	— 4,2	0,7	— 1,6	— 3,3	— 5,0	1,3	— 1,8
6. Gewerbliche Zentralkassen	0,2	0,5	0,4	0,2	8,3	20,8	14,3	7,1	0,5	0,6	0,7	0,2
7. Gewerbliche Kredit- genossenschaften	— 2,0	— 1,4	0,7	1,3	— 2,1	— 1,5	0,7	1,4	— 5,1	— 1,7	1,3	1,5
8. Sonstige Geldinstitute	3,9	5,4	4,2	4,8	2,9	3,9	3,0	3,5	9,9	6,4	7,8	5,5
Bankengruppen insgesamt	39,5	84,1	53,7	87,5	2,3	4,8	3,0	4,8	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

2. Mindestreservesätze

in vH der reservspflichtigen Einlagen ¹⁾

Gültig ab:	Sichteinlagen		Fristete Einlagen	Spar- einlagen
	an Bank- plätzen ²⁾	an Nichtbank- plätzen		
1948 1. Juli	10	10	5	5
1. Dezember	15	10	5	5
1949 1. Juni	12	9	5	5
1. September	10	8	4	4
1950 1. Oktober	15	12	8	4

¹⁾ Reservpflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als befristete Einlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und die Guthaben auf Anlagekonto. Spareinlagen sind die in § 22 ff. KWVG behandelten Konten. Als Sichteinlagen gelten alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Wöchentliche Bankenstatistik (480 Kreditinstitute)

Kreditvolumen und Einlagen *)

Repräsentativerhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 480 Kreditinstituten des Bundesgebiets

in Mill. DM

a) Kreditvolumen (nur kurzfristige Kredite)

Stand	Kurzfristige Kredite an Nichtbanken												kurzfristige Kredite an Kreditinstitute insgesamt
	insgesamt	davon			Spalte 1 gliedert sich in kurzfristige Kredite an								
		Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		Wechselobligo d. Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	Wirtschaftsunternehmen und Private	davon		Wechselobligo der Kundschaft	Öffentl. rechtl. Körperschaften	davon		Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	
		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate	insgesamt			darunter Akzeptkredite	Debitoren mit Laufzeit bis weniger als 6 Monate		
1	2	3	4	5		6	7			8	9		10
1950													
30. 6.	7 836,8	5 018,5	1 538,6	2 818,3	7 277,3	4 844,7	1 538,5	2 432,6	559,5	173,8	0,1	385,7	1 586,1
31. 7.	7 942,0	5 062,8	1 526,9	2 879,2	7 413,8	4 888,0	1 526,7	2 525,8	528,2	174,8	0,2	353,4	1 614,1
31. 8.	8 100,5	5 220,2	1 551,0	2 880,3	7 601,4	5 023,4	1 550,9	2 578,0	499,1	196,8	0,1	302,3	1 607,5
30. 9.	8 576,4	5 626,9	1 745,1	2 949,5	8 105,6	5 427,2	1 745,0	2 678,4	470,8	199,7	0,1	271,1	1 684,5
31. 10.	9 028,6	6 010,0	1 948,8	3 018,6	8 645,5	5 815,2	1 948,7	2 830,3	383,1	194,8	0,1	188,3	1 679,3
30. 11.	9 300,7	6 158,2	1 958,6	3 142,5	8 927,4	5 952,4	1 958,4	2 975,0	373,3	205,8	0,2	167,5	1 727,4
31. 12.	9 546,4	5 951,9	1 910,0	3 594,5	9 274,7	5 815,7	1 909,9	3 459,0	271,7	136,2	0,1	135,5	1 662,5
1951													
31. 1.	9 735,1	6 090,5	1 782,7	3 644,6	9 374,1	5 898,7	1 782,5	3 475,4	361,0	191,8	0,2	169,2	1 760,9
7. 2.	9 649,5	5 997,9	1 748,6	3 651,6	9 329,2	5 838,2	1 748,4	3 491,0	320,3	159,7	0,2	160,6	1 791,7
15. 2.	10 158,0	6 538,7	1 718,7	3 619,3	9 847,8	6 353,9	1 718,5	3 493,9	310,2	184,8	0,2	125,4	1 816,0
23. 2.	9 987,4	6 241,1	1 703,2	3 746,3	9 687,5	6 078,8	1 703,1	3 608,7	299,9	162,3	0,1	137,6	1 844,6
28. 2.	9 955,7	6 150,2	1 673,3	3 805,5	9 618,7	5 981,1	1 673,2	3 637,6	337,0	169,1	0,1	167,9	1 775,0
7. 3.	9 787,7	5 982,4	1 635,4	3 805,3	9 444,4	5 806,7	1 635,3	3 637,7	343,3	175,7	0,1	167,6	1 801,1
15. 3.	9 816,1	6 040,3	1 587,6	3 775,8	9 453,2	5 858,4	1 587,5	3 594,8	362,9	181,9	0,1	181,0	1 850,8
23. 3.	9 741,2	5 916,8	1 533,2	3 824,4	9 389,9	5 752,1	1 533,2	3 637,8	351,3	164,7	0,0	186,6	1 899,0
31. 3.	9 506,9	5 708,9	1 491,1	3 798,0	9 150,9	5 536,7	1 490,8	3 614,2	356,0	172,2	0,3	183,8	1 812,5

b) Einlagen

Stand	Nichtbanken insgesamt	davon sind			Einlagen von Kreditinstituten insgesamt
		Sicht- u. Termineinlagen		Spar-einlagen	
		Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften		
1	2	3	4	5	
1950					
30. 6.	9 620,0	5 514,3	2 219,8	1 885,9	1 487,9
31. 7.	9 985,9	5 919,7	2 167,7	1 898,5	1 418,7
31. 8.	10 469,7	6 423,5	2 136,9	1 909,3	1 441,9
30. 9.	10 626,5	6 433,0	2 262,3	1 931,2	1 349,3
31. 10.	11 117,8	6 878,6	2 273,4	1 965,8	1 356,1
30. 11.	11 214,9	6 853,9	2 372,1	1 988,9	1 363,6
31. 12.	11 526,3	6 959,5	2 542,7	2 024,1	1 491,7
1951					
31. 1.	11 547,5	7 041,8	2 473,2	2 032,5	1 498,5
7. 2.	11 765,5	7 216,8	2 513,8	2 034,9	1 436,9
15. 2.	11 735,4	7 114,2	2 583,7	2 037,5	1 472,9
23. 2.	11 853,2	7 209,5	2 608,3	2 035,4	1 443,1
28. 2.	11 843,4	7 234,8	2 565,0	2 043,6	1 580,9
7. 3.	11 985,9	7 382,4	2 555,6	2 047,9	1 513,7
15. 3.	11 915,8	7 196,7	2 675,4	2 043,7	1 480,1
23. 3.	11 870,8	7 116,9	2 718,2	2 035,7	1 493,2
31. 3.	11 812,3	7 193,0	2 576,4	2 042,9	1 496,5

*) Veränderungen gegenüber bereits bekanntgegebenen Zahlen sind auf nachträgliche Korrekturmeldungen zurückzuführen.

IV. Monatliche Bankenstatistik

1. Geschäfts-

a) Zwischenausweis:

Monatliche Bankenstatistik*) 1) 2); Gesamterhebung 3) der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 6)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unverzinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder 8)	Wert- und Kon-beteili- insgesamt
			ins-gesamt 5)	darunter Giro-guthaben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				ins-gesamt	darunter			
												Handels-wechsel 7)	Bank-akzepte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1949															
Jan.	3 556	.	1 488,0	1 232,8	56,1	1 200,1	(1 200,1)	.	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	13,4	.
Juni	3 549	.	1 348,3	1 093,0	53,3	1 628,7	(1 577,6)	.	.	.	1 868,3	1 609,3	162,2	62,9	.
Dez.	3 555	.	1 388,2	1 128,8	80,6	1 557,8	(1 412,8)	440,7	.	.	1 672,8	1 418,9	154,2	169,2	.
1950															
März	3 566	.	936,3	676,8	46,7	1 709,7	(1 480,6)	119,5	.	.	1 818,0	1 548,8	162,5	280,3	.
April	3 567	.	1 012,7	744,7	47,6	1 846,5	(1 643,2)	102,4	.	.	1 928,2	1 680,7	137,8	334,7	.
Mai	3 567	.	1 220,7	893,9	58,9	2 076,3	(1 858,0)	88,5	.	.	2 089,3	1 814,9	161,5	363,1	.
Juni	3 571	25 202,3	1 093,2	818,3	50,1	1 983,4	1 611,6	69,8	1,7	161,1	2 175,9	1 886,4	171,1	399,1	278,5
Juli	3 572	25 935,8	1 175,9	866,1	47,7	1 949,8	1 567,5	101,4	1,0	150,0	2 391,2	2 071,1	197,7	366,0	287,9
Aug.	3 573	27 118,4	1 215,3	894,5	49,5	2 113,3	1 727,0	176,4	0,6	155,9	2 531,9	2 216,4	189,5	315,2	318,4
Sept.	3 565	28 037,7	1 216,0	923,8	47,9	2 059,4	1 698,7	264,6	1,4	147,5	2 332,9	2 067,2	140,3	286,3	328,3
Okt.	3 564	29 573,2	1 544,5	1 220,8	47,6	2 293,2	1 943,6	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1
1951															
Jan.	3 563	31 013,7	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7

Passiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute 4)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto)								aufgenommene Gelder 15)				
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:					Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Fest-konto	ins-gesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	davon		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Spar-einlagen				für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereinge-nommene Gelder	seitens der Kundschaft bei aus-ländischen Banken benutzte Kredite 16)	
						Wirtschafts- unternehmen und Private	insgesamt								darunter Anlage-konto
	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1949															
Jan.	3 556	.	10 235,6	9 104,4	7 381,5	5 270,8	329,9	2 110,7	1 722,9	1 131,2	298,5	642,9	.	.	
Juni	3 549	.	12 819,8	11 222,3	8 829,6	6 389,2	383,5	2 440,4	2 392,7	1 597,5	46,3	796,6	(46,2)	.	
Dez.	3 555	.	14 106,1	12 752,3	9 786,1	7 105,8	318,9	2 680,3	2 966,2	1 353,8	14,6	1 462,4	(77,6)	.	
1950															
März	3 566	.	14 493,8	13 095,0	9 712,2	6 919,5	312,0	2 792,7	3 382,8	1 398,8	10,2	1 495,7	(102,6)	.	
April	3 567	.	15 023,5	13 560,0	10 068,7	7 212,4	310,4	2 856,3	3 491,3	1 463,5	9,3	1 515,5	(109,7)	.	
Mai	3 567	.	15 707,5	14 151,6	10 572,8	7 538,8	308,8	3 034,0	3 578,8	1 555,9	9,1	1 657,6	(116,2)	.	
Juni	3 571	25 202,3	16 015,5	14 306,1	10 611,0	7 830,6	291,7	2 780,4	3 695,1	1 709,4	21)	1 752,7	276,2	9,3	
Juli	3 572	25 935,8	16 397,2	14 797,8	11 076,1	8 387,5	.	2 688,6	3 721,7	1 599,4	.	1 657,8	243,6	9,3	
Aug.	3 573	27 118,4	17 156,4	15 516,2	11 779,7	9 064,6	.	2 715,1	3 736,5	1 640,2	.	1 732,0	240,2	8,1	
Sept.	3 565	28 037,7	17 304,1	15 735,3	11 972,9	9 097,6	287,6	2 875,3	3 762,4	1 568,8	.	1 799,1	239,5	15,6	
Okt.	3 564	29 573,2	17 887,6	16 304,8	12 471,6	9 626,4	.	2 845,2	3 833,2	1 582,8	.	1 987,3	262,1	13,6	
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	.	2 057,4	263,2	12,3	
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	.	2 005,5	275,8	5,5	
1951															
Jan.	3 563	31 013,7	18 518,2	16 771,7	12 835,2	9 753,4	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	.	2 097,2	294,8	5,3	
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	.	2 202,4	313,4	13,3	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu- ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, — 2) Nicht mehr ohne weiteres vergleichbare Zahlen sind durch () gekennzeichnet. — 3) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag schließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe „Über- Die bis Mai 1950 getrennt erfaßten Filialen sind bei der rückwirkenden Bereinigung der Zahlenreihen ebenfalls nur als ein Institut eingesetzt, so daß nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 5) Kasse und Landeszentralbankguthaben. — 6) Einschließlich mittel- Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. — 9) Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — 10) Bis Mai 1950 einschließlich enthalten die Debitoren RM-Zeit mit enthalten, Stand August 1949: 267 Mill. DM. — 12) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien durch einen statistischen Zugang um rd. 20 Mill. DM: z. B. haben einige als verlagert anerkannte Institute im Juni 1950 erstmalig Ausgleichsforderungen fristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen langfristigen Ausleihungen. — 13) Ab August Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landeskreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — 18) Es handelt sich um Institute, die und Wertberichtigungen“ und Bilanzgleichsposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — 20) Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ lichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten.

(Bilanzstatistik)

Banken

Bundesgebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

Papier-sortial-gungen	eigene Schuld-ver-schrei-bungen (Pfand-briefe u. ä.)	Ausgleichs-forderungen		Debitoren ¹⁰⁾			langfristige Ausleihungen			durch-lau-fende Kredite (nur Treu-hand-ge-schäfte)	Betei-ligen-gen	Grund-stücke und Ge-bäude	son-stige Aktiva ¹²⁾	Stand am Monats-ende	
		gegen-wär-tiger Be-stand ⁹⁾	Be-stand lt. Umstel-lungs-rech-nung	ins-gesamt ¹¹⁾	Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Öffent-lich-rechtliche Kör-per-schaf-ten	Kredit-insti-tute	ins-gesamt	gegen Grund-pfand-rechte						gegen Kom-munal-dek-kung
darunter Anleihen und ver-zinsliche Schatzan-weisungen des Bundes und der Länder		18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
.	.	.	4 318,0	(3 914,2)	(3 312,5)	(157,7)	(444,0)	1949
.	.	4 920,7	.	(4 855,1)	(4 135,2)	(170,9)	(549,0)	(800,4)	685,8	114,6	454,8	.	.	.	Jan.
.	.	5 138,6	.	(7 859,5)	(6 658,7)	(489,9)	(710,9)	(1 270,3)	1 074,5	195,8	434,3	.	.	.	Juni
.	.	5 204,9	.	(8 818,6)	(7 482,8)	(531,9)	(803,9)	(1 703,5)	1 369,6	333,9	561,5	.	.	.	Dez.
.	.	5 242,7	.	(8 894,2)	(7 606,5)	(476,2)	(811,5)	(1 834,3)	1 466,5	367,8	596,5	.	.	.	1950
.	.	5 266,0	.	(8 993,0)	(7 649,9)	(475,8)	(867,3)	(2 004,0)	1 596,9	407,1	607,5	.	.	.	März
44,8	25,8	5 273,5 ¹³⁾	5 603,8	8 789,7	7 693,7	395,9	700,1	2 861,2	1 862,3 ¹⁴⁾	476,8 ¹⁴⁾	621,0	77,2	376,9	964,2	Juni
46,7	30,8	5 302,6	5 640,8	8 919,0	7 830,5	379,2	709,3	3 135,6	2 013,7 ¹⁴⁾	524,0 ¹⁴⁾	670,4	79,1	387,9	939,5	Juli
62,2	40,5	5 322,6	5 685,0	9 166,3	8 071,4	374,9	720,0	3 493,5	2 215,4 ¹⁴⁾	580,5 ¹⁴⁾	745,0	80,2	394,5	999,3	Aug.
65,4	43,8	5 315,8	5 696,2	9 856,0	8 616,7	421,6	817,7	3 825,5	2 415,3 ¹⁴⁾	641,9 ¹⁴⁾	825,1	82,5	400,9	1 003,8	Sept.
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 460,7	9 120,8	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7 ¹⁴⁾	762,5 ¹⁴⁾	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Nov.
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 250,6	9 049,7	358,6	842,3	4 998,3	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Dez.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 473,4	9 162,0	353,4	958,0	5 219,9	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	1951
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 629,1	9 315,0	333,9	980,2	5 498,7	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Jan.
															Febr.

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuld-verschrei-bungen	aufge-nommene lang-fristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durch-lau-fende Kredite (nur Treu-hand-ge-schäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ¹⁰⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 43, 47, 48, z. T. Sp. 33) ²⁰⁾ (ohne Zahlen d. ländl. Kreditgenoss.)				Verbind-lichkeiten aus Bürg-schaften u. a.	eigene Zie-hungen im Umlauf	Indossa-ments-verbind-lichkeiten	Stand am Monats-ende
				insgesamt	darunter	darunt.		Kredit-anstalt für Wieder-aufbau	Kredit-institute (ohne Sp. 53)	Öffent-lich-rechtliche Kör-per-schaf-ten	sonstige				
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	
517,3	—	33,5	1 350,9	1949
661,8	726,4	200,9	483,3	313,2	.	—	403,4	54,9	1 138,7	Jan.
1 850,6	901,4	526,0	467,9	816,9	278,9	147,9	1 120,8	112,7	2 197,9	Juni
1 729,3	1 137,5	919,1	598,2	878,0	299,1	153,3	884,3	141,6	2 473,4	Dez.
1 598,3	1 159,7	1 036,1	576,2	954,0	369,8	153,3	848,5	148,4	2 393,4	1950
1 509,3	1 188,5	1 172,9	608,2	965,5	369,1	153,3	816,3	149,5	2 348,2	März
1 450,0	1 195,9	1 440,4	621,0	1 047,0	404,3	164,9	1-679,8	679,2	545,3	1 034,0	158,8	907,6	136,0	2 317,9	April
1 448,4	1 225,7	1 632,9	670,4	1 067,7	406,3	165,1	1 835,7	779,8	625,1	1 024,4	160,1	949,1	142,2	2 244,0	Mai
1 368,0	1 290,0	1 848,4	745,0	1 090,7	414,4	165,1	1 887,9	916,8	675,1	1 122,1	173,2	1 103,2	136,0	2 136,2	Juni
1 690,8	1 324,7	2 071,4	825,1	1 097,3	414,7	164,1	1 925,2	1 044,1	740,0	1 253,6	173,5	1 217,8	132,4	2 428,8	Aug.
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,4	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	138,7	2 755,4	Sept.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Okt.
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Nov.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 145,2	Dez.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	1951
															Jan.
															Febr.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ⁴⁾ Ein-regionale Institute mit Sonderaufgaben¹¹⁾, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. sich kleine Abweichungen von der früher veröffentlichten Spalte „Zahl der berichtenden Institute“ ergeben. — Veränderungen entstehen durch Abgang und langfristiger Guthaben. — ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. — ⁸⁾ Bis einschließlich auch langfristige Ausleihungen; ab Juni 1950 nur kurz- und mittelfristige (bis zu 4 Jahren). — ¹¹⁾ Ab August 1949 sind die Valutaforderungen aus der usw., Bilanzgleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹³⁾ Ein effektiver Rückgang in Höhe von 18,5 Mill. DM wurde überdeckt ausgewiesen. — ¹⁴⁾ Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger überregionaler Institute mit Sonderaufgaben (Erhöhung der lang-1949 sind die Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. — ¹⁰⁾ Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — ¹⁷⁾ In der Neubildung enthalten nach der Währungsreform gegründet wurden, wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — ¹⁹⁾ Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen enthaltene, noch nicht weitergeleitete zweckgebundene Mittel. — ²¹⁾ Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto je nach dem Charakter der ursprüng-

Monatliche Bankenstatistik*) 1) Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

Aktiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute ³⁾	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheck-guthaben	Guthaben bei Kreditinstituten ⁵⁾		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweis. des Bundes und der Länder	Wert und Kon-beteili- insgesamt
			ins-gesamt ⁴⁾	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				ins-gesamt	darunter			
												Handels-wechsel	Bank-akzpte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Bundesgebiet															
Okt.	3 564	29 573,2	1 544,5	1 220,8	47,6	2 293,2	1 943,6	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1
Jan.	3 563	31 013,7	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
Baden															
Okt.	170	677,7	58,1	50,6	1,7	34,6	33,0	3,2	0,0	2,1	33,7	25,9	2,6	9,3	7,0
Nov.	170	684,6	57,3	49,0	1,7	35,1	34,2	1,9	0,0	2,4	37,2	30,4	1,8	8,2	6,9
Dez.	170	689,5	54,2	46,8	2,6	32,6	31,5	1,9	0,0	4,3	38,9	32,1	1,8	8,1	6,7
Jan.	170	702,6	53,9	45,1	1,6	42,6	41,6	0,6	0,0	2,5	43,7	36,5	1,6	11,4	6,6
Febr.	170	710,6	58,1	50,1	1,4	39,3	37,8	1,0	—	2,3	41,5	34,3	1,7	12,5	6,6
Bayern															
Okt.	577	4 762,3	237,7	176,4	6,8	241,2	186,1	19,8	0,4	22,8	210,8	165,6	11,9	0,1	53,2
Nov.	578	4 856,9	225,6	162,0	7,2	240,5	185,3	16,1	0,4	25,3	219,1	178,9	9,3	0,1	54,4
Dez.	578	4 907,9	267,9	208,6	14,8	219,6	174,7	10,6	0,4	40,7	237,9	190,1	22,7	34,2	60,7
Jan.	577	5 056,6	262,0	198,6	7,5	214,9	173,1	7,4	0,4	24,3	254,3	204,9	19,6	13,3	75,7
Febr.	576	5 178,7	296,6	236,5	8,7	209,0	168,5	5,4	0,4	26,3	251,2	203,3	17,2	40,6	78,7
Bremen															
Okt.	28	998,2	38,9	31,5	2,3	71,8	65,8	67,8	0,0	3,5	50,8	49,6	0,6	2,0	5,4
Nov.	28	998,5	32,4	25,6	1,6	69,6	63,6	52,5	0,0	3,9	63,3	61,8	1,4	—	5,5
Dez.	28	1 026,4	60,2	53,3	2,0	72,6	66,6	43,5	0,0	7,6	60,0	52,8	3,3	—	5,8
Jan.	28	999,5	29,5	21,2	1,5	51,3	45,3	41,5	—	3,7	77,8	73,9	1,8	—	6,0
Febr.	28	1 056,7	68,5	60,0	1,3	65,0	60,0	41,1	—	4,2	73,8	71,4	0,3	—	6,5
Hamburg															
Okt.	53	2 485,8	98,0	79,4	1,8	247,6	234,3	120,2	0,0	14,8	171,9	158,9	5,2	12,8	23,0
Nov.	53	2 513,6	119,3	102,3	1,9	242,0	226,5	78,4	0,0	14,4	169,1	161,0	4,8	12,8	23,5
Dez.	53	2 580,4	157,7	139,9	7,4	229,0	218,1	63,1	0,2	11,4	215,3	207,1	2,3	13,5	24,9
Jan.	55	2 569,8	91,7	72,9	1,3	206,6	196,2	83,9	0,0	15,0	235,2	228,1	3,6	13,5	24,9
Febr.	55	2 582,6	135,0	116,7	1,5	178,2	167,0	91,4	0,0	14,9	188,6	178,0	2,0	12,5	25,9
Hessen															
Okt.	306	2 559,6	160,2	131,9	4,9	294,9	290,2	28,3	0,1	18,4	248,2	201,6	35,5	20,7	45,9
Nov.	306	2 623,4	167,9	138,4	5,0	321,5	317,6	16,5	0,2	20,5	257,1	213,0	29,1	22,2	48,7
Dez.	306	2 690,9	199,6	172,5	8,3	313,7	308,9	19,0	0,2	24,4	291,7	236,7	39,2	17,5	47,5
Jan.	306	2 718,5	145,7	116,6	4,6	368,0	344,5	13,0	0,1	21,2	280,1	241,8	22,0	13,5	47,9
Febr.	306	2 781,5	183,4	154,7	4,7	317,4	308,9	15,0	0,0	20,6	287,1	241,9	27,9	17,1	50,1
Niedersachsen															
Okt.	611	2 686,7	157,3	117,5	5,9	122,2	110,9	3,6	0,0	16,2	146,8	130,8	2,8	4,6	24,9
Nov.	611	2 810,2	152,9	113,6	5,3	134,8	124,9	5,2	0,1	17,0	177,6	161,3	2,6	8,1	25,2
Dez.	611	2 849,8	187,1	151,0	8,5	98,1	92,9	4,1	0,1	23,7	179,2	163,5	2,7	11,3	26,1
Jan.	610	2 907,9	149,4	110,9	5,8	113,1	107,2	3,3	0,0	18,9	217,6	201,0	3,5	11,8	26,5
Febr.	610	2 985,5	155,7	118,1	5,6	126,8	120,2	5,1	0,1	19,1	209,7	189,3	4,5	12,4	28,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentral-Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 5) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten mit Sonderaufgaben (Erhöhung der langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen lang-

banken

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papiere sortial- lungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1950 bzw. 1951
		gegen- wär- tiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffentl.- rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- in- sti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bundesgebiet															
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 460,7	9 120,8	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7 ⁹⁾	762,5 ⁹⁾	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 036,8	Nov.
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 250,6	9 049,7	358,6	842,3	4 998,3	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Dez.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 473,4	9 162,0	353,4	958,0	5 219,9	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Jan.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 629,1	9 315,0	333,9	980,2	5 498,7	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Febr.
Baden															
1,7	1,4	174,3	195,1	255,4	224,8	12,3	18,3	32,6	22,2	4,6	4,5	1,5	9,5	48,8	Okt.
1,6	1,5	173,7	195,3	260,6	227,6	13,5	19,5	36,7	25,2	3,7	5,5	1,6	9,8	44,5	Nov.
1,6	1,5	173,9	196,0	258,9	225,2	15,2	18,5	40,4	28,2	4,3	7,0	1,7	9,9	46,9	Dez.
1,5	1,5	174,3	196,7	263,5	223,9	16,5	23,1	42,9	29,5	4,5	7,9	1,8	9,9	37,9	Jan.
1,5	1,5	175,9	199,1	274,4	230,2	20,9	23,3	46,4	30,9	4,5	7,9	1,7	10,0	30,1	Febr.
Bayern															
0,7	12,4	990,5	1 091,7	1 833,9	1 523,7	127,7	182,5	752,1	505,1	118,8	146,7	13,8	95,4	124,7	Okt.
0,6	12,2	987,4	1 095,6	1 840,0	1 549,3	127,2	163,5	923,9	649,5	134,8	65,0	13,9	96,7	129,1	Nov.
4,6	9,9	991,2	1 115,4	1 702,5	1 498,6	67,7	136,2	1 001,6	698,4	148,4	70,2	14,9	104,0	126,8	Dez.
16,1	12,4	1 000,8	1 115,2	1 802,2	1 504,6	117,7	179,9	1 045,7	726,0	150,8	73,7	15,2	105,7	141,1	Jan.
16,0	13,6	1 023,0	1 121,4	1 797,5	1 531,5	85,1	180,9	1 074,0	751,9	154,3	80,8	15,2	110,6	147,1	Febr.
Bremen															
0,1	1,8	131,5	138,8	410,0	374,1	0,3	35,6	168,5	96,2	52,1	6,3	2,5	11,9	23,2	Okt.
0,2	2,0	130,6	137,8	414,1	376,6	0,3	37,2	178,8	101,0	55,6	7,4	1,9	12,0	22,9	Nov.
0,2	1,7	129,6	137,5	405,5	364,0	0,4	41,1	193,2	115,0	52,0	8,6	1,7	12,2	22,2	Dez.
0,1	1,9	129,5	138,2	409,7	361,6	0,5	47,6	204,9	125,3	52,4	9,5	2,0	12,6	18,1	Jan.
0,2	1,6	128,2	137,8	327,4	283,2	0,7	43,5	283,5	106,1	54,1	10,5	2,2	14,2	28,7	Febr.
Hamburg															
1,4	9,8	283,7	319,7	1 201,1	1 155,4	1,5	44,2	164,8	133,3	0,4	41,9	4,5	25,7	64,2	Okt.
1,4	9,8	285,3	321,4	1 245,3	1 196,6	1,8	46,9	176,6	142,6	0,4	39,0	4,8	26,2	65,2	Nov.
1,4	10,2	283,0	321,5	1 230,8	1 177,8	2,0	51,0	191,8	152,9	0,3	43,3	5,5	27,8	65,5	Dez.
1,0	10,2	294,1	332,5	1 248,4	1 195,8	2,5	50,1	195,5	158,5	0,5	45,0	5,6	28,5	70,4	Jan.
1,0	10,1	290,1	328,6	1 266,9	1 200,7	2,3	63,9	200,8	162,2	0,6	46,8	6,4	28,6	84,9	Febr.
Hessen															
2,9	2,9	466,0	492,8	867,5	779,9	10,8	76,8	234,6	149,1	51,0	32,3	8,4	38,2	88,1	Okt.
3,1	3,7	466,9	493,9	874,3	787,5	10,8	76,0	252,0	158,3	58,2	35,1	9,9	38,8	83,1	Nov.
4,1	4,1	461,1	492,3	860,2	781,3	11,3	67,6	273,6	169,8	63,3	42,9	9,8	39,8	77,5	Dez.
4,5	4,2	464,6	496,1	911,4	820,8	13,0	77,6	285,7	174,6	66,6	44,7	9,8	40,1	63,9	Jan.
4,5	5,1	462,9	496,0	958,1	859,8	11,8	86,5	292,1	180,7	66,3	53,6	9,7	42,2	62,4	Febr.
Niedersachsen															
6,8	3,6	694,7	736,0	794,5	671,4	29,3	93,8	556,8	353,4	139,5	54,2	3,9	41,7	55,8	Okt.
6,9	3,7	687,8	736,0	813,3	680,2	33,1	100,0	610,5	381,0	159,2	62,0	3,7	42,7	60,3	Nov.
7,0	4,3	686,3	736,9	788,6	667,7	28,6	92,3	659,3	412,5	170,5	67,4	3,9	43,6	58,2	Dez.
7,0	3,8	684,4	737,1	813,1	678,0	25,6	109,5	688,2	431,0	177,4	74,7	3,6	44,3	49,4	Jan.
8,4	4,1	679,9	736,5	848,6	695,8	36,8	116,0	705,4	443,7	176,4	81,9	3,6	45,5	53,8	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ³⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁴⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁹⁾ Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger überregionaler Institute
fristigen Ausleihungen).

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Postscheckguthaben	Guthaben bei Kreditinstituten 5)		Währungs- und DM-Guthaben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividenden-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweis. des Bundes und der Länder	Wert- und Konbeteili- insgesamt
			insgesamt 4)	darunter Giro-guthaben bei der LZB		insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Monaten				darunter				
											insgesamt	Handelswechsel	Bankakzepte		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Nordrhein-Westfalen															
Okt.	833	7 654,2	466,1	375,9	15,0	846,1	649,5	34,2	0,1	54,4	995,1	929,0	24,0	113,4	100,7
Nov.	833	7 788,3	520,0	430,0	13,4	718,9	524,7	30,6	0,0	55,4	979,3	880,8	57,8	104,0	103,2
Dez.	832	8 232,9	627,8	555,4	23,6	756,7	595,0	26,3	0,3	88,2	1 163,5	1 063,5	56,5	49,7	105,7
Jan.	832	8 208,8	469,2	382,9	13,4	722,2	536,3	22,6	0,0	56,3	1 179,0	1 109,5	32,1	102,3	110,0
Febr.	831	8 582,2	653,7	565,1	13,6	845,7	638,2	34,6	0,0	60,3	1 094,3	1 030,4	25,0	71,9	111,8
Rheinland-Pfalz															
Okt.	278	1 255,0	67,6	54,2	2,2	51,6	45,9	2,3	0,0	5,7	63,7	59,1	0,5	6,4	11,2
Nov.	278	1 276,6	68,1	54,6	2,3	47,3	41,2	1,6	0,0	6,2	70,1	65,5	0,5	6,1	11,1
Dez.	278	1 277,0	73,4	60,4	3,5	41,7	39,0	1,5	0,0	8,3	62,7	56,6	1,0	6,6	9,7
Jan.	278	1 287,7	63,9	50,0	2,3	48,9	44,1	1,0	0,0	6,4	77,1	70,4	1,4	7,3	9,8
Febr.	278	1 307,8	69,8	55,7	2,0	46,6	45,5	0,9	0,0	7,3	70,6	64,2	0,8	6,3	9,9
Schleswig-Holstein															
Okt.	185	1 000,0	50,0	35,3	1,9	23,1	19,7	1,3	—	5,5	36,9	34,0	0,2	—	3,1
Nov.	185	1 005,9	46,0	30,9	1,6	24,1	21,3	1,2	—	4,4	41,5	38,2	0,2	—	3,1
Dez.	185	971,3	53,5	41,2	2,0	24,3	22,6	0,6	—	5,3	38,5	35,2	0,7	—	3,2
Jan.	185	989,0	47,9	33,2	1,6	21,1	18,9	0,3	—	4,4	40,5	37,7	0,4	—	3,2
Febr.	185	1 009,7	49,7	35,9	1,5	24,4	22,3	0,4	—	4,8	35,1	32,3	0,4	—	3,4
Württemberg-Baden															
Okt.	364	3 306,1	147,8	116,2	4,1	246,4	218,7	11,4	0,1	14,1	175,1	158,5	8,0	22,7	40,5
Nov.	364	3 362,8	165,9	133,2	3,2	221,2	200,1	8,9	0,1	13,0	184,3	168,4	6,2	15,0	40,0
Dez.	364	3 415,4	210,5	179,7	7,2	190,7	175,8	5,8	0,1	24,1	174,6	158,7	7,7	9,0	41,7
Jan.	364	3 426,5	140,3	106,6	3,9	236,1	213,8	4,2	0,1	14,1	197,3	179,9	8,9	10,0	40,5
Febr.	364	3 474,2	181,1	149,7	4,2	208,5	184,7	3,5	0,0	20,6	164,7	154,2	3,1	5,1	40,4
Württemberg-Hohenzollern															
Okt.	146	647,1	53,1	43,1	0,8	57,0	38,3	0,9	0,0	1,6	23,5	18,7	2,5	3,8	4,2
Nov.	146	647,6	46,8	36,2	0,8	58,7	40,5	0,5	0,0	1,6	26,1	21,8	2,0	2,9	4,2
Dez.	146	679,2	50,3	41,5	1,4	67,3	57,0	0,5	0,0	2,0	28,3	25,3	1,2	2,9	4,1
Jan.	145	666,6	49,3	38,5	0,8	56,0	48,5	0,7	0,0	1,4	31,3	27,4	2,1	2,9	4,1
Febr.	145	657,5	49,0	39,1	0,6	48,2	41,7	0,6	0,0	1,7	27,4	24,7	0,9	2,9	4,7
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8
Nov.	13	1 531,0	16,1	15,2	0,4	64,3	59,7	1,7	—	1,2	55,9	47,2	2,8	1,7	19,1
Dez.	13	1 514,3	19,9	18,8	1,5	67,0	62,2	0,9	0,4	2,0	74,1	61,6	3,0	1,7	19,9
Jan.	13	1 480,1	13,4	12,5	0,5	75,6	69,6	2,4	0,2	0,6	83,5	67,4	3,3	2,0	20,9
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — 3) Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 4) Kasse und Landeszentral-Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 5) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen langfristigen Ausleihungen).

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Aktiva

papiere sortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1950 bzw. 1951
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffentl. rechtl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
darunter Anleihen und ver- zinsliche Schatzan- weisungen des Bundes und der Länder	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Nordrhein-Westfalen															
27,9	3,6	1 274,0	1 318,9	2 292,9	2 114,9	27,5	150,5	835,3	435,7	181,1	317,8	22,9	94,7	187,9	Okt.
27,2	3,9	1 272,1	1 322,4	2 421,4	2 228,5	33,7	159,2	902,6	467,0	205,7	345,9	23,2	96,5	197,9	Nov.
26,2	3,9	1 268,3	1 328,1	2 427,8	2 238,5	26,8	162,5	978,4	504,7	225,9	388,4	24,1	100,9	199,3	Dez.
26,9	4,3	1 270,8	1 331,6	2 509,1	2 309,5	28,1	171,5	1 021,3	526,5	238,5	412,8	25,5	103,4	186,6	Jan.
27,9	4,8	1 275,4	1 339,2	2 594,9	2 404,7	27,6	162,6	1 075,1	552,0	256,5	430,0	25,4	106,9	183,8	Febr.
Rheinland-Pfalz															
3,6	4,8	296,6	324,4	529,4	421,6	11,0	96,8	117,4	74,3	21,5	16,4	0,7	20,8	58,2	Okt.
3,3	5,8	297,4	325,1	538,5	431,5	11,6	95,4	126,6	80,4	22,3	15,3	0,8	21,0	58,4	Nov.
2,3	6,6	297,6	325,4	534,8	428,4	12,1	94,3	140,1	85,8	24,7	16,6	1,0	21,2	51,7	Dez.
2,4	1,3	297,6	326,6	539,0	430,5	13,7	94,8	144,5	87,2	26,6	17,3	1,1	22,6	47,6	Jan.
2,3	0,7	298,4	327,4	552,3	440,7	13,1	98,5	149,5	90,2	27,6	18,0	1,2	22,8	51,5	Febr.
Schleswig-Holstein															
0,2	0,5	194,7	226,2	406,4	350,7	19,2	36,5	171,4	60,2	30,0	62,3	3,3	18,9	20,7	Okt.
0,3	0,5	194,0	226,2	390,3	338,5	14,4	37,4	188,4	64,7	32,0	64,5	3,5	19,0	23,8	Nov.
0,3	0,7	194,3	226,6	332,4	292,1	14,8	25,5	201,3	71,4	34,3	69,4	3,6	19,7	22,5	Dez.
0,2	0,7	194,5	226,8	344,6	293,6	17,5	33,5	218,0	78,5	35,9	72,6	3,6	19,7	16,3	Jan.
0,2	0,7	199,2	230,9	342,0	292,9	14,0	35,1	229,4	82,4	37,2	73,8	4,2	20,2	20,9	Febr.
Württemberg-Baden															
0,1	2,8	576,5	627,2	1 173,9	1 019,7	47,7	106,5	628,8	457,9	77,0	78,2	11,4	45,9	126,4	Okt.
0,2	4,3	585,4	641,2	1 185,4	1 041,5	45,9	98,0	681,1	492,1	85,1	80,5	11,6	48,4	114,5	Nov.
0,1	4,1	586,2	642,6	1 177,8	1 029,3	49,3	99,2	725,2	525,0	89,5	82,8	12,1	50,0	113,5	Dez.
0,2	4,2	584,9	642,7	1 180,3	1 022,5	51,1	106,7	758,4	552,3	91,2	90,7	12,2	51,4	97,9	Jan.
0,1	4,2	587,3	646,9	1 200,8	1 044,9	52,1	103,8	792,7	571,9	98,2	93,8	12,3	52,6	102,4	Febr.
Württemberg-Hohenzollern															
0,8	0,0	148,9	152,3	232,8	193,5	6,3	33,0	49,3	29,6	12,5	2,9	0,7	8,2	59,4	Okt.
0,8	0,0	145,2	149,8	231,6	194,9	7,4	29,3	52,0	31,4	13,2	4,1	0,8	8,2	64,1	Nov.
0,8	—	146,1	154,2	231,3	195,8	7,9	27,6	58,8	34,0	14,3	4,3	1,0	8,3	72,6	Dez.
0,7	—	146,2	154,4	237,9	202,4	8,6	26,9	61,3	35,5	14,9	4,8	1,0	8,3	60,6	Jan.
0,7	0,0	145,6	153,8	254,2	213,4	9,6	31,2	65,7	37,0	15,8	5,1	1,0	8,6	42,2	Febr.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	301,7 ⁹⁾	74,0 ⁹⁾	144,6	6,0	2,5	140,0	Okt.
17,4	1,6	173,8	178,7	382,8	239,7	114,5	28,6	499,9	330,0	78,5	160,8	6,3	2,6	142,8	Nov.
18,2	1,8	174,0	179,0	300,0	151,2	122,5	26,3	534,6	357,4	80,6	169,3	6,3	2,8	138,1	Dez.
19,1	1,5	175,7	180,6	214,3	119,0	58,6	36,7	553,4	373,2	81,9	180,0	6,3	3,0	146,8	Jan.
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
dinstitute ist nicht von Bedeutung. —²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. —⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. —⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. —⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. —⁹⁾ Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger Institute (Erhöhung der

Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						insgesamt
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Bundesgebiet													
Okt.	3 564	29 573,2	17 887,6	16 304,8	12 471,6	9 626,4	.	2 845,2	3 833,2	1 582,8	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	2 057,4	263,2	12,3
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	2 005,5	275,8	5,5
Jan.	3 563	31 013,7	18 518,2	16 771,7	12 835,2	9 753,4	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3
Baden													
Okt.	170	677,7	549,2	515,8	353,9	244,1	.	109,8	161,9	33,4	32,5	1,3	—
Nov.	170	684,6	551,2	514,6	351,0	238,9	.	112,1	163,6	36,6	42,9	1,4	0,1
Dez.	170	689,5	549,0	517,8	352,9	240,4	10,7	112,5	164,9	31,2	38,0	1,6	0,1
Jan.	170	702,6	574,7	534,9	369,2	256,6	.	112,6	165,7	39,8	35,3	3,2	0,0
Febr.	170	710,6	580,1	541,3	375,5	261,3	.	114,2	165,8	38,8	32,2	4,8	0,1
Bayern													
Okt.	577	4 762,3	2 726,3	2 536,5	1 876,8	1 390,9	.	485,9	659,7	189,8	315,9	42,6	—
Nov.	578	4 856,9	2 741,1	2 542,2	1 876,0	1 393,2	.	482,8	666,2	198,9	321,2	35,8	—
Dez.	578	4 907,9	2 780,8	2 550,1	1 874,5	1 361,7	51,6	512,8	675,6	230,7	272,5	36,8	—
Jan.	577	5 056,6	2 794,8	2 564,5	1 885,5	1 403,6	.	481,9	679,0	230,3	389,3	41,6	—
Febr.	576	5 178,7	2 826,3	2 587,2	1 904,6	1 403,2	.	501,4	682,6	239,1	412,0	42,4	0,2
Bremen													
Okt.	28	998,2	470,6	428,2	376,3	282,1	.	94,2	51,9	42,4	58,9	1,1	6,4
Nov.	28	998,5	469,6	424,4	371,8	280,0	.	91,8	52,6	45,2	60,7	1,1	5,6
Dez.	28	1 026,4	483,0	446,5	394,6	299,6	4,0	95,0	51,9	36,5	61,4	1,1	0,5
Jan.	28	999,5	460,8	419,9	368,0	278,0	.	90,0	51,9	40,9	61,8	1,0	0,1
Febr.	28	1 056,7	486,4	433,6	381,3	300,4	.	80,9	52,3	52,8	79,9	1,5	3,4
Hamburg													
Okt.	53	2 485,8	1 452,9	1 351,4	1 214,9	1 103,3	.	111,6	136,5	101,5	152,0	18,0	2,3
Nov.	53	2 513,6	1 456,0	1 328,1	1 189,0	1 079,7	.	109,3	139,1	127,9	154,8	13,3	3,6
Dez.	53	2 580,4	1 518,8	1 353,4	1 213,9	1 086,8	10,8	127,1	139,5	165,4	174,4	17,7	4,0
Jan.	55	2 569,8	1 515,0	1 369,3	1 227,2	1 098,6	.	128,6	142,1	145,7	181,0	17,6	3,2
Febr.	55	2 582,6	1 538,6	1 388,4	1 244,6	1 107,0	.	137,6	143,8	150,2	163,6	17,9	6,0
Hessen													
Okt.	306	2 559,6	1 772,0	1 564,8	1 242,9	1 007,9	.	235,0	321,9	207,2	167,3	3,5	0,0
Nov.	306	2 623,4	1 810,8	1 601,4	1 276,1	1 015,6	.	260,5	325,3	209,4	167,7	4,2	0,0
Dez.	306	2 690,9	1 897,5	1 646,4	1 314,4	1 049,0	25,8	265,4	332,0	251,1	148,0	3,9	0,0
Jan.	306	2 718,5	1 902,6	1 647,7	1 316,7	1 048,5	.	268,2	331,0	254,9	158,8	4,1	0,0
Febr.	306	2 781,5	1 898,1	1 639,0	1 306,5	1 043,0	.	263,5	332,5	259,1	176,4	6,6	—
Niedersachsen													
Okt.	611	2 686,7	1 656,3	1 548,2	1 053,6	876,3	.	177,3	494,6	108,1	156,0	5,7	0,8
Nov.	611	2 810,2	1 710,6	1 574,3	1 075,3	874,4	.	200,9	499,0	136,3	163,3	7,8	0,8
Dez.	611	2 849,8	1 693,7	1 562,6	1 058,9	871,5	42,6	187,4	503,7	131,1	160,5	7,8	0,1
Jan.	610	2 907,9	1 720,6	1 604,8	1 100,5	907,1	.	193,4	504,3	115,8	185,0	9,4	0,0
Febr.	610	2 985,5	1 752,3	1 630,5	1 126,5	921,0	.	205,5	504,0	121,8	209,1	10,3	0,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkap. von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Bundesgebiet															
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,4	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	138,7	2 755,4	Okt.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Nov.
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Dez.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 145,2	Jan.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Febr.
Baden															
31,7	0,0	4,9	4,5	17,3	3,0	—	37,6	2,4	5,8	2,9	0,7	11,8	3,4	48,9	Okt.
25,2	0,0	7,1	5,5	17,4	3,2	—	35,3	4,5	6,4	3,9	1,0	11,9	3,9	49,3	Nov.
29,9	0,0	8,6	7,0	18,1	3,4	—	38,9	6,2	7,4	4,7	1,0	12,1	3,9	56,4	Dez.
20,1	0,0	9,5	7,9	18,2	3,6	—	36,9	5,7	10,2	4,6	1,0	12,9	3,1	46,2	Jan.
20,2	0,0	8,8	7,9	19,7	3,9	—	41,7	4,7	11,8	5,2	0,8	14,1	3,2	49,1	Febr.
Bayern															
393,7	347,0	363,1	146,7	135,2	36,2	1,0	334,4	206,8	123,5	210,9	22,0	200,2	39,9	376,1	Okt.
390,4	352,6	456,2	65,0	145,6	44,7	1,0	384,8	229,6	111,5	204,4	21,4	203,2	35,7	388,4	Nov.
351,3	365,3	500,1	70,2	155,6	45,4	1,0	412,1	253,1	123,9	218,3	20,2	196,2	33,3	428,2	Dez.
296,3	373,6	525,1	73,7	187,3	78,1	1,0	416,5	265,3	127,7	234,8	22,6	204,8	29,0	442,0	Jan.
295,4	378,8	540,5	80,8	193,5	85,9	1,0	451,4	270,3	133,2	247,3	22,8	202,6	28,9	494,1	Febr.
Bremen															
116,9	110,4	148,1	6,3	22,4	2,8	1,3	64,6	77,2	47,1	29,1	2,8	59,9	1,1	89,7	Okt.
106,8	111,0	155,5	7,4	22,4	2,9	1,3	65,1	83,2	48,3	30,1	2,8	61,0	1,0	98,5	Nov.
113,2	114,3	159,4	8,6	22,5	2,9	1,3	64,0	86,2	44,9	36,9	2,9	56,1	0,9	132,8	Dez.
100,0	114,8	162,2	9,5	23,1	3,5	1,3	67,3	88,6	45,1	37,4	3,1	58,3	0,9	119,7	Jan.
100,1	119,6	160,9	10,5	29,1	9,4	4,0	70,2	89,5	42,5	39,0	3,9	56,2	0,8	138,0	Febr.
Hamburg															
430,0	53,8	92,0	41,9	64,1	22,1	1,0	199,1	69,6	14,6	38,2	30,0	321,7	1,6	388,8	Okt.
426,8	54,5	102,8	39,0	64,2	20,8	1,0	215,5	79,4	12,5	39,8	25,1	320,4	1,4	444,0	Nov.
402,5	56,4	109,3	43,3	65,0	21,5	1,0	210,7	85,5	16,3	41,1	29,3	331,5	1,3	473,9	Dez.
366,1	56,6	110,8	44,9	69,7	25,7	1,0	225,7	86,1	15,8	41,9	30,7	316,1	1,3	433,9	Jan.
348,7	57,6	113,1	46,7	73,0	26,7	1,0	241,3	88,5	15,9	43,2	31,3	329,0	1,5	480,0	Febr.
Hessen															
111,2	100,8	94,8	32,3	79,2	11,8	2,0	202,0	60,0	40,1	25,2	9,3	99,3	15,1	222,8	Okt.
113,8	106,2	103,7	35,1	79,5	12,0	2,0	206,6	65,4	44,4	26,2	10,5	99,5	16,1	240,0	Nov.
112,7	108,9	110,7	42,9	80,7	13,0	2,0	189,5	76,9	43,2	31,2	9,9	101,6	15,7	251,7	Dez.
96,7	109,8	115,0	44,7	83,4	15,6	2,0	207,5	80,1	44,2	33,4	9,6	109,9	14,3	249,0	Jan.
108,3	111,4	118,3	53,6	86,9	18,3	2,0	228,5	81,5	49,9	41,6	10,3	111,2	13,6	250,4	Febr.
Niedersachsen															
71,7	152,4	345,6	54,2	86,4	10,2	—	164,1	76,0	118,5	202,6	14,3	57,5	24,1	221,5	Okt.
69,8	156,0	398,9	62,0	84,6	10,5	—	165,0	112,4	134,5	218,0	15,3	59,3	24,0	203,7	Nov.
69,6	166,1	423,1	67,4	87,1	12,7	—	182,3	117,2	146,4	226,6	15,4	60,0	26,6	269,0	Dez.
64,4	170,0	440,4	74,7	88,1	13,7	—	164,7	120,7	145,1	248,0	15,3	59,8	25,0	228,6	Jan.
59,1	172,9	452,5	81,9	88,7	14,0	—	169,0	125,4	150,3	255,3	15,4	67,4	24,9	243,7	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ³⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden. gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder

noch: Passiva

Beträge in

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit Einlagen von Kreditinstituten	ohne Einlagen von Kreditinstituten	Die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termin-einlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschafts- unternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Nordrhein-Westfalen													
Okt.	833	7 654,2	5 479,3	4 956,1	3 848,4	2 953,7	.	894,7	1 107,7	523,2	444,0	114,2	4,1
Nov.	833	7 788,3	5 405,6	4 958,9	3 839,8	2 917,6	.	922,2	1 119,1	446,7	488,0	115,9	2,0
Dez.	832	8 232,9	5 730,9	5 203,2	4 059,4	2 996,5	68,9	1 062,9	1 143,8	527,7	477,6	119,8	0,9
Jan.	832	8 208,8	5 687,3	5 185,8	4 042,9	3 034,9	.	1 008,0	1 142,9	501,5	479,5	121,9	1,8
Febr.	831	8 582,2	5 952,9	5 428,0	4 282,4	3 209,3	.	1 073,1	1 145,6	524,9	502,1	128,6	3,6
Rheinland-Pfalz													
Okt.	278	1 255,0	780,7	706,5	463,4	350,1	.	113,3	243,1	74,2	150,7	6,2	—
Nov.	278	1 276,6	789,2	714,1	469,3	347,8	.	121,5	244,8	75,1	147,4	7,8	—
Dez.	278	1 277,0	768,7	695,8	446,7	335,2	19,4	111,5	249,1	67,9	148,4	8,5	—
Jan.	278	1 287,7	772,9	706,4	457,2	343,5	.	113,7	249,2	66,5	156,9	9,6	—
Febr.	278	1 307,8	787,0	709,9	462,5	347,6	.	114,9	247,4	77,1	161,3	9,7	0,0
Schleswig-Holstein													
Okt.	185	1 000,0	465,7	438,6	306,4	245,5	.	60,9	132,2	27,1	96,3	20,5	—
Nov.	185	1 005,9	460,1	431,8	298,1	241,9	.	56,2	133,7	28,3	108,0	20,9	—
Dez.	185	971,3	435,2	407,7	276,7	230,5	13,5	46,2	131,0	27,5	101,3	21,0	—
Jan.	185	989,0	440,7	411,2	280,2	228,1	.	52,1	131,0	29,5	107,0	21,0	—
Febr.	185	1 009,7	444,2	418,3	287,4	234,6	.	52,8	130,9	25,9	106,2	19,3	—
Württemberg-Baden													
Okt.	364	3 306,1	1 827,9	1 684,7	1 291,8	887,7	.	404,1	392,9	143,2	253,9	17,4	—
Nov.	364	3 362,8	1 876,2	1 719,7	1 322,8	889,9	.	432,9	396,9	156,5	234,6	21,6	—
Dez.	364	3 415,4	1 850,2	1 694,4	1 289,8	864,0	30,7	425,8	404,6	155,8	227,1	22,1	0,0
Jan.	364	3 426,5	1 906,8	1 717,2	1 313,1	868,2	.	444,9	404,1	189,6	228,0	25,8	0,0
Febr.	364	3 474,2	1 932,3	1 734,8	1 332,0	869,5	.	462,5	402,8	197,5	234,7	23,4	—
Württemberg-Hohenzollern													
Okt.	146	647,1	491,6	418,6	287,9	197,3	.	90,6	130,7	73,0	30,8	5,5	—
Nov.	146	647,6	497,6	424,7	292,8	198,1	.	94,7	131,9	72,9	36,6	5,7	0,0
Dez.	146	679,2	523,0	444,5	309,4	197,4	10,5	112,0	135,1	78,5	32,3	7,3	—
Jan.	145	666,6	516,6	446,4	311,2	202,3	.	108,9	135,2	70,2	29,5	7,8	—
Febr.	145	657,5	504,1	439,4	304,8	199,6	.	105,2	134,6	64,7	40,1	8,0	—
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—
Nov.	13	1 531,0	208,4	154,9	154,8	95,1	.	59,7	0,1	53,5	132,2	27,7	—
Dez.	13	1 514,3	206,3	161,9	161,7	81,4	0,5	80,3	0,2	44,4	163,9	28,2	—
Jan.	13	1 480,1	225,5	163,6	163,4	83,8	.	79,6	0,2	61,9	85,0	31,6	—
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Fest- aus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung des Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzaus- zweckgebundene Mittel.

banken
Länder

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

noch: Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	darunt. Eigenkapital von neugegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Nordrhein-Westfalen															
202,7	164,3	409,2	317,8	186,0	11,5	1,2	450,9	145,5	284,5	436,6	12,4	373,0	6,7	499,0	Okt.
275,2	167,4	451,2	345,9	187,3	11,8	1,3	467,7	159,8	302,1	463,3	12,9	412,7	6,1	578,7	Nov.
310,0	192,0	481,7	388,4	189,7	13,0	1,3	462,6	184,3	309,7	504,9	17,9	405,3	6,1	613,2	Dez.
247,2	195,4	505,1	412,8	200,5	22,5	2,8	481,0	197,9	320,4	531,1	15,5	418,9	5,3	586,0	Jan.
257,1	210,8	537,3	430,0	204,8	24,4	2,9	487,2	215,8	331,2	556,4	15,6	417,2	4,7	773,5	Febr.
Rheinland-Pfalz															
65,3	34,0	44,5	16,5	33,7	4,4	—	129,6	22,5	30,8	16,1	1,5	32,9	9,7	127,7	Okt.
69,7	35,4	48,8	15,3	33,8	4,5	—	137,0	24,8	32,5	16,8	1,2	32,6	11,0	135,3	Nov.
78,5	37,4	57,5	16,6	34,5	5,1	—	140,4	30,2	35,7	17,8	1,4	31,3	11,8	157,2	Dez.
64,9	33,1	59,4	17,3	35,7	5,6	—	147,5	30,9	37,7	19,1	1,1	31,9	8,6	147,0	Jan.
69,1	33,2	62,2	18,0	37,6	7,3	—	139,4	31,2	39,1	20,6	2,4	33,2	7,9	160,0	Febr.
Schleswig-Holstein															
104,0	20,5	150,3	62,3	31,5	8,7	3,8	69,4	86,1	63,0	70,7	14,6	65,1	9,9	135,7	Okt.
88,2	20,9	165,5	64,5	31,4	8,6	3,8	67,3	95,7	68,3	73,7	14,6	54,4	8,3	137,2	Nov.
60,1	26,6	179,7	69,4	31,8	8,8	3,8	67,2	104,1	70,5	79,7	17,0	41,2	8,6	182,9	Dez.
50,3	29,1	187,7	72,6	33,6	10,6	5,4	68,0	93,2	88,5	83,8	17,4	34,4	7,6	189,1	Jan.
49,7	29,3	197,3	73,8	35,2	11,1	5,4	74,0	96,8	90,3	87,4	17,4	34,8	7,0	204,9	Febr.
Württemberg-Baden															
197,2	178,1	255,1	78,2	233,0	144,9	—	282,7	85,3	51,0	207,0	10,1	84,6	25,0	250,0	Okt.
180,5	180,3	284,9	80,5	233,8	145,7	—	292,0	106,8	55,5	218,9	10,0	92,5	23,3	257,2	Nov.
191,7	183,6	311,0	82,9	191,9	104,0	—	377,0	123,2	56,2	235,7	7,8	96,1	21,3	286,6	Dez.
151,6	186,1	331,0	90,8	194,6	105,2	—	337,6	125,8	60,9	259,2	8,2	103,8	18,0	266,6	Jan.
154,9	187,6	346,7	93,8	200,3	108,9	—	323,9	151,2	64,4	268,5	10,3	118,3	11,9	306,0	Febr.
Württemberg-Hohenzollern															
27,5	—	20,6	2,9	13,2	2,6	—	60,5	3,3	17,2	9,0	0,0	10,1	2,2	37,5	Okt.
25,0	0,0	20,9	4,1	13,8	2,8	—	49,6	3,8	17,3	9,8	—	10,7	2,3	35,9	Nov.
26,0	—	25,0	4,3	14,1	3,3	—	54,5	4,5	20,5	13,6	0,1	10,6	1,8	36,3	Dez.
22,0	—	26,8	4,7	14,2	3,4	—	52,8	5,4	22,1	14,1	0,0	11,0	1,5	37,7	Jan.
22,3	—	29,9	5,1	14,9	3,7	—	41,1	5,8	24,1	14,5	—	11,6	1,1	47,2	Febr.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.
128,9	196,2	401,2	160,8	212,3	154,0	153,4	91,0	402,2	22,7	140,4	28,9	38,1	0,1	377,7	Nov.
38,6	194,2	440,1	169,3	219,2	161,1	160,4	82,7	444,8	21,5	155,5	31,3	37,4	0,0	390,8	Dez.
10,2	198,7	457,2	180,0	229,7	170,6	170,5	93,8	464,4	27,0	155,9	34,6	39,6	0,0	399,2	Jan.
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — 1) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 3) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 4) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 5) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 6) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 7) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 8) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 9) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt. 10) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
Aktiva Beträge in

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Aktiva	Barreserve		Post-scheckgut-haben	Guthaben bei Kreditinstituten 5)		Währungs- und DM-Gut-haben bei der BdL für gestellte Akkreditive	fällige Zins- und Dividen-den-scheine	Schecks und Inkasso-wechsel	Wechsel			Schatz-wechsel und unver-zins-liche Schatz-anweis.-des Bundes und der Länder	Wert- und Kon-beteili- ins-gesamt
			ins-gesamt 4)	darunter Giro-gut-haben bei der LZB		ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 3 Mo-naten				ins-gesamt	Hand-els-wechsel	Bank-akzepte		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Alle Banken															
Okt.	3 564	29 573,2	1 544,5	1 220,8	47,6	2 293,2	1 943,6	297,7	0,8	160,0	2 208,6	1 967,4	99,4	197,9	339,8
Nov.	3 565	30 099,5	1 618,3	1 290,7	44,6	2 178,1	1 839,7	214,9	0,8	165,3	2 280,7	2 028,2	118,6	181,0	344,7
Dez.	3 564	30 835,1	1 962,2	1 669,3	82,8	2 113,1	1 844,3	177,8	1,8	242,0	2 564,7	2 283,1	142,1	154,4	356,1
Jan.	3 563	31 013,7	1 516,1	1 189,0	44,8	2 156,3	1 839,1	181,0	0,8	168,8	2 717,5	2 478,8	100,2	187,9	376,0
Febr.	3 561	31 834,1	1 917,9	1 598,0	45,8	2 178,2	1 858,0	205,0	0,7	183,1	2 509,0	2 275,6	89,7	183,2	387,7
Kreditbanken															
Okt.	255	11 191,2	612,0	504,2	21,5	932,3	919,8	272,3	0,6	109,8	1 454,9	1 328,7	53,8	18,1	132,5
Nov.	255	11 331,2	717,0	603,1	19,7	855,8	844,2	198,8	0,6	114,7	1 461,1	1 344,6	47,8	19,8	135,8
Dez.	254	11 761,6	994,8	890,8	37,5	820,6	813,2	165,1	1,0	182,1	1 680,9	1 554,5	60,3	38,6	138,8
Jan.	256	11 734,7	674,1	559,8	20,1	857,6	850,4	163,7	0,5	111,9	1 741,6	1 642,1	34,4	63,0	158,0
Febr.	255	12 087,5	919,7	812,0	20,9	834,2	825,8	181,2	0,4	124,0	1 632,5	1 526,0	34,5	64,7	165,5
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
Okt.	38	1 986,1	3,3	2,7	0,3	150,8	126,1	—	0,0	0,1	0,6	0,1	—	3,4	4,8
Nov.	38	2 093,4	2,9	2,1	0,5	165,3	141,6	—	0,0	0,1	0,6	0,1	—	6,7	4,3
Dez.	38	2 193,0	6,1	5,5	0,8	163,2	143,3	—	0,0	0,1	0,6	0,2	—	11,3	7,7
Jan.	38	2 240,2	4,0	3,4	0,3	171,5	144,8	—	0,0	0,0	0,3	0,2	—	11,9	4,0
Febr.	38	2 296,1	3,4	2,7	0,4	180,2	151,8	—	0,0	0,0	0,3	0,2	—	10,2	3,8
Girozentralen															
Okt.	18	3 843,2	128,2	117,7	3,6	447,4	318,6	7,3	0,1	14,7	327,4	291,8	24,1	112,0	62,4
Nov.	18	3 958,1	93,4	84,6	2,4	415,8	284,3	4,1	0,0	12,9	362,1	300,9	52,4	87,9	62,4
Dez.	18	4 204,7	226,1	214,1	14,0	404,4	281,1	3,1	0,1	10,1	407,8	331,6	64,6	50,3	62,4
Jan.	18	4 240,4	71,3	59,6	2,8	399,2	250,7	6,5	0,0	17,4	469,2	411,8	48,9	61,1	63,7
Febr.	18	4 437,5	213,0	202,5	4,2	454,4	284,2	6,5	0,1	12,9	393,5	350,2	34,3	58,5	65,0
Sparkassen															
Okt.	884	7 534,8	593,0	440,5	12,2	513,9	344,5	0,2	0,0	18,4	232,3	215,4	6,0	61,8	95,7
Nov.	884	7 669,7	578,3	423,5	12,1	484,1	325,4	0,0	0,1	20,3	251,4	235,0	6,3	63,8	98,7
Dez.	884	7 674,2	505,8	384,2	14,1	445,8	340,6	0,0	0,1	21,9	253,3	238,6	5,3	50,3	103,2
Jan.	883	7 822,8	563,0	411,7	12,5	461,7	355,6	0,0	0,0	22,5	252,7	241,4	2,8	46,6	105,3
Febr.	883	7 934,3	569,8	415,9	11,5	437,5	338,5	0,1	0,1	26,9	253,7	242,3	1,9	44,8	107,5
Zentralkassen															
Okt.	32	844,8	47,8	43,1	2,1	32,1	28,1	0,1	0,0	3,7	40,4	22,1	8,2	0,4	6,3
Nov.	32	863,7	68,2	64,1	2,0	31,1	27,1	0,2	0,0	4,0	50,8	29,4	8,2	0,5	5,8
Dez.	32	829,5	60,8	55,6	4,6	29,9	25,9	0,0	0,0	8,8	49,1	25,3	7,1	0,5	7,5
Jan.	31	837,5	50,8	46,6	1,4	27,6	23,6	0,1	0,0	3,9	58,2	34,1	8,0	0,5	7,3
Febr.	31	864,4	60,1	56,0	1,3	28,6	24,6	0,1	0,0	4,0	54,7	28,4	8,3	0,5	6,9
Kreditgenossenschaften															
Okt.	2 295	2 311,4	138,4	92,7	7,0	113,0	108,8	0,3	0,1	12,0	85,1	58,8	0,4	0,1	13,4
Nov.	2 296	2 327,4	134,5	91,4	7,0	110,7	106,9	0,2	0,0	12,1	85,5	58,5	0,5	0,2	14,3
Dez.	2 296	2 334,1	140,2	93,2	9,8	134,8	130,9	0,1	0,1	16,1	83,8	57,6	0,5	1,6	12,3
Jan.	2 295	2 306,9	128,0	85,1	6,8	104,7	101,3	0,1	0,1	12,2	91,4	63,8	0,3	2,3	12,6
Febr.	2 294	2 331,3	124,2	83,1	6,4	102,8	99,3	0,0	0,0	14,0	87,6	59,8	0,2	2,1	13,0
Sonstige Kreditinstitute															
Okt.	29	321,4	12,1	10,9	0,4	47,0	46,6	13,1	—	0,3	15,9	14,6	1,3	—	4,1
Nov.	29	325,0	7,9	6,7	0,5	50,9	50,6	9,9	—	0,3	13,2	12,6	0,6	0,5	4,3
Dez.	29	323,7	8,5	7,2	0,5	47,6	47,3	8,6	—	0,8	15,1	13,8	1,3	0,3	4,4
Jan.	29	351,1	11,5	10,4	0,4	58,4	42,9	8,2	—	0,3	20,5	18,1	2,4	0,5	4,2
Febr.	29	375,8	10,4	9,3	0,3	71,5	70,6	11,2	—	0,3	21,7	17,1	4,6	0,3	4,3
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Okt.	13	1 540,5	9,8	8,9	0,4	56,8	51,2	4,4	—	1,0	52,1	35,9	5,6	2,1	20,8
Nov.	13	1 531,0	16,1	15,2	0,4	64,3	59,7	1,7	—	1,2	55,9	47,2	2,8	1,7	19,1
Dez.	13	1 514,3	19,9	18,8	1,5	67,0	62,2	0,9	0,4	2,0	74,1	61,6	3,0	1,7	19,9
Jan.	13	1 480,1	13,4	12,5	0,5	75,6	69,6	2,4	0,2	0,6	83,5	67,4	3,3	2,0	20,9
Febr.	13	1 507,2	17,3	16,4	0,6	69,0	63,2	6,0	0,0	0,9	65,0	51,6	5,9	2,0	21,7

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit- — 2) Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Kasse und Landeszentral- Ausleihungen (bis zu 4 Jahren). — 4) Einschließlich Kapitalentwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital, eigene Aktien usw., Bilanzausgleichsposten Sonderaufgaben (Erhöhung der langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und gegen Kommunaldeckung und Abgang bei den sonstigen lang-

banken

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Aktiva

papieresortial- gungen	eigene Schuld- ver- schrei- bungen (Pfand- briefe u. ä.)	Ausgleichs- forderungen		Debitoren ⁷⁾				langfristige Ausleihungen			durch- lau- fende Kredite (nur Treuh- hand- ge- schäfte)	Betei- ligun- gen	Grund- stücke und Ge- bäude	son- stige Aktiva ⁸⁾	Stand am Mo- nats- ende 1950 bzw. 1951
		gegen- wärtiger Be- stand ⁶⁾	Be- stand lt. Umstel- lungs- rech- nung	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	darunter						
					Wirt- schafts- unter- neh- men und Private	Öffentl. Kör- per- schaf- ten	Kredit- insti- tute		gegen Grund- pfand- rechte	gegen Kom- munal- dek- kung					
Alle Banken															
65,4	44,9	5 405,4	5 801,3	10 460,7	9 120,8	433,7	906,2	4 173,5	2 618,7 ⁹⁾	762,5 ⁹⁾	908,1	79,8	413,4	997,3	Okt.
62,8	49,1	5 399,6	5 823,6	10 597,8	9 292,5	414,1	891,2	4 628,9	2 923,3	848,7	885,2	81,8	421,9	1 006,8	Nov.
66,7	48,8	5 391,6	5 855,3	10 250,6	9 049,7	358,6	842,3	4 998,3	3 155,0	908,2	970,3	85,5	440,2	994,9	Dez.
79,7	46,1	5 417,5	5 878,5	10 473,4	9 162,0	353,4	958,0	5 219,9	3 298,4	941,1	1 033,6	87,5	449,8	936,7	Jan.
82,7	48,0	5 445,6	5 902,4	10 629,1	9 315,0	333,9	980,2	5 498,7	3 408,2	975,8	1 090,9	89,0	469,3	952,9	Febr.
Kreditbanken															
0,6	6,7	1 390,5	1 448,2	5 277,2	5 008,7	126,0	142,5	498,2	201,5	12,2	49,6	40,2	137,7	237,1	Okt.
0,7	6,8	1 395,0	1 459,2	5 378,0	5 145,4	122,0	110,6	539,2	215,2	12,9	79,1	42,5	140,4	226,9	Nov.
0,8	5,5	1 385,9	1 464,0	5 237,6	5 072,1	60,3	105,2	593,0	231,7	13,5	83,1	44,7	143,1	209,3	Dez.
15,7	6,8	1 409,3	1 477,1	5 373,3	5 149,6	110,1	113,6	639,1	253,3	14,1	88,8	46,0	148,5	232,4	Jan.
15,7	7,5	1 424,4	1 475,9	5 513,8	5 298,3	84,3	131,2	665,6	263,9	15,6	90,3	46,6	156,3	239,9	Febr.
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten															
0,2	20,6	338,6	421,1	58,9	49,1	5,9	3,9	1 149,3	977,7	121,6	197,8	1,6	14,2	41,8	Okt.
0,0	23,8	331,1	420,3	77,0	57,9	3,4	15,7	1 332,0	1 143,2	136,5	91,5	1,5	14,5	41,6	Nov.
4,1	25,3	323,5	420,4	78,0	60,1	3,6	14,3	1 420,0	1 227,6	137,4	100,8	1,5	14,5	39,6	Dez.
0,3	21,5	321,5	420,0	70,9	51,2	5,6	14,1	1 481,5	1 282,6	139,9	108,9	1,6	15,3	27,0	Jan.
0,0	21,5	315,8	420,0	40,8	22,8	4,5	13,5	1 553,8	1 299,6	144,9	116,0	1,6	15,6	32,7	Febr.
Girozentralen															
36,1	16,4	259,9	289,7	1 105,1	600,6	100,5	404,0	819,8	255,1	420,2	408,0	2,1	22,8	106,0	Okt.
35,7	16,9	259,6	291,1	1 155,0	633,1	113,5	408,4	910,5	276,2	474,1	433,6	2,3	23,2	116,0	Nov.
35,1	16,2	254,8	290,4	1 137,8	628,4	106,1	403,3	994,3	297,7	517,9	470,8	2,2	25,1	125,2	Dez.
35,8	16,3	254,4	290,7	1 215,5	630,6	107,5	477,4	1 036,1	308,1	541,7	490,5	2,3	25,5	108,6	Jan.
37,2	17,3	258,6	294,7	1 174,5	604,1	117,5	452,9	1 124,8	323,6	560,1	513,8	2,9	25,8	111,7	Febr.
Sparkassen															
6,2	—	2 444,7	2 615,3	1 922,5	1 859,2	54,0	9,3	1 101,1	853,5	130,3	73,4	6,5	157,3	301,8	Okt.
6,0	—	2 443,8	2 626,0	1 961,1	1 895,7	53,3	12,1	1 190,8	925,6	142,6	88,8	5,8	160,4	310,2	Nov.
6,9	—	2 455,0	2 652,5	1 938,8	1 873,1	58,8	6,9	1 292,5	1 006,4	154,6	108,5	6,2	171,9	306,8	Dez.
7,1	—	2 456,2	2 659,8	1 979,2	1 904,8	64,3	10,1	1 340,1	1 044,7	159,0	123,4	6,4	173,7	279,5	Jan.
8,2	—	2 466,2	2 675,3	2 015,7	1 947,8	60,4	7,5	1 388,4	1 083,1	166,1	138,1	6,5	179,3	288,2	Febr.
Zentralkassen															
0,6	—	58,9	64,1	489,4	184,2	0,8	304,4	61,0	10,2	—	10,6	4,3	13,6	74,1	Okt.
0,7	—	58,5	63,4	485,6	179,7	0,8	305,1	65,3	12,8	—	3,8	4,3	13,8	69,8	Nov.
0,7	—	60,7	64,5	447,2	169,6	0,6	277,0	67,6	11,6	—	5,1	4,5	14,1	69,1	Dez.
0,7	—	61,5	64,4	467,2	170,3	0,4	296,5	70,5	12,2	—	5,1	4,5	14,1	64,8	Jan.
0,7	—	61,5	64,4	494,9	164,3	0,4	330,2	78,3	13,9	—	2,8	4,6	14,3	51,8	Febr.
Kreditgenossenschaften															
2,1	—	716,9	760,4	982,3	971,4	5,9	5,0	69,6	18,5	4,1	19,7	7,4	58,1	88,0	Okt.
2,1	—	716,2	760,8	991,2	980,0	6,1	5,1	74,3	19,6	4,3	23,3	7,6	59,8	90,5	Nov.
0,8	—	716,1	760,5	945,0	934,4	6,4	4,2	78,2	21,0	4,2	28,3	8,5	61,7	97,5	Dez.
0,8	—	717,3	761,7	979,0	967,2	6,8	5,0	80,1	21,8	4,4	32,6	8,9	62,8	68,0	Jan.
0,8	—	718,4	763,9	998,4	985,9	6,8	5,7	82,6	22,6	4,5	36,7	9,0	64,2	71,9	Febr.
Sonstige Kreditinstitute															
0,3	—	21,9	24,3	162,4	156,6	0,4	5,4	12,6	0,4	—	4,3	11,6	7,3	8,4	Okt.
0,3	—	21,6	24,0	167,0	161,0	0,4	5,6	16,9	0,5	—	4,2	11,6	7,3	8,9	Nov.
0,3	—	21,6	24,1	166,1	160,7	0,3	5,1	18,1	1,5	—	4,5	11,6	6,9	9,1	Dez.
0,3	—	21,7	24,1	174,0	169,2	0,2	4,6	19,0	2,5	—	4,4	11,6	6,9	9,5	Jan.
0,3	—	21,2	23,7	178,9	174,7	0,1	4,1	21,1	2,5	—	4,6	11,6	6,9	11,5	Febr.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
19,1	1,2	173,9	178,1	463,0	291,1	140,2	31,7	461,9	301,7 ¹⁰⁾	74,0 ¹⁰⁾	144,6	6,0	2,5	140,0	Okt.
17,4	1,6	173,8	178,7	382,8	239,7	114,5	28,6	499,9	330,0	78,5	160,8	6,3	2,6	142,8	Nov.
18,2	1,8	174,0	179,0	300,0	151,2	122,5	26,3	534,6	357,4	80,6	169,3	6,3	2,8	138,1	Dez.
19,1	1,5	175,7	180,6	214,3	119,0	58,6	36,7	553,4	373,2	81,9	180,0	6,3	3,0	146,8	Jan.
19,9	1,7	179,8	184,7	212,0	117,2	59,8	35,0	584,1	399,1	84,5	188,8	6,3	7,1	144,9	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Filialen stets nur als ein Institut gezählt.
bankguthaben. — ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. — ⁶⁾ Abzüglich verkaufter Ausgleichsforderungen. — ⁷⁾ Kurz- und mittelfristige
gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ⁹⁾ Nachträgliche Berichtigung ist verursacht durch die Umbuchung einiger überregionaler Institute mit
fristigen Ausleihungen). — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾.

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung 2) der Bank deutscher Länder
Passiva Beträge in

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Zahl der berichtenden Institute 3)	Summe der Passiva	Einlagen (einschließlich Anlagekonto) 4)							aufgenommene Gelder 5)			
			mit	ohne	die Einlagen von Nichtbanken (Sp. 34) gliedern sich in:				Einlagen von Kreditinstituten	insgesamt	darunter		
					Sicht- und Termineinlagen	davon		Spar-einlagen			für länger als 6 Monate bis zu 4 Jahren hereingekommene Gelder	seitens der Kundschaft bei ausländischen Banken benutzte Kredite 6)	
						Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften						
		insgesamt	darunter Anlagekonto										
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
Alle Banken													
Okt.	3 564	29 573,2	17 887,6	16 304,8	12 471,6	9 626,4	.	2 845,2	3 833,2	1 582,8	1 987,3	262,1	13,6
Nov.	3 565	30 099,5	17 976,4	16 389,2	12 516,8	9 572,2	.	2 944,6	3 872,4	1 587,2	2 057,4	263,2	12,3
Dez.	3 564	30 835,1	18 432,1	16 684,2	12 752,8	9 614,1	289,0	3 138,7	3 931,4	1 747,9	2 005,5	275,8	5,5
Jan.	3 563	31 013,7	18 518,2	16 771,7	12 835,2	9 753,4	.	3 081,8	3 936,5	1 746,5	2 097,2	294,8	5,3
Febr.	3 561	31 834,1	18 904,4	17 102,0	13 159,5	9 974,5	.	3 185,0	3 942,5	1 802,4	2 202,4	313,4	13,3
Kreditbanken													
Okt.	255	11 191,2	7 609,4	7 077,1	6 630,8	5 819,6	.	811,2	446,3	532,3	530,3	48,2	11,9
Nov.	255	11 331,2	7 610,5	7 061,2	6 604,8	5 769,8	.	835,0	456,4	549,3	570,9	62,4	10,5
Dez.	254	11 761,6	7 997,8	7 264,5	6 786,9	5 874,5	33,3	912,4	477,6	733,3	541,2	65,8	5,3
Jan.	256	11 734,7	8 023,5	7 302,4	6 816,5	5 937,1	.	879,4	485,9	721,1	583,0	70,5	5,0
Febr.	255	12 087,5	8 251,4	7 512,6	7 021,8	6 133,3	.	888,5	490,8	738,8	621,2	77,3	9,8
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
Okt.	38	1 986,1	21,9	19,6	19,3	4,2	.	15,1	0,3	2,3	42,8	7,8	—
Nov.	38	2 093,4	28,4	12,0	11,7	3,4	.	8,3	0,3	16,4	42,7	7,9	—
Dez.	38	2 193,0	28,5	10,6	10,3	3,7	0,1	6,6	0,3	17,9	53,1	7,4	—
Jan.	38	2 240,2	27,9	9,7	9,4	3,7	.	5,7	0,3	18,2	54,6	8,3	—
Febr.	38	2 296,1	24,6	10,2	9,9	4,4	.	5,5	0,3	14,4	52,8	8,4	—
Girozentralen													
Okt.	18	3 843,2	1 847,7	1 163,6	1 112,5	354,1	.	758,4	51,1	684,1	389,0	113,2	1,7
Nov.	18	3 958,1	1 859,3	1 203,9	1 152,1	382,7	.	769,4	51,8	655,4	356,0	101,2	1,8
Dez.	18	4 204,7	2 023,8	1 367,4	1 314,3	400,6	6,8	913,7	53,1	656,4	331,3	109,8	0,2
Jan.	18	4 240,4	1 993,9	1 343,5	1 290,5	428,5	.	862,0	53,0	650,4	364,6	110,9	0,1
Febr.	18	4 437,5	2 128,1	1 430,3	1 377,3	452,5	.	924,8	53,0	697,8	361,8	114,1	3,4
Sparkassen													
Okt.	884	7 534,8	6 089,8	6 018,9	3 339,7	2 205,1	.	1 134,6	2 679,2	70,9	394,9	40,4	—
Nov.	884	7 669,7	6 169,1	6 100,7	3 398,7	2 188,4	.	1 210,3	2 702,0	68,4	409,6	36,4	—
Dez.	884	7 674,2	6 075,2	6 013,8	3 282,4	2 116,0	190,1	1 166,4	2 731,4	61,4	424,4	37,1	0,0
Jan.	883	7 822,8	6 165,8	6 093,9	3 368,0	2 173,7	.	1 194,3	2 725,9	71,9	475,4	44,6	—
Febr.	883	7 934,3	6 230,4	6 144,2	3 416,8	2 188,5	.	1 228,3	2 727,4	86,2	483,7	42,4	—
Zentralkassen													
Okt.	32	844,8	344,6	125,8	115,4	97,1	.	18,3	10,4	218,8	215,8	2,0	0,0
Nov.	32	863,7	341,7	112,9	102,3	85,6	.	16,7	10,6	228,8	249,9	4,2	0,0
Dez.	32	829,5	329,2	112,6	102,1	85,6	3,0	16,5	10,5	216,6	218,5	4,7	0,0
Jan.	31	837,5	325,5	117,7	107,0	89,9	.	17,1	10,7	207,8	236,8	5,8	0,1
Febr.	31	864,4	313,8	115,3	104,6	87,1	.	17,5	10,7	198,5	278,8	6,8	—
Kreditgenossenschaften													
Okt.	2 295	2 311,4	1 644,4	1 633,7	994,6	956,2	.	38,4	639,1	10,7	259,2	16,2	—
Nov.	2 296	2 327,4	1 645,7	1 634,7	990,1	947,1	.	43,0	644,6	11,0	267,6	15,2	—
Dez.	2 296	2 334,1	1 651,5	1 641,0	989,3	948,6	53,5	40,7	651,7	10,5	248,3	14,8	—
Jan.	2 295	2 306,9	1 627,8	1 617,7	963,3	921,9	.	41,4	654,4	10,1	270,2	14,2	—
Febr.	2 294	2 331,3	1 620,2	1 608,8	954,8	910,3	.	44,5	654,0	11,4	295,7	16,1	—
Sonstige Kreditinstitute													
Okt.	29	321,4	114,9	111,1	104,3	102,7	.	1,6	6,8	3,8	26,4	8,3	—
Nov.	29	325,0	113,4	108,9	102,2	100,0	.	2,2	6,7	4,5	28,6	8,2	—
Dez.	29	323,7	119,8	112,4	105,9	103,7	1,6	2,2	6,5	7,4	24,8	8,1	—
Jan.	29	351,1	128,3	123,1	116,9	114,7	.	2,2	6,2	5,2	27,6	8,9	0,1
Febr.	29	375,8	133,7	128,8	122,6	120,3	.	2,3	6,2	4,9	23,5	7,5	0,1
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben													
Okt.	13	1 540,5	215,0	155,2	155,1	87,5	.	67,6	0,1	59,8	128,9	25,9	—
Nov.	13	1 531,0	208,4	154,9	154,8	95,1	.	59,7	0,1	53,5	132,2	27,7	—
Dez.	13	1 514,3	206,3	161,9	161,7	81,4	0,5	80,3	0,2	44,4	163,9	28,2	—
Jan.	13	1 480,1	225,5	163,6	163,4	83,8	.	79,6	0,2	61,9	85,0	31,6	—
Febr.	13	1 507,2	202,0	151,6	151,4	78,0	.	73,4	0,2	50,4	84,8	40,8	—

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug 0,1%. — 2) Einschließlich selbstständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Bei der Gruppe — Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Kreditinstitute. — 3) Auch die Einlagen auf Festaus der RM-Zeit. — 4) Nur Neugeschäft seit der Währungsreform. — 5) In der Neubildung enthalten Kapitalbeteiligung eines Landes an zwei Landes- wie z. B. die Landwirtschaftliche Rentenbank etc. — 6) Einschließlich „Sonstige Rücklagen, Rückstellungen und Wertberichtigungen“ und Bilanzauszweckgebundene Mittel.

Bankengruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Passiva

eigene Akzepte im Umlauf	eigene Schuldverreibungen im Umlauf	aufgenommene langfristige Darlehen (für 4 Jahre und darüber)	durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	Eigenkapital § 11 KWG			sonstige Passiva ⁹⁾	Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder (Sp. 42, 46, 47, z. T. Sp. 33) ¹⁰⁾ (ohne Zahlen der ländl. Kreditgenossenschaften)				Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten	Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951
				insgesamt	darunter			Kreditanstalt für Wiederaufbau	Kreditinstitute (ohne Sp. 52)	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	sonstige				
					Neubildung seit dem 21. 6. 1948 ⁷⁾	Eigenkap. von neu-gegründeten Instituten ⁸⁾									
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
Alle Banken															
1 941,7	1 355,5	2 295,8	908,1	1 113,4	411,8	163,7	2 083,8	1 193,6	816,2	1 381,7	146,7	1 348,5	138,7	2 755,4	Okt.
1 900,3	1 380,7	2 596,6	885,2	1 126,1	421,5	163,8	2 176,8	1 367,5	856,0	1 445,3	143,8	1 396,4	133,1	2 945,9	Nov.
1 784,1	1 444,7	2 806,2	970,3	1 110,2	394,3	170,8	2 282,0	1 516,4	896,3	1 566,0	154,2	1 379,3	131,3	3 279,1	Dez.
1 489,8	1 467,3	2 930,1	1 033,6	1 178,4	458,0	184,0	2 299,1	1 564,3	944,8	1 663,1	159,3	1 401,4	114,7	3 145,2	Jan.
1 491,6	1 503,0	3 035,7	1 090,9	1 214,3	484,8	187,3	2 391,8	1 636,5	979,5	1 744,6	169,0	1 442,3	105,5	3 603,0	Febr.
Kreditbanken															
1 354,6	195,7	373,2	49,6	203,5	14,2	4,0	874,9	290,3	98,7	55,5	30,3	1 063,9	26,0	1 336,0	Okt.
1 363,9	198,8	406,6	79,1	203,0	14,4	4,0	898,4	335,8	104,0	87,1	29,3	1 097,7	22,7	1 449,7	Nov.
1 351,6	204,5	453,6	83,1	215,6	16,6	4,0	914,2	388,1	107,8	84,0	34,6	1 090,3	19,1	1 703,8	Dez.
1 129,6	209,7	472,9	88,8	264,9	66,2	5,5	962,3	406,7	115,5	84,0	34,4	1 103,0	16,5	1 619,9	Jan.
1 158,8	212,1	489,4	90,3	276,7	77,4	5,5	987,6	440,9	124,9	89,5	35,8	1 123,9	15,8	1 934,2	Febr.
Hypothekendarlehen und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten⁷⁾															
—	738,5	525,7	197,8	263,9	166,4	1,8	195,5	175,7	85,5	455,3	25,5	3,9	—	—	Okt.
—	750,4	649,2	91,5	273,8	176,9	1,8	257,4	207,6	97,8	433,0	25,7	4,6	—	—	Nov.
—	780,6	682,6	100,8	222,6	125,5	1,8	324,8	221,5	101,8	463,9	18,6	6,2	—	—	Dez.
—	789,4	721,6	108,9	226,0	129,1	3,4	311,8	227,5	102,4	507,9	18,3	7,0	—	—	Jan.
—	801,8	742,0	116,0	232,0	138,6	6,2	326,9	234,3	103,3	523,9	19,1	7,1	—	—	Febr.
Girozentralen															
51,6	226,5	649,8	408,0	59,1	19,1	—	211,5	352,8	239,9	581,4	37,0	68,4	1,1	252,3	Okt.
72,7	234,7	725,5	433,6	59,0	17,5	—	217,3	402,9	238,7	610,7	34,3	76,4	1,0	290,5	Nov.
71,6	264,8	768,2	470,8	59,5	17,5	—	214,7	441,1	235,1	656,6	44,1	77,0	0,6	318,5	Dez.
54,3	268,8	794,6	490,5	59,5	17,5	—	214,2	444,0	251,6	682,5	44,3	77,8	0,4	269,8	Jan.
40,9	286,8	821,9	513,8	62,2	17,5	—	222,0	466,5	256,8	707,5	44,7	75,3	0,4	329,7	Febr.
Sparkassen															
61,3	—	287,1	73,5	207,0	2,5	—	421,2	7,4	284,9	128,5	8,3	38,9	10,4	187,8	Okt.
59,9	—	309,3	88,8	206,0	0,8	—	427,0	9,1	295,6	147,6	10,4	43,6	9,9	196,7	Nov.
56,2	—	347,7	108,5	207,6	2,6	—	454,6	8,8	326,5	174,1	11,3	43,9	9,8	207,3	Dez.
50,6	—	365,5	123,4	208,8	1,7	—	433,3	8,2	342,9	198,5	11,1	45,8	8,4	215,7	Jan.
45,3	—	383,8	138,1	214,9	3,0	—	438,1	6,0	353,2	219,8	13,1	48,5	8,7	227,3	Febr.
Zentralkassen															
118,2	0,5	49,5	10,6	22,9	7,7	—	82,7	4,7	48,2	7,5	2,1	79,6	31,1	366,1	Okt.
109,3	0,5	54,8	3,8	23,3	7,8	—	80,4	5,2	51,6	4,2	2,2	73,2	28,9	360,1	Nov.
108,7	0,5	59,2	5,1	30,2	15,1	—	78,1	6,2	56,3	3,9	2,8	63,4	30,8	384,3	Dez.
99,0	0,5	61,2	5,1	30,6	15,1	—	78,8	6,5	58,0	4,0	3,8	66,4	26,9	375,7	Jan.
91,3	0,5	68,6	2,8	32,6	16,0	—	76,0	7,6	61,9	4,5	4,6	75,4	19,8	379,3	Febr.
Kreditgenossenschaften															
110,9	0,0	29,1	19,7	121,2	43,3	0,2	126,9	3,7	27,9	10,7	8,7	43,3	62,1	207,9	Okt.
107,3	0,0	31,8	23,3	124,3	45,2	0,3	127,4	4,7	30,1	13,1	6,9	43,3	62,6	215,4	Nov.
102,9	0,1	35,4	28,3	131,2	50,9	0,3	136,4	4,6	32,1	18,3	6,0	42,4	63,8	217,3	Dez.
92,3	0,1	36,7	32,6	134,4	52,8	0,3	112,8	4,9	32,4	20,7	5,8	43,5	56,1	209,4	Jan.
86,8	0,1	38,7	36,7	140,7	56,0	0,3	112,4	3,4	36,8	23,7	5,8	46,2	54,5	218,5	Febr.
Sonstige Kreditinstitute															
55,3	—	14,0	4,3	24,2	5,2	4,3	82,3	—	11,4	9,4	5,8	18,1	7,9	47,6	Okt.
58,4	—	18,2	4,2	24,3	5,1	4,3	77,9	—	15,3	9,3	6,0	19,4	7,9	55,7	Nov.
54,4	—	19,3	4,5	24,3	5,1	4,3	76,6	1,0	15,3	9,7	5,9	18,6	7,1	57,1	Dez.
53,7	—	20,4	4,4	24,4	5,1	4,3	92,3	2,0	15,2	9,8	6,7	18,2	6,4	55,4	Jan.
61,9	—	23,2	4,6	24,4	5,3	4,3	104,5	2,0	15,7	10,5	7,1	19,4	6,2	58,1	Febr.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
189,7	194,2	367,5	144,6	211,7	153,5	153,4	88,9	358,9	19,8	133,6	28,9	32,4	0,1	357,6	Okt.
128,9	196,2	401,2	160,8	212,3	154,0	153,4	91,0	402,2	22,7	140,4	28,9	38,1	0,1	377,7	Nov.
38,6	194,2	440,1	169,3	219,2	161,1	160,4	82,7	444,8	21,5	155,5	31,3	37,4	0,0	390,8	Dez.
10,2	198,7	457,2	180,0	229,7	170,6	170,5	93,8	464,4	27,0	155,9	34,6	39,6	0,0	399,2	Jan.
6,6	201,6	468,2	188,8	230,8	171,1	171,0	124,4	476,0	26,9	165,3	38,9	46,6	0,0	456,1	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Beträgen — die Postsparkassen- und Postscheckkämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfasst. Überregionale Institute mit Sonderaufgaben, die nicht in den Länderergebnissen enthalten ist, sind jedoch alle Institute stets nur als ein Institut gezählt. Konto sind je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen in den Spalten 33 bis 40 mit enthalten. — ⁵⁾ Einschließlich Valutaverpflichtungen kreditanstalten in Höhe von rd. 100 Mill. DM, Stand Juni 1950. — ⁸⁾ Es handelt sich um Institute, die nach der Währungsreform gegründet wurden, gleichposten gegenüber Niederlassungen außerhalb des Landes. — ¹⁰⁾ Einbezogen sind etwaige in den „Einlagen“ enthaltene noch nicht weitergeleitete

b) Gliederung der Einlagen von Nichtbanken nach

(ohne

Monatliche Bankenstatistik*) 1); Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder

in

Stand am Monatsende	Einlagen von Nichtbanken (ohne Spareinlagen)					
	insgesamt ³⁾	davon				
		Sichteinlagen (bis weniger als 30 Tage)		befristete Einlagen ⁵⁾		
		Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirtschaftsunternehmen und Private		Öffentlich- rechtliche Körper- schaften
insgesamt	darunter Anlagekonten					
	1	2	3	4	5	6
1949						
Januar	7 381,5	4 653,3	1 347,9	617,5	329,9	762,8
März	8 008,5	4 943,8	1 331,0	806,2	376,9	927,5
Juni	8 829,6 ⁶⁾	5 464,7 ⁶⁾	1 598,9	924,5 ⁶⁾	383,5	841,5
Juli	8 827,3 ⁶⁾	5 392,5 ⁶⁾	1 545,2	943,3 ⁶⁾	352,7	946,3
August	9 152,5	5 557,4	1 657,2	1 016,4	347,6	921,5
September	9 328,2	5 767,1	1 641,5	1 026,9	343,0	892,7
Oktober	9 693,9	6 090,0	1 650,2	1 045,8	335,6	907,9
November	9 733,6	6 068,8	1 623,6	992,3	327,9	1 048,9
Dezember	9 786,1	6 013,9	1 685,5	1 091,9	318,9	994,8
1950						
Januar	9 532,0	5 632,2	1 660,2	1 162,0	316,8	1 077,6
Februar	9 581,4	5 529,2	1 567,5	1 221,2	314,1	1 263,5
März	9 712,2	5 610,3	1 542,1	1 309,2	312,0	1 250,6
April	10 068,7	5 789,2	1 506,6	1 423,2	310,4	1 349,7
Mai	10 572,8	6 042,5	1 540,9	1 496,3	308,8	1 493,1
Juni	10 611,0	6 073,6	1 375,2	1 757,0	291,7	1 405,2
Juli ⁷⁾	11 076,1
August ⁷⁾	11 779,7
September	11 972,9	7 017,8	1 338,8	2 079,8	287,6	1 536,5
Oktober ⁷⁾	12 471,6
November ⁷⁾	12 516,8	7 293,8	1 296,8	2 278,4	.	1 647,8
Dezember	12 752,8	7 191,3	1 405,3	2 422,8	289,0	1 733,4
1951						
Januar ⁷⁾	12 835,2	7 177,7	1 281,0	2 575,7	.	1 800,8
Februar ⁷⁾	13 159,5	7 228,7	1 317,8	2 745,8	.	1 867,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung meldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheck-
deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend berei-
ländlichen Kreditgenossenschaften, für die eine Aufgliederung auf die Spalten 7 bis 14 nicht vorliegt. — ⁵⁾ In den be-
haltenen Einlagen der ländlichen Kreditgenossenschaften (Juni 267,7 Mill. DM, Juli 270,9 Mill. DM) sind schätzungs-
hebungsschemas der monatlichen Bankenstatistik werden ab Juni 1950 die Einlagen jeweils nur zum Quartalsultimo
Einlagen wieder monatlich an, die weitere Aufgliederung der befristeten Einlagen (Sp. 7 bis Sp. 14) jedoch weiterhin

Fristigkeit bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet

Spareinlagen)

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

die Spalten 4 und 6 ⁴⁾ gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von:								Stand am Monatsende
30 Tagen bis 89 Tage		90 Tagen bis 179 Tage		180 Tagen bis 359 Tage		360 Tagen und darüber (einschl. Anlagekonten)		
Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffentlich- rechtliche Körper- schaften	
7	8	9	10	11	12	13	14	
.	1949
.	Januar
203,0	371,5	182,8	209,8	82,6	206,3	425,2	53,9	März
.	Juni
233,4	455,2	179,0	211,9	99,2	222,5	400,8	56,7	Juli
273,3	434,7	197,7	175,4	102,4	249,6	407,4	61,8	August
257,0	452,3	200,8	140,9	121,9	235,4	413,0	64,1	September
.	Oktober
272,4	465,5	199,7	137,7	129,3	231,0	409,7	73,7	November
237,3	551,6	188,6	160,3	137,1	231,7	394,5	105,3	Dezember
295,4	505,1	210,3	175,1	141,8	199,4	409,0	115,2	.
.	1950
306,9	563,0	243,5	174,7	160,9	226,2	417,4	113,7	Januar
310,5	662,8	267,8	207,5	178,2	261,9	428,9	131,3	Februar
328,1	637,8	296,6	227,6	202,2	232,8	447,2	152,4	März
.	April
374,7	734,5	317,3	209,8	232,2	247,8	463,7	157,6	April
421,8	785,0	312,6	248,9	246,0	272,2	481,4	187,0	Mai
497,1	641,5	409,1	323,8	285,5	295,0	531,7	144,9	Juni
.	Juli ⁷⁾
.	August ⁷⁾
601,2	744,8	513,7	346,7	360,2	273,1	570,9	171,9	September
.	Oktober ⁷⁾
.	November ⁷⁾
720,4	695,2	613,7	491,8	391,1	322,3	661,1	224,1	Dezember
.	1951
.	Januar ⁷⁾
.	Februar ⁷⁾

der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrektur-
ämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
ditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni
nigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 ohne Festkonto. — ⁴⁾ Ohne die in den Spalten 1 und 4 enthaltenen Einlagen der
fristeten Einlagen ist im Gegensatz zu bisherigen Publikationen auch das Anlagekonto mit erfaßt. — ⁶⁾ Die hierin ent-
weise zu 99 vH den Sichteinlagen und zu 1 vH den befristeten Einlagen zugeschlagen. — ⁷⁾ Infolge Änderung des Er-
nach der Fristigkeit aufgegliedert; ab November 1950 fällt die Aufteilung der Einlagen in Sichteinlagen und befristete
nur vierteljährlich.

noch: 1. Geschäftsbanken

c) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Kreditinstituten

Monatliche Bankenstatistik*¹⁾; Gesamterhebung²⁾ der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

in Mill. DM

Stand	Spar- einlagen- bestand am Monats- anfang ⁴⁾	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo der Ein- und Aus- zahlungen	Zugänge aus Zinsen	Sonstige ³⁾ Veränderungen (z. B. Umstel- lung, Umbu- chung, Zu- bzw. Abgang v. Instituten usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende	
							insgesamt ⁴⁾	darunter steuer- begünstigte Spar- einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8
1949								
Jan.	1 560,1	1 722,9	.
März	1 873,8	2 038,1	.
Juni	2 294,3	207,3	147,2	+ 60,1	0,8	+ 37,5	2 392,7	13,8
Juli	2 393,1	236,8	153,2	+ 83,6	1,3	+ 23,6	2 501,6	20,6
Aug.	2 501,6	221,2	142,2	+ 79,0	0,5	+ 15,4	2 596,5	25,1
Sept.	2 596,4	222,6	171,3	+ 51,3	0,4	+ 12,1	2 660,2	32,8
Okt.	2 659,9	225,2	165,5	+ 59,7	0,3	+ 9,1	2 729,0	48,2
Nov.	2 729,0	234,0	163,7	+ 70,3	0,4	+ 8,1	2 807,8	60,4
Dez.	2 807,3	309,5	189,7	+ 119,8	32,9	+ 6,2	2 966,2	89,9
1950								
Jan.	2 967,3	309,0	158,3	+ 150,7	15,9	+ 3,0	3 136,9	103,9
Febr.	3 136,9	265,1	147,6	+ 117,5	8,2	+ 4,4	3 267,0	112,2
März	3 267,2	286,6	178,2	+ 108,4	4,5	+ 2,7	3 382,8	122,6
April	3 382,7	278,5	173,8	+ 104,7	2,0	+ 1,9	3 491,3	132,2
Mai	3 491,2	272,6	187,4	+ 85,2	1,4	+ 1,0	3 578,8	142,3
Juni	3 566,9	303,4	189,4	+ 114,0	1,4	+ 12,8	3 695,1	172,4
Juli	3 695,1	254,8	230,0	+ 24,8	0,7	+ 1,1	3 721,7	184,8
Aug.	3 721,7	240,8	225,3	+ 15,5	0,6	- 1,3	3 736,5	194,0
Sept.	3 736,5	255,3	231,1	+ 24,2	0,2	+ 1,5	3 762,4	207,3
Okt.	3 762,4	289,0	215,2	+ 73,8	0,1	- 3,1	3 833,2	222,8
Nov.	3 833,2	265,7	226,8	+ 38,9	0,7	- 0,4	3 872,4	237,6
Dez.	3 872,4	307,5	300,3	+ 7,2	53,0	- 1,2	3 931,4	278,2
1951								
Jan.	3 931,4	267,6	287,9	- 20,3	25,2	+ 0,2	3 936,5	296,5
Febr.	3 936,5	228,9	231,9	- 3,0	8,0	+ 1,0	3 942,5	307,4

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzuführen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ³⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung. — ⁴⁾ Bis Mai 1950 auftretende Differenzen gegenüber dem Endbestand des Vormonats erklären sich aus Umbuchungen verschiedener Institute, die ab Juni 1950 in einer Sonderposition erfaßt werden (Spalte 6).

2. Postscheckkämter und Postsparkasse

IV. Monatliche Bankenstatistik
(Bilanzstatistik)

a) Einlagen und Vermögenswerte

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Einlagen der Postscheck- und Postsparkassenämter ¹⁾											Vermögenswerte ²⁾						
	Einlagen (einschl. Anlagekonto) insgesamt		Spalte 1 gliedert sich in:								Einlagen auf Festkonto bei den	Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen (einschl. angekaufte)	mittel- und langfristige Ausleihungen		
			Einlagen auf Postscheckkonto				Einlagen auf Postsparkassenkonto									davon		
	mit	ohne	Einlagen von Nichtbanken				Einlagen von Kreditinstituten	Einlagen auf Postscheckkonto		Postsparkassenämtern	Postsparkassenämtern	Kasse und Bankguthaben	Schatzwechsel des Bundes und der Länder	verzinsliche Wertpapiere	Ausgleichsfordernungen (einschl. angekaufte)	Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften	Kreditinstitute
	(Sp. 3+7+8)	(Sp. 3+8)	insgesamt (Spalte 4+6)	Wirtschaftsunternehmen und Private	dar. Anl.konto	Öffentl. rechtl. Körperschaften		insgesamt	dar. Anlagekonto							Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentl. rechtl. Körperschaften	Kreditinstitute
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1949																		
Jan.	812,4	653,3	604,9	481,0	7,4	123,9	159,1	48,4	3,9	15,0	12,2	—	—	—	—	—	—	—
März	840,9	673,4	608,7	487,2	8,7	121,5	167,5	64,7	5,8	5,2	7,1	—	—	—	—	—	—	—
Juni	792,6	679,2	595,1	493,4	8,6	101,7	113,4	84,1	7,6	2,3	1,9	—	—	—	—	—	—	—
Sept.	812,3	699,3	600,7	498,4	6,1	102,3	113,0	98,6	7,5	1,6	1,2	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	874,1	746,3	645,5	525,1	5,1	120,4	127,8	100,8	6,4	1,3	0,9	—	—	—	—	—	—	—
1950																		
März	827,7	713,7	591,7	474,6	5,0	117,1	114,0	122,0	6,5	1,1	0,9	175,2	112,7	136,0	308,9	—	61,8	35,1
Juni	899,7	783,6	645,6	527,8	4,1	117,8	116,1	138,0	6,5	· ^{b)}	· ^{b)}	158,5	112,7	137,0	319,2	—	142,2	30,1
Juli	905,9	791,1	650,5	544,4	4,1	106,1	114,8	140,6	6,5	·	·	163,2	217,7	136,0	215,6	—	143,8	29,6
Aug.	888,0	770,1	630,7	533,5	4,1	97,2	117,9	139,4	6,5	·	·	95,4	232,7	164,1	217,1	—	149,1	29,6
Sept.	922,3	804,3	665,7	552,0	4,1	113,7	118,0	138,6	6,7	·	·	132,3	232,7	164,1	214,4	—	149,2	29,6
Okt.	933,4	818,1	676,8	571,7	4,1	105,1	115,3	141,3	6,7	·	·	109,9	264,3	167,0	214,2	—	148,4	29,6
Nov.	947,9	823,9	681,1	567,6	4,1	113,5	124,0	142,8	6,8	·	·	108,9	282,6	165,3	214,2	—	147,3	29,6
Dez.	1 028,3	873,8	732,9	603,0	4,0	129,9	154,5	140,9	6,8	·	·	104,9	367,0	168,1	214,2	—	145,0	29,1
1951																		
Jan.	932,9	811,1	670,9	565,6	4,0	105,3	121,8	140,2	6,8	·	·	105,3	272,0	168,6	214,4	—	143,5	29,1
Febr.	953,6	831,1	690,9	581,8	3,9	109,1	122,5	140,2	6,8	·	·	96,6	302,7	169,1	213,8	—	142,3	29,1

¹⁾ Lt. Meldungen der Postscheck- und Postsparkassenämter zur Bankenstatistik. — ²⁾ Lt. Angaben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen. — ^{b)} Ab Juni 1950 sind die Einlagen auf Festkonto in den Spalten 3 und 4 bzw. 8 mit enthalten.

b) Spareinlagen und Umsätze im Sparverkehr bei den Postsparkassenämtern

in Mill. DM

Stand	Spareinlagenbestand am Monatsanfang	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen	Zugänge aus Zinsen	sonstige ¹⁾ Veränderungen (z. B. Umstellung, Umbuchung usw.)	Spareinlagenbestand am Monatsende
1949							
Januar	38,8	·	·	·	·	·	44,5
März	51,9	·	·	·	·	·	58,9
Juni	71,9	8,7	7,7	+ 1,0	—	+ 3,6	76,5
September	88,1	11,5	9,9	+ 1,6	0,0	+ 1,4	91,1
Dezember	93,7	9,0	8,9	+ 0,1	0,1	+ 0,5	94,4
1950							
Januar	94,4	14,0	6,3	+ 7,7	0,8	+ 0,4	103,3
Februar	103,3	12,2	6,9	+ 5,3	0,6	+ 0,3	109,5
März	109,5	14,4	8,8	+ 5,6	0,1	+ 0,3	115,5
April	115,5	11,9	8,2	+ 3,7	0,0	+ 0,2	119,4
Mai	119,4	13,8	10,0	+ 3,8	0,1	+ 0,2	123,5
Juni	123,5	18,8	11,9	+ 6,9	0,1	+ 0,2	130,7
Juli	130,7	16,7	14,4	+ 2,3	0,1	+ 0,2	133,3
August	133,3	15,6	17,0	— 1,4	0,1	+ 0,2	132,2
September	132,2	13,7	14,8	— 1,1	0,2	+ 0,2	131,5
Oktober	131,5	14,4	12,1	+ 2,3	0,3	+ 0,2	134,3
November	134,3	13,2	11,9	+ 1,3	0,1	+ 0,3	136,0
Dezember	136,0	10,6	14,2	— 3,6	1,6	+ 0,1	134,1
1951							
Januar	134,1	13,0	13,9	— 0,9	0,1	+ 0,1	133,4
Februar	133,4	11,6	12,2	— 0,6	0,5	+ 0,1	133,4

¹⁾ Bis einschließlich Mai 1950 nur Zugänge aus Umstellung.

3. Zur Entwicklung der Bausparkassen im Bundesgebiet

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Ausleihungen		Ausgleichsforderungen		Einlagen und aufgenommene Gelder	
	Hypo- theken	Zwischen- kredite	Aus- gleichs- forde- rungen im Bestand	verkaufte Aus- gleichs- forde- rungen	Spar- ein- lagen	aufge- nommene Fremd- mittel
	1	2	3	4	5	6
Bausparkassen insgesamt						
1950 Januar	75,1	57,5	56,8	4,2	230,5	23,6
März	85,1	73,2	54,7	7,1	277,5	25,2
Juni	113,2	103,9	52,4	10,6	351,8	26,8
September	149,6	168,6	49,4	13,4	431,9	26,0
Dezember	217,2	190,6	50,3	12,7	502,6	35,8
1951 Januar	235,5	202,1	51,3	11,7	527,6	39,3
Februar	252,7	198,6	51,8	11,1	538,6	40,2
Private Bausparkassen						
1950 Januar	43,2	10,9	44,3	3,4	145,3	0,4
März	52,4	11,7	41,0	5,8	168,7	0,3
Juni	72,4	18,3	37,4	9,3	197,0	0,4
September	98,0	33,4	34,5	12,1	236,5	0,9
Dezember	132,2	48,4	35,4	11,4	274,7	1,1
1951 Januar	143,3	53,7	36,4	10,4	287,7	1,3
Februar	154,4	49,5	37,0	9,8	294,0	1,3
Öffentl. Bausparkassen						
1950 Januar	31,9	46,6	12,5	0,8	85,2	23,2
März	32,7	61,5	13,7	1,3	108,8	24,9
Juni	40,8	85,6	15,0	1,3	154,8	26,4
September	51,6	135,2	14,9	1,3	195,4	25,1
Dezember	85,0	142,2	14,9	1,3	227,9	34,7
1951 Januar	92,2	148,4	14,9	1,3	239,9	38,0
Februar	98,3	149,1	14,8	1,3	244,6	38,9

4. Teilzahlungsfinanzierungsinstitute im Bundesgebiet *)

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Bilanzsumme	Aktiva				Passiva								Kreditvolumen insgesamt			
			Barreserve und Bankguthaben ²⁾	Wechsel	Debitoren	sonstige Aktiva ³⁾	Einlagen	Verpflichtungen aus Anweisungen	aufgenommene Gelder	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Eigenkapital § 11 KWG	sonstige Passiva ³⁾	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften u. a.	eigene Ziehungen im Umlauf		Indossamentsverbindlichkeiten		
																	1	2
1950																		
Sept.	64	131,2	2,5	64,3	57,5	6,9	17,2	8,3	70,1	1,9	9,4	24,3	3,4	6,2	36,4	164,5		
Okt.	65	150,0	3,2	69,7	69,7	7,4	18,5	11,2	78,6	2,6	10,0	29,1	3,8	7,8	51,4	198,8		
Nov.	66	172,6	3,7	75,6	85,5	7,8	25,3	14,4	89,6	3,0	10,3	30,0	0,1	10,0	53,3	224,6		
Dez.	67	180,8	5,7	60,8	105,1	9,2	15,5	15,9	100,4	5,2	10,8	33,0	0,0	10,3	73,1	249,6		
1951																		
Jan.	71	188,0	3,5	67,5	107,8	9,2	16,1	10,8	111,3	5,4	11,3	33,1	0,0	12,0	72,1	259,7		
Febr.	72	187,9	4,2	66,2	108,3	9,2	16,4	10,2	109,6	5,4	11,6	34,7	0,0	13,7	79,4	267,9		

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. —
¹⁾ Veränderungen entstehen durch Zugang neu berichtender Institute. — ²⁾ Einschließlich Postscheckguthaben. — ³⁾ Nicht identisch mit der gleichnamigen Bilanzposition. Einbezogen sind alle diejenigen Positionen des Ausweises, die in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt sind.

V. Kreditvolumen

1. Kurzfristige Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Geschäftsbanken ²⁾				Zentralbank-system (BdL und LZB) ⁴⁾	insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	insgesamt		
	insgesamt	darunter Valutaforde- rungen aus der RM-Zeit				
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾		45	4 946	87	5 033
Februar	5 265	bis einschl.	48	5 313	69	5 382
März	5 551	Juli 1949	51	5 602	172	5 774
April	5 887	statistisch	54	5 941	342	6 283
Mai	6 124	nicht erfaßt	56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466	401	6 867
Juli	6 823		62	6 885	314	7 199
August	7 625 ⁷⁾	267	67	7 692	239	7 931
September	8 060	267	72	8 132	264	8 396
Oktober	8 872	269	150 ⁸⁾	9 022	259	9 281
November	9 502	271	155	9 657	232	9 889
Dezember	9 848	276	158	10 006	447	10 453
1950						
Januar	10 218	275	161	10 379	374	10 753
Februar	10 604	281	165	10 769	388	11 157
März	10 986	282	169	11 155	420	11 575
April	11 128	284	171	11 299	601	11 900
Mai	11 222	285	172	11 394	1 008	12 402
Juni	11 466	.	175	11 641	1 592 ⁹⁾	13 233 ⁹⁾
Juli	11 639	.	177	11 816	1 418	13 234
August	11 846	.	179	12 025	1 564	13 589
September	12 446	.	185	12 631	1 483	14 114
Oktober	13 051	.	190	13 241	1 583	14 824
November	13 344	.	193	13 537	1 559	15 096
Dezember	13 594	.	196	13 790	1 580	15 370
1951						
Januar	13 787 ¹⁰⁾	.	198	13 985 ¹⁰⁾	1 311	15 296 ¹⁰⁾
Februar	14 103	.	202	14 305	1 517	15 822

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. — ²⁾ Ohne Teilzahlungsfinanzierungsinstitute (siehe Tabelle S. 74); Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. — ³⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. — ⁴⁾ Schatzwechsel, Kassenvorschüsse, Lombardkredite an die öffentliche Hand, Wertpapiere (einschl. der von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angekauften Ausgleichsforderungen) und Direktkredite an Wirtschaft und Private (letztere nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone). — ⁵⁾ Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. — ⁶⁾ Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁷⁾ Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁸⁾ Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — ⁹⁾ Zunahme in Höhe von 400 Mill. DM bedingt durch die Übertragung des „suspense account-Kredits“. — ¹⁰⁾ Berichtigte Zahlen.

Stand am Monats- ende	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mo- naten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1949														
Jan.	4 900,6	2 855,6	.	2 045,0	614,6	4 623,6	2 788,4	.	1 835,2			524,1		
März	5 551,2	3 368,3	.	2 182,9	705,3	5 234,9	3 299,8	.	1 935,1			607,1		
Juni	6 406,7	4 088,4	1 082,2	2 318,3	1 420,1	6 017,1	3 932,6	1 081,4	2 084,5			1 270,4		
Juli	6 823,1	4 421,3	1 184,8	2 401,8	1 435,5	6 452,0	4 274,4	1 184,2	2 177,6			1 250,5		
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	5 069,0	1 388,1	2 555,5	1 401,3 ⁸⁾	7 238,4 ⁸⁾	4 943,4	1 387,7	2 295,0			1 194,4 ¹⁰⁾		
Sept.	8 060,1	5 436,3	1 567,6	2 623,8	1 530,2	7 673,3	5 292,8	1 567,2	2 380,5			1 314,6		
Okt.	8 871,9	6 114,0	1 868,1	2 757,9	1 693,1	8 468,8	5 961,8	1 865,2	2 507,0			1 465,6		
Nov.	9 501,7	6 617,4	2 073,2	2 884,3	1 840,8	8 931,0	6 346,0	2 005,9	2 585,0			1 615,3		
Dez.	9 848,2	6 653,2	2 063,8	3 195,0	2 085,5	9 120,9	6 215,1	1 982,1	2 905,8			1 817,8		
1950														
Jan.	10 217,6	6 911,8	2 020,7	3 305,8	2 370,9 ¹¹⁾	9 614,7	6 626,1	1 944,0	2 988,6			2 067,8 ¹¹⁾		
Febr.	10 604,1	7 156,0	1 968,6	3 448,1	2 578,4	9 904,6	6 794,3	1 863,0	3 110,3			2 226,4		
März	10 986,3	7 276,1	2 139,4	3 710,2	2 879,9	10 078,4	6 799,4	2 038,4	3 279,0			2 463,5		
April	11 127,7	7 281,6	2 076,1	3 846,1	3 105,2	10 249,9	6 862,6	1 973,5	3 387,3			2 652,3		
Mai	11 221,9 ¹²⁾	7 261,5	2 027,0	3 960,4 ¹²⁾	3 326,9	10 315,6	6 845,8	1 924,6	3 469,8			2 836,8		
Juni	11 465,9	7 426,5	2 001,8	4 039,4	737,6	2 947,9	10 595,4	7 073,5	2 000,4	3 521,9	689,5	620,8	68,7	2 518,7
Juli	11 639,3	7 517,0	2 034,6	4 122,3	775,8	3 219,6	10 830,0	7 192,5	2 034,2	3 637,5	715,5	638,2	77,3	2 775,2
Aug.	11 845,8	7 713,6	2 082,7	4 132,2	817,9	3 602,4	11 086,9	7 395,5	2 082,2	3 691,4	755,8	676,2	79,6	3 113,9
Sept.	12 446,0 ¹⁴⁾	8 272,0	2 326,6	4 174,0	852,9	3 948,0	11 680,6 ¹³⁾	7 917,0	2 326,2	3 763,6	781,5	699,9	81,6	3 414,0
Okt.	13 050,8	8 742,4	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 374,2	8 378,9	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2
Dez.	13 594,4	8 532,8	2 343,9	5 061,6	959,1	5 077,0	13 034,3	8 249,2	2 342,9	4 785,1	880,8	800,6	80,2	4 368,7
1951														
Jan.	13 787,2	8 636,1	2 166,2	5 151,1	967,7	5 332,4	13 178,8	8 361,0	2 165,2	4 817,8	886,0	801,3	84,7	4 598,6
Febr.	14 102,9	8 718,7	2 058,4	5 384,2	1 016,2	5 642,3	13 528,8	8 467,4	2 057,8	5 061,4	930,3	847,7	82,6	4 869,2

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind bis Mai 1950 einschließlich auf die Umgestaltung der Statistik im Juni 1950 zurückzu-
ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringfügigen Ausnahmen — die Kreditinstitute,
— ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. Die vorliegenden Reihen
darlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾. — ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 ohne
August wurden ausgebucht rd. 130 Mill. DM für Rechnung der Länder verwaltete Umstellungsgrundschulden. — ¹⁰⁾ Vgl. Anmerkung ⁹⁾. — ¹¹⁾ Die
meldung einer Girozentrale (Abgang bei den Wechselkrediten an Kreditinstitute und Erhöhung der Schatzwechsel). — ¹³⁾ Vgl. Anmerkung ¹²⁾. — ¹⁴⁾ Zu-
verursacht durch den Abgang von 8 Instituten, die ab September 1950 unter den Teilzahlungsfinanzierungsinstituten berichten. — ¹⁵⁾ Vgl. Anmerk. ¹⁴⁾.

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gebiet

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monats- ende
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite		
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- Kredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
277,0					90,5		1 049,4	388,3	.	661,1					1949
316,3	67,2	209,8			98,2		1 122,7	411,8	.	710,9					Jan.
389,6	68,5	247,8			149,7		1 375,1	478,8	9,0	896,3					März
	155,8	233,8										123,0			Juni
371,1	146,9	224,2			185,0		1 543,3	506,8	11,4	1 036,5					Juli
386,1 ⁸⁾	125,6	260,5			206,9 ¹⁰⁾		1 593,3	528,5	12,3	1 064,8					Aug.
386,8	143,5	243,3			215,6		1 560,5	495,9	15,0	1 064,6					Sept.
403,1	152,2	250,9			227,5		1 685,2	624,1	19,7	1 061,1					Okt.
570,7	271,4	299,3			225,5		1 638,6	675,0	20,1	963,6					Nov.
727,3	438,1	289,2			267,7		1 618,3	609,7	23,2	1 008,6					Dez.
															1950
602,9	285,7	317,2			303,1 ¹¹⁾		1 730,2	656,0	21,3	1 074,2					Jan.
699,5	361,7	337,8			352,0		1 758,9	678,9	22,2	1 080,0					Febr.
907,9	476,7	431,2			416,4		1 732,8	664,8	19,7	1 068,0					März
877,8	419,0	458,8			452,9		1 703,2	664,9	21,2	1 038,3					April
906,3 ¹²⁾	415,7	490,6 ¹²⁾			490,1		1 762,2 ¹³⁾	684,5	17,0	1 077,7 ¹³⁾					Mai
870,5	353,0	517,5	48,1	42,8	5,3	429,2	1 733,4	662,4	20,7	1 071,0	41,0	37,2	3,8	456,5	Juni
809,3	324,5	484,8	60,3	54,7	5,6	444,4	1 769,0	667,5	22,8	1 101,5	49,1	41,6	7,5	496,0	Juli
758,9	318,1	440,8	62,1	56,8	5,3	488,5	1 762,9	679,4	22,5	1 083,5	47,8	40,3	7,5	543,7	Aug.
765,4	355,0	410,4	71,4	66,6	4,8	534,0	1 838,0	779,7	23,0	1 058,3	45,4	37,8	7,6	608,6	Sept.
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	724,6	Nov.
560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 814,5	789,4	19,5	1 025,1	87,8	52,8	35,0	773,1	Dez.
															1951
608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 925,4	892,9	18,4	1 032,5	99,9	64,8	35,1	797,9	Jan.
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.

führen, Veränderungen ab Juni 1950 auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen. — ¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute ist nicht von Bedeutung. sind für alle aufgeführten Termine rückwirkend bereinigt. — ²⁾ Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — ³⁾ Hypotheken, Kommunal-unverzinsliche Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Erstmals enthalten 267 Mill. DM Valutaforderungen aus der RM-Zeit. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung 7). — ⁶⁾ Im Zunahme ist zum Teil auf den Neuzugang einiger Institute zurückzuführen. — ⁷⁾ Nachträglicher Zugang in Höhe von 25 Mill. DM durch Korrektur-nahme im September 1950 rd. 689 Mill. DM, wenn ein statistisch bedingter Rückgang in Höhe von rd. 89 Mill. DM ausgeschaltet wird. Der Rückgang ist

Stand am Monats- ende 1950 bzw. 1951	Kredite an													
	insgesamt						von den Spalten 1							
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Monaten)	davon		Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- fende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private							
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr ⁵⁾)	
ins- gesamt	darunter Akzept- kredite			ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite		Debi- toren	durch- laufende Kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Bundesgebiet														
Okt.	13 050,8	8 742,4	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 374,2	8 378,9	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2
Dez.	13 594,4	8 532,8	2 343,9	5 061,6	959,1	5 077,0	13 034,3	8 249,2	2 342,9	4 785,1	880,8	800,6	80,2	4 368,7
Jan.	13 787,2	8 636,1	2 166,2	5 151,1	967,7	5 332,4	13 178,8	8 361,0	2 165,2	4 817,8	886,0	801,3	84,7	4 598,6
Febr.	14 102,9	8 718,7	2 058,4	5 384,2	1 016,2	5 642,3	13 528,8	8 467,4	2 057,8	5 061,4	930,3	847,7	82,6	4 869,2
Baden														
Okt.	288,6	217,0	50,5	71,6	21,8	33,8	270,5	208,4	50,5	62,1	18,1	16,4	1,7	28,6
Nov.	294,3	220,5	48,3	73,8	21,9	38,5	276,1	210,7	48,3	65,4	18,2	16,9	1,3	33,8
Dez.	302,8	218,8	44,8	84,0	23,0	43,5	283,1	207,4	44,8	75,7	19,2	17,8	1,4	38,0
Jan.	302,1	218,1	39,5	84,0	24,1	46,5	277,8	205,3	39,5	72,5	20,4	18,6	1,8	40,9
Febr.	313,0	227,1	38,6	85,9	25,4	50,1	283,2	209,9	38,6	73,3	21,7	20,3	1,4	44,5
Bayern														
Okt.	2 054,0	1 544,4	509,7	509,6	124,6	860,0	1 928,8	1 419,5	509,6	509,3	117,5	104,4	13,1	721,1
Nov.	2 082,6	1 552,2	499,3	530,4	133,7	899,4	1 960,3	1 431,0	499,1	529,3	125,1	118,3	6,8	779,8
Dez.	2 060,7	1 438,6	447,6	622,1	138,8	975,7	1 961,1	1 377,1	447,5	584,0	130,1	121,5	8,6	843,3
Jan.	2 126,0	1 497,4	429,1	628,6	135,6	1 023,1	1 997,1	1 385,8	428,9	611,3	127,1	119,0	8,1	885,6
Febr.	2 173,8	1 481,5	419,4	692,3	146,2	1 054,6	2 052,3	1 402,9	419,3	649,4	137,3	128,6	8,7	911,9
Bremen														
Okt.	497,6	365,6	135,1	132,0	9,2	133,6	495,3	365,3	135,1	130,0	9,2	8,8	0,4	126,7
Nov.	518,9	367,7	134,2	151,2	9,7	143,7	518,6	367,4	134,2	151,2	9,7	9,2	0,5	136,4
Dez.	534,9	355,2	137,5	179,7	9,7	162,9	534,5	354,8	137,5	179,7	9,7	9,2	0,5	155,7
Jan.	537,0	353,1	126,8	183,9	9,7	175,2	536,4	352,6	126,8	183,8	9,7	9,0	0,7	168,0
Febr.	473,2	274,5	114,1	198,7	10,3	254,9	472,4	273,8	114,1	198,6	10,3	9,4	0,9	247,6
Hamburg														
Okt.	1 611,6	1 094,8	515,7	516,8	70,4	186,1	1 597,4	1 093,4	515,7	504,0	70,3	62,0	8,3	185,5
Nov.	1 702,3	1 132,9	535,2	569,4	69,9	197,2	1 687,8	1 131,2	535,2	556,6	69,8	65,4	4,4	196,5
Dez.	1 765,2	1 113,8	556,8	651,4	73,0	213,3	1 749,9	1 112,0	556,8	637,9	72,8	65,8	7,0	212,7
Jan.	1 771,5	1 131,5	508,8	640,0	74,5	217,8	1 755,7	1 129,2	508,8	626,5	74,3	66,6	7,7	217,1
Febr.	1 772,5	1 132,2	455,5	640,3	78,3	224,2	1 757,8	1 130,1	455,5	627,7	78,1	70,6	7,5	223,3
Hessen														
Okt.	1 068,3	718,6	156,6	349,7	78,6	249,0	1 041,7	713,0	156,3	328,7	73,4	67,0	6,4	201,7
Nov.	1 099,8	726,2	148,2	373,6	79,9	264,5	1 071,3	720,6	148,1	350,7	74,7	67,1	7,6	215,1
Dez.	1 153,4	717,1	147,9	436,3	84,5	290,7	1 128,5	711,3	147,8	417,2	79,0	70,0	9,0	236,4
Jan.	1 193,1	756,8	136,8	436,3	86,3	303,7	1 171,2	749,6	136,7	421,6	80,4	71,2	9,2	246,7
Febr.	1 240,0	788,3	145,8	451,7	93,2	318,0	1 215,5	782,2	145,8	433,3	87,5	77,6	9,9	260,1
Niedersachsen														
Okt.	989,0	672,3	85,6	316,7	40,2	544,3	953,5	643,8	85,6	309,7	39,4	27,6	11,8	447,9
Nov.	1 021,5	683,7	86,6	337,8	43,2	589,9	978,7	651,4	86,6	327,3	42,3	28,8	13,5	485,9
Dez.	1 063,1	666,6	86,8	396,5	38,2	637,3	1 021,9	638,8	86,8	383,1	37,1	28,9	8,2	527,5
Jan.	1 072,0	673,5	82,0	398,5	39,6	668,9	1 031,8	648,7	82,0	383,1	38,3	29,3	9,0	553,4
Febr.	1 106,8	700,5	73,5	406,3	40,3	692,5	1 055,0	664,6	73,5	390,4	38,9	31,2	7,7	573,6

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kredit-
— 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute											Stand am Monats- ende 1950 bzw. 1951
bis 6 entfallen auf:							kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Laufzeit bis zu 6 Monat- en)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		lang- fristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)				
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wech- sel- obligo der Kund- schaft		Debi- toren	durch- lau- fende Kredite					
kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (ein- schließlich langfristige durch- laufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) 5)		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite									
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29				
Bundesgebiet																		
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.			
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	724,6	Nov.			
560,1	283,6	276,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 814,5	789,4	19,5	1 025,1	87,8	52,8	35,0	773,1	Dez.			
608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 925,4	892,9	18,4	1 032,5	99,9	64,8	35,1	797,9	Jan.			
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.			
Baden																		
18,1	8,6	9,5	3,7	3,7	—	5,2	43,8	18,1	—	25,7	0,2	0,2	—	1,6	Okt.			
18,2	9,8	8,4	3,7	3,7	—	4,7	45,9	19,3	—	26,6	0,2	0,2	—	2,4	Nov.			
19,7	11,4	8,3	3,8	3,8	—	5,5	43,0	18,3	—	24,7	0,2	0,2	—	2,5	Dez.			
24,3	12,8	11,5	3,7	3,7	—	5,6	41,3	19,1	—	22,2	4,0	4,0	—	2,5	Jan.			
29,8	17,2	12,6	3,7	3,7	—	5,6	40,7	19,1	—	21,6	4,2	4,2	—	2,8	Febr.			
Bayern																		
125,2	124,9	0,3	7,1	2,8	4,3	138,9	297,4	175,7	1,6	121,7	6,6	6,6	0,0	21,4	Okt.			
122,3	121,2	1,1	8,6	6,0	2,6	119,6	276,0	157,0	1,5	119,0	35,0	6,5	28,5	51,6	Nov.			
99,6	61,5	38,1	8,7	6,2	2,5	132,4	234,5	119,5	1,5	115,0	45,4	16,7	28,7	56,3	Dez.			
128,9	111,6	17,3	8,5	6,1	2,4	137,5	278,3	164,4	1,5	113,9	44,1	15,3	28,8	57,0	Jan.			
121,5	78,6	42,9	8,9	6,5	2,4	142,7	293,4	165,8	1,7	127,6	45,0	15,1	29,9	59,2	Febr.			
Bremen																		
2,3	0,3	2,0	—	—	—	6,9	46,7	35,6	—	11,1	—	—	—	40,8	Okt.			
0,3	0,3	—	—	—	—	7,3	48,3	37,2	—	11,1	—	—	—	42,0	Nov.			
0,4	0,4	0,0	—	—	—	7,2	54,6	41,1	—	13,5	—	—	—	38,4	Dez.			
0,6	0,5	0,1	—	—	—	7,2	62,1	47,6	—	14,5	—	—	—	38,5	Jan.			
0,8	0,7	0,1	—	—	—	7,3	56,6	43,5	—	13,1	—	—	—	38,2	Febr.			
Hamburg																		
14,2	1,4	12,8	0,1	0,1	—	0,6	103,7	42,5	6,7	61,2	4,1	1,7	2,4	9,9	Okt.			
14,5	1,7	12,8	0,1	0,1	—	0,7	106,7	45,5	6,4	61,2	3,7	1,4	2,3	11,7	Nov.			
15,3	1,8	13,5	0,2	0,2	—	0,6	106,0	49,2	4,5	56,8	4,0	1,8	2,2	12,6	Dez.			
15,8	2,3	13,5	0,2	0,2	—	0,7	95,9	48,5	4,2	47,4	3,9	1,6	2,3	12,7	Jan.			
14,7	2,1	12,6	0,2	0,2	—	0,9	106,8	61,0	3,9	45,8	5,2	2,9	2,3	13,6	Febr.			
Hessen																		
26,6	5,6	21,0	5,2	5,2	—	47,3	244,6	73,1	4,3	171,5	4,6	3,6	1,0	10,5	Okt.			
28,5	5,6	22,9	5,2	5,2	—	49,4	248,1	71,3	6,4	176,8	5,5	4,5	1,0	14,0	Nov.			
24,9	5,8	19,1	5,5	5,5	—	54,3	214,8	64,2	5,5	150,6	4,4	3,4	1,0	15,8	Dez.			
21,9	7,2	14,7	5,9	5,9	—	57,0	208,1	74,5	5,1	133,6	4,0	3,0	1,0	16,5	Jan.			
24,5	6,1	18,4	5,7	5,7	—	57,9	214,2	84,1	10,0	130,1	3,4	2,4	1,0	16,8	Febr.			
Niedersachsen																		
35,5	28,5	7,0	0,8	0,8	0,0	96,4	174,6	90,9	0,0	83,7	2,9	2,9	—	54,9	Okt.			
42,8	32,3	10,5	0,9	0,8	0,1	104,0	179,5	97,0	0,0	82,5	3,0	3,0	—	69,0	Nov.			
41,2	27,8	13,4	1,1	0,8	0,3	109,8	182,1	89,2	0,1	92,9	3,1	3,1	—	80,9	Dez.			
40,2	24,8	15,4	1,3	0,8	0,5	115,5	197,1	106,5	0,2	90,6	3,0	3,0	—	84,5	Jan.			
51,8	35,9	15,9	1,4	0,9	0,5	118,9	204,8	113,0	0,1	91,8	3,0	3,0	—	86,6	Febr.			

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit gering-
institute ist nicht von Bedeutung. — 2) Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt.
durchlaufende Kredite. — 5) Vgl. Anmerkung 4).

Stand am Monats- ende 1950 bzw. 1951	Kredite an														
	insgesamt						von den Spalten 1								
	kurz- fristige Kredite ins- gesamt (Lauf- zeit bis zu 6 Mon- aten)	davon			Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- ende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private							
		Debitoren		Wechsel- obligo der Kund- schaft				kurz- fristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittel- fristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließ- lich lang- fristige durchlauf- Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite						ins- gesamt	darunter Akzept- kredite	Wechsel- obligo der Kund- schaft		Debitoren	durch- laufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Nordrhein-Westfalen															
Okt.	3 335,2	1 897,1	388,8	1 438,1	262,0	932,3	3 209,1	1 885,3	387,1	1 323,8	246,3	229,7	16,6	794,8	
Nov.	3 470,0	2 017,6	398,2	1 452,4	262,2	1 016,8	3 345,6	1 997,8	397,2	1 347,8	248,3	230,8	17,5	859,4	
Dez.	3 600,5	2 010,2	406,3	1 590,3	283,1	1 108,0	3 537,9	1 997,7	405,5	1 540,2	268,8	240,8	28,0	928,6	
Jan.	3 707,0	2 084,7	391,5	1 622,3	282,7	1 167,4	3 589,4	2 069,8	390,7	1 519,6	269,5	239,7	29,8	976,3	
Febr.	3 834,8	2 165,7	378,8	1 669,1	292,3	1 236,8	3 751,4	2 154,9	378,3	1 596,5	275,5	249,8	25,7	1 026,2	
Rheinland-Pfalz															
Okt.	541,0	393,6	90,4	147,4	39,2	120,6	525,8	385,1	90,4	140,7	36,7	36,5	0,2	101,0	
Nov.	559,2	402,8	92,6	156,4	40,6	128,2	543,2	393,5	92,6	149,7	38,3	38,0	0,3	107,6	
Dez.	564,3	398,5	94,0	165,8	42,5	141,3	547,5	389,0	94,0	158,5	39,9	39,4	0,5	119,3	
Jan.	573,9	402,9	90,3	171,0	41,8	145,8	554,9	391,7	90,3	163,2	39,3	38,8	0,5	123,6	
Febr.	587,4	411,1	87,9	176,3	43,9	150,4	568,7	400,2	87,9	168,5	41,7	40,5	1,2	127,3	
Schleswig-Holstein															
Okt.	461,4	327,3	109,5	134,1	48,0	218,3	443,3	310,2	109,5	133,1	45,8	40,5	5,3	188,1	
Nov.	452,5	309,7	92,9	142,8	47,6	234,5	439,5	297,4	92,9	142,1	45,3	41,1	4,2	202,3	
Dez.	441,5	263,9	64,4	177,6	46,7	252,7	427,9	251,0	64,4	176,9	44,8	41,1	3,7	218,2	
Jan.	447,4	268,3	57,3	179,1	46,4	272,3	431,9	253,4	57,3	178,5	43,8	40,2	3,6	236,3	
Febr.	454,8	262,3	55,2	192,5	48,2	284,7	442,8	250,9	55,2	191,9	45,6	42,0	3,6	247,5	
Württemberg-Baden															
Okt.	1 323,6	951,9	298,4	371,7	127,8	653,4	1 287,7	938,8	298,4	348,9	92,6	80,9	11,7	530,9	
Nov.	1 348,6	969,7	301,2	378,9	132,1	708,2	1 321,5	957,6	301,2	363,9	97,7	83,9	13,8	576,4	
Dez.	1 348,5	954,7	286,5	393,8	133,2	763,3	1 326,2	941,4	286,5	384,8	96,8	87,9	8,9	625,1	
Jan.	1 344,0	948,8	264,5	395,2	135,0	803,2	1 321,1	936,0	264,5	385,1	96,3	86,5	9,8	662,0	
Febr.	1 368,7	960,7	251,4	408,0	148,1	836,6	1 350,0	947,2	251,4	402,8	109,1	97,7	11,4	688,3	
Württemberg-Hohenzollern															
Okt.	246,9	192,7	30,3	54,2	8,3	43,2	236,9	186,6	30,3	50,3	8,1	6,9	1,2	34,4	
Nov.	250,5	195,2	29,7	55,3	8,4	46,9	240,4	188,0	29,7	52,4	8,2	6,9	1,3	37,4	
Dez.	255,1	196,1	29,9	59,0	9,4	51,8	244,6	188,5	29,9	56,1	9,1	7,3	1,8	41,4	
Jan.	266,9	203,5	28,0	63,4	9,6	54,3	255,8	195,3	28,0	60,5	9,2	7,1	2,1	43,4	
Febr.	281,5	213,1	26,7	68,4	12,0	57,5	269,1	203,6	26,7	65,5	11,9	9,8	2,1	45,5	
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2	
Nov.	544,1	285,1	138,0	259,0	71,8	410,0	319,8	173,3	138,0	146,5	69,1	66,4	2,7	395,7	
Dez.	504,5	199,2	41,5	305,3	77,1	436,7	271,2	80,2	41,5	191,0	73,6	71,0	2,6	422,8	
Jan.	446,4	97,6	11,6	348,8	82,6	454,3	255,8	43,8	11,6	212,0	77,8	75,2	2,6	445,5	
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3	

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bank fügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kre-
— 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets
Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute								Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951
bis 6 entfallen auf:							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾	
Öffentlich-rechtliche Körperschaften								Debitoren		Wechsel-obligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite		
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite						
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Nordrhein-Westfalen															
126,1	11,8	114,3	15,7	15,7	—	137,5	371,5	141,4	3,2	230,1	9,4	9,0	0,4	203,8	Okt.
124,4	19,8	104,6	13,9	13,9	—	157,4	412,5	149,9	2,3	262,6	9,6	9,2	0,4	213,8	Nov.
62,6	12,5	50,1	14,3	14,3	—	179,4	430,5	151,4	2,0	279,1	11,6	11,1	0,5	230,3	Dez.
117,6	14,9	102,7	13,2	13,2	—	191,1	462,5	151,0	2,2	311,5	21,1	20,5	0,6	236,3	Jan.
83,4	10,8	72,6	16,8	16,8	—	210,6	477,4	149,9	1,9	327,5	13,3	12,7	0,6	242,0	Febr.
Rheinland-Pfalz															
15,2	8,5	6,7	2,5	2,5	—	19,6	158,2	95,1	—	63,1	1,7	1,7	—	13,0	Okt.
16,0	9,3	6,7	2,3	2,3	—	20,6	162,7	93,4	0,1	69,3	2,0	2,0	0,0	13,4	Nov.
16,8	9,5	7,3	2,6	2,6	—	22,0	167,9	92,7	0,1	75,2	1,6	1,6	—	14,9	Dez.
19,0	11,2	7,8	2,5	2,5	—	22,2	165,3	92,9	0,2	72,4	1,9	1,9	—	15,5	Jan.
18,7	10,9	7,8	2,2	2,2	—	23,1	168,0	96,5	1,2	71,5	2,0	2,0	—	15,9	Febr.
Schleswig-Holstein															
18,1	17,1	1,0	2,2	2,1	0,1	30,2	84,0	35,4	0,1	48,6	2,9	1,1	1,8	8,2	Okt.
13,0	12,3	0,7	2,3	2,1	0,2	32,2	80,9	36,2	0,0	44,7	3,0	1,2	1,8	12,2	Nov.
13,6	12,9	0,7	1,9	1,9	—	34,5	76,8	24,3	0,0	52,5	3,1	1,2	1,9	12,4	Dez.
15,5	14,9	0,6	2,6	2,6	—	36,0	90,7	32,4	0,0	58,3	2,9	1,1	1,8	12,9	Jan.
12,0	11,4	0,6	2,6	2,6	—	37,2	88,9	34,0	0,0	54,9	2,9	1,1	1,8	13,1	Febr.
Württemberg-Baden															
35,9	13,1	22,8	35,2	34,6	0,6	122,5	202,4	104,5	6,2	97,9	2,4	2,0	0,4	40,9	Okt.
27,1	12,1	15,0	34,4	33,8	0,6	131,8	193,1	96,0	6,2	97,1	2,3	2,0	0,3	38,7	Nov.
22,3	13,3	9,0	36,4	36,0	0,4	138,2	189,6	97,2	4,6	92,4	2,4	2,0	0,4	35,0	Dez.
22,9	12,8	10,1	38,7	38,3	0,4	141,2	202,9	104,8	3,9	98,1	2,3	1,9	0,4	35,3	Jan.
18,7	13,5	5,2	39,0	38,6	0,4	148,3	187,1	101,1	4,7	86,0	3,1	2,7	0,4	37,7	Febr.
Württemberg-Hohenzollern															
10,0	6,1	3,9	0,2	0,2	—	8,8	41,3	27,7	1,2	13,6	5,3	5,3	—	7,8	Okt.
10,1	7,2	2,9	0,2	0,2	—	9,5	36,7	24,1	1,3	12,6	5,2	5,2	—	7,9	Nov.
10,5	7,6	2,9	0,3	0,3	—	10,4	33,5	22,3	1,0	11,2	5,3	5,3	—	9,5	Dez.
11,1	8,2	2,9	0,4	0,4	—	10,9	32,9	21,6	1,1	11,3	5,3	5,3	—	9,7	Jan.
12,4	9,5	2,9	0,1	0,1	—	12,0	37,0	26,0	0,5	11,0	5,2	5,2	—	11,2	Febr.
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben															
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.
224,3	111,8	112,5	2,7	2,7	—	14,3	88,3	21,9	—	66,4	7,0	6,7	0,3	247,7	Nov.
233,3	119,0	114,3	3,5	3,5	—	13,9	80,9	20,0	—	60,9	6,6	6,3	0,3	264,3	Dez.
190,6	53,8	136,8	4,8	4,8	—	8,8	88,4	29,6	—	58,8	7,3	7,1	0,2	276,3	Jan.
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringdinstitute ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni erstmalig nicht mehr mit erfasst durchlaufende Kredite. — ⁵⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾.

Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951	Kredite an von den Spalten 1													
	insgesamt						Wirtschaftsunternehmen und Private							
	kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)		davon Debitoren		Wechselobligo der Kundschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre) ³⁾	langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁴⁾	davon			mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾
	insgesamt	darunter Akzeptkredite	insgesamt	darunter Akzeptkredite				insgesamt	darunter Akzeptkredite	Wechselobligo der Kundschaft		Debitoren	durchlaufende Kredite	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Alle Banken														
Okt.	13 050,8	8 742,4	2 570,5	4 308,4	896,9	4 352,4	12 374,2	8 378,9	2 568,3	3 995,3	821,7	742,4	79,3	3 725,0
Nov.	13 344,3	8 863,3	2 504,2	4 481,0	921,0	4 677,5	12 703,0	8 520,1	2 502,9	4 182,9	846,6	772,8	73,8	4 026,2
Dez.	13 594,4	8 532,8	2 343,9	5 061,6	959,1	5 077,0	13 034,3	8 249,2	2 342,9	4 785,1	880,8	800,6	80,2	4 368,7
Jan.	13 787,2	8 636,1	2 166,2	5 151,1	967,7	5 332,4	13 178,8	8 361,0	2 165,2	4 817,8	886,0	801,3	84,7	4 598,6
Febr.	14 102,9	8 718,7	2 058,4	5 384,2	1 016,2	5 642,3	13 528,8	8 467,4	2 057,8	5 061,4	930,3	847,7	82,6	4 869,2
Kreditbanken														
Okt.	7 648,2	5 009,9	1 973,4	2 638,3	160,3	507,5	7 505,5	4 887,3	1 971,6	2 618,2	155,4	121,4	34,0	485,9
Nov.	7 905,8	5 128,7	1 952,3	2 777,1	173,7	550,2	7 764,3	5 010,0	1 951,1	2 754,3	168,8	135,4	33,4	526,0
Dez.	8 263,9	4 979,9	1 904,3	3 284,0	188,2	607,0	8 164,4	4 924,6	1 903,4	3 239,8	181,8	147,5	34,3	580,4
Jan.	8 421,7	5 104,2	1 794,5	3 317,5	193,7	656,1	8 246,2	4 996,9	1 793,6	3 249,3	189,5	152,7	36,8	627,9
Febr.	8 668,6	5 189,6	1 710,8	3 479,0	228,2	685,7	8 519,4	5 109,7	1 710,2	3 409,7	222,4	188,6	33,8	656,0
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Okt.	48,5	44,6	—	3,9	20,6	1 277,4	39,3	38,8	—	0,5	18,9	10,3	8,6	1 143,0
Nov.	49,1	41,8	—	7,3	21,7	1 361,8	40,7	40,1	—	0,6	20,0	17,8	2,2	1 222,1
Dez.	56,5	44,7	—	11,8	23,2	1 466,6	43,2	42,7	—	0,5	21,6	17,4	4,2	1 320,1
Jan.	50,6	38,5	—	12,1	23,8	1 534,7	34,6	34,4	—	0,2	22,3	16,8	5,5	1 381,7
Febr.	21,5	11,1	—	10,4	21,8	1 614,2	8,4	8,2	—	0,2	20,2	14,6	5,6	1 455,1
Girozentralen														
Okt.	917,9	536,6	55,2	381,3	183,7	926,4	746,4	478,9	55,2	267,5	139,2	121,7	17,5	614,8
Nov.	958,5	578,9	77,9	379,6	186,9	979,8	797,6	507,6	77,9	290,0	143,1	125,5	17,6	666,7
Dez.	940,5	559,4	83,5	381,1	199,8	1 057,2	825,4	496,9	83,5	328,5	154,6	131,5	23,1	709,3
Jan.	954,0	562,9	70,1	391,1	198,7	1 109,4	826,3	500,0	70,1	326,3	152,6	130,6	22,0	746,5
Febr.	928,2	541,2	82,5	387,0	203,2	1 211,0	795,6	470,7	52,5	324,9	154,8	133,4	21,4	824,5
Sparkassen														
Okt.	2 132,6	1 647,3	60,0	485,3	275,8	1 150,1	2 031,8	1 609,9	59,8	421,9	259,1	249,3	9,8	1 007,5
Nov.	2 187,8	1 682,6	61,9	505,2	277,6	1 254,0	2 085,1	1 645,2	61,8	439,9	261,3	250,5	10,8	1 097,7
Dez.	2 169,9	1 657,6	54,4	512,3	283,7	1 378,0	2 075,2	1 614,7	54,3	460,5	267,5	258,4	9,1	1 208,4
Jan.	2 205,9	1 689,9	49,0	516,0	289,8	1 439,8	2 112,2	1 644,4	48,9	467,8	270,5	260,4	10,1	1 262,4
Febr.	2 248,7	1 717,3	48,2	531,4	302,1	1 501,3	2 159,7	1 675,2	48,2	484,5	283,3	272,6	10,7	1 316,2
Zentralkassen														
Okt.	301,9	183,2	120,0	118,7	1,8	21,4	300,8	182,5	120,0	118,3	1,7	1,7	0,0	21,4
Nov.	303,5	178,7	112,7	124,8	1,8	21,9	302,3	178,0	112,7	124,3	1,7	1,7	—	21,9
Dez.	301,2	167,8	111,0	133,4	2,4	21,4	300,2	167,3	111,0	132,9	2,3	2,3	0,0	21,4
Jan.	304,9	168,2	101,0	136,7	2,5	21,8	304,1	167,9	101,0	136,2	2,4	2,4	0,0	21,8
Febr.	309,4	162,2	95,0	147,2	2,5	23,3	308,6	161,9	95,0	146,7	2,4	2,4	0,0	23,3
Kreditgenossenschaften														
Okt.	1 168,9	823,1	105,8	345,8	160,0	84,0	1 167,5	821,9	105,7	345,6	155,3	150,0	5,3	80,4
Nov.	1 187,0	832,4	101,5	354,6	159,6	92,1	1 185,5	831,2	101,5	354,3	154,7	149,2	5,5	88,3
Dez.	1 148,2	789,0	92,9	359,2	157,3	101,1	1 145,6	788,1	92,9	357,5	151,8	146,4	5,4	97,4
Jan.	1 185,2	830,8	82,8	354,4	149,7	106,5	1 181,7	829,7	82,8	352,0	144,0	137,8	6,2	102,8
Febr.	1 202,9	845,8	76,8	357,1	153,9	112,4	1 199,8	844,9	76,8	354,9	148,0	141,1	6,9	108,5
Sonstige Geldinstitute														
Okt.	199,2	130,5	56,2	68,7	28,0	7,6	198,8	130,1	56,2	68,7	28,0	26,5	1,5	7,6
Nov.	208,7	135,1	60,0	73,6	27,8	7,9	207,8	134,7	60,0	73,1	27,8	26,3	1,5	7,9
Dez.	209,8	135,1	56,3	74,7	27,4	9,1	209,2	134,8	56,3	74,4	27,4	25,9	1,5	9,1
Jan.	218,5	144,1	57,4	74,4	26,8	10,0	217,8	149,9	57,4	73,9	26,8	25,3	1,5	10,0
Febr.	227,2	149,8	63,6	77,4	26,5	12,3	226,8	149,7	63,6	77,1	26,5	25,0	1,5	12,3
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben														
Okt.	633,6	367,1	199,8	266,5	66,9	377,8	384,2	229,4	199,8	154,8	64,4	61,7	2,7	364,2
Nov.	544,1	285,1	138,0	259,0	71,8	410,0	319,8	173,3	138,0	146,5	69,1	66,4	2,7	395,7
Dez.	504,5	199,2	41,5	305,3	77,1	436,7	271,2	80,2	41,5	191,0	73,6	71,0	2,6	422,8
Jan.	446,4	97,6	11,6	348,8	82,6	454,3	255,8	43,8	11,6	212,0	77,8	75,2	2,6	445,5
Febr.	496,3	101,6	11,5	394,7	78,1	482,1	310,5	47,1	11,5	263,4	72,8	70,1	2,7	473,3

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Bankfügen Ausnahmen — die Kreditinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Kreditinstitute betrug 0,1%. — 2) Einschließlich mittelfristige „durchlaufende Kredite“. — 3) Hypotheken, Kommunaldarlehen, sonstige langfristige Ausleihungen und langfristige

Kredite der Geschäftsbanken

V. Kreditvolumen

gruppen

und der Landeszentralbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebiets

Mill. DM

Nichtbanken							Kredite an Kreditinstitute										Stand am Monatsende 1950 bzw. 1951
bis 6 entfallen auf:							davon					davon					
Öffentlich-rechtliche Körperschaften							kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	Debitoren		Wechsel-obligo der Kundschaft	mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾			
kurzfristige Kredite insgesamt (Laufzeit bis zu 6 Monaten)	davon		mittelfristige Kredite (Laufzeit 6 Monate bis weniger als 4 Jahre)	davon		langfristige Kredite (einschließlich langfristige durchlaufende Kredite) (Laufzeit 4 Jahre und mehr) ⁵⁾		insgesamt	darunter Akzeptkredite			Debitoren	durchlaufende Kredite				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29			
Alle Banken																	
676,6	363,5	313,1	75,2	70,2	5,0	627,4	1 859,1	865,9	23,3	993,2	46,3	39,8	6,5	638,4	Okt.		
641,3	343,2	298,1	74,4	70,9	3,5	651,3	1 878,7	848,9	24,4	1 029,8	76,6	41,9	34,7	724,6	Nov.		
560,1	283,6	267,5	78,3	75,0	3,3	708,3	1 814,5	789,4	19,5	1 025,1	87,8	52,8	35,0	773,1	Dez.		
608,4	275,1	333,3	81,7	78,3	3,4	733,8	1 925,4	892,9	18,4	1 032,5	99,9	64,8	35,1	797,9	Jan.		
574,1	251,3	322,8	85,9	82,6	3,3	773,1	1 964,2	920,2	24,1	1 044,0	96,0	59,9	36,1	825,3	Febr.		
Kreditbanken																	
142,8	122,7	20,1	4,9	3,3	1,6	21,6	395,2	142,0	17,6	253,2	3,1	0,5	2,6	2,1	Okt.		
141,5	118,7	22,8	4,9	3,3	1,6	24,2	345,0	109,6	18,6	235,4	32,0	1,0	31,0	2,1	Nov.		
99,5	55,3	44,2	6,4	5,0	1,4	26,6	309,2	104,4	13,4	204,8	32,1	0,8	31,3	2,1	Dez.		
175,5	107,3	68,2	4,2	2,8	1,4	28,2	293,1	112,5	11,9	180,6	32,5	1,1	31,4	2,2	Jan.		
149,2	79,9	69,3	5,8	4,4	1,4	29,7	356,7	129,4	17,2	227,3	34,4	1,8	32,6	2,4	Febr.		
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																	
9,2	5,8	3,4	1,7	0,1	1,6	134,4	0,3	0,2	—	0,1	3,7	3,7	0,0	59,5	Okt.		
8,4	1,7	6,7	1,7	1,7	—	139,7	11,8	11,7	—	0,1	4,0	4,0	0,0	59,5	Nov.		
13,3	2,0	11,3	1,6	1,6	—	146,5	0,5	0,4	—	0,1	13,9	13,9	0,0	50,0	Dez.		
16,0	4,1	11,9	1,5	1,5	—	153,0	1,5	1,4	—	0,1	12,7	12,7	0,0	50,2	Jan.		
13,1	2,9	10,2	1,6	1,6	—	159,1	1,4	1,3	—	0,1	12,3	12,2	0,1	49,9	Febr.		
Girozentralen																	
171,5	57,7	113,8	44,5	42,8	1,7	311,6	724,7	384,3	4,4	340,4	21,2	19,7	1,5	280,7	Okt.		
160,9	71,3	89,6	43,8	42,2	1,6	313,1	774,3	388,3	4,7	386,0	21,5	20,1	1,4	343,7	Nov.		
115,1	62,5	52,6	45,2	43,6	1,6	347,9	793,6	381,7	3,5	411,9	23,1	21,6	1,5	381,7	Dez.		
127,7	62,9	64,8	46,1	44,6	1,5	362,9	893,2	441,9	3,6	448,3	37,1	35,5	1,6	392,1	Jan.		
132,6	70,5	62,1	48,4	47,0	1,4	386,5	848,4	424,6	4,2	423,8	29,9	28,3	1,6	403,3	Febr.		
Sparkassen																	
100,8	37,4	63,4	16,7	16,6	0,1	142,6	22,0	5,9	—	16,1	3,6	3,4	0,2	14,3	Okt.		
102,7	37,4	65,3	16,3	15,9	0,4	156,3	34,0	8,6	—	25,4	3,6	3,5	0,1	14,3	Nov.		
94,7	42,9	51,8	16,2	15,9	0,3	169,6	19,7	3,7	—	16,0	3,3	3,2	0,1	13,5	Dez.		
93,7	45,5	48,2	19,3	18,8	0,5	177,4	23,7	7,2	—	16,5	3,0	2,9	0,1	13,0	Jan.		
89,0	42,1	46,9	18,8	18,3	0,5	185,1	17,3	5,4	—	11,9	2,2	2,1	0,1	13,9	Febr.		
Zentralkassen																	
1,1	0,7	0,4	0,1	0,1	—	—	608,1	302,2	1,3	305,9	2,2	2,2	0,0	50,2	Okt.		
1,2	0,7	0,5	0,1	0,1	—	—	606,1	302,6	0,4	303,5	2,5	2,5	0,0	47,2	Nov.		
1,0	0,5	0,5	0,1	0,1	—	—	594,0	274,2	2,4	319,8	2,8	2,8	0,0	51,3	Dez.		
0,8	0,3	0,5	0,1	0,1	—	—	609,0	293,7	2,7	315,3	2,8	2,8	0,0	53,8	Jan.		
0,8	0,3	0,5	0,1	0,1	—	—	630,6	327,2	2,6	303,4	3,0	3,0	0,0	57,8	Febr.		
Kreditgenossenschaften																	
1,4	1,2	0,2	4,7	4,7	—	3,6	10,9	1,1	—	9,8	3,4	3,4	—	—	Okt.		
1,5	1,2	0,3	4,9	4,9	—	3,8	10,8	1,6	0,1	9,2	3,1	3,1	—	—	Nov.		
2,6	0,9	1,7	5,5	5,5	—	3,7	8,3	1,7	0,2	6,6	2,4	2,4	—	—	Dez.		
3,5	1,1	2,4	5,7	5,7	—	3,7	7,8	3,2	0,1	4,6	1,5	1,5	—	—	Jan.		
3,1	0,9	2,2	5,9	5,9	—	3,9	8,1	2,8	0,1	5,3	2,8	2,8	—	—	Febr.		
Sonstige Geldinstitute																	
0,4	0,4	—	0,0	0,0	—	—	7,1	4,4	—	2,7	2,8	1,0	1,8	6,0	Okt.		
0,9	0,4	0,5	0,0	0,0	—	—	8,3	4,6	0,5	3,7	2,7	1,0	1,7	10,0	Nov.		
0,6	0,3	0,3	0,0	0,0	—	—	8,3	3,4	—	4,9	3,5	1,7	1,8	10,1	Dez.		
0,7	0,2	0,5	0,0	0,0	—	—	11,7	3,3	—	8,4	3,1	1,3	1,8	10,1	Jan.		
0,4	0,1	0,3	0,0	0,0	—	—	12,3	3,3	—	9,0	2,6	0,8	1,8	10,1	Febr.		
Überregionale Institute mit Sonderaufgaben																	
249,4	137,7	111,7	2,5	2,5	—	13,6	90,9	25,9	—	65,0	6,2	5,8	0,4	225,6	Okt.		
224,3	111,8	112,5	2,7	2,7	—	14,3	88,3	21,9	—	66,4	7,0	6,7	0,3	247,7	Nov.		
233,3	119,0	114,3	3,5	3,5	—	13,9	80,9	20,0	—	60,9	6,6	6,3	0,3	264,3	Dez.		
190,6	53,8	136,8	4,8	4,8	—	8,8	88,4	29,6	—	58,8	7,3	7,1	0,2	276,3	Jan.		
185,8	54,5	131,3	5,3	5,3	—	8,8	89,5	26,3	—	63,2	8,9	8,7	0,2	287,9	Febr.		

deutscher Länder und Landeszentralbanken, ohne Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag. Weiterhin sind unberücksichtigt — mit geringen Instituten ist nicht von Bedeutung. — ²⁾ Die Postsparkassen- und Postscheckämter, KfW und Finag, wurden am 30. Juni 1950 erstmalig nicht mehr mit erfaßt. durchlaufende Kredite. — ³⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾.

**3. Mittel- und langfristige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der
Finanzierungs-Aktiengesellschaft**
in Mill. DM

Stand am Monatsende	Mittel- und langfristige Kredite an Nichtbanken			Kredite an Kreditinstitute
	insgesamt	davon an:		
		Wirtschaftsunter- nehmen und Private	Öffentlich-rechtliche Körperschaften	
1949				
August	238,6	238,6	—	30,1
September	265,5	260,5	5,0	55,3
Oktober	374,3	359,2	15,1	67,8
November	419,7	399,8	19,9	81,8
Dezember	462,9	432,5	30,4	130,0
1950				
Januar	487,3	451,6	35,7	179,4
Februar	592,0	555,8	36,2	259,5
März	652,1	610,5	41,6	430,4
April	703,5	661,6	41,9	500,7
Mai	736,7	694,7	42,0	573,1
Juni	797,3	755,3	42,0	703,4
Juli	830,6	788,3	42,3	824,3
August	877,7	835,3	42,4	971,1
September	910,1	867,7	42,4	1 129,0
Oktober	953,0	910,5	42,5	1 283,4
November	1 002,2	959,7	42,5	1 394,7
Dezember	1 110,5	1 048,0	62,5	1 541,0
1951				
Januar	1 138,5	1 076,0	62,5	1 604,6
Februar	1 167,8	1 105,3	62,5	1 661,4

4. Gliederung der Kredite nach Wirtschaftszweigen *)

in Mill. DM

Verwendungszweck bzw. Kreditnehmergruppen	Kurzfristige Kredite			Mittel- und langfristige Kredite ²⁾					
	Repräsentativerhebung bei 586 Kreditinstituten im Bundesgebiet ¹⁾			Gesamterhebung bei den Geschäftsbanken im Bundesgebiet u. der KfW u. Finag					
	1950			insgesamt			darunter Kredite aus Gegenwertmitteln		
	30. 6.	30. 9.	31. 12.	1950			1950		
30. 6.	30. 9.	31. 12.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	
1. Wohnungsbau	67,7	82,8	92,7	1 249,5	1 817,8	2 385,2	133,4	160,4	209,1
2. Industrie und Handwerk darunter Kredite an Handwerksbetriebe	4 578,0	4 787,3	5 429,5	1 564,8	1 982,9	2 496,5	1 048,9	1 351,3	1 717,1
3. Land-, Forst- und Wasser- wirtschaft, Jagd, Fischerei	(199,8)	(215,2)	(221,1)	(83,1)	(103,5)	(134,8)	.	.	.
4. Handel	118,8	118,1	119,5	158,9	256,0	337,7	93,2	141,7	182,7
5. Fremdenverkehr	2 597,0	3 259,6	3 562,4	116,1	149,7	181,4	0,3	0,4	0,7
6. Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen	32,5	34,1	38,8	30,4	31,9	44,2	0,9	5,2	11,0
7. Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen	119,9	122,8	150,6	91,2	110,8	150,8	46,4	48,2	75,0
8. Sonst. öffentl. Kreditneh- mer (Städte, Kreise, Sozialversicherungen, Universitäten usw.)	4,7	5,8	5,6	4,9	10,3	22,4	1,5	9,1	9,6
9. Sonstige private Kredit- nehmer	165,2	191,4	135,0	227,5	314,4	411,0	0,5	0,5	0,5
Kredite an Nichtbanken (Pos. 1 bis 9) darunter Kredite für Im- und Export	287,3	298,7	357,2	209,2	253,0	325,4	0,0	—	—
	7 971,1	8 900,6	9 891,3	3 652,5	4 926,8	6 354,6	1 325,1	1 716,8	2 205,7
	1 182,1	1 549,4	1 846,9

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — ¹⁾ Die kurzfristigen Ausleihungen der 586 Kreditinstitute repräsentierten am 31. 12. 1950 73,6 vH des kurzfristigen Kreditvolumens (ohne Schatzwechsel). — ²⁾ Bei mittel- und langfristigen Krediten nur Neuausleihungen seit der Währungsreform.

5. Inanspruchnahme von Freigaben aus counterpart funds ¹⁾

in Mill. DM

Freigaben	Stand					
	1949 31. Dezember	1950 30. Juni	1950 31. Dezember	1951 31. Januar	1951 28. Februar	1951 31. März
Summe der Freigaben	470,0	1 580,0	2 640,5	2 644,5	2 644,9	2 996,9
davon in Anspruch genommen:						
insgesamt	452,5	1 411,4	2 412,7	2 456,5	2 504,9	2 660,7
davon über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für:						
Energie						
(Elektrizitätswirtschaft)	110,0	337,7	541,5	541,5	541,5	646,7
Kohlenbergbau	185,0	317,8	417,9	423,6	437,0	445,8
Sonstige Industrie	35,0	201,5	389,4	400,6	404,1	409,5
Landwirtschaft	5,0	93,2	182,7	189,6	197,8	205,7
Wohnungsbau	0,0	99,4	175,1	175,9	179,8	183,8
Seeschifffahrt	—	49,9	85,5	85,8	85,9	85,9
Gas und Wasser	—	32,3	65,5	67,8	70,0	70,2
Straßenbahnen	—	6,4	12,8	14,2	16,5	17,3
Fischdampfer	—	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0
Eisen und Stahl	—	36,5	67,8	70,7	73,1	78,2
Fremdenverkehr	—	—	11,0	14,0	16,6	18,6
Kleininvestitionen, Flüchtlingsbetriebe	—	—	70,5	70,5	70,5	70,5
Binnenschifffahrt	—	—	4,7	5,6	7,2	7,7
Binnenhäfen	—	—	4,7	6,5	8,4	8,9
Privatbahnen	—	—	2,2	2,7	3,6	5,3
Seehäfen	—	—	2,9	3,7	3,7	4,1
Verkehrsgewerbe	—	—	0,3	0,3	0,3	0,3
Bundespost	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Investitionen zur Förderung des Absatzes im Dollar- raum	—	—	0,2	0,2	0,2	0,2
Bewag (Berlin)	44,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Besatzungswohnungsbau	30,1	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Finanzierungs-AG für: Südwestdeutsche Eisen- bahnen	30,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Energie (Elektrizitätswirtschaft)	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Gaswirtschaft	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Wasserwirtschaft	0,2	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Bundeshauptkasse Bonn für: Zuschüsse für die Landwirtschaft	—	—	20,0	20,0	20,0	20,0
Forschung	—	—	11,6	11,6	11,6	11,6
Industriebank AG Berlin für: Verschiedene Zwecke	—	86,3	175,4	180,7	186,2	199,4
Noch nicht in Anspruch ge- nommen	17,5	168,6	227,8	188,0	140,0	336,2

¹⁾ Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen durch Abrundungen; ohne 360 Mill. DM, die die Bundesbahn aus GARIOA-Mitteln zur Bezahlung von Waggon-Einfuhren erhalten hat.

VI. Geldvolumen

1. Entwicklung und Struktur des Geldvolumens im Bundesgebiet *)

in Mill. DM

Stand am Monatsende	Bargeld und private Sichteinlagen				Andere private Einlagen und öffentliche Einlagen										Zuschlag für die Einlagen bei den statistisch nicht erfaßten Instituten (Schätzung)	Gesamtes Geldvolumen (Bargeld und Bank-einlagen)
	insgesamt	davon			insgesamt	davon							Gegenwertmittel			
		Bargeld-umlauf ¹⁾	Sichteinlagen von Wirtschaft u. Privaten			Sichteinlagen der öffentlichen Hand			Private Termineinlagen (einschließlich Anlagekonten) und Festkonten ⁴⁾ bei Geschäftsbanken ²⁾	Öffentl. Spar-einlagen	Hohe Kommissare und sonstige alliierte Dienststellen	Sonderkonten des Bundes	Sonderkonten KfW, Berliner Industrie-bank			
			bei Geschäfts-banken ²⁾	beim Zentral-bank-system ³⁾		bei Ge-schäfts-banken ²⁾	auf Giro-konto	beim Zentralbanksystem						jederzeit wider-ruflich in Aus-gleichs-forde-rungen angelegt		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1948 Dez.	11 743	6 319	5 199	225	6 176	1 451	880	200	979	612	1 599	455	.	—	135	(18 054)
1949 März	11 833	6 187	5 422	224	7 041	1 453	933	90	949	953	2 097	566	.	—	153	(19 027)
Juni	12 776	6 553	5 949	274	7 574	1 701	702	191	991	842	2 469	592	.	86	170	(20 520)
Sept.	13 225	7 029	6 010	186	8 073	1 744	605	411	1 068	892	2 751	486	.	116	182	(21 480)
Dez.	14 071 (13 646)	7 330	6 534 (6 109)	207	10 103 (8 389)	1 806	539	402	1 120	995	3 061	1 152 (462)	1 024 (. .)	4	504 ⁵⁾	24 678 (22 539)
1950 Jan.	13 478 (13 159)	7 199	6 102 (5 783)	177	10 037 (9 328)	1 775	676	540	1 190	1 078	3 240	1 018 (466)	157 (. .)	363	504	24 019 (22 991)
Febr.	13 477 (13 281)	7 290	5 998 (5 802)	189	10 781 (9 587)	1 682	825	481	1 246	1 264	3 377	1 034 (469)	629 (. .)	243	508	24 766 (23 376)
März	13 684 (13 569)	7 420	6 080 (5 965)	184	10 932 (9 662)	1 659	703	625	1 333	1 251	3 498	1 025 (438)	683 (. .)	155	513	25 129 (23 744)
April	14 020 (13 921)	7 560	6 284 (6 185)	176	11 324 (9 966)	1 624	751	498	1 446	1 350	3 611	1 070 (448)	736 (. .)	238	522	25 866 (24 409)
Mai	14 274 (14 188)	7 509	6 560 (6 474)	205	11 854 (10 377)	1 657	724	580	1 518	1 493	3 702	1 091 (445)	831 (. .)	258	532	26 660 (25 097)
Juni	14 548	7 728	6 609	211	12 060	1 493	563	557	1 757	1 405	3 825	1 194	1 098	168	535	27 143
Juli ⁶⁾	.	7 818	.	208	.	.	586	437	.	.	3 855	965	951	330	544	27 429
Aug. ⁶⁾	.	7 743	.	204	.	.	569	435	.	.	3 869	1 012	1 002	196	554	28 001
Sept.	15 707	7 923	7 566	218	12 211	1 453	585	437	2 091	1 537	3 894	1 036	759	419	559	28 477
Okt. ⁶⁾	.	7 839	188 ⁷⁾	.	.	.	569	369	.	.	3 968	1 040	955	296	569	28 948
Nov.	15 880	7 818	7 857	205 ⁷⁾	12 611	1 410	622	371	2 289	1 648	4 009	940	1 179	143	570	29 061
Dez.	16 074	7 979	7 790	305 ⁷⁾	12 755	1 535	701	220	2 434	1 733	4 066	904	988	174	576	29 405 ⁸⁾
1951 Jan.	15 532	7 539	7 739	254 ⁷⁾	12 831	1 386	602	169	2 587	1 801	4 070	1 033	1 053	130	576	28 939
Febr.	15 637	7 545	7 807	285 ⁷⁾	13 261	1 427	679	171	2 757	1 867	4 076	1 025	1 177	82	581	29 479

*) Bezüglich der in () gesetzten Zahlen vgl. Anmerkung 1) im Oktoberheft 1950, S. 67. —

1) Ohne „B“-Noten; einschließlich Münzumschlag. — 2) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 3) Positionen des Zusammengefaßten Ausweises der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken „Sonstige inländische Einleger“ und „Ausländische Einleger“ abzüglich der Spalte 14 der obigen Übersicht. — 4) Die Festkonten sind ab Juni 1950 je nach dem Charakter der ursprünglichen RM-Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen aufgeteilt. — 5) Erhöhung auf Grund neuer Erhebung; rückwirkende Berichtigung unterblieben. — 6) Die Aufgliederung der Bankeinlagen nach Fristigkeit fiel vorübergehend nur zum Quartalsultimo an. Gesamtsumme der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken Ende Juli 1950: 11 735 Mill. DM, Ende August 1950: 12 417 Mill. DM, Ende Oktober 1950: 13 155 Mill. DM. — 7) Ohne Bardepots für Einfuhrbewilligungsanträge. — 8) Am 6. 1. 1951 wurde das Ausweisschema der Bank deutscher Länder geändert: Von den „Verbindlichkeiten aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ wurden die Vorkonten der Gegenwertfonds auf die Sonderkonten des Bundes (seitdem „Gegenwertkonten des Bundes“) und einige andere Unterpositionen, die ihrem Wesen nach reine Inlandsverbindlichkeiten sind, auf „Sonstige Einlagen“ umgebucht. Die von der Änderung betroffenen Spalten der obigen Übersicht wurden bereits per Ende Dezember 1950 auf das neue Schema umgerechnet. Infolge dieser Umgruppierungen beträgt die tatsächliche Zunahme des gesamten Geldvolumens im Dezember nicht (wie aus den obigen Ziffern zu errechnen) 344 Mill. DM, sondern nur 189 Mill. DM.

2. Umschlagshäufigkeit der Bankeinlagen von Nichtbanken bei den Geschäftsbanken des Bundesgebietes *) 1)

einschließlich Postscheckkämtern

Monat	Girale Verfügungen		Sicht- einlagen	Umschlagshäufigkeit der Sichtdepositen	
	buchmäßig	nach Banktagen bereinigt	Stand am Monats- ende	monatlich ²⁾	Viertel- jahres- durch- schnitt
	Mrd. DM				
	1	2	3	4	5
1948 Oktober	19,3	18,6	5,6	3,3	} 3,5
November	21,5	21,5	6,2	3,5	
Dezember	24,4	23,5	6,4	3,7	
1949 Januar	21,1	21,1	6,4	3,3	} 3,5
Februar	22,9	23,8	6,5	3,7	
März	24,3	22,5	6,6	3,4	
April	23,3	25,3	6,8	3,7	} 3,6
Mai	24,3	24,3	7,0	3,5	
Juni	24,9	25,9	7,0	3,7	
Juli	25,5	24,5	6,9	3,6	} 3,5
August	26,1	24,2	7,2	3,4	
September	26,4	25,4	7,3	3,5	
Oktober	28,3	27,2	7,7	3,5	} 3,8
November	30,5	30,5	7,7	4,0	
Dezember	31,5	30,3	7,7	3,9	
1950 Januar	27,4	26,3	7,3	3,6	} 3,6
Februar	25,2	26,2	7,1	3,7	
März	28,2	26,1	7,2	3,6	
April	25,8	29,3	7,4	4,0	} 3,7
Mai	27,9	29,1	7,7	3,8	
Juni	27,9	26,8	7,8	3,4	
Juli	28,1	27,0	.	.	} .
August	28,9	26,8	.	.	
September	30,8	29,6	8,7	3,4	
Oktober	31,8	30,6	.	.	} .
November	31,7	31,7	8,9	3,6	
Dezember	34,9	36,3	9,0	4,0	
1951 Januar	34,4	33,0	8,8	3,8	.
Februar	32,3	33,8	8,9	3,8	.

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne ländliche Kreditgenossenschaften. — 2) Quotient Spalte 2: Spalte 3.

VII. Sonstige Geld-

1. Im Währungsgebiet

Sollzinsen.

	Bayern ²⁾		Hessen ³⁾		Württemberg-Baden ³⁾		Bremen ³⁾		Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950									
Diskontsatz	6		6		6		6		6	
Lombardsatz	7		7		7		7		7	
	Kreditkosten, gültig ab:									
	27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Kreditprovision	1/8% p. M.		1/4% p. M.		1/8% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.	
		10 1/2		10 1/2		10 2/5		10 1/2		10 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Überziehungsprovision	1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.	
		13		12		12 1/2		12		12
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%	
Akzeptprovision	1/8% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.	
		9		9 1/2		9 1/2		9 1/2		9 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20 000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/8% p. M.		1/12% p. M.		1/8% p. M.		1/24% p. M.	
		8 7/10		8		8		8 - 8 1/2		8
b) Abschnitte von DM 5 000 bis unter 20 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/8% p. M.		1/12% p. M.		1/8% p. M.		1/12% p. M.	
		8 7/10		8 1/2		8		8 - 8 1/2		8 1/2
c) Abschnitte von DM 1 000 bis unter 5 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M. ¹⁰⁾		1/8% p. M.		1/8% p. M.	
		9		9		8 1/2		8 1/2 - 9		9
d) Abschnitte unter DM 1 000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M. ¹⁰⁾		1/4% p. M.		1/8% p. M.	
		9 1/2		9		9		9 1/2 - 10		9 ⁶⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2%		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4% p. M.							
				10 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, minst. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, minst. 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% min.DM.-50		1/2% min.DM.-50		1/2%		1/2%		1/2% min.DM.-50	

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den auf Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — 2) Höchstsätze. — 3) Normalsätze, Überschreitet unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. Netto-Sätze. — 4) Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. — 10) Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen

und Kreditstatistik

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ³⁾		Schleswig-Holstein ³⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ³⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 27. 10. 1950											
6 7		6 7		6 7		6 7		6 7		6 7	
Kreditkosten, gültig ab:											
27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950		27. 10. 1950	
im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	ins- gesamt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	Lombardsatz 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ⁸⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	12	Lombardsatz 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	11 ¹ / ₂
Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24-1/12 ⁰ / ₀ p.M.	8-8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	8	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	8
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	8 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	8 ¹ / ₂
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ⁵⁾	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	9 ⁶⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	9 ¹ / ₂	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	9
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	10 ¹ / ₂	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁷⁾	10 ¹ / ₂	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		Die Berechnung der Umsatzprovision hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. März 1942 zu erfolgen.		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen.		1/8 ⁰ / ₀ v. d. größ. Seite, mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1/8 ⁰ / ₀ a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 ¹ / ₂ fachen Höchstzoll per Quartal		1 ⁰ / ₀₀ vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50	

geführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen tungen in begründeten Fällen zulässig. — ⁴⁾ Richtsätze. — ⁵⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁶⁾ Bei Abschnitten unter DM 1 000.— — ⁷⁾ 1/8⁰/₀ per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. — ⁸⁾ Kredite bis DM 5 000.— besondere gegenüber kann die Provision unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/₀ p. M. festgesetzt werden.

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
gültig ab:	1. 11. 1950	1. 12. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist				•	
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
2) von 12 Monaten und darüber	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
3. für Kündigungsgelder					
	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	3 ¹ / ₄ 3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄
b) 3 und weniger als 6 Monate	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈
c) 6 und weniger als 12 Monate	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾	4 ³ / ₈ ⁹⁾ 4 ⁵ / ₈ ⁹⁾
d) 12 Monate und darüber	4 ³ / ₄ 5	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 ³ / ₄ ⁹⁾ 5 ⁹⁾
4. für Festgelder					
a) 30 bis 89 Tage	3 ¹ / ₄ 3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄
b) 90 bis 179 Tage	3 ¹ / ₂ 3 ³ / ₄	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈	3 ⁷ / ₈ 4 ¹ / ₈
c) 180 bis 359 Tage	4 4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₄ 4 ¹ / ₂
d) 360 Tage und darüber	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈	4 ⁵ / ₈ 4 ⁷ / ₈
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	¹ / ₄ höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Hereinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht verübt werden.	¹ / ₄ höchstens	¹ / ₄

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. — 2) Höchstsätze. — 3) Im Geschäftsverkehr DM 100 000,- und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote aus anderen Ländern in die in dem betr. Bankierkundschaft 1¹/₄%. — 7) Der Bankierkundschaft 1³/₄%. — 8) Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten, b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes liegende Angebote vorliegen. — 9) Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigungsfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden.

geltende Zinskonditionen ¹⁾

in Prozenten jährlich

Niedersachsen ²⁾	Schleswig-Holstein ^{3,3b)}	Hamburg ^{2)c)}	Rheinland-Pfalz ²⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
27. 10. 1950	1. 1. 1951	27. 10. 1950	1. 11. 1950	27. 10. 1950	27. 10. 1950
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁶⁾	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2 ⁷⁾	1 1/2	1 1/2
3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 ⁸⁾ 4 5/8 ⁹⁾	4 3/8 4 5/8
4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 ⁹⁾ 5 ⁹⁾	4 3/4 5
3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8	3 7/8 4 1/8
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8	4 5/8 4 7/8
1/4	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne von § 2 der Anweisung der Landeszentralbank von Schleswig-Holstein über Mindestreserven vom 20. 3. 1950) am 31. Dezember 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4% von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1948) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000,- nicht überschritten haben.	Zinsvoraus darf gewährt werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen v. 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen v. 23. 12. 36, mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941. (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Herceinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000,- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden.

mit Versicherungsgesellschaften müssen die Konditionen für die Nichtbankierkundschaft eingehalten werden. — ⁴⁾ Bei Festgeldbeträgen von Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. — ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1/4%. — ⁶⁾ Der licher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kreditinstitute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes die Höchsten Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den gung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andern-

2. Festverzinsliche Wertpapiere

Bundesgebiet, Durchschnittskurse und Indizes, 4. Vierteljahr 1948 = 100

Zeit	Gesamt- index	darunter 4% ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunal- obligationen einschl. Stadtanleihen		Industrie- obligationen	
		Durchschnitts- kurse	Indexziffern	Durchschnitts- kurse	Indexziffern	Durchschnitts- kurse	Indexziffern
1948							
3. Vj.-Durchschn.	121,5	9,17	122,1	8,26	116,2	7,57	122,9
4. Vj.- "	100,0	7,51	100,0	7,11	100,0	6,16	100,0
1949							
1. Vj.-Durchschn.	105,4	7,95	105,7	7,47	105,2	6,39	103,8
2. Vj.- "	102,9	7,69	102,4	7,52	105,8	6,33	102,8
3. Vj.- "	105,6	7,81	103,9	7,74	108,9	6,86	111,3
4. Vj.- "	107,1	7,89	105,0	7,83	110,2	7,18	116,5
1950							
Januar	107,1	7,88	104,8	7,80	109,8	7,22	117,2
Februar	107,2	7,87	104,7	7,78	109,5	7,32	118,9
März	106,6	7,82	104,0	7,75	109,0	7,29	118,3
April	106,0	7,76	103,2	7,72	108,6	7,30	118,6
Mai	106,1	7,74	103,0	7,71	108,5	7,41	120,4
Juni	105,8	7,71	102,6	7,70	108,4	7,41	120,2
Juli	105,2	7,69	102,4	7,66	107,8	7,27	118,0
August	106,2	7,78	103,6	7,69	108,3	7,25	117,7
September	106,8	7,84	104,3	7,70	108,4	7,30	118,5
Oktober	106,5	7,82	104,1	7,66	107,9	7,28	118,2
November	105,6	7,79	103,7	7,59	106,8	7,05	114,4
Dezember	103,5	7,70	102,4	7,59	106,8	6,55	106,3
1951							
Januar	102,4	7,60	101,1	7,59	106,8	6,52	105,9
Februar	101,0	7,48	99,6	7,53	105,9	6,44	104,6
März	99,9	7,39	98,3	7,36	103,5	6,48	105,3

3. Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien

Bundesgebiet, in Mill. DM

Zeit	Langfristige Schuldverschreibungen						Aktien		Summe	
	davon					insgesamt		viertel- jährlich bzw. monatlich		seit der Währungs- reform
	Pfand- briefe	Kommunal- obligationen	Industrie- obligationen	Schuldver- schreibungen von Kredit- Instituten	Anleihen der öffent- lichen Hand	viertel- jährlich bzw. monatlich	seit der Währungs- reform			
1948										
Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
1. Vierteljahr	135,0	33,5	75,0	—	—	243,5	290,0	13,5	13,5	303,5
2. Vierteljahr	52,0	20,0	78,0	—	64,0 ²⁾	214,0	504,0	28,0	41,5	545,5
3. Vierteljahr	152,5	42,0	146,2	160,0	276,4 ²⁾	777,1	1 281,1	8,5	50,0	1 321,1
4. Vierteljahr	20,0	23,0	1,5	—	—	44,5	1 325,6	4,2	54,2	1 369,8
1950										
Januar	10,0	5,0	18,5	8,0	—	41,5	1 367,1	0,6	54,8	1 421,9
Februar	30,0	—	—	—	—	30,0	1 397,1	1,1	55,9	1 453,0
März	36,0	15,0	5,0	—	—	56,0	1 453,1	5,3	61,2	1 514,3
April	5,0	10,0	—	—	—	15,0	1 468,1	1,0	62,2	1 530,3
Mai	21,0	15,0	10,0	—	—	46,0	1 514,1	5,8	68,0	1 582,1
Juni	55,0	—	8,0	—	—	63,0	1 577,1	6,8	74,8	1 652,9
Juli	14,5	10,0	13,0	—	—	37,5	1 614,6	4,8	79,6	1 694,2
August	45,0	—	69,0	—	—	114,4	1 728,6	1,5	81,2	1 809,8
September	10,0	0,1	20,0	—	160,0 ⁶⁾	190,1	1 918,6	5,8	87,0	2 005,7
Oktober	23,0	15,0	—	—	—	38,0	1 956,7	11,6	98,6	2 055,3
November	20,0	95,0	—	—	—	115,0	2 071,7	11,3	109,9	2 181,6
Dezember	—	—	10,0	—	—	10,0	2 081,7	9,7	119,6	2 201,3
1951										
Januar	25,0	10,0	—	—	57,5	92,5	2 174,2	23,5	143,1	2 317,3
Februar	25,5	5,0	—	—	—	30,5	2 204,7	12,2	155,3	2 360,0
zusammen:	712,0	302,6	464,2 ³⁾	168,0	557,9	2 204,7	2 204,7 ¹⁾	155,3	155,3	2 360,0
davon waren am 28. Februar 1951 untergebracht:	475,4	155,8	165,4 ⁴⁾	116,7 ⁵⁾	500,4 ²⁾	—	1 413,9	—	151,2	1 565,1

¹⁾ Von den festverzinslichen Wertpapieren sind 8 Mill. DM mit 3¹/₂%, 0,1 Mill. DM mit 4¹/₂%, 1 035,5 Mill. DM mit 5%, 150,0 Mill. DM mit 5¹/₂%, 543,9 Mill. DM mit 6%, 457,2 Mill. DM mit 6¹/₂% verzinslich. — ²⁾ Reichsbahnleihe. — ³⁾ Hiervon sind 238,7 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. — ⁴⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten. — ⁵⁾ Davon 60 Mill. DM aus dem Arbeitsstock. — ⁶⁾ Erhöhung der Reichsbahnleihe durch eine Schuldbucheintragung von 160 Mill. DM.

4. Wechselproteste
auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken und der Kreditinstitute

VII. Sonstige Geld- und
Kreditstatistik

Zeit	Wechselproteste		Wechselfälligkeiten	Anteil der Wechselproteste an den fällig gewordenen Wechseln in vH
	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	
1949				
Januar	7,2	.	.	.
Februar	7,9	.	.	.
März	13,4	.	.	.
April	12,4	.	.	.
Mai	12,6	.	.	.
Juni	11,7	10 060	1 375,9	0,85
Juli	9,8	9 497	1 290,3	0,76
August	9,5	9 210	1 413,0	0,67
September	9,5	9 450	1 465,3	0,65
Oktober	9,4	9 908	1 629,2	0,58
November	10,6	10 772	1 954,9	0,54
Dezember	10,8	11 688	2 000,9	0,54
1950				
Januar	10,8	11 598	2 039,0	0,53
Februar	12,5	13 224	2 103,3	0,59
März	15,8	17 327	2 200,6	0,72
April	14,8	17 450	2 055,2	0,72
Mai	15,9	19 895	2 254,6	0,71
Juni	15,1	20 591	2 308,4	0,65
Juli	13,7	19 548	2 124,6	0,64
August	13,9	19 535	2 240,8	0,62
September	12,6	18 511	2 269,6	0,56
Oktober	13,5	19 559	2 343,1	0,58
November	14,3	20 534	2 424,7	0,59
Dezember	16,1	21 467	2 916,4	0,55
1951				
Januar	15,3	21 238	2 904,4	0,53
Februar	13,7	20 094	2 487,3	0,55

VIII. Öffentliche Finanzen

1. Aufkommen aus Bundes- und Ländersteuern¹⁾

in Mill. DM

Steuerart	Rechnungsjahr 1949/50 Insges. ²⁾	Rechnungsjahr 1950/51					
		April bis Juni ³⁾	Juli bis Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
I. Besitz- und Verkehrssteuern							
Insgesamt	11 203,6	2 658,1	2 537,3	853,0	780,9	1 396,4	1 073,9
darunter							
Lohnsteuer	2 113,2	404,4	270,5	146,8	152,7	166,8	223,3
Veranlagte Einkommensteuer	2 408,9	533,7	444,6	89,3	56,9	344,5	89,1
Körperschaftsteuer	1 448,1	375,6	324,4	33,8	32,4	329,5	64,5
Vermögenssteuer	115,2	26,0	26,0	3,3	24,0	3,2	2,2
Umsatzsteuer	3 991,1	1 029,2	1 160,5	474,3	435,9	422,6	545,5
Kraftfahrzeugsteuer einschl. Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	282,2	73,4	79,9	28,1	21,3	30,3	59,6
Wechselsteuer	33,9	10,1	11,2	4,1	4,5	4,2	4,6
Beförderungssteuer	261,7	44,7	73,9	23,7	4,6	26,1	18,8
Notopfer Berlin	325,7	93,4	89,2	27,0	24,3	41,8	29,7
II. Verbrauchssteuern und Zölle							
Insgesamt	4 205,9	929,2	1 152,4	452,3	400,2	398,4	482,8
darunter							
Tabaksteuer	2 190,6	449,8	559,9	193,5	166,7	152,0	224,9
Kaffeesteuer	280,7	68,0	91,0	34,2	29,6	33,8	36,0
Zuckersteuer	378,1	51,9	84,4	32,9	48,5	53,0	48,2
Salzsteuer	36,3	7,7	10,2	3,7	3,6	3,3	4,2
Biersteuer	302,4	87,9	102,0	38,0	20,2	16,8	15,6
Aus dem Spiritus- monopol	502,0	90,2	94,1	50,9	42,4	55,6	60,2
Zündwarensteuer	53,1	13,8	18,3	5,4	4,5	3,4	2,9
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	48,9	15,0	20,0	7,2	6,7	6,8	7,5
Zölle	346,5	128,7	150,0	78,4	71,0	66,5	74,8
Insgesamt	15 409,5	3 587,4⁴⁾	3 689,7	1 305,3	1 181,1	1 794,8	1 556,7
davon dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. dem Bund zuzurechnen	1 009,0	1 991,3	2 392,3	927,7	845,6	872,2	1 061,0

¹⁾ Darin Steuern, Monopolabgaben, Zölle und Notopfer Berlin. — ²⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1948/49. — ³⁾ Einschließlich darin enthaltener Nachbuchungen für Rechnungsjahr 1949/50. — ⁴⁾ Differenz durch Abrundung. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2. Verschuldung von Bund und Ländern

Bund¹⁾

in Mill. DM

Länder²⁾

in Mill. DM

Stand am Monats- ende	Kassen- kredite von der Bank deutscher Länder	Schatz- wechsel- umlauf	Unver- zins- liche Schatz- anwei- sungen	Kredit vom Haupt- amt für Sofort- hilfe	Lombard- kredit der Landes- zentral- banken	Ins- gesamt	Direkt- kredite des Zen- tralbank- systems	Direkt- kredite der Ges- chäfts- banken	Kredite der Post	Kredite des Arbeits- stocks ³⁾	Schatz- wechsel und Schatz- anwei- sungen	Steuer- Gut- scheine	Ins- gesamt
1949 Dez.	—	213,4	—	—	—	213,4	86,5	129,0	44,5	166,2	169,5	—	595,7
1950 März	—	236,0	—	—	—	236,0	101,9	82,6	42,5	182,3	173,3	—	582,6
Juni	632,2	336,4	—	200,0	147,0	1 315,6	87,4	94,4	41,5	158,4	157,9	—	539,6
Juli	748,2	506,5	—	200,0	—	1 454,7	81,4	93,0	41,0	155,4	206,5	—	577,3
Aug.	799,8	431,3	—	200,0	—	1 431,1	115,5	121,9	40,0	152,4	218,2	—	648,0
Sept.	597,3	600,2	—	200,0	—	1 397,5	85,8	132,4	40,0	146,8	217,6	—	622,6
Okt.	515,5	615,2	—	200,0	—	1 330,7	144,7	128,7	39,0	146,8	220,5	—	679,7
Nov.	550,5	598,5	—	200,0	—	1 349,0	161,8	136,2	38,5	146,6	224,9	—	708,0
Dez.	578,4	498,7	—	300,0	—	1 377,1	141,9	69,4	36,5	144,8	250,0	—	642,6
1951 Jan.	255,4	499,3	50,8	300,0	—	1 105,5	178,9	113,2	36,0	143,8	246,2	24,1	742,2
Febr.	293,5	393,6	146,2	300,0	—	1 133,3	164,4	94,3	35,0	142,1 ⁴⁾	252,5	35,2	723,5 ⁴⁾
März	202,6	457,9	196,1	300,0	—	1 156,6	124,6	.	.	.	213,1	.	.

¹⁾ Nur kurzfristige Verschuldung. — ²⁾ Verschuldung bei Banken, bei der Post, beim Arbeitsstock und aus der Begebung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen, jedoch ausschließlich der vom Bund gewährten Kassenkredite. — ³⁾ Vom Arbeitsstock bis Ende März 1950 für die Arbeitslosenfürsorge verausgabte, von den Ländern noch nicht erstattete Beträge. — ⁴⁾ Vorläufig.

3. Einnahmen und Ausgaben der Länder des Bundes in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1950 in Mill. DM¹⁾

Einnahme-/Ausgabeart	1950			
	April bis Juni	Juli bis September	Oktober bis Dezember	April bis Dezember
I. Haushaltseinnahmen insgesamt	2 398,6	2 307,1	2 510,4	7 216,1
davon:				
1) Landessteuern	1 588,6	1 327,8	1 639,7	4 556,1
2) Gemeindesteuern (nur Hamburg und Bremen)	41,7	41,7	50,1	133,5
3) Umlagen und Beiträge der Gemeinden (Gemeindeverbände)	47,2	53,4	51,5	152,1
4) Zuschüsse und Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds für Investitionszwecke ²⁾	66,2	200,1	172,4	438,7
5) Netto-Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden ³⁾ (Gesetz v. 2. 9. 1948)	48,1	116,8	103,3	268,2
6) Vermögensveräußerungen und Rücklagen	0,7	1,8	0,8	3,3
7) Aufnahme von Anleihen und Darlehen ³⁾	44,7	16,1	28,2	56,8
8) Sonstige Einnahmen	561,4	581,6	464,4	1 607,4
II. Haushaltsausgaben insgesamt	2 174,4	2 481,3	2 684,6	7 340,3
davon:				
1) Zahlungen an Gemeinden (Gemeindeverbände)	369,0	383,8	429,2	1 182,0
davon:				
a) Finanzausgleichszahlungen, allgem. Finanzzuweisungen, Zweckzuweisungen, zweckgebundene Zuschüsse	187,4	219,7	232,5	639,6
b) Zuweisungen zur Deckung der Schullasten, Zahlungen an die Landesschulkasse und Landesmittelschulkasse	78,0	67,7	78,0	223,7
c) Zuweisungen zur Deckung der Polizeikosten	38,2	44,9	44,1	127,2
d) Zuschüsse zur Deckung von Investitionsaufwendungen	65,4	51,5	74,6	191,5
2) Interessenquoten an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes	64,9	281,4	210,7	557,0
3) Zusätzliche Kriegsfolge- und Soziallasten der Länder	26,7	28,0	48,8	103,5
4) Persönliche Ausgaben	631,7	598,1	614,8	1 844,6
5) Versorgungsbezüge (ohne Kriegsoferversorgung und ohne Versorgung gem. Art. 131 GG.)	176,8	157,4	154,6	488,8
6) Sächliche Verwaltungsausgaben	105,9	66,8	92,5	265,2
7) Verzinsung der Landesschulden	151,1	35,8	174,5	361,4
8) Tilgung der Landesschulden	1,2	4,1	3,6	8,9
9) Zuführung an Rücklagen	—	—	4,0	4,0
10) Einmalige und außergewöhnliche Beschaffungs- und Bauausgaben darunter: für Zwecke des Wohnungsbaues	103,7	147,6	132,0	383,3
11) Gewährung von Darlehen und verlorene Zuschüsse für Investitionszwecke darunter: für Zwecke des Wohnungsbaues	8,3	7,4	5,7	21,4
12) Sonstige Ausgaben	179,7	343,8	406,7	930,2
	156,6	263,3	348,5	768,4
	363,7	434,5	413,2	1 211,4
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	+ 224,2	— 174,2	— 174,2	— 124,2

¹⁾ Bei Hamburg und Bremen einschließlich Gemeindeverwaltung. Ohne Doppelzahlungen durch Erstattungen und durchlaufende Gelder sowie an andere Länder geleistete bzw. von anderen Ländern empfangene Finanzhilfeforderungen; ohne Einnahmen und Ausgaben der Landesstocks für den Arbeitseinsatz; ohne Einnahmen und Ausgaben zur Abwicklung der Vorjahre. — ²⁾ Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds sowie in Darlehen vom Soforthilfefonds umgewandelte Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden, die anfänglich unter Ziff. 7 gemeldet worden waren, sind im September 1950 für die zurückliegenden Monate des laufenden Rechnungsjahres nach Ziffer 4 und 5 umgesetzt worden. — ³⁾ Anfänglich nicht erfaßte Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden und Darlehen vom Bund und Soforthilfefonds in Höhe von 48,8 Mill. DM sowie die hieraus geleisteten Ausgaben von 40,4 Mill. DM sind im September 1950 für die zurückliegenden Monate des laufenden Rechnungsjahres nachgetragen worden. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

4. Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes seit April 1950

in Mill. DM

Einnahme- / Ausgabeart	1950					1951	April 1950 bis Januar 1951
	April - Juni	Juli - Sept.	Oktober	November	Dezember	Januar	
I. Einnahmen insgesamt	2 108,1	2 993,3	1 056,6	1 000,4	992,8	1 345,3	9 496,5
darunter:							
1) Steuern	1 981,1	2 367,8	927,6	867,6	847,0	1 048,5	8 039,6
2) Ablieferungen der Deutschen Bundespost	38,5	33,0	5,5	16,5	11,0	5,5	110,0
3) Ablieferungen der Deutschen Bundesbahn	—	—	—	—	—	—	—
4) Nettoüberschuß aus der Münzprägung	—	140,3	4,6	15,7	31,4	30,7	222,7
5) Interessenquoten der Länder	43,7	275,2	82,0	75,7	84,8	100,1	661,3 ¹⁾
6) Zuschuß aus dem ERP-Sondervermögen	—	74,5	11,3	0,3	—	141,6	227,7
II. Ausgaben insgesamt	2 765,6	2 811,2	1 129,4	1 009,3	1 015,4	1 027,4	9 758,4 ¹⁾
darunter:							
1) Besatzungs- und Besatzungsfolgelasten	1 084,1	987,1	341,5	341,4	366,3	351,8	3 472,1 ¹⁾
2) Soziale Kriegsfolgelasten	766,0	780,0	279,0	322,8	285,3	266,9	2 700,0
darunter:							
a) Kriegsfolgenhilfe	122,4	119,7	44,7	45,5	55,5	52,5	440,2 ¹⁾
b) Versorgung verdrängter Angehöriger des öffentl. Dienstes und ihrer Hinterbliebenen	55,8	70,8	25,4	29,3	28,6	24,7	234,7 ¹⁾
c) Kriegsopferversorgung	554,8	559,7	194,4	234,8 ²⁾	188,9	178,5	1 911,1
3) Sonstige Soziallasten	459,2	450,6	155,9	140,8	151,6	151,2	1 509,3
davon:							
a) Arbeitslosenhilfe	250,8	235,4	76,1	75,0	79,7	83,8	800,7 ¹⁾
b) Zuschüsse zur Sozialversicherung	208,4	215,2	79,8	65,8	71,9	67,5	708,6
4) Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel und Düngemittel	48,1	16,8	114,9	26,5	10,0	—	216,3
5) Wohnungsbau	105,1	97,1	51,1 ²⁾	41,3 ²⁾	30,1	31,7	356,3 ¹⁾
6) Schuldendienst	4,9	59,2	2,1	4,5	0,7	67,6	139,0
III. Mehreinnahmen (+) bzw. Mehrausgaben (—)	— 657,5	+ 182,1	— 72,8	— 8,9	— 22,6	+ 317,9	— 261,8 ¹⁾

¹⁾ Differenz durch Abrunden. — ²⁾ Berichtigt. — Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5. Finanzstatus der Arbeitslosenversicherung im Bundesgebiet

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Über- schuß (+) oder Fehlbe- trag (—)	Gesamte Über- schüsse ¹⁾ (ohne Er- stattungs- rückstände der Länder)	Haupt- unter- stützungs- empfänger in der Arbeits- losenver- sicherung
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter				
		Beiträge	Erstat- tungen der Länder für Arbeits- losen- fürsorge		Arbeits- losen- unter- stützung	Arbeits- losen- fürsorge			
	Mill. DM								Anzahl
1949/50 Rechnungsjahr	1 685,3	1 148,9	527,9	1 679,9	717,3	649,8	+ 5,4	459,9	
Januar	155,8	86,4	68,8	161,3	71,0	70,3	— 5,5	.	664 134
Februar	147,8	73,0	74,1	176,1	83,2	74,2	— 28,3	.	765 791
März	166,9	87,9	78,4	216,0	94,0	92,9	— 49,2	.	650 385
1950/51 ²⁾ Rechnungsjahr									
April	76,9 ²⁾	72,9	3,8 ²⁾	71,2 ²⁾	55,4	— ²⁾	+ 5,7	465,6	541 047
Mai	89,8	83,6	5,0	78,2	58,6	—	+ 11,6	477,2	468 257
Juni	97,9	90,0	6,5	74,8	51,6	—	+ 23,1	500,3	410 579
Juli	95,6	90,3	3,7	66,8	42,4	—	+ 28,8	529,1	367 498
August	97,0	92,5	3,2	60,8	38,4	—	+ 36,2	565,3	341 956
September	97,5	90,8	5,8	56,2	32,6	—	+ 41,3	606,5	311 234
Oktober	97,3	96,2	0,2	53,0	28,8	—	+ 44,3	650,8	276 245
November	96,3	94,6	0,2	50,7	28,9	—	+ 45,6	696,3 ³⁾	306 974
Dezember	98,8	94,6	2,2	65,7	41,2	—	+ 33,1	729,4	484 701
Januar	111,1	106,1	1,2	99,7	78,8	—	+ 11,4	740,8	684 084
Februar	91,3	87,8	1,7	95,8	74,3	—	— 4,6	736,3	587 461

¹⁾ Stand am Monatsende. — ²⁾ Da die Arbeitslosenfürsorge ab 1. April 1950 nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung bevorschußt wird, erscheinen ab April Einnahmen und Ausgaben verkürzt. Nur bei den Einnahmen werden die Erstattungen der Länder für die von der Arbeitslosenversicherung vor dem 1. April 1950 bevorschußten Zahlungen nachgewiesen. — ³⁾ Differenz durch Abrunden. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

6. Finanzergebnisse der sozialen Krankenversicherungen im Bundesgebiet in Mill. DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben			Überschuß (+) bzw. Defizit (-)	
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Beiträge (ohne Krankenversicherung der Rentner)	Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner		Krankenbehandlung ¹⁾	Krankenunterstützung ²⁾		Verwaltungskosten
1950 1. Kalendervierteljahr	538,6	482,0	48,4	536,1	226,0	172,2	36,5	+ 2,5
2. Kalendervierteljahr	575,3	515,8	50,3	542,9	339,0	151,1	35,1	+ 32,4
3. Kalendervierteljahr	611,0	548,2	53,7	570,7	370,3	151,8	35,4	+ 40,3
4. Kalendervierteljahr	653,2	573,7	65,7	621,3	399,9	153,6	40,5	+ 31,9

Erfolgswirksame Reinausgaben: ¹⁾ für ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhauspflege. — ²⁾ für Krankengeld, Haus- und Taschengeld, Wochenhilfe sowie Sterbegeld. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

7. Finanzergebnisse der sozialen Rentenversicherungen im Bundesgebiet in Mill. DM

Versicherungszweig	Einnahmen				Ausgaben ¹⁾			
	Insgesamt	darunter			Insgesamt	darunter		
		Beiträge	Erstattungen			Ausgezahlte Renten	Verwaltungskosten und Postvergütungen	
			insgesamt	darunter: Zuschüsse des Bundes (Grundbeiträge zu den Renten)				insgesamt ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	
1. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	484,8	.	95,5	548,3	473,8	380,6	13,8
Angestelltenversicherung	.	229,5	.	.	209,9	188,7	193,5	5,0
Knappschaftliche Rentenversicherung	144,0	109,3	34,7	6,3	141,2	127,1	.	3,8
Rentenversicherungen insgesamt	.	823,6	.	101,8	899,4	789,6	.	22,6
2. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	486,5	.	100,0	562,6	483,7	383,1	13,3
Angestelltenversicherung	.	225,9	.	.	218,5	193,9	193,6	4,8
Knappschaftliche Rentenversicherung	158,1	114,7	43,3	7,0	145,9	131,3	.	3,5
Rentenversicherungen insgesamt	.	827,1	.	107,0	927,0	808,9	.	21,6
3. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	548,6	.	104,5	588,4	503,3	399,2	14,9
Angestelltenversicherung	.	235,5	.	.	232,2	201,0	201,0	4,6
Knappschaftliche Rentenversicherung	155,0	116,8	37,8	33,1	151,5	136,1	.	3,5
Rentenversicherungen insgesamt	.	900,9	.	137,6	972,1	840,4	.	23,0
4. Kalendervierteljahr 1950								
Invalidenversicherung	.	581,4	.	108,6	595,3	514,8	400,9	15,3
Angestelltenversicherung	.	239,7	.	.	236,3	205,0	200,9	4,5
Knappschaftliche Rentenversicherung	163,1	123,4	39,7	14,4	156,4	140,2	.	3,8
Rentenversicherungen insgesamt	.	944,5	.	123,0	988,0	860,0	.	23,6

¹⁾ Die Unterschiede zu den früheren Tabellen beruhen darauf, daß nunmehr die gesamten Ausgaben (einschließlich der vom Bund zu übernehmenden Anteile) nachgewiesen werden, während in den früheren Tabellen nur die von den Rentenversicherungen selbst finanzierten Ausgaben nachgewiesen wurden. — ²⁾ Eigener Aufwand für Renten (vgl. Spalte 7) und die vom Bund zu tragenden Grundbeiträge. — Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

IX. Außen-
1. Außenhandel des Bundesgebiets¹⁾

Spezial-

Zeit	Einfuhr (kommerziell und nichtkommerziell)							
	Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorzeug- nisse	Enderzeug- nisse
Mill. DM								
1949 Oktober	796,5	478,6	317,9	171,4	85,8	60,7	26,1	34,6
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
Dezember	1 136,7	617,0	519,7	254,5	150,8	114,4	57,6	56,8
1949 4. Vj. gesamt	2 627,3	1 483,9	1 143,4	579,8	322,4	241,2	116,9	124,3
1950 Januar	966,1	503,3	462,8	240,6	124,7	97,5	49,8	47,7
Februar	708,2	324,2	384,0	214,0	90,6	79,4	41,8	37,6
März	822,6	423,6	399,0	220,4	82,2	96,4	49,0	47,4
April	747,5	317,1	430,4	230,7	98,0	101,7	47,3	54,4
Mai	678,2	291,4	386,8	220,0	76,5	90,3	43,9	46,4
Juni	790,5	302,8	487,7	286,0	105,6	96,1	43,0	53,1
Juli	948,5	427,2	521,3	311,3	107,9	102,1	51,1	51,0
August	864,3	399,8	464,5	211,5	142,3	110,7	57,6	53,1
September	1 006,3	472,2	534,1	275,5	129,1	129,5	68,8	60,7
Oktober	1 312,4	561,9	750,5	368,1	202,8	179,6	94,0	85,6
November	1 206,2	478,2	728,0	354,9	202,0	171,1	87,3	83,8
Dezember	1 323,1	511,8	811,3	434,5	202,7	174,1	81,0	93,1
1950 insgesamt	11 374,6	5 013,5	6 361,1	3 367,8	1 564,7	1 428,6	714,7	713,9
1951 Januar	1 241,7	472,4	769,3	438,9	172,8	157,6	83,9	73,7
Februar	1 221,9	485,8	736,1	424,5	156,1	155,5	92,2	63,3
Mill. \$								
1949 Oktober	190,7	114,8	75,9	40,8	20,6	14,5	6,2	8,3
November	169,0	94,2	74,8	37,8	21,1	15,9	8,0	7,9
Dezember	275,7	149,7	126,0	62,2	36,7	27,1	13,5	13,6
1949 4. Vj. gesamt	635,4	358,7	276,7	140,8	78,4	57,5	27,7	29,8
1950 Januar	230,1	120,0	110,1	57,3	29,7	23,1	11,8	11,3
Februar	168,3	77,1	91,2	50,9	21,5	18,8	9,9	8,9
März	195,5	100,7	94,8	52,4	19,5	22,9	11,7	11,2
April	177,7	75,4	102,3	54,9	23,3	24,1	11,2	12,9
Mai	161,1	69,3	91,8	52,3	18,2	21,3	10,4	10,9
Juni	187,9	72,0	115,9	67,9	25,2	22,8	10,2	12,6
Juli	225,4	101,6	123,8	74,0	25,7	24,1	12,1	12,0
August	205,3	95,0	110,3	50,3	33,8	26,2	13,7	12,5
September	239,1	112,2	126,9	65,5	30,7	30,7	16,4	14,3
Oktober	311,9	133,6	178,3	87,5	48,2	42,6	22,4	20,2
November	286,6	113,7	172,9	84,4	48,0	40,5	20,7	19,8
Dezember	314,7	121,7	193,0	103,4	48,2	41,4	19,3	22,1
1950 insgesamt	2 703,8	1 192,3	1 511,5	800,9	372,1	338,5	169,8	168,7
1951 Januar	295,4	112,4	183,0	104,4	41,1	37,5	20,0	17,5
Februar	290,7	115,6	175,1	101,0	37,1	37,0	22,0	15,0

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — *) Werte teilweise berichtigt. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

handel

nach Warengruppen *)

handel

Ausfuhr									Zeit
Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft							
		zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren				
					zusammen	Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse		
Mill. DM									
342,2	9,0	333,2	73,4	76,9	182,9	63,6	119,3	1949 Oktober	
370,2	15,9	354,3	79,0	90,2	185,1	60,0	125,1	November	
485,5	17,3	468,2	96,8	115,9	255,5	88,2	167,3	Dezember	
1 197,9	42,2	1 155,7	249,2	283,0	623,5	211,8	411,7	1949 4. Vj. gesamt	
442,8	9,4	433,4	84,6	104,9	243,9	91,4	152,5	1950 Januar	
473,7	11,6	462,1	80,6	103,1	278,4	97,6	180,8	Februar	
590,5	11,8	578,7	91,9	127,4	359,4	123,1	236,3	März	
542,0	13,4	528,6	78,9	104,8	344,9	122,1	222,8	April	
594,9	8,3	586,6	87,7	111,4	387,5	132,3	255,2	Mai	
651,9	8,4	643,5	105,9	125,1	412,5	139,4	273,1	Juni	
727,8	10,2	717,6	106,5	150,9	460,2	159,0	301,2	Juli	
751,2	12,1	739,1	102,2	155,0	481,9	154,8	327,1	August	
696,8	9,9	686,9	112,7	130,7	443,5	158,1	285,4	September	
901,3	27,1	874,2	108,4	142,3	623,5	228,0	395,5	Oktober	
979,8	36,4	943,4	111,6	156,5	675,3	227,6	447,7	November	
1 009,4	37,0	972,4	96,8	164,2	711,4	228,5	482,9	Dezember	
8 362,1	195,6	8 166,5	1 167,8	1 576,3	5 422,4	1 861,9	3 560,5	1950 insgesamt	
912,8	59,8	853,0	96,3	144,5	612,2	219,3	392,9	1951 Januar	
971,7	31,3	940,4	92,8	153,1	694,5	226,8	467,7	Februar	
Mill. \$									
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	1949 Oktober	
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November	
115,1	4,2	110,9	23,0	28,0	59,9	20,7	39,2	Dezember	
283,9	10,1	273,8	59,5	68,6	145,7	48,8	96,9	1949 4. Vj. gesamt	
104,4	2,3	102,1	20,1	25,2	56,8	21,6	35,2	1950 Januar	
112,3	2,8	109,5	19,1	24,8	65,6	23,2	42,4	Februar	
139,7	2,8	136,9	21,9	30,4	84,6	29,2	55,4	März	
127,7	3,1	124,6	18,8	25,0	80,8	28,9	51,9	April	
140,3	2,0	138,3	20,9	26,5	90,9	31,3	59,6	Mai	
153,9	2,0	151,9	25,2	29,8	96,9	33,0	63,9	Juni	
171,6	2,4	169,2	25,3	35,9	108,0	37,7	70,3	Juli	
177,1	2,8	174,3	24,3	36,9	113,1	36,7	76,4	August	
165,3	2,4	162,9	26,8	31,1	105,0	37,6	67,4	September	
214,1	6,5	207,6	25,8	33,9	147,9	54,3	93,6	Oktober	
233,0	8,7	224,3	26,6	37,3	160,4	54,2	106,2	November	
241,1	8,8	232,3	23,1	39,2	170,0	54,7	115,3	Dezember	
1 980,6	46,6	1 934,0	277,9	376,0	1 280,1	442,5	837,6	1950 insgesamt	
217,5	14,2	203,3	23,0	34,5	145,8	52,4	93,4	1951 Januar	
231,2	7,4	223,8	22,1	36,5	165,2	54,1	111,1	Februar	

nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Herstellungsländern

1950									1951						Länder			
durchschnitt			Juli bis September			Oktober bis Dezember			Januar bis Dezember			Januar				Februar		
Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo		Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Mill. DM																		
653,6	551,2	-102,4	910,1	697,6	-212,5	652,8	526,4	-126,4	855,5	650,1	-205,4	892,0	719,9	-172,1	1. EZU-Länder, gesamt			
															davon:			
84,3	45,3	-39,0	147,8	61,3	-86,5	86,1	44,5	-41,6	133,0	66,9	-66,1	127,1	71,2	-55,9	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾			
48,7	27,3	-21,4	84,7	48,0	-36,7	67,7	27,6	-40,1	100,1	45,8	-54,3	108,0	52,4	-55,6	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾			
27,6	4,9	-22,8	21,3	7,0	-14,3	19,5	4,3	-15,2	23,0	8,6	-14,4	18,1	9,9	-8,2	c) Indonesien			
493,0	473,7	-19,2	656,3	581,3	-75,0	479,5	450,0	-29,5	599,4	528,8	-70,6	638,8	586,4	-52,4	d) Kontinentale ERP-Länder			
															davon:			
42,2	58,9	+16,7	60,7	73,0	+12,3	42,0	57,2	+15,2	69,9	71,8	+1,9	97,5	73,1	-24,4	Belgien-Luxemburg ²⁾			
44,6	42,1	-2,5	55,4	41,5	-13,9	40,9	29,5	-11,4	47,6	32,7	-14,9	53,9	36,2	-17,7	Dänemark			
122,0	64,1	-57,9	144,8	81,4	-63,4	105,1	67,2	-37,9	141,1	72,1	-69,0	138,3	80,2	-58,1	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾			
0,0	0,9	+0,9	—	0,6	+0,6	0,0	0,6	+0,6	0,0	0,5	+0,5	—	0,6	+0,6	Freistaat Triest			
3,5	11,5	+8,1	9,6	14,6	+5,0	4,8	11,3	+6,5	4,3	10,3	+6,0	4,3	13,5	+9,2	Griechenland			
37,8	39,7	+1,9	69,0	48,1	-20,9	42,3	40,7	-1,6	58,4	43,4	-15,0	52,5	45,7	-6,8	Italien			
105,0	99,1	-6,0	120,8	119,7	-1,1	104,8	97,5	-7,3	99,0	102,4	+3,4	90,3	114,5	+24,2	Niederlande ²⁾			
22,0	9,6	-12,3	20,7	13,1	-7,6	18,1	10,0	-8,1	20,5	13,9	-6,6	20,7	14,9	-5,8	Norwegen			
15,4	25,4	+10,0	23,3	30,8	+7,5	14,8	26,0	+11,2	18,3	26,8	+8,5	22,0	39,9	+17,9	Österreich			
5,3	4,8	-0,5	12,3	8,0	-4,3	6,2	4,8	-1,4	12,9	6,5	-6,4	8,7	8,3	-0,4	Portugal ²⁾			
62,6	43,9	-18,7	63,5	70,9	+7,4	53,1	44,4	-8,7	60,5	67,5	+7,0	65,0	70,5	+5,5	Schweden			
25,0	46,8	+21,8	36,3	55,5	+19,2	29,2	41,1	+11,9	34,7	57,2	+22,5	36,8	60,5	+23,7	Schweiz			
7,6	26,9	+19,3	39,9	24,1	-15,8	18,2	19,7	+1,5	32,2	23,7	-8,5	48,8	28,5	-20,3	Türkei			
43,0	43,9	+0,9	54,4	46,2	-8,2	39,9	45,1	+5,2	37,8	66,7	+28,9	29,6	39,3	+9,7	2. Osteuropa			
35,5	35,8	+0,3	53,2	44,8	-8,4	36,1	31,7	-4,4	76,4	38,3	-38,1	70,4	40,4	-30,0	3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika			
207,6	96,4	-111,2	263,2	173,7	-89,5	219,2	93,9	-125,3	272,0	157,7	-114,3	229,9	172,1	-57,8	4. Westliche Hemisphäre			
															davon:			
142,8	38,9	-103,8	165,7	68,5	-97,2	150,9	36,1	-114,8	164,8	60,3	-104,5	168,8	69,4	-99,4	Vereinigte Staaten			
2,5	4,3	+1,7	5,8	4,8	-1,0	3,5	3,5	+0,0	5,0	4,3	-0,7	3,7	5,4	+1,7	Kanada			
62,3	53,2	-9,1	91,7	100,4	+8,7	64,8	54,3	-10,5	102,2	93,1	-9,1	57,4	97,3	+39,9	Lateinamerika			
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1241,7	912,8	-328,9	1221,9	971,7	-250,2	Alle Länder			
653,6	551,2	-102,4	910,1	697,6	-212,5	652,8	526,4	-126,4	855,5	650,1	-205,4	892,0	719,9	-172,1	EZU-Länder, gesamt			
286,1	176,1	-110,0	370,8	264,7	-106,1	295,2	170,7	-124,5	386,2	262,7	-123,5	329,9	251,8	-78,1	Übrige Länder, gesamt			
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1241,7	912,8	-328,9	1221,9	971,7	-250,2	Alle Länder			
577,2	519,0	-58,2	804,1	642,5	-161,6	565,6	494,5	-71,1	732,4	595,7	-136,7	765,9	657,6	-108,3	ERP-Länder, gesamt			
362,5	208,3	-154,2	476,8	319,8	-157,0	382,4	202,6	-179,8	509,3	317,1	-192,2	456,0	314,1	-141,9	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt			
939,7	727,3	-212,4	1280,9	962,3	-318,6	948,0	697,1	-250,9	1241,7	912,8	-328,9	1221,9	971,7	-250,2	Alle Länder			
Mill. \$																		
155,2	130,3	-25,0	216,4	166,1	-50,3	155,1	124,7	-30,4	203,5	154,9	-48,6	212,2	171,3	-40,9	1. EZU-Länder, gesamt			
															davon:			
20,0	10,7	-9,4	35,1	14,5	-20,6	20,4	10,6	-9,8	31,7	15,9	-15,8	30,2	16,9	-13,3	a) „Sterling“-Teilnehmerländer ¹⁾			
11,6	6,4	-5,1	20,1	11,4	-8,7	16,1	6,5	-9,6	23,8	10,9	-12,9	25,7	12,5	-13,2	b) Nichtteilnehmer-„Sterling“-Länder ¹⁾			
6,5	1,2	-5,4	5,1	1,7	-3,4	4,6	1,0	-3,6	5,4	2,0	-3,4	4,3	2,4	-1,9	c) Indonesien			
117,1	112,0	-5,1	156,1	138,5	-17,6	114,0	106,6	-7,4	142,6	126,1	-16,5	152,0	139,5	-12,5	d) Kontinentale ERP-Länder			
															davon:			
10,0	13,9	+3,9	14,5	17,4	+2,9	10,0	13,5	+3,5	16,6	17,1	+0,5	23,2	17,3	-5,9	Belgien-Luxemburg ²⁾			
10,6	9,9	-0,7	13,2	9,9	-3,3	9,7	7,0	-2,7	11,3	7,8	-3,5	12,8	8,6	-4,2	Dänemark			
29,0	15,2	-13,8	34,4	19,4	-15,0	25,0	15,9	-9,1	33,6	17,2	-16,4	32,9	19,1	-13,8	Frankreich einschl. Saargebiet ²⁾			
0,0	0,2	+0,2	—	0,1	+0,1	0,0	0,1	+0,1	0,0	0,1	+0,1	—	0,1	+0,1	Freistaat Triest			
0,8	2,7	+1,9	2,3	3,5	+1,2	1,2	2,7	+1,5	1,0	2,5	+1,5	1,0	3,2	+2,2	Griechenland			
9,0	9,5	+0,5	16,4	11,5	-4,9	10,1	9,7	-0,4	13,9	10,4	-3,5	12,5	10,9	-1,6	Italien			
24,9	23,5	-1,5	28,7	28,4	-0,3	24,9	23,1	-1,8	23,5	24,4	+0,9	21,5	27,3	+5,8	Niederlande ²⁾			
5,2	2,2	-3,0	4,9	3,1	-1,8	4,3	2,4	-1,9	4,9	3,3	-1,6	4,9	3,5	-1,4	Norwegen			
3,7	6,0	+2,3	5,5	7,4	+1,9	3,5	6,2	+2,7	4,3	6,4	+2,1	5,2	9,5	+4,3	Österreich			
1,3	1,1	-0,1	2,9	1,9	-1,0	1,5	1,1	-0,4	3,1	1,5	-1,6	2,1	2,0	-0,1	Portugal ²⁾			
14,9	10,4	-4,5	15,2	16,9	+1,7	12,6	10,5	-2,1	14,4	16,1	+1,7	15,5	16,8	+1,3	Schweden			
5,9	11,0	+5,1	8,6	13,2	+4,6	6,9	9,7	+2,8	8,3	13,6	+5,3	8,8	14,4	+5,6	Schweiz			
1,8	6,4	+4,6	9,5	5,8	-3,7	4,3	4,7	+0,4	7,7	5,7	-2,0	11,6	6,8	-4,8	Türkei			
10,2	10,4	+0,2	12,9	11,1	-1,8	9,4	10,7	+1,3	9,0	15,9	+6,9	7,1	9,4	+2,3	2. Osteuropa			
8,4	8,5	+0,1	12,6	10,6	-2,0	8,6	7,5	-1,1	18,2	9,1	-9,1	16,6	9,6	-7,0	3. Sonstige Länder in Europa, Asien und Afrika			
49,4	22,7	-26,7	62,6	41,3	-21,3	52,2	22,2	-30,0	64,7	37,6	-27,1	54,8	40,9	-13,9	4. Westliche Hemisphäre			
															davon:			
34,0	9,2	-24,7	39,4	16,3	-23,1	35,9	8,6	-27,3	39,2	14,4	-24,8	40,2	16,5	-23,7	Vereinigte Staaten			
0,6	1,0	+0,4	1,4	1,2	-0,2	0,9	0,8	-0,1	1,2	1,0	-0,2	0,9	1,3	+0,4	Kanada			
14,3	12,5	-1,8	21,8	23,8	+2,0	15,4	12,8	-2,6	24,3	22,2	-2,1	13,7	23,1	+9,4	Lateinamerika			
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	295,4	217,5	-77,9	290,7	231,2	-59,5	Alle Länder			
155,2	130,3	-25,0	216,4	166,1	-50,3	155,1	124,7	-30,4	203,5	154,9	-48,6	212,2	171,3	-40,9	EZU-Länder, gesamt			
68,0	41,6	-26,4	88,1	63,0	-25,1	70,2	40,4	-29,8	91,9	62,6	-29,3	78,5	59,9	-18,6	Übrige Länder, gesamt			
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	295,4	217,5	-77,9	290,7	231,2	-59,5	Alle Länder			
137,1	122,7	-14,5	191,2	152,9	-38,3	134,4	117,1	-17,3	174,3	142,0	-32,3	182,2	156,4	-25,8	ERP-Länder, gesamt			
86,1	49,2	-36,9	113,3	76,2	-37,1	90,9	48,0	-42,9	121,1	75,5	-45,6	108,5	74,8	-33,7	Nichtteilnehmerländer ¹⁾ , gesamt			
223,2	171,9	-51,4	304,5	229,1	-75,4	225,3	165,1	-60,2	295,4	217,5	-77,9	290,7	231,2	-59,5	Alle Länder			

nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarktpreisen, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgte. — *) Die in Tabelle 1 (Außenhandelsbilanz) weichen die Monatsergebnisse für das Jahr 1950 geringfügig ab. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß

Bundesgebiet, in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß von Steinkohle Koks	
	monatlich	arbeits-täglich	monatlich	
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 ..	5 927	234,7	.	.
1948 ..	7 253	285,1	702	542
1949 ..	8 603	338,1	944	646
1949 Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1 023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	1 304	602
1950 Januar	9 327	358,7	971	624
Februar	8 682	361,7	907	650
März	9 802	363,0	979	591
April	8 364	363,6	927	486
Mai	8 667	361,1	771	452
Juni	8 978	345,3	1 078	462
Juli	9 169	352,6	1 114	723
August	9 445	349,8	1 166	860
September	9 216	354,5	1 091	797
Oktober	9 499	365,4	1 021	735
November	10 022	400,9	1 169	748
Dezember	9 584	399,4	823	780
1951 Januar	10 138	389,9	773	738
Februar	9 455	394,0	806	704
März ¹⁾	10 031	401,2	.	.

¹⁾ Vorläufig. — Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung; Statistisches Bundesamt.

3. Eisen- und Stahlerzeugung

Bundesgebiet, in 1000 t

X. Produktion
Beschäftigung

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahlblöcke und Stahlformguß ¹⁾	Walzstahlfertigerzeugnisse
Juli	636	805	551
August	651	845	582
September	598	770	535
Oktober	557	704	518
November	584	765	555
Dezember	633	812	566
1950 Januar	697	907	605
Februar	671	899	573
März	772	1 015	650
April	691	907	575
Mai	724	938	625
Juni	762	1 006	683
Juli	824	1 049	690
August	867	1 088	751
September	887	1 079	762
Oktober	927	1 135	783
November	875	1 112	793
Dezember	774	959	676
1951 Januar	806	1 044	749
Februar	710	942	681
März ²⁾	782	1 027	708

¹⁾ Von April 1950 ab: flüssig. — ²⁾ Vorläufig. — Quelle: Fachstatistik Eisen und Stahl.

4. Arbeitsmarkt

Bundesgebiet, in 1000

Stand am Monatsende	Beschäftigte	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger
1948 September	13 463,1	784,1	297,2	263
Oktober	.	739,4	305,5	287
November	.	715,1	276,2	310
Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 Januar	.	962,9	216,9	521
Februar	.	1 068,9	212,3	650
März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
April	.	1 232,4	183,6	771
Mai	.	1 256,9	157,1	827
Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
Juli	.	1 302,9	135,7	931
August	.	1 308,1	125,7	963
September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
Oktober	.	1 316,6	119,7	969
November	.	1 383,8	99,5	1 030
Dezember	13 556,2	1 558,5	75,4	1 203
1950 Januar	.	1 897,6	87,7	1 446
Februar	.	1 981,7	106,1	1 622
März	13 307,3	1 851,9	126,6	1 544
April	.	1 783,8	119,6	1 446
Mai	.	1 668,3	116,9	1 363
Juni	13 845,6	1 538,1	124,3	1 264
Juli	.	1 451,9	128,2	1 177
August	.	1 341,2	133,9	1 102
September	14 295,6	1 271,8	142,3	1 030
Oktober	.	1 230,2	129,9	984
November	.	1 316,2	100,2	1 034
Dezember	14 163,1	1 690,2	71,9	1 295
1951 Januar	.	1 821,3	104,0	1 542
Februar	.	1 662,5	132,4	1 449
März	14 245,6	1 566,7	.	.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Zeit	Deutsche Bundesbahn						Schifffahrt	
	Durchschn. arbeits-tägl. Güterwagenstellung	Umlaufzeit der Güterwagen	Güterverkehr insgesamt	beförderte Personen	betriebsfähige Güterwagen	betriebsfähige Dampf-lokomotiven	Binnen- Güterumschlag	See- Güterumschlag
	1 000	Tage ¹⁾	1 000 t	1 000	1 000		1 000 t	
1948 M.-D.	43,7	6,1	.	137 314	263,7	7,9	6 068	1 886
1949 M.-D.	52,1	4,8	20 630	113 253	262,0	8,9	6 872	2 093
1949 April	51,8	5,0	19 538	114 120	256,6	8,9	6 628	2 029
Mai	51,2	4,8	19 971	118 274	250,4	8,9	7 489	2 010
Juni	50,0	4,8	18 720	106 922	261,6	9,0	7 427	2 113
Juli	51,1	4,5	20 223	107 839	261,3	9,0	8 184	2 200
August	50,3	4,4	20 263	107 936	260,4	9,0	7 869	2 330
Sept.	53,2	4,4	20 511	104 325	265,4	9,0	7 352	2 233
Okt.	56,6	4,7	22 193	115 614	264,0	8,9	6 833	2 085
Nov.	57,3	4,6	22 442	110 556	259,7	8,9	6 519	2 122
Dez.	51,5	4,8	20 119	111 182	258,3	9,1	6 532	2 226
1950 Januar	48,2	4,6	17 664	119 915	258,0	8,9	5 899	2 199
Februar	49,9	4,4	16 857	104 204	254,6	8,9	5 350	1 824
März	53,3	4,2	19 928	104 068	254,2	8,9	7 291	2 043
April	52,9	4,7	16 736	108 078	253,2	8,9	7 191	1 613
Mai	53,3	4,7	17 175	113 395	250,5	9,1	8 224	1 943
Juni	53,3	4,3	17 887	101 388	238,6	8,9	8 668	2 134
Juli	55,3	4,3	18 988	111 488	236,8	8,9	9 579	2 437
August	56,2	4,2	20 762	107 628	241,4	8,9	10 616	2 837
Sept.	59,9	4,3	21 593	108 076	263,6	8,8	10 111	2 711
Okt.	63,9	4,3	23 284	121 621	264,6	8,7	9 725	2 658
Nov.	64,3	4,2	22 612	115 025	267,2	8,7	9 574	2 505
Dez.	61,6	4,7	20 844	122 881	262,4	8,8	8 525	2 627
1951 Januar	56,3	4,6	20 115	116 276	252,4	8,4	7 487	2 356
Februar	57,7	4,3	19 361	105 483	249,5	8,4	8 489	.

Zeit	Deutsche Bundespost ²⁾						
	Brief- ³⁾ sendungen einschl. Einschreibesendungen	Gewöhl. Paket-sendungen	Tele-gramme	Orts-gespräche	Fern- ³⁾ gespräche einschließlich Schnell-gespräche	Postkraftfahrwesen	
	Mill.	1 000		Mill.		geleistete Wagen-kilometer	beförderte Personen
1938 M.-D.	323,5	15 494	1 078	115,3	17,5	.	.
1948 "	296,7	7 558	2 386	130,1	.	.	.
1949 "	308,4	10 544	1 950	127,1	25,1	5 458	9 444
1949 April	297,9	8 634	1 916	120,5	23,4	4 813	8 856
Mai	288,4	9 077	1 978	121,7	24,5	5 252	8 709
Juni	275,6	8 299	1 897	119,6	24,0	5 444	8 551
Juli	283,9	8 765	1 968	123,3	25,7	5 905	8 966
August	302,2	8 928	2 044	124,8	26,2	6 107	9 586
Sept.	296,2	9 541	2 057	125,4	26,2	5 973	9 263
Okt.	316,0	10 619	2 125	132,1	26,7	5 925	9 470
Nov.	318,3	13 065	2 003	132,2	25,7	5 828	10 202
Dez.	403,8	16 585	2 193	137,3	25,6	6 227	11 089
1950 Januar	298,4	10 047	1 694	130,3	24,0	6 240	11 029
Februar	286,7	10 116	1 591	124,1	22,6	5 876	10 581
März	333,1	12 855	1 935	134,2	26,6	6 609	11 068
April	307,1	10 933	1 911	126,4	24,3	5 983	9 961
Mai	307,0	11 522	2 155	132,3	26,2	6 683	10 241
Juni	296,6	11 112	2 012	135,4	26,6	7 007	9 903
Juli	324,1	11 201	2 213	137,6	28,4	7 504	10 818
August	322,8	11 790	2 381	140,2	29,2	7 764	11 752
Sept.	317,6	12 885	2 346	144,9	29,1	7 439	11 125
Okt.	346,3	15 200	2 358	147,8	29,0	7 373	11 647
Nov.	363,7	16 928	2 147	147,0	28,1	7 220	12 721
Dez.	437,1	21 214	2 368	153,7	28,2	7 497	13 681
1951 Januar	347,6	12 991	2 080	152,5	28,4	7 739	14 502
Februar	328,4	13 328	1 915	.	26,3	7 170	12 995

¹⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — ²⁾ M.-D. 1938, 1948 und 1949 für die betreffenden Rechnungsjahre. — ³⁾ Von Oktober 1950 ab auch Verkehr aus der Sowjetzone und Berlin, und zwar im Oktober 17,9 Mill. Briefe, 1,4 Mill. Pakete, 172 000 Telegramme und 0,1 Mill. Ferngespräche. — Quellen: Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt, Deutsche Bundespost (Posttechnisches Zentralamt).

6. Indexziffer der Grundstoffpreise

X. Preise

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs- mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Oktober	188	149	214
November	190	151	217
Dezember	193	154	218
1949 Januar	190	155	214
Februar	188	156	210
März	187	156	208
April	185	153	206
Mai ¹⁾	188	168	202
Juni	190	174	201
Juli	191	178	199
August	192	182	199
September	192	185	197
Oktober	199	190	204
November	197	186	205
Dezember	195	181	204
1950 Januar	196	169	214
Februar	197	170	214
März	196	168	215
April	197	169	216
Mai	197	168	216
Juni	198	168	218
Juli	203	176	222
August	207	176	228
September	218	179	245
Oktober	220	177	249
November	224	177	256
Dezember	229	176	265
1951 Januar	240	182	279
Februar	245	184	286

¹⁾ Ab Mai 1949 unter Berücksichtigung der an den Schlachtviehmärkten tatsächlich gezahlten Preise. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

7. Indexziffer der Lebenshaltungskosten

für eine 4köpfige Arbeiterfamilie¹⁾

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, 1938 = 100

Zeit	Lebens- haltung insgesamt	Er- nährung	Genuß- mittel	Miete	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung und Unter- haltung	Haus- rat	Ver- kehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1949 Januar	167	169	292	100	120	260	157	142	208	136
Februar	167	173	292	100	121	250	157	143	203	136
März	167	175	293	100	121	240	158	142	198	135
April	163	168	293	102	120	232	158	142	192	135
Mai	161	166	291	102	120	223	157	142	187	134
Juni	159	164	287	102	120	215	157	141	183	134
Juli	159	166	285	102	120	209	156	141	178	134
August	157	160	284	102	120	204	155	141	175	134
September	155	158	284	102	120	201	155	144	173	134
Oktober	155	160	286	102	119	200	154	144	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	143	171	134
Dezember	156	163	287	102	119	199	151	142	171	134
1950 Januar	154	160	287	102	119	197	150	142	170	134
Februar	154	160	286	102	119	194	149	142	168	134
März	153	159	285	102	119	191	148	141	166	133
April	153	160	285	102	119	189	148	141	164	133
Mai	156	168	285	102	118	188	147	140	163	133
Juni	151	157	284	103	118	185	147	141	162	133
Juli	149	153	284	103	118	183	147	141	161	133
August	148	150	285	103	118	182	147	140	159	133
September	148	149	275	103	118	184	147	140	160	133
Oktober	149	150	275	103	118	187	148	141	161	133
November	150	152	275	103	119	189	148	142	163	133
Dezember	151	155	275	103	119	192	149	142	165	133
1951 Januar	154	157	275	103	121	197	151	143	171	148
Februar	156	159	275	103	122	203	154	145	177	151
März	161	168	276	103	123	209	157	148	183	152

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

XI. Internationale Übersichten

Die Währungen der Welt, ihre Relation zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM

Stand: Ende Dezember 1950

Vorbemerkung: Diese in den Monatsberichten der Bank deutscher Länder veröffentlichte Übersicht wird unter Einarbeitung der Veränderungen zu den hauptsächlichsten Bilanzstichtagen erscheinen und soll der Wirtschaft die Bilanzierung ihrer in Fremdwährungen ausgedrückten Forderungen und Verbindlichkeiten erleichtern. Die Angaben stützen sich auf amtliches Material, doch kann für sie keine Gewähr übernommen werden.

a) Feste Kursrelation verschiedener Währungen zum US-\$¹⁾

Bundesrepublik	US-\$	1,00	=	DM	4,200004
Deutschland	DM	1,00	=	US-\$	0,238095
Großbritannien	US-\$	1,00	=	£-Sterling	0,357143
	£-Sterling	1,-,-	=	US-\$	2,80
Belgien	US-\$	1,00	=	bfrs	50,—
Dänemark	US-\$	1,00	=	dkr	6,90714
Frankreich z. Zt.	US-\$	1,00	=	ffrs	350,—
Italien z. Zt.	US-\$	1,00	=	L	624,82
Jugoslawien	US-\$	1,00	=	Din	50,—
Niederlande	US-\$	1,00	=	hfl	3,80
Norwegen	US-\$	1,00	=	nkr	7,14286
Österreich	US-\$	1,00	=	ö.S.	21,36
Schweden	US-\$	1,00	=	skr	5,17321
Schweiz	US-\$	1,00	=	sfrs	4,37282
Tschechoslowakei	US-\$	1,00	=	Kc	50,—

¹⁾ Zugleich die maßgeblichen Umrechnungskurse bei Dollarfakturierung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik (ausgenommen die Schweiz, da in der Schweiz bei der Umrechnung von US-\$ in Landeswährung der in der Schweiz notierte freie Dollarkurs zugrunde gelegt wird).

b) Geld- und Briefkurse der Bank deutscher Länder¹⁾

				Geld (Ankauf, Gutschrift, Export)	Brief (Verkauf, Lastschrift, Import)
US-\$	1,00	=	DM	4,195	4,205
£-Sterling	1,-,-	=	DM	11,75	11,77
bfrs	100,—	=	DM	8,39	8,41
dkr	100,—	=	DM	60,75	60,87
ffrs	100,—	=	DM	1,199	1,201
L	100,—	=	DM	0,671	0,673
Din	100,—	=	DM	8,39	8,41
hfl	100,—	=	DM	110,41	110,63
nkr	100,—	=	DM	58,74	58,86
ö.S.	100,—	=	DM	19,64	19,68
skr	100,—	=	DM	81,10	81,26
sfrs	100,—	=	DM	95,95	96,15
Kc	100,—	=	DM	8,39	8,41

¹⁾ Für die Verrechnung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik; errechnet über die geltende Relation US-\$ 0,238095 = DM 1,00 und über die geltenden Relationen der einzelnen Währungen zum US-\$. Diese Kurse werden der Einfachheit halber angewendet, ohne daß hierdurch amtliche Devisenhandelskurse festgestellt worden sind.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdvaluten zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Afghanistan	100 Afghani	New Yorker Notierung	5,96	25,032
Argentinien*)	1 Peso	a) heim. Ankaufskurs „Basic“	0,20	0,840
		heim. Verkaufskurs „Vorzug“		
		b) heim. Ankaufskurs „Vorzug“	0,13333	0,560
		heim. Verkaufskurs „Basic“		
		c) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	0,07077	0,297
d) heim. Mittelkurs „Curb“	0,05128	0,215		
		New Yorker Notierung	0,0720	0,302
Australien	1 Pfund	Goldparität	2,24	9,408
		heimischer Mittelkurs	2,235	9,387
		New Yorker Notierung	2,22	9,324
Ägypten	1 Pfund	Goldparität	2,87156	12,061
		heimischer Mittelkurs	2,87115	12,059
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,88125	12,101
Äthiopien	1 Dollar	Goldparität	0,4025	1,691
		heimischer Mittelkurs	0,3992	1,677
		New Yorker Notierung	0,41	1,722
Belgien*)	100 Franken	Goldparität	2,00	8,400
		heimischer Mittelkurs	2,0024	8,410
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,00125	8,405
Belgisch-Kongo	100 Franken	pari	2,00	8,400
		New Yorker Notierung	2,006	8,425
Bolivien*)	100 Bolivianos	a) Goldparität u. heim. Ankaufskurs „Kontrolliert“	1,66667	7,000
		b) heim. Verkaufskurs „Kontrolliert“	1,65017	6,931
		c) heim. Mittelkurs „Frei“	0,9901	4,158
		New Yorker Notierung	1,666	6,997
Brasilien*)	100 Cruzeiros	Goldparität	5,40541	22,703
		a) heimischer Mittelkurs	5,39084	22,642
		New Yorker Notierung	5,50	23,100
Bulgarien	100 Lewa	heimischer Mittelkurs	0,34801	1,462
		New Yorker Notierung	0,35	1,470
Burma	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,2103	0,883
Ceylon	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,2103	0,883
China	100 Jen Min Piao	New Yorker Notierung	0,003	0,013
Chile*)	100 Pesos	Goldparität	3,22581	13,548
		a) heim. Ankaufskurs „Regierung“	5,16262	21,683
		b) heim. Ankaufskurs „Offiziell“	3,22581	13,548
		c) heim. Ankaufskurs „Handelskurs“	1,66667	7,000
		d) heim. Verkaufskurs „Effektiv-limitiert“	3,21543bis1,66389	13,505bis6,988
		e) heim. Mittelkurs „Frei“	1,31891	5,539
		f) heim. Mittelkurs „Goldkurs“	0,71429	3,000
New Yorker Notierung	1,66	6,972		
Costa Rica*)	1 Colón	Goldparität	0,178094	0,748
		a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	0,17746	0,745
		b) heim. Mittelkurs „Frei“	0,11338	0,476
		c) heim. Verkaufskurs „Frei“ m. Im- port-Zuschlaggebür (4 Gruppen)	0,1065 bis 0,06901	0,447 bis 0,290
		New Yorker Notierung	0,1785	0,750
Dänemark	100 Kronen	Goldparität	14,4778	60,807
		heimischer Mittelkurs	14,47702	60,804
		New Yorker Notierung	14,55	61,110
Dominikanische Republik	1 Peso	Goldparität	1,00	4,200
		New Yorker Notierung	1,00	4,200
Ecuador*)	100 Sucres	Goldparität	6,66667	28,000
		a) heim. Ankaufskurs „Offiziell“	6,66667	28,000
		b) heim. Verkaufskurs „Offiziell“	6,60066	27,723
		c) heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Steuer“	4,97512	20,896
		d) heim. Mittelkurs „Frei“	5,37634	22,581
		e) heim. Mittelkurs „Frei m. Steuer“	3,98825	16,667
New Yorker Notierung	7,25	30,450		
El Salvador	1 Colón	Goldparität und heim. Mittelkurs	0,40	1,680
		New Yorker Notierung	0,40	1,680
Eritrea	1 Schilling	New Yorker Notierung	0,1405	0,590
Finnland	100 Markkaa	heimischer Mittelkurs	0,43478	1,826
		New Yorker Notierung	0,45	1,890

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdvaluten

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Frankreich*)	100 Franken	a) heimischer Mittelkurs b) „Richtkurs“ New Yorker Notierung	0,28588 0,28571 0,2834375	1,201 1,200 1,190
Algerien	100 Franken	pari New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,28571 0,284375	1,200 1,194
Franz. Antillen	100 Franken	pari	0,28571	1,200
Franz.-Guayana	100 Franken	pari New Yorker Notierung	0,28571 0,29	1,200 1,218
Marokko	100 Franken	pari New Yorker Notierung	0,28571 0,29	1,200 1,218
Tunis	100 Franken	pari New Yorker Notierung (Mittelk.)	0,28571 0,284375	1,200 1,194
Franz.-Äquatorialafrika	100 CFA-Franken	relativ	0,57143	2,400
Franz. Togo und Kamerun	100 CFA-Franken	relativ	0,57143	2,400
Franz.-Westafrika	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung	0,57143 0,58	2,400 2,436
Madagaskar u. zugeh. Gebiete	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung	0,57143 0,57	2,400 2,394
Réunion, St. Pierre und Miquelon	100 CFA-Franken	relativ New Yorker Notierung	0,57143 0,58	2,400 2,436
Neue Hebriden Neu-Kaledonien Franz. Niederl. in Ozeanien Franz. Besitzungen in Indien Franz.-Indochina Franz.-Somaliland	100 CFP-Franken 1 Rupie 1 Piaster 100 Tschibuti-Franken	relativ New Yorker Notierung Goldparität relativ Goldparität	1,57143 1,595 0,21 0,04857 0,466435	6,600 6,699 0,882 0,204 1,959
Griechenland*)	100 Drachmai	a) heim. Mittelk. „Basic offiziell“ b) heim. Mittelkurs „Basic offiziell mit Zertifikaten“ New Yorker Notierung	0,020 0,00667 0,00666	0,084 0,028 0,028
Großbritannien*)	1 Pfund	Goldparität heimischer Mittelkurs New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,80 2,80125	11,760 11,760 11,765
Aden	1 Rupie	New Yorker Notierung	0,212	0,890
Bahama-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Bermuda-Inseln	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,80125	11,760 11,765
Britisch-Honduras	1 Dollar	Goldparität	0,70	2,940
Britisch-Nord-Borneo	1 Dollar	Goldparität	0,326667	1,372
Britisch-Ostafrika (Kenya, Tanganyika, Uganda, Zanzibar)	1 Schilling	Goldparität New Yorker Notierung	0,14 0,1405	0,588 0,590
Britisch-Westafrika (Gambia, Goldküste, Nigeria, Sierra Leone)	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,83125	11,760 11,891
Britisch-Westindien (Barbados, Brit.-Guayana, Trinidad)	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung	0,58333 0,59	2,450 2,478
Falkland-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Fidschi-Inseln	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,52252 2,53125	10,595 10,631
Gibraltar	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,8025	11,760 11,771
Hongkong	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung	0,175 0,1745	0,735 0,733
Jamaica	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80 2,81125	11,760 11,807
Malta	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Malaya (Singapore u. malaiische Föderation, Sarawak)	1 Dollar	Goldparität New Yorker Notierung	0,326667 0,3292	1,372 1,383
Mauritius	1 Rupie	Goldparität	0,21	0,882
Nord-Rhodesien	1 Pfund	Goldparität New Yorker Notierung	2,80 2,82	11,760 11,844
Nyasaland	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Süd-Rhodesien	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Seychellen	1 Rupie	Goldparität	0,21	0,882
Tonga-Inseln	1 Pfund	Goldparität	2,24	9,408
Zypern	1 Pfund	Goldparität	2,80	11,760
Guatemala	1 Quetzal	Goldparität heimischer Mittelkurs New Yorker Notierung	1,00 0,99626 1,00	4,200 4,184 4,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Haiti	1 Gourde	New Yorker Notierung	0,20	0,840
Honduras	1 Lempira	Goldparität	0,50	2,100
		heimischer Mittelkurs	0 49751	2,090
		New Yorker Notierung	0,50	2,100
Indien	1 Rupie	Goldparität	0,21	0,882
		heimischer Mittelkurs	0,20997	0,882
		New Yorker Notierung	0,2104	0,884
Indonesien*)	100 Gulden	a) heim. Ankaufskurs „Offiziell“	26,38522	110,818
		b) heim. Verkaufskurs „Offiziell“	26,24672	110,236
		c) heim. Ankaufskurs „Effektive Zertifikate“	13,22751	55,556
		d) heim. Verkaufskurs „Effektive Zertifikate“	8,74891	36,745
Israel*)	1 Pfund	a) heimischer Mittelkurs	2,80	11,760
		New Yorker Notierung	2,81	11,802
Irak	1 Dinar	Goldparität	2,80	11,760
		heimischer Mittelkurs	2,796875	11,747
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80125	11,765
Iran*)	100 Rials	Goldparität	3,10078	13,023
		a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	3,10078	13,023
		b) heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Zertifikaten“	2,50	10,500
		c) heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Zertifikaten“	2,05128	8,615
Irland	1 Pfund	New Yorker Notierung	3,125	13,125
		heimischer Mittelkurs	2,80	11,760
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,80125	11,765
Island	100 Kronen	Goldparität	6,14036	25,790
		heimischer Mittelkurs	6,13874	25,783
		New Yorker Notierung	6,14	25,788
Italien*)	100 Lire	a) heim. Mittelk. „Offiziell, Frei“	0,160	0,672
		b) heim. Mittelkurs „Curb“	0,14184	0,596
		New Yorker Notierung	0,165	0,693
Japan*)	100 Yen	heimischer Mittelkurs	0,27778	1,167
		New Yorker Notierung	0,278	1,168
		Goldparität	2,00	8,400
Jugoslawien	100 Dinára	New Yorker Notierung	2,00	8,400
		Goldparität	2,00	8,400
Kanada*)	1 Dollar	New Yorker Notierung „Frei“	0,94518	3,970
Kolumbien*)	1 Peso	Goldparität	0,512825	2,154
		a) heim. Ankaufskurs „Offiziell“	0,51282	2,154
		b) heim. Verkaufskurs „Offiziell“	0,51020	2,143
		c) heim. Verkaufskurs „Offiziell mit Steuer“	0,49068	2,061
		d) heim. Mittelkurs „Zertifikate“ etwa	0,31756	1,334
Korea (Süd)	100 Won	New Yorker Notierung	0,515	2,163
		Goldparität	0,06	0,252
		New Yorker Notierung	1,00	4,200
Kuba	1 Peso	Goldparität	1,00	4,200
		New Yorker Notierung	1,00	4,200
		Goldparität	0,456313	1,917
		a) heimischer Mittelkurs	0,45455	1,909
Libanon*)	1 Pfund	b) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	0,25974	1,091
		New Yorker Notierung	0,32	1,344
		New Yorker Notierung	1,00	4,200
Liberia	1 US-Dollar	New Yorker Notierung	1,00	4,200
Luxemburg	100 Franken	Goldparität	2,00	8,400
		heimischer Mittelkurs	2,0024	8,410
		New Yorker Notierung	2,00	8,400
Mexiko	1 Peso	Goldparität	0,115607	0,486
		heimischer Mittelkurs	0,11567	0,486
		New Yorker Notierung	0,116	0,487
Neufundland	1 Dollar	New Yorker Notierung (Frei)	0,94518	3,970
Neuseeland	1 Pfund	heimischer Mittelkurs	2,77955	11,674
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,794375	11,736
Niederlande	100 Gulden	Goldparität	26,3158	110,526
		New Yorker Notierung	26,27	110,334
Ndl.-Westindien (Antillen)	100 Gulden	Goldparität	53,0264	222,711
		New Yorker Notierung	53,12	223,104
		New Yorker Notierung	53,05	222,810
Ndl.-Guayana (Surinam)	100 Gulden	Goldparität	53,0264	222,711
		New Yorker Notierung	53,33	223,986
Ndl.-Ostindien (Neu-Guinea)	100 Gulden	New Yorker Notierung	13,25	55,650

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

c) Feste und freie Kursrelationen von Fremdwäluen

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Nikaragua*)	1 Córdoba	Goldparität	0,20	0,840
		a) heim. Ankaufskurs „Basic-off.“	0,20	0,840
		b) heim. Ankaufsk. „Effektiv-Export“	0,15152	0,636
		c) heim. Verkaufskurs „Basic-off.“	0,14286	0,600
		d) heim. Verkaufskurs „Basic-off.“	0,125	0,525
		e) heim. Verkaufskurs „Basic-off.“	0,10	0,420
		f) heim. Mittelkurs „Frei“	0,13298	0,559
Norwegen	100 Kronen	New Yorker Notierung	0,1515	0,636
		Goldparität	14,00	58,800
Österreich*)	100 Schillinge	New Yorker Notierung	14,05	59,010
		a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	4,68165	19,663
		b) heim. Mittelkurs „Prämie“	3,84615	16,154
Pakistan*)	1 Rupie	New Yorker Notierung „Offiziell“	4,68	19,656
		New Yorker Notierung „Prämie“	3,87	16,254
		heimischer Mittelkurs	0,30211	1,269
Panama*)	1 Balbóa	New Yorker Notierung	0,3030	1,273
		Goldparität	1,00	4,200
Paraguay*)	1 Guarani	New Yorker Notierung	1,00	4,200
		Goldparität	0,323625	1,359
		a) heim. Ankaufskurs „Basic“	0,32690	1,373
		b) heim. Ankaufskurs „Spezial“	0,20325	0,854
		c) heim. Ankaufskurs „Spezial“	0,16611	0,698
		d) heim. Ankaufskurs „Spezial“	0,12516	0,526
		e) heim. Verkaufskurs „Basic“	0,32041	1,346
		f) heim. Verkaufskurs „Spezial“	0,19677	0,826
		g) heim. Verkaufskurs „Spezial“	0,15659	0,658
		h) heim. Verkaufskurs „Spezial“	0,12419	0,522
		i) heim. Verkaufskurs „Spezial“	0,11291	0,474
		New Yorker Notierung	0,3275	1,376
		Peru*)	100 Soles	a) heim. Mittelkurs „Zertifikate“ etwa
b) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	6,65779			27,963
New Yorker Notierung	6,70			28,140
Philippinen	1 Peso	Goldparität	0,50	2,100
		heimischer Mittelkurs	0,49764	2,090
		New Yorker Notierung	0,4992	2,097
Polen*)	100 Zlotys	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	25,00	105,00
		New Yorker Notierung	25,00	105,00
Portugal	100 Escudos	heimischer Mittelkurs	3,47524	14,596
		New Yorker Notierung	3,50	14,700
		Azoren	3,50	14,700
		Port.-Ostafrika (Moçambique)	3,50	14,700
Port.-Westafrika (Angola)	100 Escudos	New Yorker Notierung	3,50	14,700
Rumänien	100 Lei	heimischer Mittelkurs	0,66007	2,772
		New Yorker Notierung	0,66	2,772
Saudi Arabien	1 Rijal	New Yorker Notierung	0,26	1,092
Spanien*)	100 Pesetas	a) heim. Ankaufskurs „Offiziell“	9,13242 bis 3,04414	38,356 bis 12,785
		b) heim. Verkaufskurs „Offiziell“	8,91266 bis 4,54752	37,433 bis 19,100
		c) heim. Mittelkurs „Frei“	2,52334	10,598
		New Yorker Notierung	2,50	10,500
Sudan, anglo-ägyptischer	1 Pfund	New Yorker Notierung	2,89	12,138
		Südafrikanische Union	1 Pfund	Goldparität
Syrien	1 Pfund	heimischer Mittelkurs	2,7925	11,729
		New Yorker Notierung (Mittelk.)	2,800625	11,763
		Goldparität	0,456313	1,917
		heimischer Mittelkurs	0,45455	1,909
		heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	0,27322	1,148
Schweiz*)	100 Franken	New Yorker Notierung	0,28	1,176
		a) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	23,31002	97,902
		b) Verrechnungskurs im Zahlungsverkehr mit der Bundesrepublik	22,86854	96,048
		New Yorker Notierung	23,34	98,028
Schweden	100 Kronen	heimischer Mittelkurs	19,32367	81,159
		New Yorker Notierung	19,37	81,354
Thailand (Siam) *)	1 Baht	a) heim. Mittelkurs „Offiziell“	0,08	0,336
		b) heim. Mittelkurs „Frei“	0,04751	0,200
		New Yorker Notierung (Frei)	0,04625	0,194
Tschechoslowakei	100 Kronen	Goldparität	2,00	8,400
		heimischer Mittelkurs	2,00	8,400
		New Yorker Notierung	2,02	8,484

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

zum US-\$ und ihr errechneter Wert in DM *)

Land	Währung	Kursart	Valutaparität	
			in US-\$	in DM
Türkei	1 Pfund	Goldparität	0,357143	1,500
		heimischer Mittelkurs	0,35556	1,493
		New Yorker Notierung	0,3571	1,500
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	1 Rubel	offiziell	0,25	1,050
		New Yorker Notierung	0,25	1,050
Ungarn	100 Forints	heimischer Mittelkurs	8,51861	35,778
Uruguay*)	1 Peso	New Yorker Notierung	8,60	36,120
		a) heim. Ankaufskurs „Basic offiz.“	0,65833	2,765
		b) heim. Ankaufskurs „Spezial I“	0,5618	2,360
		c) heim. Ankaufskurs „Spezial II“	0,42553	1,787
		d) heim. Verkaufskurs „Basic offiz.“	0,52632	2,211
		e) heim. Verkaufsk. „Spezial I+II“	0,40816	1,714
		f) heim. Mittelkurs „Frei“ etwa	0,49505	2,079
Venezuela*)	1 Bolivar	New Yorker Notierung	0,50	2,100
		Goldparität	0,298507	1,254
		a) heimischer Ankaufskurs	0,32787	1,377
		b) heimischer Ankaufskurs	0,32362	1,359
		c) heimischer Ankaufskurs	0,3012	1,265
		d) heimischer Ankaufskurs	0,23529	0,988
		e) heimischer Ankaufskurs	0,20833	0,875
Vereinigte Staaten von Amerika	1 Dollar	f) heimischer Verkaufskurs	0,29851	1,254
		New Yorker Notierung	0,3005	1,262
		Goldparität	1,00	4,200

*) Vgl. die Erläuterungen am Schluß der Übersicht.

*) Die in der Tabelle unter a, b, c usw. angeführte Goldparität, die genannten festen und freien Kurse, heimischen Grund-, Vorzugs-, Spezial-, Zertifikatkurse usw. für den An- und Verkauf von US-Dollars werden hauptsächlich für die in der nachstehenden Aufstellung unter a, b, c usw. genannten Handels- und Nichthandelsgeschäfte verwendet:

- Argentinien:** Vom 29. August 1950 ab sind die angeführten Wechselkurse in Kraft. — a) Grundkurs für Exportdevisen (für die meisten Ausfuhren von Roherzeugnissen, wie lebendes Vieh, Wolle, Häute, Felle, Öle, Weizen, Mais, Olsaaten) und Vorzugskurs für Importdevisen (Kohle, Koks, Petroleum und dessen Erzeugnisse). — b) Export-Devisen-Vorzugskurs (Schweinefleisch, Leder, Milchpulver, Butter, Käse, Fleischkonserven und gesalzenes Fleisch sowie für zahlreichere andere Halbwaren) und Grundkurs für Importdevisen (Metallwaren, Tabak, Holz, Garn, Zeitungspapier, Farbstoffe u. a.). — c) Nicht wesentliche Im- und Exporte und spezifizierter Kapitaltransaktionen. — d) Nachbörlicher Freiverkehrskurs.
- Belgien:** Die Kurse für US- und kanadische Dollar, für schweizerische und französische Franken werden zur Zeit — jedoch innerhalb eines gesetzlichen Limits (dem Wert nach: belgische Franken 49,50—50,50 = US-\$ 1,00) — auf dem freien Markt bestimmt. Die Nationalbank ist geneigt, Limitüberschreitungen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Der US-\$ und der sfr. werden seit November 1949, der kanadische Dollar und der sfr. seit Juni 1950 auf dem freien Markt gehandelt. Geschäfte in allen übrigen Währungen werden zu festen An- und Verkaufskursen auf der Basis der Parität des belgischen Franken getätigt. — Der Kongo-Frank ist paritätisch mit dem belgischen Frank.
- Bolivien:** Die angeführten Wechselkurse gelten vom 8. April 1950 ab. — a) Für 58—60 vH der Erlöse aus Zinnexporten. Seit 1. November 1950 dürfen die Zinnexporteure 40—42 vH (der vH-Satz richtet sich nach dem US-\$-Preis für Zinn) ihrer Devisenerlöse zur Deckung des Devisenbedarfs ihrer in fremden Währungen ausgedrückten Verbindlichkeiten zurückbehalten, während früher dieser Satz variierte. Für Erlöse aus den Grundkontingenten anderer Exporte und für Regierungsgeschäfte. — b) Für die meisten Importe, für bestimmte Überweisungen und für Regierungsgeschäfte. — c) Für Exporterlöse, die die Kontingente überschreiten, für genehmigte Importe nicht lebensnotwendiger Güter und für genehmigte Nichthandelsgeschäfte. Dieser Kurs wird von der Zentralbank stabil gehalten. — Seit April 1948 unterliegen alle Devisenverkäufe mit Ausnahme derjenigen für Regierungsimporte und Nichthandelsüberweisungen einer Sonderwechselsteuer von Bol. 1,00 je US-\$ 1,00.
- Brasilien:** a) Der heimische Ankaufskurs: Cruzeiros 18,38 = US-\$ 1,00 und der heimische Verkaufskurs: Cruzeiros 18,72 = US-\$ 1,00 sind seit 1946 in Kraft. Diese Grundkurse gelten für alle Devisengeschäfte (insbesondere für alle Exporte, den Import lebensnotwendiger Güter, den Schulden- und privaten Kapitaldienst, für konsularische und diplomatische Überweisungen). Alle anderen Überweisungen werden ebenfalls zum Grundkurs getätigt, unterliegen aber von Januar 1948 an einer Besteuerung von 5 vH, so daß sich der Effektivkurs für solche Transaktionen auf Cruzeiros 19,656 = US-\$ 1,00 stellt. Kompensations- oder Tauschgeschäfte in bestimmten Waren sind zugelassen.
- Chile:** a) Für Exporterlöse der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften in Beträgen, die den örtlichen Produktionskosten entsprechen. — b) Für 34,5 vH des zusätzlichen Peso-Bedarfs der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften und für 20 vH bzw. 35 vH (je nach Warenart) der Erlöse anderer bestimmter Exporte. — c) Für die restlichen 65,5 vH des Peso-Bedarfs der bedeutendsten Bergwerksgesellschaften und für 65 vH derjenigen Exporterlöse bestimmter Exporte, die teilweise zu dem unter b) angeführten Kurs abgegeben werden müssen. Für die Gesamterlöse der meisten unbedeutenden Exporte. — d) Obere und untere Grenze effektiver Kurse für den Import. Der Kurs von Pes. 31,10 = US-\$ 1,00 gilt für den Import einiger lebenswichtiger Grundgüter, während der Kurs von Pes. 60,10 = US-\$ 1,00 für den größten Teil der Importe zur Anwendung gelangt. Innerhalb dieses Limits bestehen besondere Kurse für den Import bestimmter Waren und für bestimmte Transaktionen (Pes. 40,29; 43,10 und 50,10 = US-\$ 1,00). — e) Für Frachten, Unterstützungszahlungen, für Überweisungen aus dem Ausland, denen kein Handelsgeschäft zugrunde liegt oder für Eingänge von Privatvermögen, deren Begünstigte keine Handelsfirmen, Industrielle oder Unternehmungen mit legalem Sitz in Chile sind. Außerdem werden auch Gehälter in ausländischer Währung für in Chile ansässige Personen sowie Devisenverkäufe aus dem Reiseverkehr zu diesem Kurs abgewickelt. Für Kapitalinvestitionen in Devisen, soweit diese nicht aus dem Außenhandel resultieren. — f) Für Erlöse aus dem Export im Inland geschürften Goldes und für den Import bestimmter nicht lebenswichtiger Güter.
- Costa Rica:** a) Heimischer Ankaufskurs: Colónes 5,60 = US-\$ 1,00 gilt für alle Exporterlöse sowie für alle Erlöse aus bestimmten Nichthandelsgeschäften. Der heimische Verkaufskurs: Colónes 5,67 = US-\$ 1,00 ist vom 1. April 1950 an nominell. Vorzugsimporte und bestimmte Nichthandelsgeschäfte unterliegen einer Zuschlagsgebühr von 10 vH auf den Grundkurs. — b) + c) Für alle übrigen Geschäfte (vgl. a) zuzüglich einer Zuschlagsgebühr von 10 vH für Importe der Gruppe I und für bestimmte Nichthandelsgeschäfte, von 55 vH für Importe der Gruppe II, von 75 vH für Importe der Gruppe III und von 100 vH für Importe der Gruppe IV. Der Zuschlagsgebühr liegt der offizielle Verkaufskurs zugrunde.
- Ecuador:** Am 30. 11. 1950 wurden neue Vorschriften über den Zahlungsverkehr und die Wareneinfuhr erlassen. Die Parität des Sucre wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1950 an von Sucre 13,50 auf Sucre 15,00 = US-\$ 1,00 umgeändert. Die differenzierten Kurse im Wechselkursystem wurden beibehalten. — a) Exporterlöse mit Ausnahme derjenigen für Gold, Petroleum und Bananen. — b) Für Importe lebenswichtiger Güter. — c) Effektivkurs für Importe weniger lebenswichtiger Güter (Suces 15,15 + Importlizenz-Steuer in Höhe von 33 vH. Die Importlizenz-Steuer wird aus der offiziellen Parität errechnet.) — d) Für unsichtbare Leistungen. — e) Für nicht lebenswichtige Importe (Freier Kurs: Suces 18,60 + Importlizenz-Steuer in Höhe von 44 vH. Die Importlizenz-Steuer wird aus der offiziellen Parität errechnet).
- Frankreich:** a) Für Geschäfte in US-Dollar, in schweizerischen und belgischen Franken, in Tschibuti-Franken (Französisch-Somaliland), in Escudos und vom 3. Oktober 1950 an auch in kanadischen Dollar werden die Devisenkäufe und -verkäufe am freien Markt („marché libre“) zu den dort notierten Kursen getätigt. Für die unter der Kontrolle des „Fonds de stabilisation des changes“ stehenden und nicht auf dem „marché libre“ notierten Devisen besteht ein „marché officiel“, dessen Notierungen sich auf der Basis des für die Zahlungen in diesen Währungen über den sogenannten „Richtkurs“ (cours de référence) — vgl. auch b) — des US-Dollars zum französischen Franken und über die US-\$-Parität der betreffenden Währung errechneten oder zwischenstaatlich vereinbarten Kurses halten. — b) Für Zahlungen zwischen der Frank-Zone und der Bundesrepublik stellt sich der Frank-Kurs z. Zt. auf sfrs. 100.— = DM 1,20 bzw. DM 100,00 = sfrs. 8333,33 (jeweils Mittelkurs). Dieser sogenannte „Richtkurs“ gilt bis zu einer etwaigen Neufestsetzung vom 21. September 1949 an. — Die Währungen der französischen Kolonialgebiete sind in einer festen, aber unterschiedlichen Relation auf den Franken des Mutterlandes gestützt. Von September 1949 an stehen diese „non-metropolitan“-Valuten im nachfolgenden Wertverhältnis zur „metropolitan“-Valuta: Algerischer, marokkanischer Frank, der Frank der Franz. Antillen und Franz.-Guayanas = 1:1; CFA-Frank = 1:2; CFP-Frank = 1:5; Indochinesischer Piaster = 1:17. Für die Rupie der französischen Besitzungen in Indien und für den Tschibuti-Franken des Franz. Somalilandes ist eine Goldparität mit dem Währungsfonds vereinbart.
- Griechenland:** a) Heimischer Grundkurs für den US-\$. — b) Seit Oktober 1947 werden die meisten Devisengeschäfte über ein Zertifikat-System abgewickelt (Grundkurs + Zertifikatspreis = Effektivkurs). Danach werden alle Devisenerlöse gegen Drachmai + einem Devisenzertifikat, das nicht auf Drachmai, sondern auf den betreffenden verkauften Devisenbetrag ausgestellt ist, an dazu ermächtigte Banken verkauft. Diese Devisenzertifikate, die nur auf US-\$ oder £-Sterling ausgestellt werden, sind am offenen Markt handelbar. Der Preis eines Dollarzertifikats konnte vom 22. September 1949 an bei Drachmai 10 000 je US-\$ 1,00 gehalten werden. Der in dieser Höhe aufrecht gehaltene Zertifikatspreis ergibt in Verbindung mit dem Grundkurs einen Effektivkurs von Drachmai 15 000 für US-\$ 1,00. — Außer den unter dem Zertifikat-System genehmigten Importen sind auch sonst verbotene Importe gewisser Luxusgüter gestattet, wenn die Devisen zum Auktionskurs erworben werden. Bei diesem Auktionssystem erhält der Höchstbietende Devisen für den Import genau bestimmter Waren, sofern das Höchstgebot mindestens Drachmai 22 000 für US-\$ 1,00 beträgt.

- Großbritannien:** Für die Währungen der nachstehenden Länder bzw. Gebiete des Britischen Commonwealth ist eine Goldparität mit dem Währungsfonds vereinbart. Das Wertverhältnis dieser „non-metropolitan“-Valuten zur „metropolitan“-Valuta ist folgendes: 1) Goldküste, Gambia, Sierra Leone, Nigeria: Westafrikanisches Pfund = £-Sterling, 2) Süd-Rhodesien, Nord-Rhodesien, Nyasaland: Südrhodesisches Pfund = £-Sterling, 3) Cypern: Cypriotesches Pfund = £-Sterling, 4) Gibraltar: Gibraltar-Pfund = £-Sterling, 5) Malta: Malteser-Pfund = £-Sterling, 6) Bahamas-Inseln: Bahamas-Pfund = £-Sterling, 7) Bermuda-Inseln: Bermuda-Pfund = £-Sterling, 8) Jamaica: Jamaica-Pfund = £-Sterling, 9) Falkland-Inseln: Falkland-Insel-Pfund = £-Sterling, 10) Kenya, Uganda, Tanganyika, Zanzibar: 20 ostafrikanische Schillinge = £-Sterling, 11) Barbados, Trinidad, Britisch-Guayana: 4,80 britisch-westindische Dollar = £-Sterling, 12) Britisch-Honduras: 4,00 Britisch-Honduras Dollar = £-Sterling, 13) Ceylon: 13/4 Ceylon-Rupien = £-Sterling, 14) Mauritius: 13/4 Mauritius-Rupien = £-Sterling, 15) Seychellen: 13/4 Seychellen-Rupien = £-Sterling, 16) Fidschi-Inseln: 1,11 Fidschi-Pfund = £-Sterling, 17) Tonga-Inseln: 1,25 Tonga-Pfund = £-Sterling, 18) Burma: 13/4 burmesische Rupien = £-Sterling, Hongkong: 16,00 Hongkong-Dollar = £-Sterling, 19) Malaya (Singapur und malaisische Union): 8,57143 Malaya-Dollar = £-Sterling oder £-Sterling \rightarrow 2,4 = Malaya-Dollar 1,00, 20) Sarawak (Britisch-Nord-Borneo): 8,57143 Sarawak- oder Britisch-Nord-Borneo-Dollar = £-Sterling.
- Indonesien:** a + b) Heimischer Grundkurs für den An- und Verkauf von US-Dollar. Vom 13. März 1950 an werden alle Geschäfte jedoch über ein Zertifikat-System mit effektiven Kursen abgewickelt. Die auf Gulden ausgestellten Devisenzertifikate werden je Gulden mit Gulden 1,99 (Ankauf) und Gulden 2,00 (Verkauf) bewertet. — c) Exporteure erhalten für den verkauften Devisenbetrag 1. den vollen Guldengegenswert zum Ankaufkurs, 2. zusätzlich ein auf Gulden lautendes Devisenzertifikat in Höhe von 50 vH des verkauften Devisenbetrages, so daß sich der Effektivkurs für solche Geschäfte auf Gulden 7,56 = US- $\$$ 1,00 stellt. — d) Importeure erhalten Devisen zum offiziellen Verkaufskurs, müssen jedoch Zertifikate in Höhe von 100 vH des erhaltenen Devisenbetrages übernehmen, wodurch sich der Effektivkurs für solche Geschäfte auf Gulden 11,43 = US- $\$$ 1,00 stellt.
- Iran:** Seit dem 24. Juli 1950 gelten für den Zahlungsverkehr die angeführten Kurse. a) Offizieller Ankaufskurs: Rials 32,00 = US- $\$$ 1,00; offizieller Verkaufskurs: Rials 32,50 = US- $\$$ 1,00. Diese Grundkurse gelten für Geschäfte mit der angio-iranischen Ölgesellschaft, den Reisedienst (Erholungs- und Studienaufenthalte von Iranern im Ausland), für Regierungszwecke und für bestimmte private Nichthandelsüberweisungen. — b) Zertifikatskurs, gebildet aus dem offiziellen Verkaufskurs von Rials 32,50 und aus Rials 7,50, als den stabilisierten Preis für die Zertifikate, die für Importe bestimmter lebenswichtiger Güter (etwa 60 vH der gesamten genehmigten Importe) angewendet werden. — c) Zertifikatskurs, gebildet aus dem offiziellen Verkaufskurs von Rials 32,50 bzw. offiziellen Ankaufskurs von Rials 32,00 und aus Rials 16,25, als den am 10. November 1950 stabilisierten Preis für die Zertifikate, die für die Erlöse aller Exporte (mit Ausnahme der von Petroleum) ausgegeben und die für alle genehmigten Importe (mit Ausnahme derjenigen lebenswichtiger Güter — vgl. b) angewendet werden.
- Israel:** Devisenverkäufe unterliegen ab 1. Juli 1950 je nach der Eingruppierung einer Besteuerung von 2 vH, 4 vH oder 6 vH.
- Italien:** a) Alle Importgeschäfte müssen zum freien Kurs und alle Exportgeschäfte zu je 50 vH zum freien Kurs und zum offiziellen Kurs getätigt werden. Der offizielle Kurs ist ein fluktuierender Kurs, der täglich auf Grund des Durchschnittes der freien Schlußkurse an den Märkten von Rom und Mailand bestimmt wird. Infolge der täglichen Festsetzung des offiziellen Kurses und der Streikzeit des freien Kurses sind die Effektivkurse für Importe und Exporte praktisch identisch. Offizielle Kurse müssen nach den Devisenbestimmungen ohne Berücksichtigung der Höhe des freien Kurses zwischen Lire 350 und 650 für US- $\$$ 1,00 festgesetzt werden. Kurse für Währungen, die nicht auf den freien Märkten notiert werden, werden auf Grund des Lire/US- $\$$ -Kurses und der Valutaparität dieser Währungen zum US- $\$$ ebenfalls täglich festgesetzt. — b) Nachbörlicher Freiverkehrskurs, errechnet aus den Durchschnitten der Notierungen auf den Märkten in Rom und Mailand.
- Japan:** Der grundlegende Kurs von Yen 360,00 für den US- $\$$ (Ankauf: Yen 358,95 — Verkauf: 361,05) ist seit dem 25. April 1949 in Kraft und gilt für alle zulässigen Außenhandels- und Devisentransaktionen.
- Kanada:** Am 30. September 1950 wurde die Aufhebung der festen Parität des kanadischen Dollars zum US-Dollar (vom 19. September 1949 an: kanadischer $\$$ 1,00 = US- $\$$ 0,90909 oder US- $\$$ 1,00 = kanadischer $\$$ 1,10000) bekanntgegeben. Alle Devisengeschäfte werden von diesem Tage an zu einem fluktuierenden, auf dem freien Markt bestimmten Kurs getätigt. Geschäfte in anderen Währungen als US- $\$$ werden zu Kursen getätigt, denen der US- $\$$ /kan. $\$$ -Kurs in Montreal und der offizielle Wechselkurs US- $\$$ /sonstige Währungen zugrunde liegt. Das kanadische Devisenkontrollamt ist bereit, Pfund Sterling zu den gegenwärtigen offiziellen £-Sterling/US- $\$$ -Kursen von US- $\$$ 2,79875 und US- $\$$ 2,80125 = £-Sterling anzukaufen oder zu verkaufen, um geordnete „cross rates“ zwischen US- $\$$ /kan. $\$$ /£-Sterling aufrechtzuerhalten.
- Kolumbien:** Das Wechselkursystem (in Kraft seit Juli 1950) besteht aus einem offiziellen Grundankauf- und -verkaufskurs, einem fluktuierenden Zertifikatskurs und einem System Effektivkurse, die aus den offiziellen Grundkursen, den Zertifikatskursen sowie den Steuersätzen, denen die meisten Devisenverkäufe unterliegen, gebildet sind. — a + b) Für Erlöse der meisten Güter- und bestimmter unsichtbarer Exporte (vgl. auch d), für Regierungszwecke und einige Nichthandelsüberweisungen. — c) Amtlicher Verkaufskurs + 4 vH Steuer für alle zum offiziellen Kurs zugelassene Importe. — d) Fluktuierender Kurs für Importe bestimmter nichtlebenswichtiger Güter und für bestimmte Überweisungen (Importe zu diesem Kurs unterliegen ebenfalls der Steuer von 4 vH), für Erlöse bestimmter unbedeutender Güterexporte und bestimmter unsichtbarer Exporte. — Devisenzertifikate werden nur in US- $\$$ ausgestellt. Geschäfte in £-Sterling, für die Devisenzertifikate erforderlich sind, werden zum offiziellen Paritätskurs US- $\$$ 2,80 = £-Sterling in US- $\$$ umgerechnet.
- Libanon:** a) Nur für Regierungszwecke. Für 10 vH aller Nichtexporterlöse, die an das „Office des Changes“ abgeliefert werden müssen und zur Deckung von 80 vH der lokalen Ausgaben ausländischer Konzessionen im Lande. — b) Für alle Export- und Importgeschäfte und für die meisten übrigen genehmigten Geschäfte.
- Nikaragua:** Seit dem 9. November 1950 gelten die folgenden Devisenrechnungskurse: a) Für Regierungstransaktionen. — b) Effektivkurs für alle Exporte und für unsichtbare Leistungen. — c) Grundkurs für die meisten Importe und für Nichthandelsüberweisungen. — d) Grundkurs + Córdoba 1,00 Aufschlag für weniger wichtige Importe und für bestimmte Nichthandelsüberweisungen. — e) Grundkurs + Córdoba 3,00 Aufschlag für unwesentliche Importe und für bestimmte Nichthandelsüberweisungen. — f) Für Geldsorten.
- Österreich:** Mit Wirkung vom 5. Oktober 1950 ab setzte die österreichische Nationalbank die internationale Parität des Schillings auf Sch. 21,36 = US- $\$$ 1,00 neu fest gegenüber bisher Sch. 14,40. Dieser neue Verrechnungskurs entspricht dem bisherigen „Misch- und Handelskurs“ des Schillings. — a) Für alle Export- und Importgeschäfte einschließlich sämtlicher Nebenkosten. — b) Für alle anderen Transaktionen (Fremden- und Kapitalverkehr).
- Panama:** Der Balboa ist paritätisch mit dem USA-Dollar; seine Ausgabe ist jedoch auf Scheidemünzen beschränkt. Den größten Teil des Geldumschlages bilden USA-Noten und -Münzen.
- Paraguay:** Das Devisen-System stützt sich auf folgende Verrechnungskurse: a) Offizieller Grundkurs für Regierungstransaktionen. — b) Für Erlöse aus Grundexporten (Holz, Quebracho-Extrakt, Häute, „yerba mate“, Baumwolle und Fleischerzeugnisse). — c) Für Erlöse aus Nicht-Grundexporten (einschließlich Schnittholz, „petitgrain-oil“ und gewisse andere Öle). — d) Für Erlöse aus einigen Nicht-Grundexporten (einschl. Tabak und gewisse Öle) und für Nichthandelsüberweisungen. — e) Offizieller Grundkurs für lebenswichtige Importe der Gruppe I und für Regierungszwecke. — f) Für Importe der Gruppe II einschließlich 2 vH Steuer. — g) Für Importe der Gruppe III einschließlich 5 vH Steuer. — h) Für steuerfreie Nichthandelsgeschäfte. — i) Für Importe der Gruppe IV und für gewisse Nichthandelsgeschäfte, einschließlich 10 vH Steuer. — Mit Wirkung vom 27. November 1950 ab wurden die Importartikel weitgehend neu klassifiziert. Die Anzahl der in Gruppe I klassifizierten Güter wurde herabgesetzt, und die meisten anderen Importartikel wurden auf die nächstniedrigere Gruppe übertragen. (Gruppe I zu Gruppe II usw.)
- Peru:** Von Dezember 1949 ab werden alle Geschäfte zu fluktuierenden Devisenkursen getätigt. — a) Fluktuierender Zertifikatskurs für alle Handelsgeschäfte. Exporteure erhalten für alle Erlöse frei verwertbare Zertifikate, während Importeure sich Zertifikate für den erforderlichen Devisenbetrag beschaffen müssen. Gewisse Nichthandelsgeschäfte werden ebenfalls zu diesem Zertifikatskurs ausgeführt. — Die Zertifikate werden auf die Währung des Landes ausgestellt, in dessen Währung der Export fakturiert wurde. Durch die Devisenoperationen der Zentralbank auf dem freien Markt bestehen jedoch „cross rates“, die den offiziellen Kursen angenähert sind. Diese Annäherung der „cross rates“ an die offiziellen Kurse ist auch weiter dadurch erreicht worden, daß Importe sonst verbotener Waren zugelassen sind, wenn diese Waren in Währungen bezahlt werden, die nach einer offiziellen Erklärung allzureichlich anfallen. Gegenwärtig fallen das £-Sterling und der argentinische Peso in diese Kategorie, so daß hierdurch unbeschränkte Importe aus diesen Währungsgebieten zugelassen sind. — b) Für Nichthandelsimporte und für solche Importe und Nichthandelsgeschäfte, die nicht zum Zertifikatskurs getätigt werden.
- Polen:** Nach einem Beschluß des Ministerrates vom 28. Oktober 1950 basiert die neue polnische Währung vom 30. Oktober 1950 an auf Gold. Neue Parität: Ein Kilogramm Feingold = 4501,0983 neue Zlotys — ein neuer Zloty = 0,221689 Feingold. In der Zeit vom 30. Oktober bis 8. November 1950 wurden alte Banknoten gegen neue Noten im Verhältnis 100:1 umgetauscht. Die Umstellung der Bankguthaben, Löhne, Preise usw. erfolgte nach besonderen Direktiven. — a) Neuer Wechselkurs der polnischen Staatsbank für den US-Dollar (Ankauf: Zlotys 3,99 — Verkauf: Zlotys 4,01 = US- $\$$ 1,00).
- Spanien:** a + c) Erlöse aus Exporten und anderen Einnahmen unterliegen von August 1950 an Kursen, die sich zwischen Pes. 10,95 bis Pes. 32,85 (offizielle Ankaufskurse) und etwa Pes. 39,63 („Freier“ Kurs) je US- $\$$ bewegen. Innerhalb der offiziellen Kursspanne bestehen etwa 14 weitere offizielle Ankaufskurse. Der Effektivkurs für die jeweilige Transaktion ist abhängig von dem festgesetzten Anteil der Erlöse, der zu dem für diese Transaktion gültigen offiziellen Kurs zu verkaufen ist und von dem Erlösanteil, der zum „freien“ Kurs verkauft werden darf. — b + c) Kurse für den Import bewegen sich vom 18. Oktober 1950 ab zwischen den offiziellen Verkaufskursen (Pes. 11,22 bis Pes. 21,99 je US- $\$$) und dem „freien“ Kurs (etwa Pes. 39,63 je US- $\$$). Im einzelnen gelten folgende Kurse für den US-Dollar: Pes. 11,22 für Importe der Gruppe F (grundlegende Lebensmittelimporte) — Pes. 16,425 für 100 vH des Devisenbedarfs für Importe der Gruppe A (Kohle, Koks und Strom) und für 60 vH des Devisenbedarfs für Importe der Gruppe B (wie Schrottmehle, Kreosot, Futtermehl, Talg) — Pes. 19,710 für Importe der Gruppe E (alle flüssigen Betriebsstoffe und Tabak) — Pes. 21,99 für 60 vH des Devisenbedarfs für die in Gruppe C und für 40 vH des Devisenbedarfs für die in Gruppe D fallenden Importe (vor allem andere Rohstoffe und Halbfertigwaren) — etwa Pes. 39,63 („Freier“ Kurs) für 40 vH bzw. 60 vH des nicht zu offiziellen Kursen zur Verfügung gestellten Devisenbedarfs für den Import obiger Güter und für 100 vH des Devisenbedarfs für alle anderen Importe.
- Schweiz:** Vom 23. September 1945 ab werden alle Geschäfte in US- $\$$ zu den am freien Markt geltenden Kursen getätigt. Es gibt zur Zeit keine festgesetzte Parität für den Franken. — b) Umrechnungskurs für den schweizerischen/westdeutschen Zahlungsverkehr (gültig vom 13. Oktober 1949 an).
- Thailand:** a) Beschränkt auf die teilweise Abgabe der Erlöse aus Gummi- und Zinnexporten, auf die Einfuhr von Regierungsbedarf, Treiböl und den Reisedienst (Erholungs- und Studienaufenthalte von Thailändern im Ausland). — b) Für alle übrigen Geschäfte.
- Uruguay:** Seit dem 6. Oktober 1949 ist das folgende Devisen-System in Kraft. — a) Für Erlöse aus Grundexporten (Fleisch, Wolle, Leinsamen und Weizen) und für Importe von Zeitungsdraupapier und Druckereibedarf. — b) Für Erlöse aus Exporten von Ölen, getrockneten und eingesalzenen Häuten und Fellen, „packing house“, Reis usw. Seit dem 23. Mai 1950 wird auf die Exporte von enthieltstem Reis eine zusätzliche Prämie von Pes. 0,57 je US- $\$$ gewährt. — c) Für Erlöse aus den Exporten von Wollgarnen und Nebenprodukten, gegebtem Leder und Manufakturwaren. Seit dem 24. Februar 1950 erhalten die Exporteure von gegebtem Leder eine zusätzliche Prämie von Pes. 0,65 je US- $\$$. — d) Für wesentliche Importe. — e) Für Importe von Luxuswaren und nicht-wesentlichen Gütern. — f) Nur für Nichthandelsüberweisungen.
- Venezuela:** Das Devisen-System stützt sich auf nur einen Verkaufskurs und auf mehrere Ankaufskurse. — a) Petroleum-Spitzenkurs für Petroleumerlöse, die über die Beträge der durch die Zentralbank in einem bestimmten Zeitraum verkauften Devisen hinausgehen. — b) Grundlegender Petroleumkurs, zu welchem der größere Teil der Petroleumerlöse an die Zentralbank verkauft werden. Dieser Kurs gilt auch für einige Regierungstransaktionen. — c) Allgemeiner Ankaufskurs für Erlöse aus allen unter a) b) d) und e) nicht angegebenen Exporten und für solche Erlöse aus den Exporten von Kakao und Kaffee, die den Unterschied zwischen dem näher bestimmten Preis und dem vorherrschenden Preis darstellen, falls der vorherrschende Preis über dem näher bestimmten Preis liegt. — d) Erlöse aus den Exporten von Kakao und ungewaschenem Kaffee, die zu bestimmten Weltmarktpreisen oder darunter verkauft werden. — e) Erlöse aus dem Export an gewaschenem Kaffee, der zu bestimmten Weltmarktpreisen oder darunter verkauft wird. Kaffee-Exporte werden gegenwärtig zu Preisen verkauft, die über den näher bestimmten Preisen liegen. Infolgedessen beruhen die effektiven Kurse zum Teil auf der Basis der Kurse von Bol. 4,25 oder Bol. 4,80 und zum Teil auf dem Kurs von Bol. 3,32 je US- $\$$ 1,00. — f) Offizieller Verkaufskurs.